Bericht

der Landesregierung

Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002

Federführend ist der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Gliederungsübersicht:

Vorbemerkung der Landesregierung

Gesamt-Inhaltsverzeichnis der Kapitel

Inhaltsverzeichnis der Abschnitte des Teil A Inhaltsverzeichnis der Abschnitte des Teil B

Elemente des Arbeitsmarktberichts 2002

"In aller Kürze"

Teil A: Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik

- Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit im Überblick
- 2. Die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein bis Ende 2002
- 3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz
- 4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz
- 5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit
- 6. Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein

Teil B: IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002

- 1. Einführung: Anmerkungen zum IAB-Betriebspanel
- 2. Datengrundlage der Befragung, Struktur der Betriebe und der Beschäftigten
- 3. Basisdaten zu Betriebslandschaft und Beschäftigung
- 4. Personalstruktur und Personalpolitik
- 5. Wirtschaftliche Situation der Betriebe in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung der Landesregierung zum Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002 des Instituts für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Einleitung

Der Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002 ist auf der Grundlage des Beschlusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 27.08.1993 durch die Landesregierung vorzulegen. Mit der Erstellung des Berichts hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr das Institut für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beauftragt. Dieser Bericht wird erstmals in einer neuen und zweigeteilten Form vorgelegt.

Der **Berichtsteil A** entspricht im Wesentlichen den bisherigen Statistischen Arbeitsmarktberichten und konzentriert sich auf eine empirische Bestandsaufnahme für das Jahr 2002 sowie Perspektiven bis 2004. Dabei stehen Arbeitsplatz- bzw. Beschäftigungsentwicklung, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und die Arbeitslosigkeit im Vordergrund.

Der erstmalig im Rahmen dieses Berichts vorliegende **Berichtsteil B** beinhaltet das IAB-Betriebspanel; es enthält Ergebnisse aufgrund von Betriebsbefragungen, die nahezu die Gesamtheit aller Betriebe in Deutschland repräsentieren. Die Themenpalette der Befragungen reicht von Basisdaten zur Betriebslandschaft und Beschäftigung über Fragen der Personalstruktur und Personalpolitik bis hin zur wirtschaftlichen Situation der Betriebe.

Die inhaltliche Ausgestaltung des Arbeitsmarktberichts Schleswig-Holstein 2002 ist seitens des federführenden Ressorts mit dem Institut für Regionalforschung laufend abgestimmt worden. Über die wesentlichen Aussagen des Berichts besteht Einvernehmen.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein macht im Teil A sehr deutlich, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 2002 nicht zufrieden stellend verlaufen ist; im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Schleswig-Holsteiner um 5.400 auf 121.600 und die Arbeitslosenguote stieg von 8,4% auf 8,7%.

Im Jahre 2003 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt weiter um 14.500 auf 136.100. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg damit von 8,7% auf 9,7%.

Neben den seit vielen Jahren bestehenden erheblichen Strukturproblemen auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat in den letzten zwei bis drei Jahren die konjunkturelle Wachstumsschwäche den Arbeitsmarkt in hohem Maße zusätzlich belastet. Dies führte zu einem spürbaren Rückgang der Beschäftigung, verbunden mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer starken Abnahme der Arbeitskräftenachfrage.

Sichtbar geworden sind aber auch erste Erfolge der neuen Arbeitsmarktinstrumente sowie der höheren Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen. Während die Arbeitslosigkeit im Januar 2003 noch um 12.800 über dem Vorjahresniveau lag, hat sich der Abstand zum Jahresanfang 2004 gegenüber dem Vorjahresmonat auf 2.500 verringert. Nach altem Erfassungsmodus der Statistik beläuft sich der Abstand auf rd. 6.300 Personen. Diese Entwicklung berechtigt zu der Annahme, dass neben den bisher eingeleiteten **Reformen am Arbeitsmarkt** die im Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss beschlossenen Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt weitere Wirkung zeigen werden. Nachhaltige Erfolge werden sich vor allem dann einstellen, wenn die anspringende Konjunktur der Beschäftigung Impulse gibt.

Mit dem Programm "Arbeit für Schleswig-Holstein 2000" ist im Berichtszeitraum wiederum ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Lande geleistet worden. Allein im Jahre 2002 sind rd. 9.500 arbeitslose Menschen nach den

verschiedenen Richtlinien des Programms gefördert worden. Darüber hinaus konnten durch ergänzende Förderungen, Beratungen und Hilfestellungen mehr als 34.000 Personen erreicht werden - insgesamt sind im Jahre 2002 rd. 37,6 Mio. EURO für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewilligt worden.

Erfreulich ist, dass die Arbeitslosigkeit in der besonders bedeutungsvollen Altersgruppe der **Jugendlichen unter 20** Jahren abgebaut werden konnte und zwar im Jahresdurchschnitt 2002 um rd. 200 auf knapp 3.500 Personen und im Jahresdurchschnitt 2003 um rd. 300 Personen auf ca. 3.200 – hier zeigen sich insbesondere die Erfolge des im Frühjahr 2003 aufgelegten dreijährigen Sofortprogramms der Landesregierung für mehr Ausbildung und Qualifizierung in Schleswig-Holstein.

Auch bei der besonderen Zielgruppe der **älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Im Jahre 2002 verringerte sich die Anzahl der Arbeitslosen ab 55 Jahren um rd. 2.200 auf rd. 18.200 und im vergangenen Jahr um 1.400 auf rd. 16.800 Personen.

Die Landesregierung hält u.a. aufgrund der demografischen Entwicklung die längere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für unerlässlich und fördert deshalb im Jahr 2004 zwei Modellprojekte mit den Schwerpunkten der Vermittlung und Erhöhung der Einstellungsbereitschaft.

Hinsichtlich der voraussichtlichen **Arbeitsmarktentwicklung für das Jahr 2004** geht das Institut für Regionalforschung zwar im Jahresmittel noch von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit im Lande um 5 bis 10 Tsd. aus, erwartet aber eine deutliche Besserung der Lage in der zweiten Jahreshälfte.

IAB-Betriebspanel

Der erstmalig im Rahmen des Arbeitsmarktberichts Schleswig-Holstein 2002 vorliegende IAB-Betriebspanel Report stellt eine jährliche Wiederholungsbefragung bei stets denselben Betrieben in Deutschland dar. Die Unternehmensbefragungen für die alten Bundesländer sind von der Infratest Sozialforschung GmbH durchgeführt wor-

den, die Datenauswertung in diesem Bericht erfolgte durch das Institut für Regionalforschung.

Mit dem IAB-Betriebspanel ist ein repräsentatives betriebsgestütztes Berichtssystem aufgebaut worden, mit dessen Hilfe die Nachfrage nach Arbeitskräften sowie deren betriebliche Bestimmungsfaktoren über einen längeren Zeitraum hinweg beobachtet und analysiert werden können. Der zur Datenerhebung verwendete Fragebogen ist für alle Bundesländer identisch, er entsteht im Rahmen eines Diskussionsprozesses zwischen den beteiligten Ländern, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Infratest Sozialforschung (für das Bundesgebiet West) und den auswertenden Forschungsinstituten.

Der Fragebogen enthält neben einem umfangreichen Satz von Standardfragen, die in jeder Erhebungswelle abgefragt werden, wechselnde Schwerpunktthemen; im Jahre 2002 waren dies insbesondere

- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- Betriebliche Arbeitszeiten,
- Kontakt mit dem Arbeitsamt,
- Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Hervorzuheben sind einige Ergebnisse zu zwei ausgewählten Schwerpunktthemen:

Altere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Bezüglich der von den Betrieben geforderten Eigenschaften (wie bspw. Erfahrungswissen, Loyalität und Qualitätsbewusstsein) wird älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmern insgesamt ein leichter Vorteil gegenüber den jüngeren zugesprochen. Diese oft positive Beurteilung der älteren Beschäftigten durch die im Rahmen des IAB-Betriebspanels befragten Unternehmen schlägt sich allerdings nur zum Teil auch in der Einstellungsbereitschaft der schleswig-holsteinischen Betriebe nieder. Rd. 88% der Betriebe zeigen sich zwar grundsätzlich bereit, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer einzustellen, für jeden zweiten Betrieb in Schleswig-Holstein ist ihre Einstellung aber nur unter zum Teil sehr einschränkenden Voraussetzungen (z.B. nur in Teilzeit, nur befristet, nur mit Lohnkostenzuschüssen) denkbar – im Rahmen der eingangs bereits angesprochenen Modellprojekte des Landes für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer

sollen u.a. Wege aufgezeigt werden, durch welche Maßnahmen die konkrete Einstellungsbereitschaft von Unternehmen verbessert werden kann.

Kontakte mit dem Arbeitsamt: Die Erfahrungen der Betriebe werden im Lande ungünstiger bewertet als im Bundesgebiet West. Dies ist auf den relativ großen Anteil kleinerer und mittlerer Betriebe in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Sie nutzen die Angebote der Arbeitsämter weniger und beurteilen ihre Erfahrungen mit Kontakten und Informationen schlechter als größere Betriebe. Die Arbeitsverwaltung im Lande ist deshalb gefordert, sich noch stärker auf die spezifischen Bedürfnisse der kleinen und mittleren Betriebe einzustellen.

Zukünftige Arbeitsmarktberichterstattung

Der IAB-Betriebspanel Report des Instituts für Regionalforschung wird auch künftig erst gegen Ende des Folgejahres vorliegen, der eigentliche Arbeitsmarktbericht kann aber bereits in dem auf das Berichtsjahr folgenden zweiten Jahresquartal erstellt werden. Vorgesehen ist daher im Interesse einer zeitnahen Berichterstattung die Entkoppelung dieser beiden Berichtsteile.

Angestrebt wird darüber hinaus, den Arbeitsmarktbericht künftig in den Jahreswirtschaftsbericht zu integrieren und die Darstellung unter Berücksichtigung von Aussagen zur Branchen- und Strukturentwicklung auf die wichtigsten Punkte zu konzentrieren. Ergänzend werden dann jährlich wechselnde Schwerpunktthemen aus dem Arbeitsmarktbereich in einer Anlage zum Jahreswirtschaftsbericht aufgegriffen und tiefergehend erörtert.

Die Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts erfolgt bisher frühzeitig zu Beginn des jeweiligen Folgejahres. Mit der Aufnahme eines Arbeitsmarktteils in den Jahreswirtschaftsbericht kann daher erreicht werden, auch aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes zeitnäher aufzuzeigen. Die Vorlage des erweiterten Jahreswirtschaftsberichts wird dann voraussichtlich im auf dem Berichtsjahr folgenden zweiten Jahresquartal erfolgen.

Institut für Regionalforschung der Universität Kiel

Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002

Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002

Bericht im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Leitung:

Prof. Dr. Johannes Bröcker

Bearbeitung:

Christian Fischer, Emanuel Gedeon, Dr. Hayo Herrmann, Barbara Stoschek

Kiel, Oktober 2003

Inhalt

•	Seite				
Elemente des Arbeitsmarktberichts 2002					
In aller Kürze					
Teil A Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpol	itik				
Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit im Überblick	1				
2. Die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein bis Ende 2002	13				
3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz	40				
4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz	47				
5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	52				
6. Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein	61				
Teil B IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002					
1. Einführung: Anmerkungen zum IAB-Betriebspanel	1				
2. Datengrundlage der Befragung, Struktur der Betriebe und der Beschäftigten	6				
3. Basisdaten zu Betriebslandschaft und Beschäftigung	37				
4. Personalstruktur und Personalpolitik	59				
5. Wirtschaftliche Situation der Betriebe in Schleswig-Holstein	116				

Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002

Teil A

Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik

Berichterstattung: Institut für Regionalforschung, Universität Kiel

Mit einem Beitrag des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein zur Arbeitsmarktpolitik des Landes

Inhalt

Seite

Teil A Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik

1.	Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung	1
	und der Arbeitslosigkeit im Überblick	
	1.1 Arbeitsmarktentwicklung über das Jahr 2002 bis Mitte 2003	1
	1.2 Die konjunkturelle Situation 2001/2002 bis Mitte 2003	3
2.	Die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein bis Ende 2002	13
	2.1 Produktion, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	13
	2.2 Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins im Ländervergleich	13
	2.3 Erwerbstätigenentwicklung nach Kategorien und Wirtschaftszweigen	16
	2.4 Erwerbstätigenentwicklung in den Regionen Schleswig-Holsteins	20
3.	Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz	40
	3.1 Das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein 2000 bis 2004	40
	3.2 Die Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein 2001 und 2002	42
4.	Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz	47
	4.1 Prognose der Arbeitsplatzentwicklung bis 2004	47
	4.2 Die Arbeitsmarktbilanz 2003 und 2004	50
5.	Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	52
	5.1 Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich	52
	5.2 Regionale Unterschiede der Arbeitslosigkeit	53
	5.3 Arbeitslosigkeit nach Personengruppen	54
6.	Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein	61

Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002

Teil B

IAB-Betriebspanel Report
Arbeitgeberbefragung 2002

Auswertung: Institut für Regionalforschung, Universität Kiel

Datenerhebung: Infratest Sozialforschung GmbH, München

Das IAB-Betriebspanel (Basisstichprobe) wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Die erweiterte Stichprobe für Schleswig-Holstein (Aufstockung) wird mit Mitteln des Landes Schleswig-Holstein gefördert.

Teil B IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002

1.	Ein	führung: Anmerkungen zum IAB-Betriebspanel	1	
	1.1	Organisation, Ablauf und Berichterstattung der Befragung	1	
	1.2	Untersuchungsbereiche der Befragung 2002	4	
2.	Dat	engrundlage der Befragung, Struktur der Betriebe und der Beschäftigten	6	
	2.1	Grundgesamtheit, Brutto- und Nettostichprobe, Rücklauf und Erfassungsgrad	6	
	2.2	Gewichtung und Hochrechnung: Anpassung der Stichprobenverteilung an die Verteilung der Grundgesamtheit	17	
	2.3	Erfassung der Beschäftigtenkategorien durch das IAB-Betriebspanel	19	
	2.4	Struktur der Betriebe und der Beschäftigten sowie Beschäftigungsentwicklung 2001/2002	24	
3.	Bas	sisdaten zu Betriebslandschaft und Beschäftigung		
	3.1	Betriebsbiographie: Rechtsform, Eigentum, Betriebsart, Betriebsalter	37	
	3.2	Beschäftigten- und Tätigkeitsgruppen, Beschäftigungsformen	47	
	3.3	Arbeitseinkommen, Tariflohnbindung	55	
4.	Personalstruktur und Personalpolitik			
	4.1	Formen der Flexibilisierung der Beschäftigung	60	
		4.1.1 Flexibilisierung durch unterschiedliche Beschäftigungsformen	60	
		4.1.2 Flexibilisierung durch Formen der Arbeitszeitgestaltung	65	
	4.2	Personalpolitik: Personaleinstellungen, Personalsuche, Personalabgänge	71	
		4.2.1 Personaleinstellungen	71	
		4.2.2 Personalsuche	73	
		4.2.3 Personalabgänge	75	
	4.3	Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	80	
		4.3.1 Altersstruktur in den Betrieben in Schleswig-Holstein	80	
		4.3.2 Von den Betrieben geforderte Eigenschaften – jüngere und ältere Personen	82	
		4.3.3 Personalpolitische Konsequenzen	84	
	4.4	Betriebliche Erstausbildung	88	
		4.4.1 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung	88	
		4.4.2 Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein	92	
		4.4.3 Erfolg der betrieblichen Ausbildung	94	

	4.5	Arbeitsamt und Betrieb	97
		4.5.1 Kontakte und Informationswege	97
		4.5.2 Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes	103
		4.5.3 Erfolg des Arbeitsamtes	105
	4.6	Chancengleichheit von Frauen und Männern	111
		4.6.1 Bedeutung der Frauen in verschiedenen Beschäftigtenkategorien	111
		4.6.2 Vereinbarungen und Initiativen zur Chancengleichheit in den Betrieben	113
5.	Wir	tschaftliche Situation der Betriebe in Schleswig-Holstein	116
	5.1	Ertragslage	117
		5.1.1 Betriebliche Einschätzung der Ertragslage im Jahr 2001	117
		5.1.2 Geschäftsentwicklung und Personalsituation	119
		5.1.3 Geschäftsentwicklung und Tarifpolitik	122
	5.2	Absatzausrichtung und Absatzmärkte	124
		5.2.1 Strukturelle Besonderheiten der Wirtschaft Schleswig-Holsteins	125
		5.2.2 Regionale Verteilung des Umsatzes	127
		5.2.3 Kapazitätsauslastung und Personalentwicklung	128
	5.3	Investitionsverhalten	130
		5.3.1 Investitionsbereiche	132
		5.3.2 Geplante Investitionen	136
		5.3.3 Technischer Stand der Anlagen	138
	5.4	Öffentliche Förderung	141
		5.4.1 Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel	141
		5.4.2 Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten	144
		5.4.3 Zuschüsse zur betrieblichen Ausbildung	150

Elemente des Arbeitsmarktberichts 2002

Der Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2002 wird erstmals in einer neuen, zweigeteilten Form vorgestellt. Er besteht im Teil A aus einem statistischen Bericht. Dieser entspricht im wesentlichen den bisherigen Statistischen Arbeitsmarktberichten, die seit 1994 jährlich dem Landtag als Drucksache vorgelegt wurden, zuletzt als Bericht 2001 zum Jahresende 2002 in der Landtagsdrucksache 15/2233. Während der Bericht im Teil A auf empirischen Informationen der amtlichen Statistik basiert, liefert der hier erstmals enthaltene Teil B eine Auswertung der umfassenden Arbeitgeberbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des IAB-Betriebspanels, das 2002 aufgrund einer Aufstockung der Stichprobe erstmals auch detailliertes Material für Schleswig-Holstein bereitstellt und damit die Informationsbasis über den Arbeitsmarkt des Landes erheblich verbreitert.

Der **Berichtsteil A** "Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik" besteht aus sechs Abschnitten. Die Abschnitte 1 bis 5 entstanden wie in den Vorjahren am Institut für Regionalforschung der Universität Kiel unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Bröcker.¹ Der Abschnitt 6 zur Arbeitsmarktpolitik des Landes wurde wie bisher im Haus des Auftraggebers erarbeitet, beim Bericht 2002 also erstmals im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

Der **Berichtsteil B** "IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002" entstand ebenfalls am Institut für Regionalforschung in Zusammenarbeit mit dem IAB und der Infratest Sozialforschung GmbH, München, die für die Feldarbeit, d.h. die Durchführung der Befragung, die Datenerfassung und -aufbereitung sowie eine Erstauswertung der Ergebnisse verantwortlich zeichnet. Mit dem Auftraggeber der Betriebspanel-Auswertung für Schleswig-Holstein, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, ist zumindest für die beiden folgenden Jahre eine Fortführung vereinbart, die wiederum in die Arbeitsmarktberichte 2003 und 2004 eingehen und dann auch zunehmend Entwicklungsaussagen ermöglichen wird.

Vorbemerkungen zum Berichtsteil A

Die Bearbeitung des Teils A "Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik" erfolgte weitgehend nach dem **Datenstand August 2003**. Dadurch war es möglich, die meisten empirischen Befunde für das Jahr 2002 als Jahresdurchschnittswerte anzugeben und teilweise auch schon die weitere Entwicklung bis Sommer 2003 (Arbeitslosigkeit) bzw. bis April 2003 (Beschäftigung) zu verfolgen. Gleichwohl basieren die Zahlen zur Bruttowertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) und zur Erwerbstätigkeit für 2002 noch auf vorläufigen Berechnungen der amtlichen Statistik.

Der Berichtsteil A konzentriert sich in Absprache mit dem auftraggebenden Ministerium auf eine thematisch eng begrenzte empirische Bestandsaufnahme für das Jahr 2002 bzw. auf

¹ Bei der Arbeitsmarktberichterstattung wurde das Institut für Regionalforschung vom Referat Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und von der Statistischen Abteilung des Landesarbeitsamtes Nord und vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein mit Sachverstand und Engagement unterstützt. Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Hilfestellung.

Perspektiven für 2003 und 2004. Dabei stehen die Arbeitsplatz- bzw. Beschäftigungsentwicklung, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und die Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Die empirischen Quellen stammen aus der amtlichen Statistik, insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder, der Erwerbstätigenrechnung der Länder, der Beschäftigten- und der Arbeitslosenstatistik. Der Darstellung des Landes im Vergleich mit dem Bundesgebiet West bzw. mit Westdeutschland (ohne Berlin)² und mit anderen Bundesländern werden regionale Befunde auf Kreisebene bzw. für die Planungsräume des Landes zur Seite gestellt. Auf eine detaillierte Strukturanalyse zur Arbeitslosigkeit, die das Landesarbeitsamt Nord einmal jährlich erstellt, wurde hier verzichtet.³

Elemente des Berichtsteils A

Der Teil A des Arbeitsmarktberichts für das Jahr 2002 besteht aus sechs Abschnitten, die jeweils mit einem Textteil beginnen und durch daran anschließende Tabellen und Abbildungen ergänzt werden. Der Abschnitt 1 beschreibt die jüngste Arbeitsmarktentwicklung bis August 2003 und liefert einen Überblick zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit seit 1995. Im Abschnitt 2 wird die Arbeitsplatzentwicklung dargestellt. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird dabei anhand der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) vollständig erfasst. Die zweite Beschäftigungskategorie in diesem Bericht, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ("SV Beschäftigte", ebenfalls am Arbeitsort gemessen), sind im Rahmen der amtlichen Beschäftigtenstatistik vor allem zeitlich und regional tiefer gegliedert. Sie repräsentieren allerdings mittlerweile nur noch 65% der gesamten Erwerbstätigkeit; außerdem ist eine durchgehende Zeitreihenanalyse über mehrere Jahre nur bedingt möglich, da die Statistik im Jahr 1999 einer Revision unterworfen wurde (u.a.: geänderte Wirtschaftszweiggliederung, geänderte Erfassung der geringfügigen Beschäftigung). Unmittelbar vergleichbar sind nur die Zahlen für 1999 bis 2001 bzw. die älteren Zahlen bis 1999. Soweit möglich, basiert die Beschreibung der Beschäftigungsentwicklung daher auf der Zahl der Erwerbstätigen und nicht der SV Beschäftigten.

Das **Arbeitskräfteangebot** wird durch die Zahl der Erwerbspersonen gemessen. Seine Entwicklung ab 2000 und die Einschätzung der weiteren Entwicklung bis 2004 ist Gegenstand des **Abschnitts 3**. Die Arbeitsplätze und die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein werden in einer **Arbeitsmarktbilanz** gegenübergestellt. Die Bilanzveränderung 2000-2001-2002 wird dann mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Im **Abschnitt 4** wird eine **Prognose** der Entwicklung der Arbeitsplätze bis 2004 eine Einschätzung für Schleswig-Holstein geliefert, insbesondere im Vergleich in Westdeutschland.

² Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bzw. der Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik wird nicht mehr zwischen Bundesgebiet West (einschl. Berlin-West) und dem Bundesgebiet Ost (einschl. Berlin-Ost) unterschieden, sondern nach West- und Ostdeutschland, wobei Berlin vollständig zu Ostdeutschland gehört. Im folgenden ist daher zwischen Westdeutschland und dem Bundesgebiet West (analog für Ostdeutschland) zu unterscheiden.

³ Vgl.: Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes Nord "Struktur der Arbeitslosigkeit - Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Ende September 2002" (Strukturbericht), Kiel 2003.

Die Gegenüberstellung der Arbeitsplatzentwicklung mit der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots erlaubt Aussagen zur Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und der Arbeitslosigkeit 2002/2003 und im folgenden Jahr.

Die Struktur und Entwicklung der **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein und den Regionen des Landes ist Gegenstand des **Abschnitts 5**. Neben der Arbeitsmarktlage in den Regionen des Landes werden auch die Betroffenheit ausgewählter Personengruppen und die Langzeitarbeitslosigkeit dargestellt. Die Befunde konzentrieren sich auf den Zeitraum 2000 bis 2002, dabei werden vorwiegend Jahresdurchschnittswerte verwendet.

Auf eine Darstellung der **Ausbildungsplatzsituation** in Schleswig-Holstein wird im Berichtsteil A verzichtet, da das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein bereits einen gesonderten Bericht zur Situation 2002 vorgelegt hat.⁴

Der **Abschnitt 6** stellt die Arbeitsmarktpolitik des Landes Schleswig-Holstein dar. Dieser Teil ist nicht Element der Berichterstattung durch das Institut für Regionalforschung, er wird vielmehr vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr dokumentiert. Zentraler Bereich ist hier das Arbeitsmarktprogramm des Landes "Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 (ASH 2000)".

Vorbemerkungen zum Berichtsteil B

Das IAB-Betriebspanel – Eine Arbeitgeberbefragung zu den Beschäftigungstrends und zum Verhalten der Betriebe auf dem Arbeitsmarkt

Mit dem IAB-Betriebspanel hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) ein repräsentatives betriebsgestütztes Berichtssystem aufgebaut, mit dessen Hilfe die Nachfrage nach Arbeitskräften sowie deren betriebliche Bestimmungsfaktoren über einen längeren Zeitraum hinweg beobachtet und analysiert werden können. Die Arbeiten zur Basisstichprobe des IAB-Betriebspanels werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Das IAB-Betriebspanel repräsentiert nahezu die Gesamtheit aller Betriebe in Deutschland. Die Befragung findet jedes Jahr im dritten Quartal statt. Die Besonderheit des methodischen Ansatzes besteht darin, dass jedes Jahr dieselben Betriebe befragt werden (Panel). Auf diese Weise wird es möglich, Entwicklung im Zeitverlauf nicht nur durch den Vergleich von Querschnittsdaten auf aggregierter Ebene zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu analysieren; vielmehr können auch betriebsindividuelle Verläufe (Längsschnitte) untersucht werden. Die Stichprobe wird jedes Jahr ergänzt und aktualisiert.

Der Fragebogen ist für alle Bundesländer identisch, er entsteht im Rahmen eines Diskussionsprozesses zwischen den beteiligten Ländern, dem IAB, Infratest und den auswertenden Forschungsinstituten. Der Fragebogen enthält neben einem umfangreichen Satz von Standardfragen, die in jeder Erhebungswelle abgefragt werden, von Welle zu Welle wechselnde

⁴ Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein 2002, Kiel 2003.

Schwerpunktthemen. Im Jahr 2002, der Welle 10 des IAB-Betriebspanels, sind es z.B. "Betriebliche Arbeitszeiten", "Kontakt mit dem Arbeitsamt", "Ältere Arbeitnehmer" und "Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern".

Das Konzept für das IAB-Betriebspanel wurde in mehrjähriger Arbeit gemeinsam von der Projektgruppe im IAB und der Infratest Sozialforschung GmbH zunächst für die alten Bundesländer und später unter Einbeziehung des Instituts für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) auch für die neuen Bundesländer entwickelt und getestet. In den alten Bundesländern fand die Befragung erstmals im Jahr 1993, in den neuen Bundesländern im Jahr 1996 statt.

Da in einigen Bundesländern ein besonderes Interesse an regionalisierten Auswertungen bekundet wurde, hat das IAB den Ländern die Möglichkeit eröffnet, die Stichprobe aus Landesmitteln so aufzustocken, dass hinreichende Nettofallzahlen auch für landesspezifische Auswertungen zur Verfügung stehen. In den neuen Bundesländern gibt es diese Aufstockungs-Stichproben bereits seit 1996, in den alten Bundesländern werden sie seit dem Jahr 2000 in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vorgenommen, seit 2001 in Bayern, Hessen und dem Saarland und seit 2002 in Schleswig-Holstein. Das Bundesland Hamburg beteiligte sich in den Jahren 2000 und 2001 mit einer regionalen Aufstockung am IAB-Betriebspanel.

Wesentliche Teile des Fragebogens werden den Betrieben unverändert Jahr für Jahr vorgelegt. Damit wird diese Kontinuität nach einigen Jahren auch Zeitreihen- und Panelanalysen für Schleswig-Holstein ermöglichen, z.B. Analysen dynamischer betrieblicher Abläufe, von Bruttoveränderungen der Beschäftigung (Job-Turnover-Analysen), von Veränderungen der Arbeitswelt oder von Überlebenschancen neu gegründeter Betriebe. Zunächst müssen sich die Auswertungen der ersten Aufstockung für Schleswig-Holstein allerdings auf Querschnittsbefunde für das Jahr 2002 konzentrieren. Aufgrund des identischen Fragebogens für das gesamte Bundesgebiet ist dabei aber – anders als bei separaten Umfragen innerhalb des Landes – ein unmittelbarer Vergleich mit dem Bundesgebiet West möglich.

Elemente des Berichtsteils B

Der Teil B des Arbeitsmarktberichts ist in fünf Abschnitte gegliedert. Der Einführungsteil (**Abschnitt 1**) geht von einigen Anmerkungen zur bisherigen Geschichte des IAB-Betriebspanels aus, beschreibt Organisation, Ablauf und Berichterstattung der Befragung und geht auf die Untersuchungsbereiche der Welle 10 des Panels ein, das zur Jahresmitte 2002 erhoben und im Verlauf des Jahres 2003 ausgewertet wurde.

Im **Abschnitt 2** wird die Datengrundlage der für Schleswig-Holstein aufgestockten Stichprobe beschrieben. Der Weg von der Grundgesamtheit über die Brutto- und zur Nettostichprobe zeigt Rücklauf und Erfassungsgrad der Befragung. Die Struktur der Betriebe und Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen wird für die Betriebspanel-Daten sowie für die Daten aus der amtlichen Sozialversichertenstatistik gegenübergestellt um die Funktion der Gewichtung des Panels darzustellen. Hier werden auch bereits Befunde zur Betriebs- und Beschäftigtenstruktur sowie zur Beschäftigungsentwicklung (2001/2002) präsentiert.

Der **Abschnitt 3** stellt betriebliche Basisdaten dar. Im Mittelpunkt stehen hier Informationen zur Biographie der vom Betriebspanel erfassten Arbeitsstätten (Rechtsform, Eigentumsverhältnisse, Art und Alter der Betriebe, Behörden und anderer Einrichtungen), die auf Besonderheiten der schleswig-holsteinischen Betriebslandschaft hinweisen sollen. Im weiteren Verlauf des Abschnitts wird die Beschäftigung des Landes nach verschiedenen Kategorien, z.B. nach der Stellung im Beruf, nach Tätigkeitsmerkmalen, dem Geschlecht und nach Merkmalen der Qualifikation, differenziert, abschließend erfolgt ein Überblick über die Arbeitseinkommen und die Tariflohnbindung.

Die Abschnitte 4 und 5 stellen ausgewählte thematische Schwerpunkte der Auswertung dar. Der **Abschnitt 4** befasst sich mit vielfältigen Aspekten der Personalstruktur und Personalpolitik, angefangen mit Formen der Flexibilisierung der Arbeit durch verschiedene Tätigkeitsformen und Variationen der Arbeitszeitregelung, der Personalpolitik durch Einstellungen und Entlassungen und der Position älterer Arbeitnehmer, über die betriebliche Erstausbildung und den Kontakt der Betriebe mit den örtlichen Arbeitsämtern, bis hin zur Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Im Mittelpunkt des **Abschnitts 5** steht die wirtschaftliche Lage der befragten Betriebe und ihre Entwicklung, gemessen anhand betrieblicher Daten, aber auch in Form von Einschätzungen und Erwartungen der befragten Personen. Hier werden klassische betriebswirtschaftliche Merkmale wie Umsatz bzw. Geschäftsvolumen, Ertragslage, Produktivität, Absatzorientierung und Investitionen dargestellt und mit der Personalpolitik der Betriebe konfrontiert. Ein weiterer Schwerpunkt des Abschnitts befasst sich mit der betrieblichen Förderung bezogen auf den Faktor Kapital (Investitionsförderung) und Arbeit (Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten).

Die empirische Darstellung der einzelnen Befragungssegmente folgt im wesentlichen einem einheitlichen Grundkonzept, weicht aber in Einzelfällen auch von diesem roten Faden ab, wenn es die Befunde ermöglichen und erfordern. Beobachtungsbasis sind immer die Betriebe und die Beschäftigten, wobei die Betriebe in der Standardauswertung nach fünf Wirtschaftsbereichen und vier Betriebsgrößenklassen differenziert sind. Außerdem liegt uns für alle Teile der Befragung eine Aufteilung der Betriebe in solche mit Beschäftigungswachstum (2001/2002 um mehr als +2%), mit Beschäftigungsabbau (stärker als 2%) und mit in etwa unveränderter Beschäftigung vor, darüber hinaus auch eine Aufteilung in Betriebe mit einem hohen, mittleren oder besonders geringen Anteil qualifizierter Arbeitskräfte. Für diese Standardauswertung sind immer auch Vergleiche mit den Befragungsergebnissen für das Bundesgebiet West möglich, bei weitergehenden Auswertungen ist dies nicht immer der Fall. Ein Vergleich mit Befragungsbefunden anderer Bundesländer ist innerhalb eines einzelnen Länderreports im Normalfall nicht vorgesehen, er wird aber möglich sein, wenn die Auswertungen des IAB und der anderen Bundesländer als Publikation vorliegen.

Für Schleswig-Holstein ist ein Vergleich der Betriebspanel-Befunde 2002 mit denen früherer Panel-Befragungen natürlich noch nicht möglich, dies wird erst vom nächsten Jahr an erfolgen. Insofern stellt die im Teil B dargestellte Auswertung des Betriebspanels 2002 eine erste Basis dar, sie konzentriert sich weitgehend auf Querschnittsbefunde für das Jahr 2002.

Der ersten Auswertungsbericht für Schleswig-Holstein hat also eine etwas andere Schwerpunktsetzung als die Berichte in den anderen Bundesländern, die bereits auf einer Reihe vorangegangener Auswertungen aufbauen können. So nehmen die Darstellungen zur Datengrundlage (Abschnitt 2) hier noch einen relativ breiten Raum ein, dies wird in den Folgeberichten nicht mehr in dieser Ausführlichkeit wiederholt. Außerdem sind die empirischen Darstellungen in den Abschnitten 3, 4 und 5 recht breit angelegt, um im Rahmen der ersten Auswertung den umfangreichen Querschnitt arbeitsmarktrelevanter Elemente der Befragung abzudecken. Im weiteren Verlauf der Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Arbeitsgemeinschaft IAB-Betriebspanel werden diese Querschnittsbefunde in relativ kompakter Form fortgeschrieben. Die Folgeberichte werden sich dann stärker auf ausgewählte Schwerpunkte des Fragebogens und auf Querverbindungen zwischen verschiedenen Teilaspekten der Befragung konzentrieren. Wenn mindestens drei aufeinander folgenden Querschnitte der Arbeitgeberbefragung vorliegen (2002, 2003 und 2004), sollen auch bereits erste Panel-Auswertungen im eigentliche Sinne vorgenommen werden, indem z.B. im Betriebspanel 2002 identifizierte spezifische Gruppen von Betrieben bezüglich ausgewählter Merkmale über die Jahre verfolgt werden. Dies ist bekanntlich mit der amtlichen Statistik nicht möglich, sondern nur mit einer Panel-Datei, wie sie nunmehr für Schleswig-Holstein ausgebaut wird.

In aller Kürze

Berichtsteil A: "Beschäftigung, Arbeitsmarktbilanz und Arbeitsmarktpolitik"

Der Teil A des Arbeitsmarktberichts konzentriert sich auf eine thematisch eng begrenzte empirische Bestandsaufnahme für das Jahr 2002 bzw. auf Perspektiven für 2003 und 2004 mit den Schwerpunkten Beschäftigungsentwicklung, Arbeitsmarktbilanz, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik des Landes. Die Bearbeitung dieses Teilberichts erfolgte weitgehend nach dem Datenstand August 2003.

Der 1998 eingeleitete Abbau der **Arbeitslosenzahlen** wurde in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2001 von einer Periode zunehmender Arbeitslosigkeit abgelöst, die sich seit dem Jahresende 2002 weiter verstärkt hat. Der stärkste Anstieg gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat wurde im April 2003 registriert (+18 Tsd. Arbeitslose), und im Spätsommer 2003 lagen die Arbeitslosenzahlen immer noch um mehr als 15 Tsd. über denen des Vorjahres. Insgesamt lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 bei fast 122 Tsd. und damit um über 5 Tsd. höher als 2001. Die Arbeitslosenquote lag in Schleswig-Holstein im Sommer 2003 um einen guten Prozentpunkt höher als in Westdeutschland. Damit war die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein zwar höher als in den süddeutschen Ländern, andererseits aber niedriger als in Nordrhein-Westfalen und in den Stadtstaaten sowie in den ostdeutschen Ländern.

Bei der Beschäftigung war zumindest bis zum aktuellen Rand der im Spätsommer 2003 vorliegenden Daten (Mai 2003) noch keine Trendwende erkennbar. Die deutsche Wirtschaft befand sich im Spätsommer 2003 immer noch in einer Stagnationsphase. Im Jahresvergleich wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2003 in Deutschland etwa auf dem Vorjahresniveau verharren, im Jahres*verlauf* könnte allerdings eine Trendwende von rückläufiger zu ansteigender Produktion möglich sein. Für eine Verbesserung der Beschäftigungslage reicht dies aber bei weitem noch nicht aus.

Grundsätzlich folgt Schleswig-Holstein der bundesweiten **Konjunktur**entwicklung. Die Wirtschaft des Landes konnte aber seit 1996 angesichts ihrer Struktur und der relativ stark auf den Export orientierten Konjunktur nicht ganz der Entwicklung der westdeutschen Beschäftigung folgen. Über die letzten zehn Jahre zeigen sich Defizite des Landes dabei eher in der Beschäftigungs- und weniger in der Wirtschaftsentwicklung.

Im Vergleich des Jahres 2002 mit 2001 ging in Schleswig-Holstein die Zahl der **Erwerbstätigen** um über 10 Tsd. bzw. um 0,8% zurück. Schleswig-Holstein lag damit am unteren Ende der Skala der westdeutschen Flächenländer, wobei die Entwicklungsunterschiede aber relativ klein waren. Dabei blieb die Dynamik des Landes bei den Unternehmensdienstleistungen, dem im allgemeinen größten Aktivposten der Arbeitsplatzentwicklung, deutlich hinter dem Wachstum in Westdeutschland zurück. Im Vergleich 2002 mit 2001 konnte dann nur noch der Bereich der öffentlichen und sonstigen privaten Dienstleistungen eine – wenn auch begrenzte – Gegenposition zu den Arbeitsplatzverlusten im Verarbeitenden und Baugewerbe bilden, hinzu kamen hier außerdem Verluste im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr.

Die Erwerbsstruktur Schleswig-Holsteins unterscheidet sich von der westdeutschen Struktur dadurch, dass der Abteil der Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land deutlich niedriger, der der Beamtinnen und Beamten und insbesondere auch der geringfügig Beschäftigten dagegen höher ist als im Bund. Dies ist vor allem durch den im Land höheren Tertiarisierungsgrad der Wirtschaft bedingt. Hinter einem über die letzten zehn Jahre leichten Zuwachs der Erwerbstätigenzahlen verbergen sich damit erhebliche Verschiebungen: Die Zahl der Arbeitnehmer ging um über 5% zurück, dagegen nahm die Zahl der geringfügig Beschäftigten im Land um über 50% zu.

Signifikant ist auch die Verschiebung zugunsten der **Frauen**: Im Zeitraum 1999-2002 gab es in Schleswig-Holstein bei den Frauen eine Beschäftigungszunahme um über 9 Tsd., bei den Männern dagegen einen Rückgang um fast 4 Tsd. Personen. Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten liegt in Schleswig-Holstein traditionell über dem Frauenanteil in Westdeutschland.

Die Bundesraumordnungsprognose weist für Schleswig-Holstein über die Periode 2000 bis 2004 ein nahezu konstantes **Arbeitskräfteangebot** aus. Die Beiträge der drei Komponenten der Erwerbspersonenentwicklung, demographischer Trend (negativ), Veränderung des Erwerbsverhaltens und Wanderung über die Landesgrenze (positiv), gleichen sich also nahezu aus. Dahinter verbergen sich allerdings durchaus signifikante Verschiebungen: Die Zahl der männlichen Erwerbspersonen geht 2000/2004 um 7,5 Tsd. zurück, die Zahl der Frauen nimmt dagegen um über 8 Tsd. zu. Noch stärker sind die Verschiebungen zwischen den Altersgruppen. Besonders stark ist dabei die Verschiebung zwischen den Arbeitskräften mittlerer und höherer Altersgruppe: Die 30-45jährigen nehmen um über 10 Tsd. Personen ab, die Erwerbspersonen ab 45 Jahre dagegen um fast 14 Tsd. zu.

Die Veränderung der **Arbeitsmarktbilanz 2001/2002** war von den Beschäftigungsverlusten geprägt. Die Zahl der Erwerbstätigen (ohne Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung) nahm um knapp 10 Tsd. ab, und vom Arbeitskräfteangebot kam keine Entlastung, es blieb vielmehr nahezu unverändert. Der Auspendlerüberschuss Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn ging wie schon in den Vorjahren nochmals etwas zurück. Damit ergab sich eine Bilanzverschlechterung um mehr als 10 Tsd., die sich in einer Erhöhung sowohl der Arbeitslosenzahlen als auch der Stillen Reserve äußerte.

Die Arbeitsmarktprognosen für 2003 und 2004 gingen im Spätsommer 2003 davon aus, dass die Stagnation der Jahre 2002 und 2003 allmählich überwunden und für 2004 ein leichter Anstieg des deutschen Bruttoinlandsproduktes möglich wird. Verglichen mit den Aufschwüngen der Jahre 1993/94 und 1999/2000 würde der Produktionsanstieg allerdings moderat ausfallen. Da übers Jahr gesehen mit einer Verstärkung der Auftriebskräfte gerechnet wird, dürfte es auch erst zur Jahresmitte 2004 zum Ende des Arbeitsplatzabbaus und zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen, der zudem deutlich niedriger ausfällt als der Beschäftigungsanstieg, da ein Teil der neuen Arbeitsplätze aus der gerade zuvor ausgeweiteten Stillen Reserve besetzt werden wird.

Aus der vorgegebenen Erwerbstätigenprognose für Westdeutschland und der damit verknüpften, in zwei Varianten prognostizierten Landesentwicklung ergibt sich für den Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins im Jahresvergleich 2002/2003 ein erwarteter Rückgang der Erwerbstätigenzahl zwischen 18 und 24 Tsd., die primäre Arbeitsmarktbilanz dürfte sich dementsprechend verschlechtern. Dies ist für die Monate Januar bis August 2003 bereits an den Arbeitslosenzahlen abzulesen. Damit dürfte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2003 eine Marke von 136 bis 137 Tsd. erreichen und damit um 15 bis 16 Tsd. über der Zahl von 2002 liegen.

Im Jahresvergleich 2003/2004 dürfte die Beschäftigung in Schleswig-Holstein nochmals um 5 bis 10 Tsd. Personen zurückgehen, allerdings wird im Jahresverlauf 2004 mit einem Wechsel zu einem positiven Trend gerechnet. In Schleswig-Holstein wird es damit nochmals zu einer Verschlechterung der primären Arbeitsmarktbilanz kommen, die sich nach heutiger Regulierung des Arbeitslosenstatus auch in einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen ausdrückt.

Die Arbeitsmarktpolitik des Landes – gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens – hat auch in der schwieriger gewordenen Situation des Jahres 2002 einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Probleme auf dem Arbeitsmarkt geleistet. Im Rahmen des Programms "Arbeit für Schleswig-Holstein 2000" (ASH 2000) sind im Jahr 2002 rd. 9.500 arbeitslose Menschen gefördert worden. Darüber hinaus konnten durch ergänzende Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk sowie durch geförderte Beratungen und Hilfestellungen in speziellen Bereichen mehr als 34.000 Personen erreicht werden – insgesamt sind im Jahr 2002 rd. 37,6 Mio. EURO für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewilligt worden. Einen Überblick über die Förderpalette des Programms ASH 2000 gibt der im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr erstellte Abschnitt 6 zur Arbeitsmarktpolitik des Landes.

Die Förderphilosophie bei ASH 2000 ist darauf ausgerichtet, Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen möglichst unverzüglich wieder in das Arbeitsleben zu integrieren und Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern. Im Sinne einer effektiven und effizienten Arbeitsmarktpolitik ist dabei von besonderer Bedeutung, dass mit begrenztem Aufwand eine möglichst hohe Integrationsquote erreicht wird.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Reformvorhaben im Rahmen von Hartz III und IV steht die Arbeitsmarktpolitik des Landes vor neuen Herausforderungen. Es muss – obwohl derzeit noch eine Reihe von Fragestellungen offen sind – davon ausgegangen werden, dass vor allem durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe alle Bundesländer tief greifenden Veränderungen gegenübergestellt sein werden. Entsprechend dem Voranschreiten dieser Reformen auf Bundesebene wird ASH 2000 zeitnah und umfassend neu justiert werden.

Berichtsteil B "IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002"

Im Teil B des Arbeitsmarktberichts wurden die Befunde der 10. Welle der Arbeitgeberbefragung dargestellt, die im Jahr 2002 erstmals auch für Schleswig-Holstein eine aufgestockte Stichprobe befragter Betriebe umfasste. Die Befragung 2002 im Rahmen des IAB-Betriebspanels wurde in der zweiten Jahreshälfte 2002 von *Infratest Sozialforschung, München* durchgeführt. Die **Datenbasis** des IAB-Betriebspanels, die Befragung in Schleswig-Holstein und die von Infratest entwickelte Hochrechnung der Befragungsergebnisse werden im **Abschnitt 2** beschrieben, wobei dies angesichts der ersten Auswertung diese Art recht detailliert erfolgt. Die im selben Abschnitt dargestellte Struktur der Betriebe und der Beschäftigten des Landes basiert sowohl auf der amtlichen Statistik als auch auf den Betriebspanel-Befunden, sie zeigt die Strukturbesonderheiten Schleswig-Holsteins im Vergleich mit dem Bundesgebiet West, die sich auf viele Einzelbefunde der Befragung niederschlagen.

Im **Abschnitt 3** werden die **Betriebslandschaft** und die **Erwerbsstruktur** in Schleswig-Holstein dargestellt, darunter u. a. der Organisationsgrad der Betriebe (z.B. Betriebs-/Personalrat), Betriebe mit stark schwankender Produktion, Betriebe in ausländischem Besitz, Beschäftigte nach Qualifikation. Die Erwerbsstruktur wird dann im 4. Abschnitt nochmals aufgegriffen, dort werden besondere Erwerbsformen und Teilzeitmodelle diskutiert.

In Schleswig-Holstein setzt sich die Gesamtbeschäftigung zu gut zwei Dritteln aus Vollzeitbeschäftigung und zu knapp 30% aus Teilzeitarbeit mit unterschiedlichem Stundenumfang zusammen, die restlichen gut 4% entfallen auf **besondere Erwerbsformen**, bei denen kein "klassischer" Arbeitsvertrag unmittelbar mit den Betrieben eingegangen wird (vgl. **Abschnitt 4.1**). Die Absolutzahl dieser Gruppen (Aushilfen/Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte) liegt in Schleswig-Holstein hochgerechnet bei knapp 50 Tsd. Personen. Insgesamt haben sie also nur eine untergeordnete Bedeutung, in einzelnen Wirtschaftsbereichen spielen sie aber durchaus eine gewisse Rolle.

In Schleswig-Holstein hatten 2002 etwa 4,4% aller Beschäftigten **befristete Verträge**, absolut waren es hochgerechnet knapp 50 Tsd. Personen. Die Beschäftigung mit befristeten Verträgen nimmt im Primärsektor (insbesondere Landwirtschaft) und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen eine besondere Rolle ein. Während sich die Teilzeitbeschäftigung mittlerweile in vielen Wirtschaftsbereichen etabliert hat und bei der deutlichen Mehrzahl der Betriebe eine Rolle spielt, werden befristete Arbeitsverträge in Schleswig-Holstein nur bei 16%, im Bundesgebiet West sogar nur bei 12% aller Betriebe als Mittel der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes eingesetzt.

Die **Teilzeitbeschäftigung** ist weiterhin eine Domäne des tertiären Sektors bzw. der Frauen (vgl. Abschnitt 4.1): Drei von vier Teilzeitbeschäftigten sind Frauen, und der Teilzeitanteil ist bei den Dienstleistungen und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen besonders hoch. Die Absolutzahl der Teilzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein (2002) liegt bei über 310 Tsd., die Teilzeit wird dabei nach Kategorien abgestufter Wochenarbeitszeit aufgeteilt (mehr als 24 Stunden pro Woche, 15 bis 24 Stunden, weniger als 15 Stunden pro Woche bzw. Teilzeit ohne fest vereinbarte Stunden). Die beiden letztgenannte Teilzeitformen entsprechen dabei in etwa den "geringfügig Beschäftigten".

Im Vergleich zum Bundesgebiet West ist die Teilzeitbeschäftigung mit mehr als 15 Stunden in Schleswig-Holstein schwächer und die unter 15 Stunden stärker besetzt. Im Bereich der privaten Dienstleistungen bildet die Teilzeitarbeit mit weniger als 15 Wochenstunden in Schleswig-Holstein einen besonderen Schwerpunkt, während im Bundesgebiet West die Teilzeitarbeit mit 15 und mehr Stunden eine größere Bedeutung als in Schleswig-Holstein hat. Umgekehrt sind die Verhältnisse im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen: Hier dominiert in Schleswig-Holstein die Teilzeit mit mindestens 15 Wochenstunden, und zwar in stärkerem Maße als im Bund. Die Teilzeit mit hoher Wochenstundenzahl ist in größeren Betrieben stärker vertreten als in den kleineren, umgekehrt ist Teilzeitbeschäftigung ohne feste Stundenvereinbarung für kleine Betriebe typisch, sie kommt in größeren Betrieben kaum vor.

2001 wurden in Schleswig-Holstein in über 40% aller Betriebe und Einrichtungen Überstunden geleistet (vgl. Abschnitt 4.1). Besonders hoch war dieser Anteil im Verarbeitenden und Baugewerbe und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen, wo sogar in fast drei Viertel aller Einrichtungen Überstunden geleistet wurden. Hier war der Anteil im Bundesgebiet West deutlich niedriger. Besonders groß sind die Unterschiede zwischen kleinen und großen Betrieben: In Schleswig-Holstein greift nur gut jeder dritte Kleinbetrieb (bis 9 Beschäftigte) auf Überstunden zurück, bei den Großbetrieben ab 250 Beschäftigte sind es dagegen fast alle. Das bedeutet: Kleinere Betriebe setzen stärker als größere Betriebe Formen der Teilzeitarbeit und besondere Beschäftigungsformen ein, größere Betriebe bauen dagegen häufiger auf Überstunden und auf Arbeitszeitkonten.

Mit steigender Betriebsgröße nimmt die Bedeutung der Freizeit als Überstundenausgleich ab, und die Anwendung sowohl von Freizeitausgleich also auch von Vergütung nimmt zu. 2001 leisteten in Schleswig-Holstein hochgerechnet 134 Tsd. Beschäftigte ausbezahlte ("definitive") Überstunden.

Die Führung von **Arbeitszeitkonten** bildet ein wachsendes Element der Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes bei schwankender Geschäftstätigkeit (vgl. Abschnitt 4.1). In Schleswig-Holstein sind in 26% aller Betriebe Arbeitszeitkonten vorhanden, bei weiteren 4% ist diese Form der Arbeitszeitregelung geplant. Diese Art der Flexibilität hat sich im Land bereits stärker durchgesetzt als im Bundesgebiet West – dort ist sie nur bei 20% aller Betriebe vorhanden. Wenn Arbeitszeitkonten im Betrieb geführt werden, dann betrifft dies in Schleswig-Holstein im Durchschnitt zwei Drittel aller betrieblichen Beschäftigten. Insgesamt werden im Land mittlerweile bei ca. 430 Tsd. Beschäftigten Arbeitszeitkonten geführt, das sind knapp 40% aller Beschäftigten.

Im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen hat sich die Arbeitszeitkontenregelung in Schleswig-Holstein – anders als im Bundesgebiet West – bereits auf breiter Front durchgesetzt. Ebenso wie bei den Überstunden wächst die Bedeutung der Arbeitszeitkonten mit der Betriebsgröße: Der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten nimmt von 22% bei Kleinbetrieben bis auf 77% bei den Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten zu. Der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten, die separate Langzeitkonten führen, erreicht im Land allerdings gerade 11%, im Bundesgebiet West sogar nur 8%.

In Schleswig-Holstein zahlen 46% aller Betriebe und Einrichtungen nach einem Branchentarifvertrag, weitere 2% nach einem Haus- oder Firmentarifvertrag. Ein Teil der restlichen Betriebe orientiert sich an einem Branchentarifvertrag, etwa 30% aller Betriebe sehen dagegen weder **Tarifbindung** noch Tariforientierung vor. Der Anteil der Betriebe ohne Tarifbindung oder -orientierung ist im Dienstleistungsbereich am höchsten. Unter den Betrieben mit Tarifbindung oder -orientierung hat in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 ein gutes Drittel über Tarif bezahlt, der Anteil war etwas kleiner als im Bundesgebiet West.

Ein traditionell im Rahmen des IAB-Betriebspanels behandelter Bereich ist die Darstellung von **Personaleinstellungen und -abgängen** sowie der Personalsuche, also der dynamischen Komponente der Personalpolitik (**Abschnitt 4.2**). Dabei weisen Betriebe mit in etwa konstanter Beschäftigung im Vergleich zu wachsenden und auch zu schrumpfenden Betrieben eine geringere Personalfluktuation auf. Deutlich wird auch, dass die Betriebe mit Hilfe der Neueinstellungen anstreben das Qualifikationsniveau ihrer Belegschaft zu erhöhen.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (50 Jahre oder älter) bilden einen besonderen Schwerpunkt der Fragen im Betriebspanel 2002 (vgl. Abschnitt 4.3). Bezüglich der von den Betrieben geforderten Eigenschaften wird älteren Arbeitnehmern insgesamt ein leichter Vorteil gegenüber den jüngeren zugesprochen. Die als wichtig eingeschätzten Eigenschaften Arbeitsmoral/Arbeitsdisziplin, Qualitätsbewusstsein, Loyalität und Erfahrungswissen werden eher den Älteren zuerkannt. Umgekehrt sind die Einschätzungen bei den Kategorien Körperliche Belastbarkeit, Lernfähigkeit und Lernbereitschaft. Die Mehrheit der Betriebe geht bei den meisten Kategorien allerdings davon aus, dass keine Altersgruppe gegenüber der anderen einen spezifischen Vorteil hat.

Insgesamt wird aus dem Anforderungsprofil der Jüngeren und Älteren ersichtlich und von den Betrieben auch entsprechend angegeben, dass eine Mischung von älteren und jüngeren Beschäftigten Vorteile hat, da sich die beiden Altersgruppen offensichtlich in ihren Eigenschaften komplementär ergänzen. Diese insgesamt positive Beurteilung der älteren Arbeitnehmer schlägt sich allerdings nur zum Teil auch in der Einstellungsbereitschaft der schleswig-holsteinischen Betriebe nieder. 88% der Betriebe zeigen sich zwar bereit ältere Arbeitnehmer einzustellen, für jeden zweiten Betrieb in Schleswig-Holstein ist ihre Einstellung aber nur unter zum Teil sehr einschränkenden Voraussetzungen denkbar.

Hinsichtlich der **betrieblichen Erstausbildung** erfüllten zum Befragungszeitpunkt 56% der Betriebe im Land entweder selbst oder im Verbund mit anderen Betrieben/Einrichtungen die gesetzlichen Ausbildungsvoraussetzungen, 62% davon bildeten auch tatsächlich aus (vgl. **Abschnitt 4.4**). Damit liegt der Anteil nicht ausbildender Betriebe bei 39% aller Betriebe mit Ausbildungsberechtigung. Dies kann als "ungenutztes Ausbildungspotential" bezeichnet werden. Dieses lag in Schleswig-Holstein deutlich unter dem Wert für das Bundesgebiet West (47%). Mit zunehmender Betriebsgröße steigt der Anteil der ausbildenden Betriebe und das ungenutzte Ausbildungspotential sinkt. Insbesondere bei Kleinbetrieben ist das ungenutzte Ausbildungspotential noch relativ hoch. Der Wirtschaftsbereich Dienstleistungen mit einer niedrigen Ausbildungsbetriebsquote und einem großen ungenutzten Ausbildungspotential ist ein Ansatzpunkt die Zahl der Ausbildungsstellen zu steigern.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist neben einem ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt die Übernahme in den ersten Arbeitsmarkt von besonderem Interesse. Die Übernahmequote misst den Anteil der Betriebe, die Auszubildende mit erfolgreichem Abschluss *selbst* übernommen haben, an den Betrieben, in denen im Jahr 2002 Auszubildende ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Sie ist in Schleswig-Holstein deutlich niedriger als im Bundesgebiet West. Insbesondere die Übernahmequoten bei kleineren und mittleren Betrieben, die einen Großteil der Ausbildung tragen, sind im Vergleich zum Bund relativ gering. Gleiches gilt für den Dienstleistungsbereich, der außerdem ein großes ungenutztes Ausbildungspotential hat.

Die Erfahrungen der Betriebe mit Kontakten zum Arbeitsamt werden im Land insgesamt ungünstiger bewertet als im Bundesgebiet West (Abschnitt 4.5). Dies ist auch auf den relativ großen Anteil kleiner Betriebe im Land zurückzuführen. Sie nutzen die Angebote der Arbeitsämter weniger und beurteilen ihre Erfahrungen mit Kontakten und Informationen schlechter als größere Betriebe. Der Arbeitsverwaltung stellt sich in Schleswig-Holstein offenbar die Aufgabe, sich noch stärker auf die spezifischen Bedürfnisse der kleinen Betriebe einzustellen.

Als ein weiterer Schwerpunkt wurde im IAB-Betriebspanel 2002 die Problematik der Chancengleichheit von Männern und Frauen aufgenommen. Im Abschnitt 4.6 zeigt die Untersuchung, dass es ähnlich wie im Bundesgebiet West auch in der überwiegenden Mehrzahl der schleswig-holsteinischen Betriebe keine besonderen Initiativen und Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit gibt. Ausnahmen bilden die Einrichtungen des Bereichs Öffentlicher Dienst, Organisationen sowie die Betriebe ab 50 Beschäftigte, die Chancengleichheit insbesondere durch betriebliche Vereinbarungen zu gewährleisten versuchen. Außerdem gibt jeder siebte Betrieb an, spezielle Maßnahmen zur Chancengleichheit durchzuführen, ohne dass eine betriebliche, tarifliche oder freiwillige Vereinbarung bestehen würde. Die am häufigsten genannte Maßnahme sowohl im Land (14%), als auch im Bund (11%) ist die besondere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Eltern bei der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung.

Im **Abschnitt 5** wird schließlich die **wirtschaftliche Situation** der schleswig-holsteinischen Betriebe dargestellt, mit dem Hauptaugenmerk auf Sachverhalten wie Geschäftsvolumen, Produktivität, Absatzmärkte, Investitionen und öffentliche Förderung.

Bei der Einschätzung der betrieblichen **Ertragslage** im Jahr 2001 (**Abschnitt 5.1**) überwogen zum Zeitpunkt der Befragung sowohl im Land als auch im Bund insgesamt eher die negativen Beurteilungen. Während die Ertragslage in Schleswig-Holstein von 27% der Betriebe als "gut" oder "sehr gut" eingeschätzt wird (Bundesgebiet West: 28%), beurteilen 39% der Betriebe des Landes ihre Ertragslage 2001 als "ausreichend" oder "mangelhaft" (Bundesgebiet West: 35%). Im übrigen zeigen sich die schleswig-holsteinischen Betriebe auch bezüglich der erwarteten Geschäftsentwicklung im Jahr 2002 nicht besonders optimistisch. 15% der Betriebe erwarteten einen Anstieg des Geschäftsvolumens, 34% eine Senkung. Problematisch erweist sich die zurückhaltende Beurteilung der Geschäftsentwicklung nicht zuletzt deswegen, weil die Betriebe dadurch zu einer vorsichtigen Personalpolitik veranlasst werden.

Die **Umsatzproduktivität** (Umsatz je Beschäftigten) der schleswig-holsteinischen Betriebe lag im Jahr 2001 knapp über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (**Abschnitt 5.2**). Das ist insbesondere auf den Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur zurückzuführen, der eine – auch im Vergleich zum Bund – überdurchschnittlich hohe Produktivität zeigte. Bezüglich einzelner Betriebsgrößengruppen ist festzustellen, dass in Schleswig-Holstein mittelgroße Betriebe einen Produktivitätsrückstand gegenüber den alten Bundesländern haben. Dagegen erreichen die Klein- wie auch die Großbetriebe im Land mehr Umsatz pro Beschäftigten als im Bund.

Als ein wichtiger begrenzender Faktor der Umsatzentwicklung erwies sich zum Zeitpunkt der Befragung in Schleswig-Holstein – wie auch im Bundesgebiet West – die verhaltene Nachfrage auf den Absatzmärkten, die eine bedeutsame Unterauslastung der vorhandenen **Produktionskapazitäten** zur Folge hat (**Abschnitt 5.2**). Etwa zwei Drittel aller Betriebe verfügten 2001 über freie Personal- und Anlagekapazitäten, was sich letzten Endes auch auf den Arbeitsmarkt belastend auswirkt.

Die Investitionstätigkeit in Schleswig-Holstein wich 2001 bezüglich des Anteils investierender Betriebe an allen Betrieben nicht von der in den alten Bundesländern ab (52% im Land, 53% im Bund, Abschnitt 5.3). Allerdings war die Investitionsintensität_(Investitionen pro Beschäftigten) im Land höher als im Bund. Dieser Befund resultiert insbesondere aus der Situation der Wirtschaftsbereiche Handel, Reparatur und Dienstleistungen, in denen die Investitionsintensität deutlich über den Vergleichswerten im Bund lag. Die relativ instabile konjunkturelle Lage bewirkte im allgemeinen eine ausgeprägte Zurückhaltung der Betriebe bei der Planung künftiger Investitionsausgaben. Zu beobachten ist allerdings, dass diese Situation in Schleswig-Holstein von dem besonderen Gewicht der Kleinstbetriebe bestimmt wird, von denen die meisten keine Investitionen für 2002 vorgesehen haben.

Der technische Stand der Anlagen bzw. die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden von den schleswig-holsteinischen Betrieben etwas schlechter bewertet als im Bund. Angesichts der im Bundesvergleich äußerst zögernden Investitionen in EDV sowie Informations- und Kommunikationstechnik dürfte sich dieses Defizit kurzfristig allerdings auch kaum abbauen. Ein positiver Ansatz in Schleswig-Holstein ist der im Bundesvergleich etwas höhere Anteil der Erweiterungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen, wobei dieser insbesondere bei den Dienstleistungen im Land höher als im Bundesgebiet West war, während er im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Handel und Reparatur unter dem Bundesanteil lag (Abschnitt 5.3).

Öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel kamen 2001 im Land einem höheren Anteil von Betrieben zugute (7%) als im Bundesgebiet West (4%). Dies gilt in Schleswig-Holstein – abgesehen vom Baugewerbe – für alle Wirtschaftsbereiche und in allen Größenklassen (Abschnitt 5.4). Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten wurden von 17% der Betriebe in Schleswig-Holstein (11% im Bundesgebiet West) in Anspruch genommen. Dabei waren die Eingliederungszuschüsse für alle Wirtschaftsbereiche und Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein das am häufigsten eingesetzte Förderinstrument.

1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit im Überblick

1.1 Die Arbeitsmarktentwicklung über das Jahr 2002 bis Mitte 2003 (Tabelle 1, Abbildung 1, Übersicht 1)

Entwicklung der Arbeitslosigkeit¹

Der 1998 eingeleitete Abbau der **Arbeitslosenzahlen** wurde in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2001 von einer Periode zunehmender Arbeitslosigkeit abgelöst, die sich seit dem Jahresende 2002 weiter verstärkt hat. Der stärkste Anstieg wurde im April 2003 registriert (+15,4% bzw. +18 Tsd. Arbeitslose gegenüber dem April 2002), im Spätsommer 2003 lagen die Arbeitslosenzahlen noch um mehr als 15 Tsd. über denen des Vorjahres (**Tabelle 1**). Gegenüber den Jahren 2001 und 2000 war der Abstand noch größer (+19 Tsd. im Vergleich mit 2001 bzw. +22 Tsd. gegenüber 2000), und die Arbeitslosenzahl lag im August auch noch um mehr als 10 Tsd. über der vom August 1997, dem Jahr mit der höchsten Arbeitslosigkeit der 90er Jahre.

Die Trendwende von rückläufigen zu ansteigenden Arbeitslosenzahlen trat in Schleswig-Holstein Anfang 2001 etwa drei bis vier Monate früher ein als in Westdeutschland. In der folgenden Periode steigender Arbeitslosigkeit war die Zunahme in Schleswig-Holstein zunächst geringer als in Westdeutschland, seit dem Frühjahr 2003 sind die Zuwachsraten im Land aber höher (im August 2003: +13% gegenüber +10% in Westdeutschland). Insgesamt lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 bei 121,6 Tsd. und damit um 5,4 Tsd. bzw. um 4,7% höher als 2001, in Westdeutschland lag der Jahresdurchschnitt 2002 um 6,9% über dem von 2001. Sofern im letzten Jahresdrittel 2003 nicht eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsmarktsituation eintritt, ist aufgrund des bisherigen Verlaufs für das laufende Jahr mit einer Durchschnittszahl von über 136 Tsd. Arbeitslosen, also mit einem Zuwachs gegenüber 2002 um rd. 15 Tsd. bzw. um über 12% zu rechnen.

Die Arbeitslosenquote lag in Schleswig-Holstein im Sommer 2003 etwa bei 9,5%, sie war damit um einen guten Prozentpunkt höher als im Vorjahr, und gegenüber der westdeutschen Quote war sie im Sommer ebenfalls um mehr als einen Prozentpunkt höher. Der Abstand zum gleichen Vorjahresmonat wie auch zur westdeutschen Quote hat sich damit gegenüber dem Sommer 2002 vergrößert.² Damit war die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein im Sommer 2003 zwar höher als in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg,

¹ Zur aktuellen Arbeitsmarktsituation bei Redaktionsschluss dieses Berichts vgl.: Presse-Information der Bundesanstalt für Arbeit vom 4. September 2003, Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im August 2003, Nürnberg; sowie die Presseinformation Nr. 42/2003 vom 4. 9. 2003 des Landesarbeitsamtes Nord, Der Arbeitsmarkt im Norden, August 2003, Kiel.

² Bezogen auf den kleineren Nenner der abhängigen Erwerbspersonen (abhängig Erwerbstätige plus Arbeitslose) liegt die Arbeitslosenquote vom August 2003 bei 10,6%, bezogen auf den größeren Nenner (alle zivilen Erwerbspersonen) ist sie im allgemeinen um etwa einen Prozentpunkt niedriger. Im folgenden verwendet dieser Bericht wann immer möglich die niedrigeren Quoten. Da diese aber nicht für alle Segmente der Arbeitslosigkeit vorliegen, muss der Bericht gelegentlich auf die höheren Quoten ausweichen. Dies wird in den entsprechenden Tabellen vermerkt.

Rheinland-Pfalz und Hessen), andererseits aber niedriger als in Nordrhein-Westfalen und in den Stadtstaaten sowie in den ostdeutschen Ländern.

Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz

Die wirtschaftliche Dynamik, die im Bundesgebiet West im Jahr 2000 noch zu einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,1% und zu einem Zuwachs der Beschäftigung (Erwerbstätige) um mehr als 700 Tsd. führte, hat übers Jahr 2001 erheblich nachgelassen. Schon zur Jahresmitte stagnierte die Produktion, sie ging dann im Verlauf des zweiten Halbjahres sogar leicht zurück. Im Jahresvergleich war das reale Bruttoinlandsprodukt 2001 im Bundesgebiet West nur um 0,7% höher als im Jahr zuvor. Damit kam im Verlauf des Jahres 2001 auch der kräftige Beschäftigungsaufbau zum Stillstand. Im Jahresvergleich lag die Erwerbstätigenzahl im Bundesgebiet West allerdings noch um 0,8% bzw. um 260 Tsd. über dem Stand von 2000. Im Jahr 2002 stagnierte die westdeutsche Produktion, sie lag gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt nur noch um 0,2% über der von 2001. Das war bei weitem nicht ausreichend, um den Beschäftigtenstand zu halten: Die Zahl der Erwerbstätigen ging um über 110 Tsd. zurück.³

Die enge Beziehung zwischen der Beschäftigungsentwicklung und der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wird in der **Abbildung 1** deutlich:⁴ Das Muster der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung Schleswig-Holsteins folgt dabei im Grundsatz eng der westdeutschen Entwicklung. Dennoch zeigen sich zumindest graduelle Entwicklungsunterschiede, in jüngerer Zeit insbesondere beim Trendwechsel von abnehmender nach zunehmender Arbeitslosigkeit bzw. von zunehmender nach rückläufiger Beschäftigung. Dieser lag in Schleswig-Holstein etwa sechs Monate früher (März 2001) als im Bundesgebiet West (etwa September 2001). Entsprechend fällt der Vergleich der Jahresdurchschnittsbefunde (Vergleich 2000, 2001 und 2002) für Schleswig-Holstein ungünstiger aus als für Westdeutschland.

Bei der jüngsten Entwicklung der Arbeitslosigkeit (Monatsdaten ab Mai 2003) deutet sich möglicherweise ein Trendwechsel zum Positiven an. Bundesanstalt und Landesarbeitsamt Nord interpretieren die saisonbereinigten Zahlen vom Juli/August so, dass sie im Verlauf des Sommers 2003 nicht weiter steigen. Ob sich dieser Trendwechsel am aktuellen Rand der Zeitreihe aber dauerhaft bestätigt, ist nach heutigem Datenstand noch nicht gesichert.

Bei der Beschäftigung war zumindest bis zum aktuellen Rand der im September vorliegenden Daten (Mai 2003) noch keine Trendwende erkennbar. Die Zahl der SV Beschäftigten lag sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Westdeutschland um über 2% unter der vom Mai 2002 – in Schleswig-Holstein steht dahinter ein Verlust von fast 18 Tsd. Arbeitsplätzen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und bei Banken/Versicherungen.

³ Vgl. Jährlicher Arbeitsmarktbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (IAB). Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2003: 7-45. Siehe auch: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg (Hrsg.:), IAB Kurzbericht Nr. 5 vom 7. Mai 2003, Bundesrepublik Deutschland – Neue Vorausschau des IAB für den Arbeitsmarkt 2003.

⁴ Der Beschäftigungsverlauf ist hier aufgrund der Umstellung der Beschäftigtenstatistik Mitte 2000 unterbrochen, d.h. es ist keine durchgängige Zeitreihe der Monatsdaten möglich.

Eine positive Gegenposition konnte im Frühjahr 2003 nur das Gesundheits- und Sozialwesen aufbauen.⁵

1.2 Die konjunkturelle Situation 2001/2002 bis Mitte 2003 (Übersicht 1)

Der Wechsel des konjunkturellen Gesamtbildes ab 2000 gegenüber der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird auch in der **Übersicht 1** sichtbar. Die ausgeprägte wirtschaftliche Dynamik der Jahre 1995 bis 2000 führte in Westdeutschland zu einem Zuwachs der Beschäftigung um über 1,5 Mio., im Jahresmittel also um über 300 Tsd. Erwerbstätige. Gleichzeitig nahm aber auch das Arbeitskräfteangebot noch kräftig zu, im Jahresmittel um 270 Tsd. Erwerbspersonen. Die Arbeitslosigkeit konnte damit 2000 gegenüber 1995 nur geringfügig abgebaut werden, zumal ein Teil der neuen Arbeitsplätze aus dem Bestand der Stillen Reserve besetzt wurde.

Das Jahr 2001 zeigte im Vergleich zur Periode 1995-2000 in Westdeutschland einen deutlich ungünstigeren Trend. Bei einem Produktionswachstum 2000/2001 von real nur noch 0,7% und einer relativ geringen Zunahme der Arbeitsproduktivität um 0,6% nahm das Arbeitsvolumen (Arbeitsstunden im Jahr) geringfügig um 0,1% zu. Bei einer Verringerung der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitsplatz um 0,7% (aufgrund zunehmender Teilzeitbeschäftigung)⁶ nahm die Zahl der Erwerbstätigen noch um 0,8% bzw. 260 Tsd. zu. Gleichzeitig nahm aber auch das Arbeitskräfteangebot um 1,0% zu, die Arbeitslosigkeit blieb daher trotz leichter Beschäftigungsgewinne fast auf Vorjahresniveau.

Der Vergleich 2001/2002 zeigt einen gegenüber dem Vorjahr ungünstigeren Trend. Auslöser war die weitere Abschwächung der Konjunktur, aber auch ein stärkerer Zuwachs der Arbeitsproduktivität und ein geringerer Rückgang der Jahresarbeitszeit. So konnten ein kaum messbares Produktionswachstum (+0,2%) und ein leichter Arbeitszeitrückgang (-0,4%) einen Arbeitsplatzrückgang um 0,3% nicht verhindern. Hinzu kam ein weiterer, wenn auch nicht mehr so starker Anstieg des Arbeitskräfteangebots (+0,5%), so dass im Ergebnis sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Stille Reserve in Westdeutschland deutlich zugenommen haben.

Für Deutschland lässt sich die konjunkturelle Situation im Zeitraum 2000 bis 2002 auf die Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes (Verwendungsseite) zurückführen.⁷ Dabei war das Wirtschaftswachstum 2001/2002 in Deutschland (real +0,2%) noch et-

⁵ Immerhin spricht die Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit vom 4. September 2003 von einer im Mai 2003 messbaren Abschwächung der monatlichen Beschäftigungsabnahme in Deutschland im saisonbereinigten Jahresverlauf, unter anderem aufgrund der Zunahme geförderter selbständiger Existenzen.

⁶ Der Rückgang resultiert aus einer Zunahme der Teilzeitquote bei gleichzeitiger Senkung der durchschnittlichen Arbeitszeit bei den Teilzeitbeschäftigten, vor allem bedingt durch die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung.

⁷ Vgl. hierzu die im August/September 2003 vorliegenden aktuellen Informationen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Deutschland, insbesondere die Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft Kiel vom Juni bzw. September 2003: J. Benner et al., Deutschland erneut in der Rezession. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2003, Heft 2, sowie J. Benner et al., Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2003, Heft 3.

was geringer als 2000/2001 (+0,8%). Verantwortlich waren vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, aber auch die Konsum- und Exportnachfrage: Bei den Investitionen verstärkte sich der Rückgang, die Exporte legten 2001/2002 deutlich schwächer zu als im Vorjahr, und bei der privaten Konsumnachfrage folgte einem Zuwachs in 2000/2001 im Folgejahr ein leichter Rückgang. Der deutliche Rückgang der Bauinvestitionen fiel 2001/2002 nochmals stärker aus. Dem moderaten Zuwachs bei den Exporten gelang es zusammen mit einem leichten Anstieg der staatlichen Nachfrage nicht, die Verluste bei den Investitionen und dem Konsum auszugleichen, die Binnennachfrage war auch im Jahr 2002 wiederum nicht in der Lage, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu erzeugen.

Veränderungsraten der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland

Informationsbasis ist der im September 2003 aktuellste Konjunkturbericht des Instituts für Weltwirtschaft: J. Benner et al., Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2003, Heft 3.

Exporte:

Veränderung 2000/2001: +5,6%, 2001/2002: +3,4%.

Ausrüstungsinvestitionen:

Veränderung 2000/2001: -4,9%, 2001/2002: -9,1%.

Privater Verbrauch:

Veränderung 2000/2001: +1,4%, 2001/2002: -1,0%.

Staatlicher Verbrauch:

Veränderung 2000/2001: +1,0%, 2001/2002: +1,7%.

Bauinvestitionen:

Veränderung 2000/2001: -4,8%, 2001/2002: -5,8%.

Aktuelle konjunkturelle Situation in Deutschland im Juli 20039

Nach Einschätzung der Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft vom September 2003 befindet sich die deutsche Wirtschaft im Spätsommer 2003 immer noch in einer Stagnationsphase, die seit Herbst 2000 anhält. Maßgeblich für den leichten Produktionsrückgang im zweiten Quartal des Jahres war der Rückgang der Exportnachfrage, verursacht von der schwachen Konjunktur im Euroraum und der Aufwertung des Euro seit dem Frühjahr 2002. Für den weiteren Jahresverlauf wird nun aber angenommen, dass die konjunkturelle Talsohle durchschritten ist. Frühindikatoren deuten auf eine leichte Zunahme des realen Bruttoin-

⁸ 2000/2001 beschränkte sich das leichte Wirtschaftswachstum allerdings weitgehend auf Westdeutschland, während die Produktion in Ostdeutschland bereits leicht rückläufig war. Im Folgejahr hat Westdeutschland allerdings nur noch einen minimalen Vorsprung (+0,2% gegenüber –0,1% in Ostdeutschland). Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jah-

ren 2003 und 2004. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2003.

⁹ Die folgenden Anmerkungen stammen aus Einschätzungen der konjunkturellen Situation aus den bereits genannten Konjunkturprognosen (Juni- und September-Prognose des Instituts für Weltwirtschaft) und aus dem jährlichen Arbeitmarktbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2003: 7-45. Siehe auch: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 5 vom 7. Mai 2003, Bundesrepublik Deutschland – Neue Vorausschau des IAB für den Arbeitsmarkt 2003.

landsproduktes im dritten Quartal 2003 hin. Dies wird gestützt durch eine konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten und eine weiterhin kräftige Ausweitung der Exporte in die Reformländer. Andererseits bleibt die Auslandsnachfrage aus den Kernländern der EU weiterhin relativ schwach. Die Binnennachfrage zeigt Licht und Schatten: Die Investitionen gewinnen nur langsam an Schwung, und das Konsumklima dürfte sich erst in der zweiten Jahreshälfte etwas verbessern. So zeigt auch der prognostizierte Jahresvergleich 2002/2003 der Komponenten des deutschen Bruttoinlandsproduktes keine ausgeprägten Veränderungen, sieht man von einem erneut spürbaren Rückgang der Bauinvestitionen ab.

Prognostizierte Veränderung 2002/2003 in Deutschland (real): Exporte 0,0%; Ausrüstungsinvestitionen +0,6%; Bauinvestitionen –3,9%; Privater Verbrauch +0,8%; Staatlicher Verbrauch +0,6%.

Im Jahresvergleich wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2003 in Deutschland etwa auf dem Vorjahresniveau verharren, im Jahres*verlauf* dürfte allerdings eine Trendwende von rückläufiger zu ansteigender Produktion möglich sein. Für eine Verbesserung der Beschäftigungslage reicht dies aber bei weitem noch nicht aus, allenfalls wird sich das Tempo des Arbeitsplatzabbaus übers Jahr 2003 verringern. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wird sich dann noch bis ins Jahr 2004 hinein fortsetzen, zumal der zum Jahresende nur moderate Produktionsanstieg mit den bestehenden (Arbeits-) Kapazitäten bewältigt werden kann. Mit dem erwarteten Anziehen der Konjunktur werden zunächst Kurzarbeit abgebaut, Überstunden eingerichtet und Arbeitszeitkonten belastet, bevor es in größerem, statistisch spürbaren Maße zu Netto-Neueinstellungen kommt.

Die Wirtschaftsprognosen für das laufende Jahr 2003 überdecken bei einem Jahresvergleich 2002 mit 2003 die erwartete zeitliche Abfolge rückläufiger und dann wieder anziehender Konjunktur: Für Westdeutschland geht die September-Prognose des Instituts für Weltwirtschaft – auf Basis eines gegenüber 2002 unveränderten Bruttoinlandsproduktes in Deutschland – von einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 1,5%, absolut um 465 Tsd. aus. Bei nahezu unverändertem Arbeitskräfteangebot würde die Arbeitslosigkeit dennoch nicht in gleichem Maße ansteigen (um knapp 280 Tsd.), da gleichzeitig auch von einer Zunahme der Stillen Reserve ausgegangen wird. Die westdeutsche Arbeitslosenquote dürfte sich nach Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft im Jahresvergleich von 7,6% (2002) auf 8,4% (2003) erhöhen.

Die Arbeitsmarktprognose 2003 der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) wurde im Mai publiziert und enthielt eine untere Variante, in der ebenfalls für 2003 in Westdeutschland ein unverändertes Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2002 angenommen wurde. Die weiteren Arbeitsmarktgrößen weichen allerdings z.T. deutlich von denen des Instituts für Weltwirtschaft ab: Aufgrund einer Zunahme der Stundenproduktivität (+1,3% in Westdeutschland) würde demnach das Arbeitsvolumen in Stunden pro Jahr ebenfalls um 1,3% sinken, und unter Berücksichtigung einer sinkenden Jahresarbeitszeit (um 0,5%) würde sich die Zahl der Erwerbstätigen 2002/2003 um 0,8% bzw. um 250 Tsd. verringern. Andererseits geht das IAB von einer Zunahme des Arbeitskräfteangebots (+165 Tsd.) aus, so dass der Anstieg der Arbeitslosenzahlen mit über 330 Tsd. deutlich höher ausfallen würde.

Konsequenzen für Schleswig-Holstein

Grundsätzlich folgt Schleswig-Holstein der bundesweiten Konjunkturentwicklung. Die Wirtschaft des Landes konnte aber in den Jahren 1996 bis 2000 mit positiver Wirtschaftsentwicklung angesichts ihrer Struktur und der relativ stark auf den Export orientierten Konjunktur nicht ganz die günstigen Wachstumsraten Westdeutschlands erreichen. In dieser Phase waren die Bereiche der Wirtschaft, die besonders auf Exportnachfrage orientiert sind, im Vorteil, während andererseits Konsumgüterproduktion, Handel, konsumorientierte Dienstleistungen und Bauwirtschaft von einer schwachen Binnenkonjunktur bzw. von rückläufigen Bauinvestitionen betroffen waren. Entsprechend waren Regionen, deren Wirtschaftsstruktur besonders von Exportgüterproduktion geprägt ist, gegenüber solchen Regionen im Vorteil, deren Schwerpunkte eher in der Konsum- und Bauwirtschaft oder bei konsumorientierten Dienstleistungen liegen. Diese würden erst wieder Anschluss an die in den Jahren 1996 bis 2000 begünstigten Regionen finden, wenn sich ein konjunktureller Aufschwung auf breiter Front etablieren könnte.

In den beiden letzten Jahren (2000-2002) war das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland deutlich geringer als 1996-2000, und Schleswig-Holstein hatte beim Bruttoinlandsprodukt über beide Jahre gesehen etwa die Position Westdeutschlands erreicht, blieb allerdings bei der Beschäftigungsentwicklung weiterhin im Rückstand.

Auch über die letzten zehn Jahre gesehen zeigen sich Defizite des Landes eher in der Beschäftigungs- und weniger in der Wirtschaftsentwicklung. Über den Zeitraum 1992-2002 hat Schleswig-Holstein unter den westdeutschen Flächenländern zwar beim Bruttoinlandsprodukt recht gut mithalten können – nur in Bayern und Hessen war die Entwicklung günstiger – bei der Erwerbstätigkeit blieb das Land aber hinter allen anderen westdeutschen Flächenländern zurück.

Indexzahlen für 2002 (1992=100), Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995):

Schleswig-Holstein: 114,1, Westdeutschland: 115,2 Indexzahlen für 2002 (1992=100), Erwerbstätigkeit: Schleswig-Holstein: 101,8, Westdeutschland: 103,7.

Die **Ursachen** dieses für Schleswig-Holstein relativ ungünstigen Entwicklungsbefunds der Jahre nach 1996 sind zum Teil bekannt, sie wurden bereits im Arbeitsmarktbericht 2001 angesprochen (Basiseffekt, Industriestruktur).

Der Basiseffekt resultiert aus den in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich starken Arbeitsplatzgewinnen Anfang der 90er Jahre (Nachfrageeffekte der Grenzöffnung und Wiedervereinigung) und den relativ geringen Arbeitsplatzverlusten im Verlauf der anschließenden Rezession (1992/94), in der die eher auf Dienstleistungen als auf Industrie spezialisierte Wirtschaft des Landes von starken Einbußen weitgehend verschont blieb. Nachfolgend war allerdings in der Wachstumsphase 1996-2000 ein Beschäftigungsanstieg schwieriger zu realisieren als in Bundesländern, die zuvor einen hohen Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe hinnehmen mussten.

Hinzu kommt, dass die Wirtschaft Schleswig-Holsteins aufgrund ihrer Struktur von einer primär exportgesteuerten Konjunktur (wie 1996-2000) weniger profitiert als andere Bundeslän-

der. Zum einen ist der Tertiärisierungsgrad besonders hoch, der Industrieanteil entsprechend niedrig. Zum anderen ist das produzierende Gewerbe mit den Bereichen, die für den Außenhandel relevante Güter erzeugen, im Land relativ zu Westdeutschland weniger stark vertreten, dagegen haben konsumorientierte Bereiche der gewerblichen Wirtschaft oder das Baugewerbe im Lande eine überdurchschnittliche Bedeutung, wobei diese zuletzt genannten Wirtschaftszweige in den letzten Jahren von einer schwachen Konsum- und Baukonjunktur betroffen waren.

Die Exportquote, d.h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes, erreichte in Schleswig-Holstein 2002 zwar mit 33,7% einen neuen Höchststand (gegenüber 31,8% in 2001), die Quote blieb aber weiterhin unter der westdeutschen Quote (38,0%). Den Gründen für den trotz der erfreulichen Tendenz immer noch bestehenden Rückstand lässt sich – wie im Statistischen Arbeitsmarktbericht 2001 dargelegt – mit einer einfachen Differenzierung nach Industriezweigen nur teilweise auf die Spur kommen.¹⁰

Zur Bewertung der Position Schleswig-Holsteins und insbesondere seiner Entwicklungspotenziale unter sich verändernden globalen und nationalen Vorgaben¹¹ sollen hier nur beispielhaft einige Schlaglichter der Struktur- und Standorteigenschaften des Landes genannt werden, um einige Orientierungsmarken für tiefergehende Analysen zu setzen.

Vgl.: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Wirtschaftsbericht 2003, Kiel 2003 (Wirtschaftsbericht für das Jahr 2002). Zur Exportquote des Landes wurde auch im Statistischen Arbeitsmarktbericht 2001 Stellung genommen. Vgl.: H. Herrmann, K. Schone, B. Stoschek, Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2001. J. Bröcker (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 36, Kiel 2002, hier: S. 7.

¹¹ Vgl. u.a.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hrsg.), Entwicklungspotenziale der nordwestdeutschen Länder. Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein der ARL, im Auftrage der Niedersächsischen Staatskanzlei, Hannover 2002.

Sich verändernde globale und nationale Vorgaben sind u.a.: Weitere Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung und des regionalen Wettbewerbs; EU-Erweiterung und damit Verlagerung der ökonomischen Schwerpunkte in Europa; umfassender technischer Fortschritt auch in tertiären Wirtschaftsbereichen; Alterungsprozess der Bevölkerung und als Konsequenz Alterung des Arbeitskräftepotentials und Veränderung der Konsumstruktur; Veränderungen der Arbeitswelt (Qualifikation, flexiblere Erwerbsformen, Niedriglohnbereich); Veränderung der Rahmenbedingungen (Sozialsysteme, Arbeitsmarkt); Fortsetzung des sektoralen und räumlichen Strukturwandels (Tertiarisierung, Dezentralisierung, Süd-Nord-Gefälle in Westdeutschland).

Standort- und Struktureigenschaften Schleswig-Holsteins	Thesen zur Auswirkung auf die zukünftige Entwicklung
Verschiebung der ökonomischen Schwerpunkte in Europa nach Norden und Osten	Norddeutschland hat Vorteile gegenüber West- und Südeuropa
Suburbanisierungsprozess innerhalb des Agglo- merationsraumes Hamburg begünstigt Schleswig- Holstein – Abschwächung dieses in Westdeutsch- land langfristig vorherrschenden Trends ab Mitte der 90er Jahre	Schwächung der bislang sehr günstigen Entwick- lungsposition der südlichen Landesteile, mit nega- tiven Auswirkungen auf die Gesamtsituation des Landes
Hoher Tertiarisierungsgrad: Konsumorientierte und staatliche Dienstleistungen stark vertreten, nur geringe Industriedichte	Gegenüber Westdeutschland geringere Konjunkturschwankungen – moderater Aufschwung, gedämpfte Rezession
Spezialisierungen: Nahrungsmittel, Schiffbau, Medizin- und Messtechnik, Umweltwirtschaft (Windkraft), Gesundheitsbereich, Tourismus, Hafenwirtschaft	In einigen Bereichen positive Entwicklungspotenziale, z.B. aufgrund von Veränderungen der Konsumstruktur (Alterung der Bevölkerung); Ausbau der Spezialisierungsvorteile durch Aufbau technologischer Cluster
Im westdeutschen Vergleich geringere Exportori- entierung des Verarbeitenden Gewerbes	Nachteile bei exportgesteuertem Konjunkturaufschwung
Viele Industriebetriebe sind "fremdgesteuert", nur wenige im Land verwurzelte industrielle Leitbetriebe	Hohes Risiko der Standortverlagerung oder Betriebsschließung, nur geringe regionalpolitische Einflussnahme
Baugewerbe im Vergleich mit Westdeutschland überdurchschnittlich präsent	Schleswig-Holstein auch zukünftig vom Beschäftigungsabbau in der Bauwirtschaft betroffen
Unternehmensorientierte Dienstleistungen: Hochwertige Dienste werden vor allem in Hamburg bereitgestellt, Kiel ist in diesem Bereich für das Land nur ein nachgeordneter Standort	Nachteile Schleswig-Holsteins bei räumlicher Konzentration der Dienstleistungen in Hamburg; Entwicklung der Unternehmensdienste wird durch eine zu geringe und weiter abnehmende indus- trielle Basis im Land begrenzt
Betriebliche Erneuerung: Unternehmensgründungen (brutto und netto), Spinoffs aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen	Schleswig-Holstein überdurchschnittlich bei Gründungsraten, allerdings vor allem strukturbedingt (hoher Dienstleistungsanteil)
Innovationspotential: betriebliche F&E (Personal und Aufwendungen), Patentintensität	Defizite in Schleswig-Holstein; Hamburg hat Führungsposition im Norden. Stärken des Landes in ausgewählten Bereichen (z.B. Mess- und Medizintechnik, Nahrungsmittel, Umweltwirtschaft)

Tabelle 1 Entwicklung der Arbeitslosigkeit August 2001 bis August 2003

Arbeitslosenzahlen und -quoten, August 2001 bis August 2003 in Schleswig-Holstein (S-H) Bezugsgröße bei den Arbeitslosenquoten: zivile Erwerbspersonen Bundesgebiet West (BGW) bzw. Westdeutschland zum Vergleich

		Arbeitslose	Verä	inderung	Arbei	tslosenquo	ten (%)	Arbeitsloseng	uoten (S-H)
Monat		in Tsd.	zum Vo	rjahr (%)	aktuell	aktuell	Vorjahr	Veränderung	Abweichung
		S-H	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	zum Vorjahr	vom BGW
								(in Prozentp	unkten)
Aug.	2001	113	3,2	0,1	8,2	7,3	8,1	0,1	0,9
Sept.	2001	111,0	4,0	1,7	8,0	7,2	7,8	0,2	0,8
Okt.	2001	111,6	4,9	3,0	8,1	7,2	7,8	0,3	0,9
Nov.	2001	117,0	5,6	4,6	8,4	7,4	8,1	0,3	1,0
Dez.	2001	123,0	5,1	5,3	8,9	7,7	8,6	0,3	1,2
Jan.	2002	132,4	5,6	6,4	9,6	8,3	9,2	0,4	1,3
Feb.	2002	132,4	4,6	6,3	9,6	8,3	9,3	0,3	1,3
März	2002	124,9	2,4	5,7	9,0	8,0	9,0	0,0	1,0
Apr.	2002	118,7	2,4	5,2	8,6	7,8	8,5	0,1	0,8
Mai	2002	115,3	4,6	7,4	8,2	7,6	8,0	0,2	0,6
Juni	2002	114,9	6,4	7,6	8,2	7,6	7,8	0,4	0,6
Juli	2002	118,8	4,8	7,8	8,5	7,8	8,2	0,3	0,7
Aug.	2002	116,5	3,1	7,5	8,3	7,8	8,2	0,1	0,5
Sept.	2002	116,2	4,7	7,1	8,3	7,7	8,0	0,3	0,6
Okt.	2002	117,6	5,4	8,0	8,4	7,7	8,1	0,3	0,7
Nov.	2002	123,9	5,9	7,4	8,8	7,8	8,4	0,4	1,0
Dez.	2002	131,7	6,3	4,9	9,4	8,2	8,9	0,5	1,2
Jan.	2003	145,1	9,6	10,0	10,3	8,8	9,6	0,7	1,5
Feb.	2003	147,9	11,7	12,0	10,5	9,0	9,6	0,9	1,5
März	2003	143,0	14,5	13,9	10,2	8,8	9,0	1,2	1,4
Apr.	2003	137,0	15,4	14,8	9,8	8,6	8,6	1,2	1,2
Mai	2003	132,4	14,8	12,7	9,4	8,2	8,2	1,2	1,2
Juni	2003	131,8	14,7	10,6	9,4	8,1	8,2	1,2	1,3
Juli	2003	134,2	13,0	10,2	9,6	8,3	8,5	1,1	1,3
Aug.	2003	131,9	13,2	9,9	9,4	8,3	8,3	1,1	1,1

Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes Nord und der Bundesanstalt für Arbeit
Arbeitslosenquoten bezogen auf die Summe aus allen zivilen Erwerbstätigen und Arbeitslosen

RGW-Rundesgebiet West: bis Ende 2003 geht Rorlin teilweise in des RGW ein Ab 2003 wird Westdeutsch

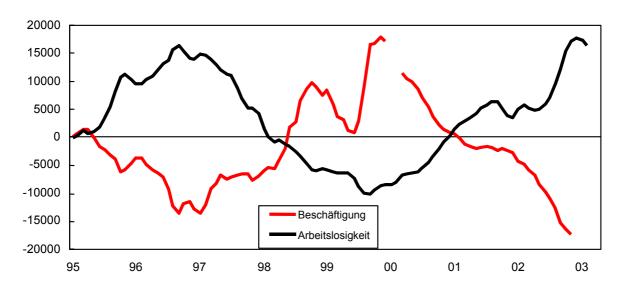
BGW=Bundesgebiet West: bis Ende 2002 geht Berlin teilweise in das BGW ein. Ab 2003 wird Westdeutschland ohne Berlin ausgewiesen (Zahlen kursiv).

Abbildung 1: Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung seit 1995 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West

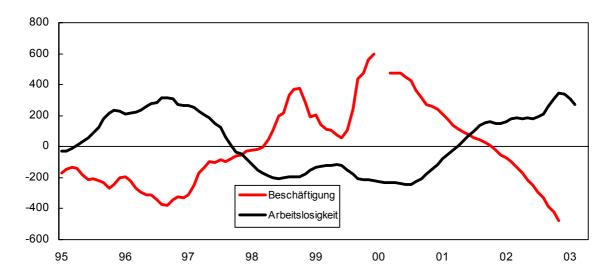
Zahl der gemeldeten Arbeitslosen (Monatsdaten bis Juli 2003)

Zahl der Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten (Monatsdaten bis April 2003, ab Januar 2003 vorläufig) absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Tsd., gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Schleswig - Holstein



Bundesgebiet West



Die Jahreszahlen stehen für den Juni des jeweiligen Jahres.

Die amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen und die monatlichen Zahlen der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bzw. der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt (siehe Anmerkungen zur Tabelle 1).

Zeitreihe der Beschäftigung: Bis Mai 2000 alte Monatsstatistik auf Stichprobenbasis, ab Juni 2000 neue Statistik der Monatszahlen nach neuer Abgrenzung der SV Beschäftigten

Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz in Westdeutschland

Quelle: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2003.

Westdeutschland 1995-2000

absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)

Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial): +1.350 Tsd.

Arbeitsplätze (Erwerbstätige): +1.540 Tsd.

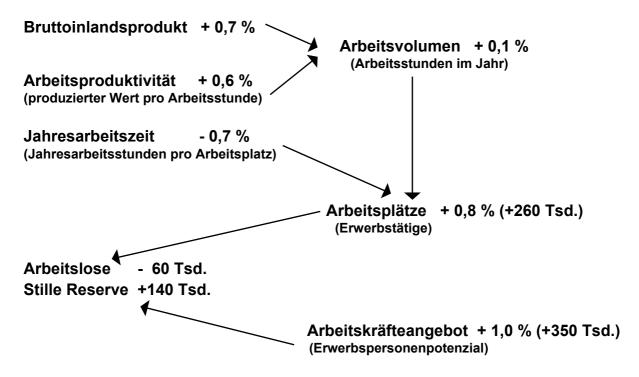
Arbeitslose: - 50 Tsd.

Stille Reserve: - 145 Tsd.

(darunter: Stille Reserve i.e.S.: - 55 Tsd., Stille Reserve "in Maßnahmen": - 90 Tsd.)

Westdeutschland 2000-2001

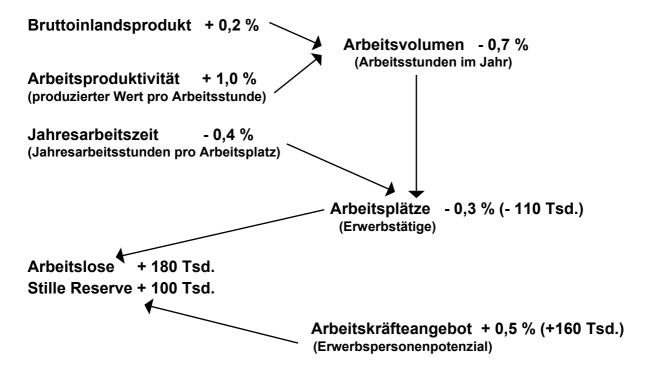
jährliche Veränderungsraten bzw. absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)



Stille Reserve: darunter: Stille Reserve i.e.S.: + 120 Tsd., Stille Reserve "in Maßnahmen": + 20 Tsd.)

Westdeutschland 2001-2002

jährliche Veränderungsraten bzw. absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)



Stille Reserve: darunter: Stille Reserve i.e.S.: + 50 Tsd., Stille Reserve "in Maßnahmen": + 50 Tsd.)

2. Die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein bis Ende 2002

2.1 Produktion, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (Tabelle 2)

Bei den im folgenden zusammengestellten Befunden, die sich vor allem auf den Zeitraum 1995 bis 2002 konzentrieren, ist zu beachten, dass hier nur ein Ausschnitt aus einem langfristigen Entwicklungsbild gezeigt wird und dass sich die Position Schleswig-Holsteins innerhalb Westdeutschlands je nach gewählter Periode unterschiedlich darstellt. So war die Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung des Landes zwar ab 1996 ungünstiger, über die letzten 20 Jahre gesehen aber günstiger als in Westdeutschland. Immerhin konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1980 bis 2002 in Schleswig-Holstein um 80 Tsd. bzw. um 11% gesteigert werden, während im Bundesgebiet West nur eine Zunahme von knapp 6% erreicht wurde.

Darüber hinaus wird in der Tabelle 2 auch der Unterschied zwischen Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung deutlich: Während das **Bruttoinlandsprodukt** in Westdeutschland im Zeitraum 1995/2002 real um 11% zugenommen hat, stieg die Zahl der **Arbeitsplätze** (Erwerbstätige) in dieser Zeit nur um 5,7%. Im gleichen Zeitraum konnte in Schleswig-Holstein bei einem nur wenig niedrigeren Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes um 8,5% nur in geringem Umfang zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden: Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2002 um 2,6% bzw. um 32 Tsd. über der Zahl von 1995, wobei der größte Teil des Beschäftigungsanstiegs 1999/2000 (plus 22 Tsd.) erreicht werden konnte. Als Ergebnis dieser Entwicklung und eines zumindest im ersten Teil der Periode noch steigenden Arbeitskräfteangebots zeigt sich eine **Arbeitslosenzahl**, die in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 um knapp 20 Tsd. bzw. um 19% über der Zahl von 1995 lag. Dagegen lag die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland vor allem aufgrund des starken Rückgangs 1999/2000, nur um 70 Tsd. bzw. um knapp 3% über dem Jahresdurchschnitt von 1995. Dabei war die Beschäftigungsentwicklung bis 1995/96 in Schleswig-Holstein etwas günstiger, spätestens ab 1997/98 aber ungünstiger als in Westdeutschland.

Die Arbeitsplatzentwicklung des Landes wird im folgenden zunächst auf der Basis der Erwerbstätigenrechnung im Vergleich mit den anderen Bundesländern dargestellt. Danach folgt eine regional und strukturell detailliertere Darstellung auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

2.2 Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins im Ländervergleich (Abbildungen 2, 3, 4 und 5, Tabellen 3, 4)

Die Arbeitsplatzentwicklung kann anhand der Zahl der Erwerbstätigen oder der sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten am Arbeitsort verfolgt werden. Während die **Erwerbstätigen** die Gesamtzahl aller Arbeitsplätze einschließlich der Fälle geringfügiger Beschäftigung

¹² Damit nahm die "Arbeitsproduktivität" (Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen) im Zeitraum 1995 bis 2002 in Schleswig-Holstein um 9,0% zu, im Bundesgebiet West lag die Zunahme bei 8,3%.

repräsentieren,¹³ fehlen bei den **SV Beschäftigten**¹⁴ die Beamtinnen und Beamten, die Soldatinnen und Soldaten und die Selbständigen, außerdem die abhängig Beschäftigten in nicht sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit.

In Schleswig-Holstein ging die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr (2001/2002) um über 10 Tsd. bzw. um 0,8% zurück, die Zahl der SV Beschäftigten sank im Jahresdurchschnittsvergleich um 5,6 Tsd. (minus 0,7%). Schleswig-Holstein lag damit bei den Erwerbstätigen am unteren Ende der Skala der westdeutschen Flächenländer, wobei die Entwicklungsunterschiede aber relativ klein waren. Bei den SV Beschäftigten konnten die süddeutschen Länder ihr Niveau knapp halten, die übrigen westdeutschen Länder hatten ähnliche Verlustraten wie Schleswig-Holstein (Tabelle 3). Bei der mittelfristigen Betrachtung der Entwicklung der Erwerbstätigkeit (1992/2002 bzw. 1997/2002) ist Schleswig-Holsteins Position allerdings deutlich: Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl (+2,7% gegenüber 1997 bzw. +1,8% gegenüber 1992) war geringer als in den anderen westdeutschen Flächenländern. Dass Schleswig-Holstein letztlich nur knapp hinter der Erwerbstätigenentwicklung in Deutschland (+2,1% gegenüber 1992) zurückblieb, liegt an den starken Beschäftigungsverlusten in den ostdeutschen Ländern: Dort gingen insbesondere seit 1999 Arbeitsplätze verloren, der Abstand der jährlichen Veränderungsraten zwischen West- und Ostdeutschland lag zuletzt (2001/2002) bei 1,2 Prozentpunkten bei den Erwerbstätigen und sogar bei 2,3 Prozentpunkten bei den SV Beschäftigten. Im Zeitraum 1992/2002 nahm die Erwerbstätigkeit in Westdeutschland um 3,7% zu, in Ostdeutschland ging sie dagegen um 4,1% zurück.

Die langfristige Beschäftigungsentwicklung in den westdeutschen Bundesländern seit 1980 kann an zwei Zeitdiagrammen abgelesen werden (Abbildungen 2 und 3). Die Abbildung 2 zeigt dabei den von der Konjunktur bestimmten saisonal geglätteten Trend der Monatsdaten der SV Beschäftigten, wobei die Ausgangsniveaus der Länder 1980 auf 100 gesetzt wurden. Hier wird der enge konjunkturelle Geleitzug sichtbar, dem sich kein Bundesland dauerhaft entziehen kann, mit Bayern an der Spitze und Nordrhein-Westfalen am Ende des Zugs. Abseits dieser Generalaussage wird aber deutlich, dass der Beschäftigungsrückgang in Schleswig-Holstein in den Jahren 1992 bis 1996 moderater war als in den meisten anderen Ländern, während der anschließende Beschäftigungszuwachs im Land weniger

¹³ Die *Erwerbstätigenrechnung* ist Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Sie erfasst alle Arbeitsplätze, allerdings nur jährlich (Jahresdurchschnitt) und in einer relativ groben räumlichen Gliederung nach Bundesländern. Abweichend von früheren Arbeitsmarktberichten werden hier die revidierten Zahlen aus der 1999/2000 neu konzipierten und bis 1991 zurückgerechneten Erwerbstätigenstatistik verwendet, die die geringfügige Beschäftigung stärker erfassen und damit den Erwerbstätigenbegriff sehr weit definieren. Dies führte dazu, dass 1999 gegenüber der alten Rechnung nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) bundesweit 4 Mill. Erwerbstätige zusätzlich nachgewiesen wurden.

Die im folgenden verwendeten Erwerbstätigenzahlen stammen aus der Berechnung vom Februar 2003 (2. Fortschreibung 2002, Freigabe März 2003). Die Erwerbstätigenzahlen sind Schätzungen, die in nachfolgenden Fortschreibungen möglicherweise revidiert werden. Die Erwerbstätigen werden vom Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" im übrigen nicht nach Frauen und Männern getrennt ausgewiesen.

¹⁴ Durch die Revision dieser Statistik (siehe Anmerkungen zur Tabelle 2) sind die neuen Zahlen nur für 1999 bis 2002 vergleichbar. Zahlen *vor* der Revision gibt es nur bis einschließlich 1999, so dass für 1999 zwei Werte vorliegen – eine *durchgehende* Zeitreihe der letzten 10 Jahre bis 2002 kann damit nicht dargestellt werden.

ausgeprägt und zeitlich kürzer ausfiel. Ausgehend von 1980 erreicht das Land immerhin einen guten Mittelplatz. Da alle Länder stark mit der westdeutschen Konjunktur verknüpft sind, wurde dieser Trend in der Abbildung 3 herausgerechnet, indem nicht die Beschäftigtenzahl selbst, sondern der *Anteil* der Länder an der westdeutschen Beschäftigung als saisonbereinigter Trend dargestellt wird, wiederum in Form von Indexreihen, die für alle Länder 1980 mit 100 beginnen. Hier wird die *Abweichung* der Ländertrends von der westdeutschen Entwicklung und insbesondere die unterschiedliche Position Schleswig-Holsteins in den letzen 22 Jahren klarer sichtbar. Bis 1990 lag das Land etwa im westdeutschen Trend, danach folgte eine Periode bis 1995/96 mit einem deutlich positiveren Befund für Schleswig-Holstein, gefolgt von der bereits diskutierten Phase ab 1996 mit einer im westdeutschen Vergleich relativ schwachen Entwicklung. Auch bei den anderen Ländern mit Ausnahme Bayerns und Nordrhein-Westfalens sind über den langen Zeitraum einige Trendwechsel sichtbar, die im einzelnen zu erklären den Rahmen dieses Berichts sprengen würde. In jedem Fall zeigen die Abbildungen aber, wie sehr Aussagen zur Beschäftigungsentwicklung Schleswig-Holsteins vom zugrunde gelegten Zeitraum abhängen.

Die Erwerbstätigenentwicklung nach Wirtschaftsbereichen (Tabelle 4) zeigt für den Zeitraum 1996/2002, dass sich die Zunahme der Erwerbstätigenzahl in Schleswig-Holstein (+33 Tsd.) als Saldo aus Beschäftigungsverlusten im Verarbeitenden (minus 16,9 Tsd.) und im Baugewerbe (minus 16,7 Tsd.) und einem Beschäftigungsanstieg in den Bereichen Handel, Gastgewerbe, Verkehr (plus 21,1 Tsd.), Finanzierung, Unternehmensdienstleistungen (plus 27,6 Tsd.) sowie in Öffentlichen und Privaten Dienstleistungen (plus 17,3 Tsd.) ergibt.

Im letzten Jahr (2001/2002) konnte allerdings nur noch der Bereich Öffentliche und Private Dienstleistungen eine – wenn auch begrenzte – Gegenposition zu den Arbeitsplatzverlusten im Verarbeitenden und Baugewerbe bilden, hinzu kamen hier außerdem Verluste im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr. In der Landwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe lag Schleswig-Holstein bei der Erwerbstätigenentwicklung 2001/2002 nur knapp hinter den Werten für Westdeutschland, in allen anderen Wirtschaftsbereichen lag das Land dagegen auf den hinteren Plätzen in der Reihe der westdeutschen Flächenländer. Der relativ ungünstige Gesamtbefund der Erwerbstätigenentwicklung des Landes lässt sich also nicht an einem der hier dargestellten Wirtschaftsbereiche, z.B. am gewerblichen Bereich, festmachen.

Auch der zwischenzeitlich recht günstige Entwicklungsbefund für den Bereich Unternehmensdienstleistungen, Finanzierung, bei dem die Erwerbstätigkeit 2001 gegenüber 2000 in Schleswig-Holstein um 5,4 Tsd. Personen zulegen konnte (hinter Hessen Platz 2 unter den westdeutschen Flächenländern), wurde 2001/2002 nicht bestätigt. Über die letzten sechs Jahre (1996/2002) blieb die Dynamik des Landes bei den Unternehmensdienstleistungen (einschließlich Banken), dem größten Aktivposten der Arbeitsplatzentwicklung, deutlich hinter dem Wachstum in Westdeutschland zurück: Hier stand dem kräftigen Beschäftigungsaufbau in Westdeutschland (+32%) nur eine moderate Expansion um 21% gegenüber. Nur noch in Niedersachsen blieb der Zuwachs hier unter der 25%-Marke.

Der monatliche Verlauf der Entwicklung der SV Beschäftigten seit 1992 ist Gegenstand der **Abbildungen 4 und 5**. Am Vergleich der Entwicklung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet bzw. Westdeutschland wird wieder der Wechsel der Position des Landes 1996/97

sichtbar. Ab Jahresmitte 2001 hat sich der Entwicklungsrückstand des Landes gegenüber Westdeutschland bei den SV Beschäftigten deutlich verringert.

Die folgenden Zeitdiagramme stellen die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und private Dienstleistungen (einschl. Banken) in Schleswig-Holstein dar. Dabei wird sichtbar, wie stark sich die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung 1992-2002 an der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes orientiert. Trotz seines im Zuge des Strukturwandels rückläufigen Beschäftigtenanteils ist das Verarbeitende Gewerbe offenbar immer noch ein Schlüsselsektor für die Gesamtentwicklung, weil sich die gewerbliche Konjunktur über unterschiedliche Einflusskanäle auf die Dynamik verschiedener tertiärer Wirtschaftsbereiche niederschlägt.

In der Abbildung 5 wird deutlich, dass sich die Beschäftigungsentwicklung im Baugewerbe von der im Verarbeitenden Gewerbe unterscheidet. Seit zwei Jahren sind die Arbeitsplatzverluste hier eklatant, ohne dass am aktuellen Rand der Zeitreihe eine Aufhellung der Situation sichtbar wäre. Das untere Diagramm zeigt den Beschäftigungsverlauf zweier tertiärer Wirtschaftsbereiche, des Handels und der privaten Dienstleistungen. Während die SV Beschäftigung im Handel über den gesamten Zeitraum 1993 bis 2001 weitgehend stagniert, erreichten die privaten Dienstleistungen durchgängig bis ins Jahr 2001 hinein eine Beschäftigungszunahme. Beide Wirtschaftsbereiche haben allerdings in jüngster Zeit an Dynamik eingebüßt: Im Handel zeigt sich ab Mitte 1999 ein Beschäftigungsrückgang, der sich 2002 noch verstärkt hat, und selbst bei den sonst so dynamischen privaten Dienstleistungen gab es ab Herbst 2002 keinen Zuwachs bei den SV Beschäftigten mehr.

2.3 Erwerbstätigenentwicklung nach Kategorien und Wirtschaftszweigen (Tabellen 5 bis 9, Abbildung 6)

Die Erwerbstätigenrechnung eröffnet auf Bundesländerebene die Möglichkeit, nach Kategorien der Erwerbstätigkeit zu unterscheiden, also nach Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern, Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen und geringfügig Beschäftigten. Die Tabelle 5 zeigt hierzu einige ausgewählte Befunde für Schleswig-Holstein im Vergleich mit Westund Ostdeutschland. Im folgenden sollen die verkürzten Bezeichnungen "Arbeitnehmer", "Geringfügig Beschäftigte" und "Selbständige" verwendet werden. Die Arbeitnehmer sind wiederum in Arbeiter/Angestellte und Beamtinnen/Beamte unterteilt. Da hier die geringfügig Beschäftigten nicht enthalten, sondern extra ausgewiesen sind, entsprechen die Arbeiter/Angestellten den SV Beschäftigten.

Im Jahr 2002 waren in Schleswig-Holstein 73,8% aller Erwerbstätigen Arbeitnehmer, aufgeteilt in Arbeiter und Angestellte (65,7%) und Beamte (8,0%). Der Anteil der Selbständigen erreichte 12,1% und der der geringfügig Beschäftigten 14,2%. Dabei lag der Anteil der Arbeiter/Angestellten deutlich (um 5 Prozentpunkte) unter dem Anteil in Westdeutschland (70,8%). In allen anderen Kategorien, den Beamten, den Selbständigen und den geringfügig Beschäftigten, waren die Anteile im Land dagegen höher als in Westdeutschland. Die Erwerbsstruktur in Ostdeutschland unterscheidet sich im übrigen immer noch sehr deutlich von der westdeutschen, wenngleich sich die Unterschiede allmählich abbauen.

Betrachtet man die Entwicklung über die letzten zehn Jahre, so hat sich die Erwerbsstruktur in Schleswig-Holstein wie auch in Westdeutschland dramatisch verändert: Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist von über 79% auf unter 74% zurückgegangen, dagegen hat sich der Anteil der geringfügig Beschäftigten von 9,4% auf 14,2% erhöht. Der Anteil der Selbständigen hat sich ebenfalls etwas erhöht. Dieser Strukturwandel drückt sich natürlich auch in den Entwicklungsraten aus. Hinter einer über die letzten zehn Jahre leicht positiven Erwerbstätigenentwicklung in Schleswig-Holstein (plus 1,8%) verbergen sich erhebliche Verschiebungen: Die Zahl der Arbeitnehmer ging um 5,4% zurück, dagegen nahm die Zahl der geringfügig Beschäftigten um über 50% zu, in Westdeutschland lag die Zunahme sogar bei über 70%, allerdings ausgehend von einem geringeren Ausgangsniveau. Erst in jüngster Zeit (2001/2002) hat die Expansion der geringfügigen Beschäftigung nachgelassen, langfristig erscheint es aber eher zweifelhaft, dass dies ein dauerhafter Befund ist

Befund ist.

Beschäftigte Frauen und Teilzeitarbeit (Tabelle 6)

Um die Beschäftigung nach Frauen und Männern bzw. nach Teilzeit und Vollzeit darzustellen, muss die Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen werden, da die Erwerbstätigenrechnung dies nicht leistet. Der Jahresvergleich 1999-2002 (Juni-Zahlen) zeigt für die weiblichen SV Beschäftigten und die Teilzeitarbeitskräfte eine Fortsetzung der schon in früheren Arbeitsmarktberichten beschriebenen Trends, die aufgrund des besonderen Stellenwerts der Frauen für die Teilzeitbeschäftigung eng miteinander verknüpft sind.

- (a) Verschiebung zugunsten der **Frauen**: Im Zeitraum 1999-2002 gab es in Schleswig-Holstein bei den Frauen eine Beschäftigungszunahme um 9,4 Tsd. (+2,5%), bei den Männern dagegen einen Rückgang um 3,8 Tsd. (-0,9%). Der Anteil der Frauen an allen SV Beschäftigten stieg in diesem Zeitraum von 45,9% auf 46,7%, er liegt in Schleswig-Holstein traditionell über dem Frauenanteil in Westdeutschland (1999: 43,0%, 2001: 43,8%), allerdings ist er niedriger als in Ostdeutschland (47,6% bzw. 49,5%). Auch im letzten Jahr (2001/2002) nahm die Zahl beschäftigter Frauen in Schleswig-Holstein nochmals um 1,5 Tsd. zu, während die Zahl der Männer um 6,6 Tsd. zurückging.
- (b) Parallel zur Verschiebung zugunsten geringfügiger Erwerbstätigkeit zeigt sich innerhalb der Beschäftigtenstatistik auch weiterhin eine starke Verschiebung von der Vollzeit- zur **Teilzeitarbeit** der SV Beschäftigten. Im Zeitraum 1999-2002 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein um 15,6 Tsd. (+12,0%) während die Vollzeitbeschäftigung um 10,0 Tsd. zurückging (–1,5%). Der Teilzeitanteil erhöhte sich entsprechend von 16,0% auf 17,8%, er liegt in Schleswig-Holstein schon seit langer Zeit über dem Teilzeitanteil in Westdeutschland (15,7% in 2002). Im letzten Jahr (2001/2002) erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein um 3,5 Tsd., während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 8,7 Tsd. zurückging. Besonders ausgeprägt ist in Schleswig-Holstein wie auch in Westdeutschland der relative Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung bei den Männern (1999-2002: +42%), allerdings ausgehend von einem immer noch sehr niedrigen Niveau (Teilzeitanteil 1999: 3,2%, 2002: 4,6%). Absolut gesehen ist die Ausweitung der Teilzeitarbeit bei den Frauen stärker. Ihr Teilzeitanteil ist immer noch wesentlich höher als der der Männer (32,9% in Schleswig-Holstein bzw. 30,5% in Westdeutschland). Eine Annäherung der Teilzeitquoten der beiden Geschlechter ist im übrigen nicht erkennbar.

Die langfristigen Verschiebungen bei der Arbeitszeit, insbesondere die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und der geringfügigen Erwerbstätigkeit, legen es nahe, auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes (Beschäftigung) zwischen der Zahl der Arbeitsplätze bzw. der Beschäftigten und dem Arbeitsvolumen in geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr zu unterscheiden. Erst das Arbeitsvolumen und seine Veränderung spiegeln die Entwicklung der Erwerbsarbeit wider. Empirische Daten hierzu sind allerdings nicht für Bundesländer verfügbar.

Beschäftigte in den Wirtschaftszweigen (Abbildung 6, Tabellen 7 bis 9)

Die Erwerbstätigenrechnung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder hat mit der aktuellen Fortschreibung vom Februar 2003 (2. Fortschreibung 2002) jährliche Erwerbstätigenzahlen auf Länderebene für die Jahre ab 1991 bereitgestellt, die nunmehr ab 1996 auch in feiner Branchengliederung vorliegen. Daher haben wir bei der Darstellung der Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen in diesem Bericht erstmals die Erwerbstätigenrechnung und nicht wie früher die Sozialversichertenstatistik verwendet. Damit wird das Bild der Wirtschaftsstruktur des Landes vollständiger wiedergegeben als mit der Untergruppe der SV Beschäftigten, die ja mittlerweile nur noch 65% der gesamten Erwerbstätigkeit abdecken.

Einen Überblick über die Erwerbstätigenstruktur des Landes zeigt die **Abbildung 6**. Dabei werden sowohl die Strukturunterschiede zwischen Schleswig-Holstein und Westdeutschland als auch den Strukturwandel der letzten zehn Jahre sichtbar. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes hat im Land mittlerweile die 15%-Marke unterschritten, er liegt damit um fast vier Prozentpunkte unter dem Anteil von 1992 und um über sieben Prozentpunkte unter dem westdeutschen Anteil im Jahr 2002. Als Gegenposition sind die Anteile der Wirtschaftszweige Handel, Gastgewerbe, Verkehr bzw. öffentliche und private Dienstleistungen deutlich höher als in Westdeutschland.

Gleichzeitig zeigt die Abbildung 6 den auch in den letzten zehn Jahren noch ungebrochenen Strukturwandel: Die Landwirtschaft und die gewerblichen Bereiche verlieren an Erwerbstätigenanteilen, der tertiäre Sektor nimmt dagegen zu, besonders gilt dies bei den Unternehmensdienstleistungen. Der rückläufige Anteil des Verarbeitenden Gewerbes sollte dabei allerdings nicht als ein Zeichen von Bedeutungsverlust gesehen werden. Einerseits entsteht er aufgrund der besonders starken Produktivitätsfortschritte, andererseits aus der zunehmenden Konzentration des industriellen Bereichs auf seine ureigene Produktion und der Ausgliederung verschiedener, insbesondere tertiärer Funktionen ("Outsourcing"). Die starke Parallelität zwischen der gesamten Beschäftigtenentwicklung und derjenigen des Verarbeitenden Gewerbes (siehe Abbildung 4) deutet an, wie stark der gewerbliche Bereich immer noch über vielfältige Verflechtungen auf andere, zumal tertiäre Bereiche ausstrahlt. Insofern birgt eine immer stärker auf tertiäre Wirtschaftszweige konzentrierte Wirtschaftsstruktur auch die Gefahr in sich, dass eine zunehmend dünnere gewerbliche Basis ihre Leitfunktion für viele Dienstleistungsbereiche einbüßt.

Es ist natürlich bedauerlich, dass der sehr dynamische Bereich der Unternehmensdienstleistungen in Schleswig-Holstein schwächer vertreten ist als im westdeutschen Durchschnitt. Dies kann allerdings nicht ohne die Rolle Hamburgs als Dienstleistungsmetropole bewertet werden. Gemessen am "Dienstleistungsbesatz" (Erwerbstätige in diesem Wirtschaftszweig je Tausend Einwohner) ist Schleswig-Holstein in der Tat bei den Unternehmensdienstleistun-

gen einschl. Banken relativ schwach besetzt (Besatzziffer 57 gegenüber 74 in Westdeutschland). Andererseits wird dies durch Hamburg (150) mehr als ausgeglichen, denn zusammen mit der Hansestadt erreicht der Verbund Schleswig-Holstein/Hamburg einen überdurchschnittlichen Besatz von 92. Es besteht also weniger ein Versorgungsproblem als vielmehr eine aus der Sicht des Landes ungünstige regionale Verteilung dieser attraktiven Branche.¹⁵

Die Tabelle 7 greift noch einmal die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein und Westdeutschland auf und zeigt die Unterschiede zwischen der Entwicklung aller Erwerbstätigen und der Teilgruppe der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (ohne geringfügig Beschäftigte). Die größten Unterschiede bestehen dabei in der Landwirtschaft, hier ist Entwicklung der gesamten Erwerbstätigkeit, also einschließlich der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie der geringfügig Beschäftigten, wesentlich ungünstiger als die der Arbeitnehmer. Umgekehrt ist der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe bei den Arbeitnehmern stärker als bei der gesamten Erwerbstätigkeit, hier wird reguläre abhängige Beschäftigung offenbar durch andere Formen (Selbständigkeit, geringfügige Beschäftigung) ersetzt. In abgeschwächter Form gilt dies auch für die privaten Dienstleistungen. Abgesehen von der Landwirtschaft bleibt die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche bezüglich ihrer Entwicklung aber bei den Erwerbstätigen und den Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern gleich: Die Unternehmensdienstleistungen (einschl. Banken) sind der Wirtschaftsbereich mit der stärksten Dynamik, mit Abstand folgen Handel, Gastgewerbe, Verkehr und die (öffentlichen und privaten) Dienstleistungen. Am Ende stehen die beiden gewerblichen Bereiche mit Beschäftigungsverlusten, wobei die Position des Baugewerbes im jüngeren Zeitraum ab 1996 deutlich ungünstiger war als über den längeren Zeitraum ab 1992.

Die Tabellen 8 und 9 stellen die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen in einer tieferen Branchengliederung für 39 Branchen dar. ¹⁶ Die **Tabelle 8** zeigt die Branchenstruktur des Landes (1992 und 2002) im Vergleich mit der westdeutschen Struktur, und die Tabelle 9 zeigt die Erwerbstätigenentwicklung in den vergangenen 5 bzw. 10 Jahren (1992-2002 bzw. 1997-2002), wiederum für Schleswig-Holstein und in Form von Regionalfaktoren für den Vergleich des Landes mit Westdeutschland. ¹⁷

¹⁵ Grundsätzlich sind die Besatzziffern in den kreisfreien Städten des Landes deutlich höher als in den Landkreisen (97 bzw. 46). Unter den Planungsräumen erreicht Schleswig-Holstein Mitte (KERN) aufgrund des Dienstleistungszentrums Kiel immerhin fast das westdeutsche Niveau (72), die anderen Regionen fallen dagegen ab: Schleswig-Holstein Ost (66), Schleswig-Holstein Nord (46) und Schleswig-Holstein Südwest (44). Die Region Schleswig-Holstein Süd erreicht ebenfalls nur eine relativ kleine Besatzziffer (51), zusammen mit Hamburg wird aber ein deutlich höherer Wert ausgewiesen (115).

¹⁶ Eine tiefe Branchengliederung liefert zwar detailliertere Informationen, die Daten reagieren aber wesentlich empfindlicher auf die Eigenart der amtlichen Statistik, die Betriebe nach ihrem jeweiligen Produktionsschwerpunkt vollständig einer Branche zuzurechnen. Je tiefer die Gliederung ist, desto häufiger wechseln ganze Betriebe schon bei einer leichten Verschiebung ihrer Produktionstätigkeit von einer Branche in die Nachbarbranche, mit entsprechenden Ausschlägen in der Statistik. Starke Veränderungen von einem zum anderen Jahr müssen daher mit besonderer Sorgfalt und unter Nutzung spezifischer Landeskenntnisse analysiert oder doch zumindest mit Vorsicht interpretiert werden.

¹⁷ Der Regionalfaktor ist in der Tabelle 9 als Index um den Wert 100 dargestellt. Ein Wert 100 besagt, dass die Entwicklung des Wirtschaftszweigs in Schleswig-Holstein genau der Entwicklung in Westdeutschland entspricht. Werte über 100 geben Branchen an, die sich im Land besser als in Westdeutschland entwickelt haben (bei einem Regionalfaktor von 110 ist die Entwicklung also um 10% besser gewesen), Umgekehrtes gilt für Werte unter 100.

Angesichts der im Land relativ geringen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes sind die Anteile der gewerblichen Wirtschaftszweige mehrheitlich niedriger als in Westdeutschland, es gibt aber auch Ausnahmen: Das Baugewerbe, das Verlags- und Druckgewerbe, die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik sowie der sonstige Fahrzeugbau sind in Schleswig-Holstein stärker vertreten als im Bund. Im Verarbeitenden Gewerbe ist das Ernährungsgewerbe die größte Industriebranche des Landes mit einem Erwerbstätigenanteil von 2,4%.

Im tertiären Sektor zeigt sich ein umgekehrtes Bild, hier sind die Erwerbstätigenanteile der Branchen in Schleswig-Holstein mehrheitlich höher als in Westdeutschland, dies gilt auch für die beiden größten Wirtschaftszweige, das Gesundheitswesen und Einzelhandel/Reparatur. Ausnahmen bilden die Branchen Banken, Versicherungen sowie Datenverarbeitung und Unternehmensdienstleistungen, hier sind die Anteile kleiner als in Westdeutschland.

Von der Struktur zur Entwicklung (Tabelle 9): Gemessen in absoluten Erwerbstätigenzahlen gab es im Land in den letzten fünf Jahren (1997-2002) die größten Gewinne im Gesundheitswesen (+20 Tsd. Erwerbstätige) und bei den Unternehmensdienstleistungen (+18 Tsd.), starke Zuwächse auch noch im Gastgewerbe (+7 Tsd.) und im Verkehrsbereich (+6 Tsd.). Die stärksten Verluste hatte das Baugewerbe (-14 Tsd.), gefolgt von der öffentlichen Verwaltung (-7 Tsd.) und der Verteidigung (-6 Tsd.). Kritisch war auch die Entwicklung im Maschinenbau, dem Ernährungsgewerbe und dem Bereich Einzelhandel/Reparatur. Die Indexzahlen (Index der Erwerbstätigkeit 2002 für 1997=100) zeigen auch starke relative Veränderungen in kleinen Branchen, die in Absolutzahlen nicht so ins Auge fallen, so ist z.B. die Erwerbstätigkeit im Recyclinggewerbe und in der Datenverarbeitung um fast 60% gestiegen. Im Vergleich mit Westdeutschland gab es im Zeitraum 1997-2002 aufgrund der generell ungünstigeren Entwicklung des Landes (Regionalfaktor für die gesamte Erwerbstätigkeit: 97,1) mehrheitlich Indexwerte unter 100. Insbesondere im Maschinen- und sonstigen Fahrzeugbau sowie bei Forschung und Entwicklung, der Datenverarbeitung und den sonstigen Dienstleistungen war der Entwicklungsrückstand des Landes signifikant. Regionalfaktoren deutlich über 100, also eine im Land vergleichsweise günstige Entwicklung, gab es in der Chemischen Industrie, der Möbelherstellung, dem Papiergewerbe und im tertiären Bereich vor allem in der Nachrichtenübermittlung.

2.4 Erwerbstätigenentwicklung in den Regionen Schleswig-Holsteins (Tabelle 10, Abbildung 7)

Aus der Erwerbstätigenrechnung der Länder wird zusätzlich eine Statistik für die Kreise des Bundesgebietes abgeleitet, die Schätzungen jährlicher Erwerbstätigenzahlen nach groben Wirtschaftsbereichen bereitstellt. Zum Redaktionsschluss dieses Berichts lagen die Kreiszahlen bis 2001 vor, daher enthält die **Tabelle 10** zusätzlich die Veränderung der Beschäftigung 2001/2002 anhand der Juni-Zahlen aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Obwohl in Schleswig-Holstein wie oben dargelegt nur noch knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen SV beschäftigt sind, zeigt ein Vergleich der Entwicklungsbefunde 1995-2001 für die Kreise des Landes nach Erwerbstätigen und nach SV Beschäftigten eine sehr starke Ähnlichkeit.

Im Zeitraum 1995-2001 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein um 41,8 Tsd. zu (+3,5%). Den stärksten Anteil an diesen Gewinnen hatte dabei der Landesteil Schleswig-Holstein Süd (die vier an die Hansestadt angrenzenden Landkreise), mit einem Anstieg um 25,6 Tsd. Erwerbstätigen (+7,2%). Die übrigen Landkreise gewannen ebenfalls hinzu (+19,3 Tsd. bzw. +4,0%), während die kreisfreien Städte an Erwerbstätigkeit einbüßten (-3,1 Tsd. bzw. -0,8%). Gewinner war der südliche Landesteil, Verlierer die vier kreisfreien Städte. Bei drei der vier Regionen des Landes, die nicht dem Hamburger Randgebiet zuzurechnen sind (Planungsräume II bis V), gab es bis 2001 Arbeitsplatzgewinne zwischen 2% und 4%, während die Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein Ost stagnierte. Auf Kreisebene reicht die Bandbreite von Beschäftigungsgewinnen um 9,9% (Kreis Pinneberg: 10,4 Tsd. zusätzliche Erwerbstätige im Zeitraum 1995-2001) und 8,5% (Kreis Stormarn: 7,2 Tsd. zusätzliche Erwerbstätige) bis hin zu leichten Verlusten (um bis zu 2%) bei den vier kreisfreien Städten.

Bei der jüngsten Entwicklung der SV Beschäftigten von Juni 2001 bis Juni 2002 sind kaum nennenswerte regionale Unterschiede erkennbar. Die Beschäftigungsverluste bewegen sich recht einheitlich im Bereich bis zu 2%. Auch der südliche Landesteil hatte leichte Beschäftigungsverluste zu tragen, und die Städte haben nicht schlechter abgeschnitten als die Landkreise. Ausreißer nach oben ist hier die Region Schleswig-Holstein Nord, insbesondere aufgrund eines leichten Beschäftigungsanstiegs in Nordfriesland, und nach unten der südwestliche Landesteil durch die ungünstige Entwicklung im Kreis Dithmarschen. Die Erfahrung zeigt aber, dass aus solch kurzfristigen Beobachtungen keine Schlüsse bezüglich des langfristigen räumlichen Strukturwandels gezogen werden können: Bei kurzfristiger und gleichzeitig regional differenzierter Betrachtung schlagen sich auch singuläre, z.T. betriebliche Ereignisse in den Zahlen nieder.

Insgesamt sehen wir in Schleswig-Holstein ein räumliches Entwicklungsmuster, das sich von Jahr zu Jahr immer wieder anders darstellt, allerdings mit einer langfristigen Konstante: Die südlichen Landesteile (Planungsraum I) waren über alle Konjunkturphasen hinweg der wichtigste Entwicklungsmotor des Landes, und die kreisfreien Städte sind weiterhin von Verlagerungen ins Umland betroffen, die dazu führen, dass sich die umliegenden Landkreise günstiger entwickeln als die zugehörigen Zentren.

Dieses Bild des langfristigen räumlichen Wandels wird in der **Abbildung 7** zumindest bis Ende der 90er Jahre eindeutig bestätigt. Die Abbildung zeigt die konjunktur- und saisonbereinigten Entwicklungstrends der drei räumlichen Kategorien, des Hamburger Randgebiets

¹⁸ Die Entwicklung der SV Beschäftigten 1995-2001 zeigt ein ähnliches Muster, wobei die Entwicklungsraten der SV Beschäftigten bei 13 der 15 Kreise ungünstiger sind als bei den Erwerbstätigen. Ausnahmen sind die Stadt Flensburg und der Kreis Plön mit einer etwas ungünstigeren Entwicklung bei den Erwerbstätigen. Der umgekehrte Fall gilt für Neumünster: Hier war – gemessen an der Erwerbstätigenentwicklung – die Entwicklung bei den SV Beschäftigten besonders schlecht.

(Planungsraum I), der kreisfreien Städte und der übrigen Landkreise über die letzten 22 Jahre auf Basis der SV Beschäftigten. Deutlich wird dabei, wie sich die Schere zwischen dem Hamburger Randgebiet und den großen Städten des Landes insbesondere in den 90er Jahren geöffnet hat.

Tabelle 2: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit 1995-2002

Statistischer Überblick, Datenstand Juni 2003 Schleswig-Holstein (S-H), Westdeutschland (WDL) und Ostdeutschland (ODL) im Vergleich Anmerkungen zu den Datenquellen und zu den Berechnungen auf der folgenden Seite.

Indexzahlen: 1995=100 (bzw. 1999=100)

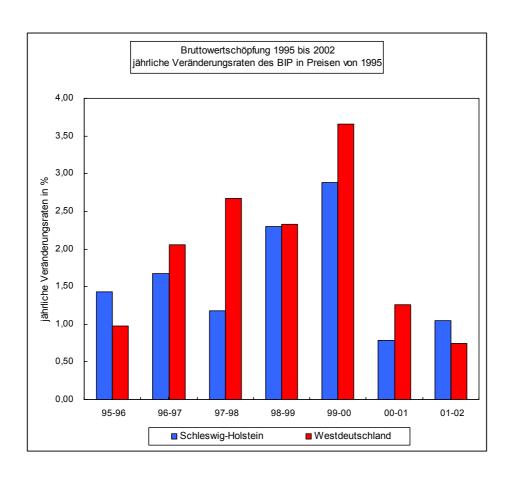
		Produktion		Arbeitsplätze					Arbeitslosigkeit				
	Bruttoinlandsprodukt			En	Erwerbstätige			SV Beschäftigte			Arbeitslosenzahl		
	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	
1996	101,1	100,6	101,6	100,1	99,9	99,1	99,3	98,9	97,3	110,7	109,0	111,3	
1997	102,2	102,2	102,2	100,0	100,0	97,7	98,0	98,0	93,3	124,1	118,2	127,8	
1998	103,0	104,5	102,4	100,3	101,4	97,8	97,5	98,2	92,1	125,6	113,3	129,0	
1999	105,2	106,7	104,1	101,4	102,8	98,2	98,2	99,2	90,8	119,4	107,3	126,2	
2000	107,6	110,0	105,6	103,2	105,2	97,8	101,2	101,9	98,0	111,9	98,1	127,3	
2001	107,9	110,8	105,4	103,5	106,1	96,4	101,3	102,7	95,2	113,7	95,6	129,3	
2002	108,5	111,1	105,0	102,6	105,7	94,9	100,6	102,2	92,5	119,0	102,9	131,9	

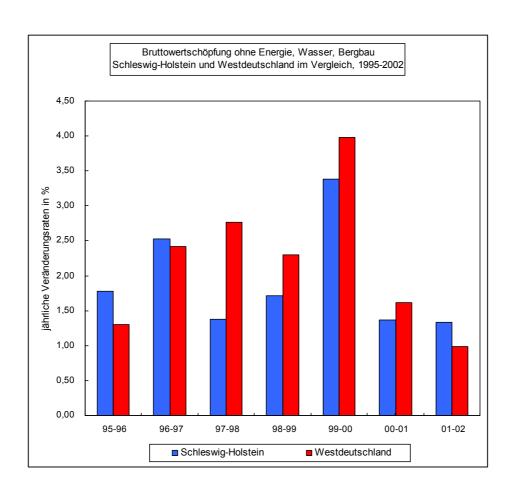
jährliche Veränderungsraten in %

	I	Bruttoinlandsprodukt				Erwerbstätige		SV Beschäftigte			Arbeitslosenzahl			
	S-l	Ⅎ	W	DL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL
		*		*										
1995/1996	1,1	1,8	0,6	1,3	1,6	0,1	-0,1	-0,9	-0,7	-1,1	-2,7	10,7	9,0	11,3
1996/1997	1,2	2,5	1,6	2,4	0,6	-0,2	0,1	-1,4	-1,3	-0,9	-4,1	12,2	8,5	14,9
1997/1998	0,8	1,4	2,3	2,8	0,2	0,3	1,4	0,1	-0,5	0,2	-1,3	1,2	-4,2	0,9
1998/1999	2,1	1,7	2,1	2,3	1,7	1,2	1,4	0,4	0,7	1,0	-1,4	-4,9	-5,3	-2,2
1999/2000	2,3	3,4	3,1	4,0	1,4	1,8	2,3	-0,5	1,2	1,9	-2,0	-6,3	-8,6	0,9
2000/2001	0,3	1,4	0,7	1,6	-0,2	0,2	0,9	-1,3	0,0	0,8	-2,9	1,6	-2,5	1,6
2001/2002	0,6	1,3	0,3	1,0	-0,3	-0,8	-0,4	-1,6	-0,7	-0,5	-2,8	4,7	7,7	2,0

Bruttoinlandsprodukt: Die jährlichen Veränderungsraten in Kursivschrift (Spalten mit *) zeigen die Entwicklung der gesamten Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau.

SV Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, jeweils am 30. Juni - Anmerkung: Aufgrund der Datenrevision der amtlichen SV Statistik sind die Zahlen bis 1999 (alte Abgrenzung) und ab 1999 (neue Abgrenzung) nicht exakt miteinander vergleichbar. Daher werden zwei getrennte Indexreihen (bis 1999, Basis 1995 bzw. 2000 bis 2002, Basis 1999) ausgewiesen.





Anmerkungen zur Tabelle 2

Produktion: Bruttoinlandsprodukt

Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Preisen von 1995, Berechnungsstand August 2002/Februar 2003 Berechnungen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", bereitgestellt vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Länderergebnisse nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Bewertung des Produktionswertes und der Wertschöpfung zu Herstellungs- und nicht wie früher zu Marktpreisen.

Getrennte Angaben für Berlin-West und Berlin-Ost sind nicht mehr verfügbar, daher werden hier Ergebnisse für Westdeutschland (ohne Berlin-West) und Ostdeutschland (mit Berlin insgesamt), jedoch nicht mehr für das Bundesgebiet West (mit Berlin-West) und das Bundesgebiet Ost (mit Berlin-Ost) ausgewiesen.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes bzw. der Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein erfährt nicht unwesentliche Impulse aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Stromproduktion (Kernkraftwerke in Betrieb oder vorübergehend stillgelegt). Um diesen Faktor zu eliminieren, kann alternativ zur gesamten Bruttowertschöpfung die Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau herangezogen werden. Dabei ergeben sich folgende Befunde:

Bruttowertschöpfung mit/ohne Energie, Wasser, Bergbau

2000 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 109,8 / 111,2 Westdeutschland 112,2 / 113,4 2001 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 110,7 / 112,8 Westdeutschland 113,7 / 115,3 2002 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 111,8 / 114,2 Westdeutschland 114,5 / 116,4.

Erwerbstätige

Gesamtzahl aller Beschäftigten (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Soldaten, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, geringfügig Beschäftigte) im Jahresdurchschnitt, regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept)

Berechnungen des Arbeitskreises "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder", bereitgestellt vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Berechnungsstand: Februar 2003.

Getrennte Angaben für Berlin-West und Berlin-Ost sind nicht mehr verfügbar, daher werden die Ergebnisse für Westdeutschland (ohne Berlin-West) und Ostdeutschland (mit Berlin insgesamt), jedoch nicht mehr für das Bundesgebiet West (mit Berlin-West) und das Bundesgebiet Ost (mit Berlin-Ost) ausgewiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

SV Beschäftigte: jahresdurchschnittliche Beschäftigtenzahlen (chronologisches Mittel der Monatszahlen). Der Datenstand Juli 2003 enthält die korrigierten Monatszahlen auf Basis einer 6-Monate-Stichprobe bis Januar 2003. Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord bzw. der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt.

Die Beschäftigtendaten 1995 bis 1999 entsprechen der alten Definition und Abgrenzung der "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten", die neuen Daten ab 1998 der neuen Abgrenzung, die dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) angepasst wurde. Daher sind die neuen Beschäftigtenzahlen nicht exakt mit denen alter Abgrenzung vergleichbar. Monatsdaten auf Stichprobenbasis stehen nach neuer Definition ab Januar 1998 zur Verfügung. Damit können aber die alten Jahresdurchschnittswerte 1995 bis 1999 nicht mehr mit den neuen Durchschnittswerten ab 1999 verglichen werden.

Arbeitslosigkeit

Jahresdurchschnitt der amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen (chronologisches Mittel der Monatswerte). Regionale Zuordnung nach dem Wohnort (Inländerkonzept). Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bereitgestellt.

Tabelle 3: Erwerbstätige im Ländervergleich: Entwicklung 1992 bis 2002

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept) Jahresdurchschnitte 1992/1997/2000/2001/2002

Indexzahlen: 2002 (1992 = 100) bzw. 2002 (1997 = 100)

jährliche Veränderungsraten 2000/2001 und 2001/2002 in %, positive Veränderungsraten fett gedruckt

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten Jahresdurchschnitte 2001 und 2002

jährliche Veränderungsraten 2001/2002 in %

	Erwerl	ostätige	Erwerbstäti	ge	SV Beschäftigte
Bundesland	Indexzahle	n für 2002	jährliche Veränd	lerungsraten	jährliche Veränderungsr.
	1992=100	1997=100	2000/2001 20	001/2002	2001/2002
Schleswig-Holstein	101,8	102,7	0,2	-0,8	-0,7
Niedersachsen	104,4	104,6	0,1	0,1	-0,5
Nordrhein-Westfalen	103,9	106,4	0,7	-0,6	-0,9
Hessen	102,9	105,0	1,0	-0,4	-0,6
Rheinland-Pfalz	104,6	105,7	0,6	0,0	-0,2
Baden-Württemberg	104,4	106,6	1,5	-0,2	-0,1
Bayern	103,9	106,1	1,1	-0,2	-0,3
Saarland	104,8	106,0	0,4	-1,2	-1,2
Mecklenburg-Vorpommern	95,5	95,2	-2,5	-1,5	-3,4
Brandenburg	97,1	95,9	-1,7	-2,1	-2,6
Sachsen-Anhalt	90,7	93,4	-1,8	-1,6	-2,8
Thüringen	99,2	100,3	-1,0	-2,1	-3,1
Sachsen	98,7	97,7	-1,3	-1,1	-3,1
Hamburg	100,6	104,1	1,0	-0,7	-0,7
Bremen	95,2	101,3	0,8	-0,4	-0,6
Berlin	93,5	98,8	-0,4	-1,5	-0,7
Westdeutschland	103,7	105,7	0,8	-0,4	-0,5
Ostdeutschland	95,9	97,1	-1,3	-1,6	-2,8

Quelle:

Erwerbstätige: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Die Daten wurden uns vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.) SV Beschäftigte: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Die Daten wurden vom Internet-Datenservice der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt.

Abbildung 2: Beschäftigungsentwicklung in den westdeutschen Bundesländern 1980 bis 2002

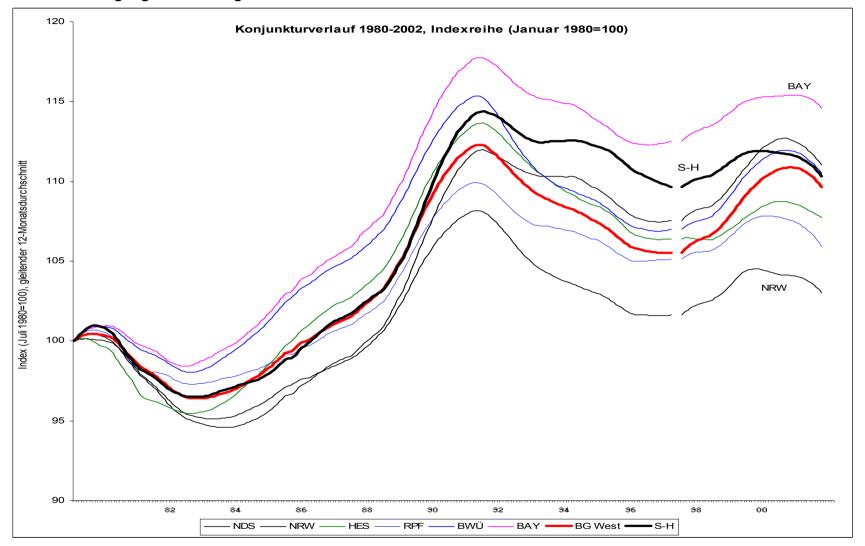


Abbildung 3: Beschäftigungstrends der westdeutschen Bundesländer 1980-2002

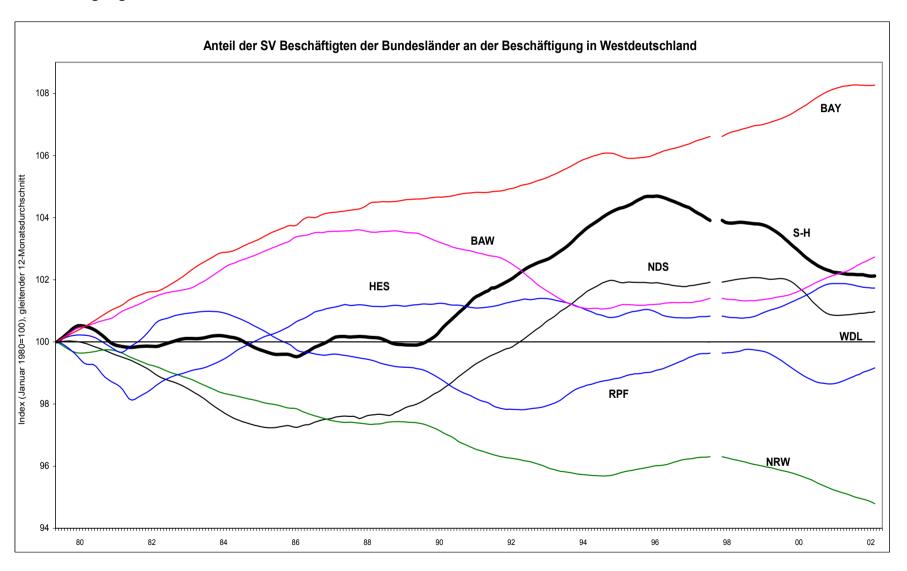


Tabelle 4: Erwerbstätige im Ländervergleich 1996-2002, ausgewählte Wirtschaftsbereiche

Verarbeitendes Gewerbe

Westdeutsche Bundesländer, West- und Ostdeutschland ${\it Jahresdurchschnittswerte~1996,~2000,~2001~und~2002,~Indexzahlen~bzw.~jährliche~Veränderungsraten~in~\%}$ Für Schleswig-Holstein außerdem: absolute Veränderung (in 100er Einheiten) In Klammern: Rang Schleswig-Holsteins unter den 8 westdeutschen Flächenländern

Landwirtschaft

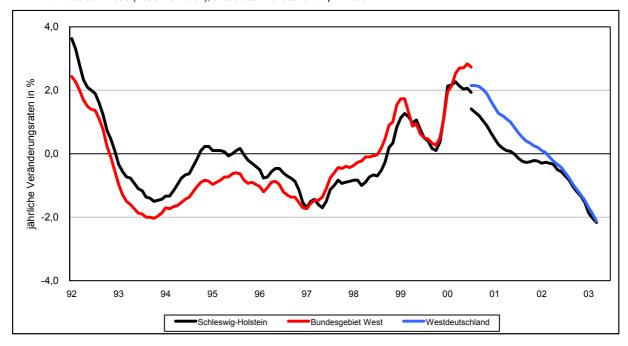
	Landv	virtschaft		Verarbeite	ndes Gewe	rbe	Вац	igewerbe	
	Index	Veränder	ungsrate	Index	Veränder	ungsrate	Index	Veränder	ungsrate
	2002	2000/	2001/	2002	2000/	2001/	2002	2000/	2001/
	(1996=100)	2001	2002	(1996=100)	2001	2002	(1996=100)	2001	2002
Schleswig-Holstein									
absolute Veränderung	600	300	0	-16.900	-300	-4.300	-16.700	-4.200	-5.300
Index bzw. Veränderungsrate	101,3	0,7	-0,1	91,4	-0,2	-2,4	81,7	-5,0	-6,7
Rang (Westdeutschland)	(2.)	(3.)	(6.)	(7.)	(5.)	(6.)	(8.)	(7.)	(8.)
Niedersachsen	95,6	0,4	0,6	98,0	0,1	-1,7	87,0	-6,1	-3,3
Nordrhein-Westfalen	100,5	0,1	0,8	91,8	-0,8	-3,4	86,2	-4,1	-4,3
Hessen	94,9	0,7	0,6	90,1	-0,2	-3,1	81,7	-2,9	-4,6
Rheinland-Pfalz	100,6	2,0	0,6	97,3	-0,5	-1,9	94,4	-0,6	-4,3
Baden-Württemberg	93,1	0,3	-0,4	102,0	1,5	-1,7	89,3	-2,2	-4,0
Bayern	97,8	0,3	-0,2	101,2	1,1	-1,6	87,3	-3,2	-5,0
Saarland	107,2	-2,4	0,5	105,2	0,1	-1,4	92,6	-1,7	-4,1
Hamburg	95,8			91,2	1,9	-1,4	77,2	-7,1	-6,0
Bremen	111,5			95,8	2,4	-1,2	92,4	-3,2	-4,1
Westdeutschland	97,3	0,4	0,2	96,9	0,4	-2,3	86,8	-3,6	-4,4
Ostdeutschland	95,5	-0,7	-0,7	97,5	0,7	-0,8	61,8	-11,7	-10,6
	Handel, Gas	s tgewerbe, \ Veränder		Unternehmens Index	sdienstl., Fi	•	öffentliche	und private Veränder	
	2002	2000/	2001/	2002	2000/	2001/	2002	2000/	2001/
	(1996=100)	2001	2002	(1996=100)	2001	2002	(1996=100)	2001	2002
Schleswig-Holstein									
absolute Veränderung	21.100	-600	-2.300	27.600	5.400	600	17.300	2.800	1.600
Index bzw. Veränderungsrate	106,3	-0,2	-0,6	120,7	3,5	0,4	104,4	0,7	0,4
Rang (Westdeutschland)	(5.)	(8.)	(7.)	(8.)	(3.)	(7.)	(8.)	(4.)	(8.)
Niedersachsen	107,1	-0,1	0,2	124,5	1,2	0,5	106,3	1,4	1,6
Nordrhein-Westfalen	110,0	1,1	-0,4	140,2	3,5	1,4	110,7	1,4	1,0
Hessen	105,8	1,1	-0,6	134,6	4,4	1,1	105,6	0,2	1,3
Rheinland-Pfalz	106,8	1,3	0,6	128,0	2,3	2,1	107,9	0,5	0,9
Baden-Württemberg	109,9	2,2	0,8	129,2	3,0	0,4	106,2	1,2	1,4
Bayern	105,9	1,2	0,1	127,5	3,2	0,6	108,0	0,8	1,4
Saarland	105,0	1,8	-1,3	127,6	1,6	-3,1	106,0	0,2	1,2
Hamburg	98,2	0,1	-0,4	132,1	4,6	-0,8	102,0	0,2	0,3
Bremen	99,1	-1,1	-0,7	129,6	5,7	1,2	99,6	0,1	0,4
Westdeutschland	107,3	1,0	-0,1	131,6	3,3	0,8	107,5	1,0	1,2
Ostdeutschland	101,3	-0,6	-0,8	121,9	0,8	-0,2	100,8	0,0	0,0

Rang Westdeutschland: Position Schleswig-Holsteins unter den acht westdeutschen Flächenländern Erwerbstätige nach ihrem Arbeitsort. Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, siehe Anmerkungen zur Tabelle 2

Abbildung 4: Arbeitsplatzentwicklung 1992 bis Anfang 2003 in Schleswig-Holstein

(a) Entwicklung der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West bzw. Westdeutschland im Vergleich

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis August 2000 (alte Definition) und ab Juni 1999 (neue Definition), aktuellster Monatswert: April 2003



(b) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte insgesamt bzw. Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe

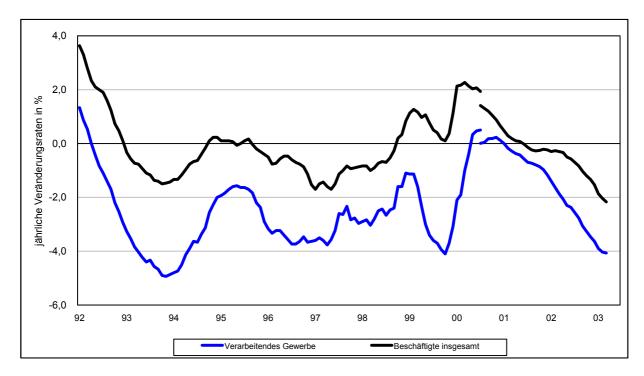
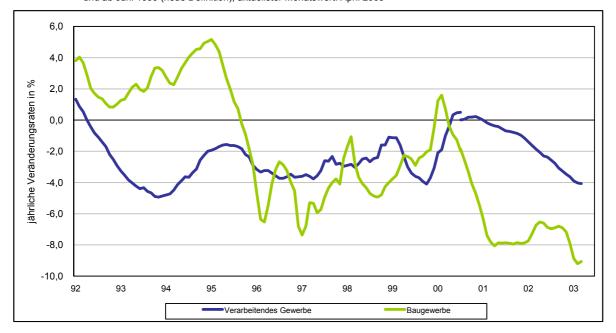


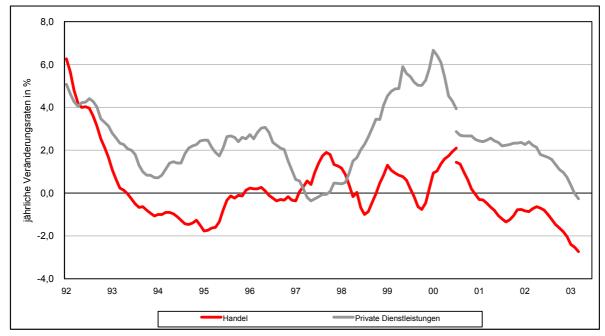
Abbildung 5: Arbeitsplatzentwicklung 1992 bis Anfang 2003 in Schleswig-Holstein

(a) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis August 2000 (alte Definition) und ab Juni 1999 (neue Definition), aktuellster Monatswert: April 2003



(b) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte im Bereich privater Dienstleistungen und im Handel



private Dienstleistungen bis August 2000 (alte Definition): sonstige Dienstleistungen und Banken, Versicherungen private Dienstleistungen ab Juni 1999 (neue Definition): Gastgewerbe, Banken, Versicherungen, Unternehmensdienstleistungen, Wohnungswirtschaft, EDV, Forschung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

Tabelle 5: Erwerbstätige, Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, geringfügig Beschäftigte und Selbständige Entwicklung 1992 bis 2002

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept),

darunter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne geringfügig Beschäftigte) sowie Selbständige/mithelfende Familienangehörige und Geringfügig Beschäftigte Jahresdurchschnitte 1992/1997/2000/2001/2002

Indexzahlen: 2002(1992=100) bzw. 2002 (1997=100) bzw. jährliche Veränderungsraten 2000/2001 und 2001/2002 in %

Erwerbstätige				Geringfügig Bes	chäftigte		
•	Schleswig -Holstein	West- deutschl.	Ost- deutschl.		Schleswig -Holstein	West- deutschl.	Ost- deutschl.
Indexzahlen				Indexzahlen			
2002 (1992=100)	101,8	103,7	95,9	2002 (1992=100)	153,1	173,1	355,8
2002 (1997=100)	102,7	105,7	97,1	2002 (1997=100)	119,9	127,7	158,2
Veränderungsratei	n			Veränderungsrate	n		
2000/2001	0,2	0,8	-1,3	2000/2001	1,8	1,3	8,2
2001/2002	-0,8	-0,4	-1,6	2001/2002	-0,1	0,1	5,4

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten): 2001/2002 -10.100

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten)
2001/2002 -100

Arbeitnehmerinne	en und Arbeit	tnehmer		Selbständige un	d Mithelfend	e Familienan	gehörige
	Schleswig	West-	Ost-		Schleswig	West-	Ost-
	-Holstein	deutschl.	deutschl.		-Holstein	deutschl.	deutschl.
Indexzahlen				Indexzahlen			
2002 (1992=100)	94,6	96,9	85,6	2002 (1992=100)	103,2	105,3	146,2
2002 (1997=100)	99,6	103,1	91,7	2002 (1997=100)	101,6	102,1	110,3
Veränderungsrater	1			Veränderungsrate	n		
2000/2001	-0,4	0,6	-2,7	2000/2001	1,0	0,6	2,2
2001/2002	-1,1	-0,5	-2,5	2001/2002	0,3	-0,5	-0,5

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten): 2001/2002 -10.200

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten): 2001/2002 + 400

Quelle:

Schätzungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder Berechnungsstand: Februar 2003

Stuktur der Erwerbstätigengruppen 1992 und 2002

Anteil der Erwerbstätigengruppe an allen Erwerbstätigen in %

	Schlesw	rig-Holstein	Westde	utschland	Ostdeu	tschland
	1992	2002	1992	2002	1992	2002
Arbeiter, Angestellte	68,9	65,7	74,6	70,8	87,8	76,0
Beamtinnen/Beamte	10,5	8,0	7,6	6,0	2,9	4,9
Arbeitnehmer/-innen	79,3	73,8	82,3	76,8	90,7	80,9
geringfügig Beschäftigte	9,4	14,2	7,4	12,4	2,5	9,2
Selbständige & MHF	11,2	12,1	10,3	10,8	6,9	9,9
Erwerbstätige	100	100	100	100	100	100

Tabelle 6
Beschäftigte Frauen und Teilzeitbeschäftigte 1999 bis 2002

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 30. 6. 1999, 2000, 2001 und 2002 Bestand im Juni 2002, Veränderung in Hundert-Einheiten (HE) sowie Indexzahlen Regionalfaktor: Relation zwischen den Indexzahlen Schleswig-Holsteins und des Bundesgebietes West

Bestand und Veränderung 1999 bis 2002

Beschäftigtenkategorie	Bestand Juni 2002 in Tsd.	chleswig-Holste Veränderung 2002-2001 in HE	veränderung Veränderung Indexzahl 2002 (1999=100)	Veränderung Indexzahl 2002 (2001=100)	Westdtl. Veränderung Indexzahl 2002 (2001=100)	Ostdtl. Veränderung Indexzahl 2002 (2001=100)
Frauen	380,3	1.500	102,5	100,4	100,7	98,2
Männer	433,7	-6.600	99,1	98,5	98,8	96,1
Vollzeitbeschäftigte	669,1	-8.700	98,5	98,7	98,9	96,5
Vollzeitbeschäftigte Frauen	255,3	-800	99,9	99,7	99,5	97,3
Vollzeitbeschäftigte Männer	413,8	-7.900	97,7	98,1	98,5	95,9
Teilzeitbeschäftigte	144,8	3.500	112,0	102,5	103,9	100,5
Teilzeitbeschäftigte Frauen	125,0	2.300	108,4	101,9	103,5	101,0
Teilzeitbeschäftigte Männer	19,9	1.200	141,9	106,6	106,7	98,1

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord und der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt.

Beschäftigtenanteile in %: Anteile der einzelnen Kategorien an allen SV Beschäftigten

	Schleswig	-Holstein	Westdeuts	chland	Ostdeutschland		
	1999	2002	1999	2002	1999	2002	
Frauenanteil	45,9	46,7	43,0	43,8	47,6	49,5	
Teilzeitanteil	16,0	17,8	13,8	15,7	11,6	14,5	
darunter:							
Teilzeitanteil, Frauen*	31,1	32,9	28,1	30,5	20,5	24,2	
Teilzeitanteil, Männer**	3,2	4,6	3,0	4,1	3,4	4,9	

^{*} Anteil an allen SV beschäftigten Frauen, ** Anteil an allen SV beschäftigten Männern 1999: Daten für Bundesgebiet West und Ost, 2002: Daten für West- und Ostdeutschland

Abbildung 6: Struktur der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein und Westdeutschland

	Anteile	der Wirtsch	aftszweig	e in %
	Schleswi	g-Holstein	Westde	utschland
	1992	2002	1992	2002
Landwirtschaft	4,6	3,6	3,3	2,4
Verarbeitendes Gewerbe	18,3	14,6	27,7	22,0
Baugewerbe	7,1	6,1	6,6	5,4
Handel,Gastgew.,Verkehr	27,5	28,8	25,2	25,9
Unternehmensdienstl., Finanzierung	9,6	13,1	10,7	15,6
öffentliche und private Dienstl.	31,8	33,1	25,0	27,7
Gesamtwirtschaft	100,0	100,0	100,0	100,0

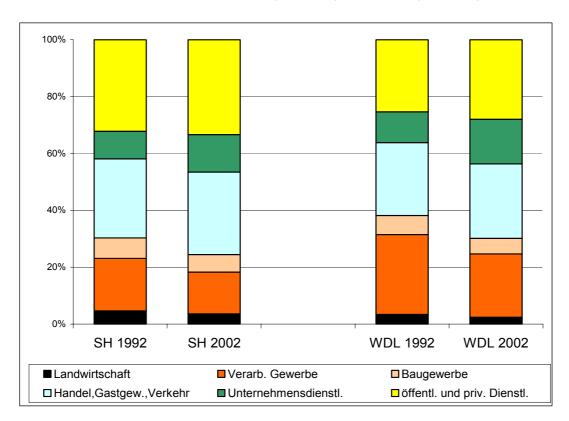


Tabelle 7: Erwerbstätige und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer: Entwicklung 1992 bis 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept), bzw. durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Jahresdurchschnitte 1992/1996/2001/2002 Indexzahlen: 2002 (1992=100) bzw. 2002(1996=100) sowie jährliche Veränderungsraten 2001/2002 in % positive Veränderungsraten: fett

ET = Erwerbstätige, AN = Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

		Index 200	2 (1992=100)	
	Schleswig-Holstein Westdeutsc				
	ET	AN	ET	AN	
Landwirtschaft	79,4	99,0	74,5	100,7	
Verarbeitendes Gewerbe	81,2	80,4	82,5	82,2	
Baugewerbe	86,9	79,2	85,6	79,6	
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	106,6	106,9	106,5	106,7	
Unternehmensdienstl., Finanzierung	139,0	139,3	151,1	152,5	
öffentliche und private Dienstl.	105,8	103,3	114,9	112,6	
Gesamtwirtschaft	101,8	100,8	103,7	103,2	

	Index 2002 (1996=100)			
	Schleswi	g-Holstein	Westdeutschlan	
	ET	AN	ET	AN
Landwirtschaft	101,3	110,3	97,3	106,8
Verarbeitendes Gewerbe	91,4	90,9	96,9	97,1
Baugewerbe	81,7	77,6	86,8	83,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	106,3	108,1	107,3	108,5
Unternehmensdienstl., Finanzierung	120,7	118,7	131,6	134,3
öffentliche und private Dienstl.	104,4	103,4	107,5	106,3
Gesamtwirtschaft	102,5	102,1	105,8	105,9

	Veränderungsraten 2001/2002				
	Schleswig	_J -Holstein	Westdeutschland		
	ET	AN	ET	AN	
Landwirtschaft	-0,1	0,3	0,2	1,2	
Verarbeitendes Gewerbe	-2,4	-2,5	-2,3	-2,3	
Baugewerbe	-6,7	-7,7	-4,4	-5,1	
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,6	-0,6	-0,1	0,0	
Unternehmensdienstl., Finanzierung	0,4	0,5	0,8	0,9	
öffentliche und private Dienstl.	0,4	0,1	1,2	0,9	
Gesamtwirtschaft	-0,8	-0,9	-0,4	-0,5	

Quelle: siehe Tabelle 5.

Tabelle 8: Erwerbstätige in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen 1992-2002

Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort, 1992, 1997 und 2002 in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland Wirtschaftsstruktur: Erwerbstätigenanteile der Wirtschaftszweige in %

	on antan Environmental del Trinosin	a	Wirtschaftsstruktur: Erwerbstätigenanteile in %			in %
		Bestand in Tsd.	Schleswig-Holstein Westdeut		schland	
WZ 93	Wirtschaftszweig	2002	1992	2002	1992	2002
A+B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44,0	4,6	3,6	3,2	2,4
С	Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	886,0	0,1	0,1	0,6	0,3
D	Verarbeitendes Gewerbe	179,9	18,5	14,6	26,4	22,0
15	Ernährungsgewerbe	29,5		2,4		2,4
17/18/19	Textil-/Bekleidungs-/ Ledergewerbe	3,0		0,2		0,8
20	Holzgewerbe (o. Herst. v. Möbeln)	4,6		0,4		0,5
21	Papiergewerbe	5,9		0,5		0,5
22	Verlags-/Druckgewerbe	19,0		1,5		1,3
24	Chemische Industrie	13,3		1,1		1,5
25	Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffw.	8,0		0,6		1,2
26	Glasgwerbe, Keramik,	6,4		0,5		0,7
27/28	Metallerzeugung, Herst. v. Metallerzeugnissen	16,2		1,3		3,3
29/30	Maschinenbau, Herst. v. Büro- und DV-Geräten	26,6		2,2		3,3
31	Herst. v. Geräten d. Elektrizitätserzeugung,	5,5		0,4		1,3
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	6,2		0,5		0,5
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regeltechnik,	16,3		1,3		1,0
34	Fahrzeugbau, insbes. Straßenfahrzeuge	4,2		0,3		2,4
35	Sonstg. Fzgbau (Schienenfzg., Schiffe, Luftfzg.)	8,4		0,7		0,4
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck,	4,9		0,4		0,9
37	Recycling	0,8		0,1		0,0
E	Energie- u. Wasserversorgung	9,8	1,1	0,8	0,9	0,7
F 45	Baugewerbe	74,9	7,3	6,1	6,7	5,4
G 50	KFZ-Handel, Instandh. u. KFZ-Reparatur	32,2	2,2	2,6	2,1	2,4
G 51	Handelsvermittlung, Großhandel	64,2	5,3	5,2	5,0	4,6
G 52	Einzelhandel, Reparatur v. Gebrauchsgütern	120,8	9,7	9,8	8,7	9,0
H 55	Gastgewerbe	68,9	4,7	5,6	3,7	4,6
I ex 64	Verkehr (ohne Nachrichtenübermittl.)	48,2	3,7	3,9	4,0	4,1
I 64	Nachrichtenübermittlung	21,1	2,1	1,7	1,9	1,3
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	35,4	2,8	2,9	3,7	3,5
K 70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	15,1	0,7	1,2	0,6	0,9
K 72	Datenverarbeitung und Datenbanken	9,8	0,5	0,8	0,7	1,3
K 73	Forschung u. Entwicklung	3,7	0,4	0,3	0,3	0,3
K 74	Erbring. v. Dienstl. überw. für Unternehmen	93,9	5,2	7,6	5,7	9,2
L 75.1,75.3	Öffentl. Verwaltung/ Sozialversicherung	82,9	8,1	6,7	6,3	5,3
75.22	Verteidigung	33,4	4,0	2,7	1,5	1,1
M 80	Erziehung u. Unterricht	52,6	4,1	4,3	4,4	4,6
N 85	Gesundh, Veterenär- u. Sozialwesen	147,5	9,0	12,0	8,1	10,3
O 92	Kultur, Sport u. Unterhaltung	19,5	1,1	1,6	1,2	1,7
O 93,91	Erbringung v. sonst. Dienstleistungen	39,5	2,9	3,2	2,6	3,0
P 95	Private Haushalte	29,3	2,2	2,4	1,2	1,3
	Gesamtwirtschaft	1233,9	100	100	100	100

Tabelle 9: Erwerbstätigenentwicklung 1992-2002 nach Wirtschaftszweigen

Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort, 1992, 1997 und 2002 in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland Erwerbstätigenentwicklung: Absolute Veränderung, Indexzahlen und Regionalfaktoren

Schleswig-Holstein

	Schleswig-Holstein							
		Veränderun	ıg 1997-2002	Veränderung 1992-2002	Vergleich S-F	I - Westdeutschland		
WZ 93	Wirtschaftszweig	Differenz	Index: 2002	Index: 2002	Regio	nalfaktoren		
		in Tsd.	(1997=100)	(1992=100)	1997-2002	1992-2002		
A+B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,5	101,1	79,4	102,0	101,7		
С	Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	-0,4	67,7	68,6	92,9	124,3		
D	Verarbeitendes Gewerbe	-10,6	94,4	81,2	96,0	92,6		
15	Ernährungsgewerbe	-3,4	89,7		94,9			
17/18/19	Textil-/Bekleidungs-/ Ledergewerbe	-0,5	84,9		108,6			
20	Holzgewerbe (o. Herst. v. Möbeln)	-1,0	81,6		101,7			
21	Papiergewerbe	1,2	126,9		130,3			
22	Verlags-/Druckgewerbe	1,2	107,0		94,1			
24	Chemische Industrie	0,6	105,1		109,6			
25	Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffw.	-0,1	98,9		96,9			
26	Glasgwerbe, Keramik,	-1,7	79,0		90,0			
27/28	Metallerzeugung, Herst. v. Metallerzeugnissen	-1,3	92,7		92,1			
29/30	Maschinenbau, Herst. v. Büro- und DV-Geräten	-4,2	86,5		87,4			
31	Herst. v. Geräten d. Elektrizitätserzeugung,	-0,4	93,8		98,1			
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	0,0	100,8		88,3			
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regeltechnik,	-0,9	94,6		99,9			
34	Fahrzeugbau, insbes. Straßenfahrzeuge	0,0	100,5		90,7			
35	Sonstg. Fzgbau (Schienenfzg., Schiffe, Luftfzg.)	-1,2	87,7		86,3			
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck,	0,5	110,8		122,0			
37	Recycling	0,3	159,6		102,1			
E	Energie- u. Wasserversorgung	-2,2	81,4	76,0	96,5	98,9		
F 45	Baugewerbe	-14,2	84,1	85,7	93,3	100,2		
G 50	KFZ-Handel, Instandh. u. KFZ-Reparatur	5,2	119,3	119,8	103,5	101,9		
G 51	Handelsvermittlung, Großhandel	-1,5	97,7	100,2	98,9	103,0		
G 52	Einzelhandel, Reparatur v. Gebrauchsgütern	-2,4	98,0	103,5	94,0	95,6		
H 55	Gastgewerbe	7,2	111,7	121,4	95,2	95,0		
I ex 64	Verkehr (ohne Nachrichtenübermittl.)	6,1	114,6	108,7	101,9	101,9		
I 64	Nachrichtenübermittlung	2,9	116,1	83,4	122,8	114,7		
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	2,8	108,7	104,6	105,3	103,2		
K 70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	3,4	129,4	170,7	105,0	111,2		
K 72	Datenverarbeitung und Datenbanken	3,5	155,9	177,4	89,7	85,7		
K 73	Forschung u. Entwicklung	-1,5	71,6	69,9	61,8	55,4		
K 74	Erbring. v. Dienstl. überw. für Unternehmen	18,1	123,9	150,3	92,7	88,4		
L 75.1,75.3	3 Öffentl. Verwaltung/ Sozialversicherung	-6,9	92,4	84,7	99,1	95,1		
75.22	Verteidigung	-6,0	84,7	69,4	98,8	93,1		
M 80	Erziehung u. Unterricht	0,2	100,3	108,0	96,9	97,6		
N 85	Gesundh, Veterenär- u. Sozialwesen	20,1	115,8	136,2	101,3	101,9		
O 92	Kultur, Sport u. Unterhaltung	2,6	115,6	149,3	92,7	103,5		
O 93,91	Erbringung v. sonst. Dienstleistungen	1,9	104,9	112,6	90,5	93,0		
P 95	Private Haushalte	1,8	106,5	109,8	103,0			
	Gesamtwirtschaft	31,9	102,7	102,8	97,1	98,0		

Tabelle 10: Erwerbstätige und Beschäftigte in den Regionen Schleswig-Holsteins 1995-2002

Erwerbstätige in den Kreisen und Planungsräumen sowie in ausgewählten Landesteilen 1995 bis 2001 Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigte in den Kreisen und Planungsräumen, Juni 1995 bis Juni 2002 Differenzen in Hunderter- bzw. Zehner-Einheiten, positive Veränderungen fett

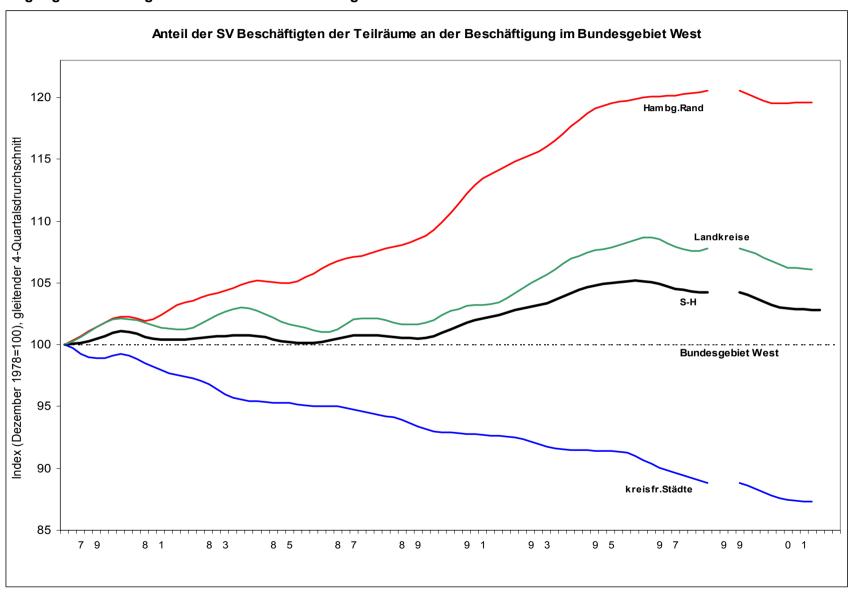
	Erwerbstätige (ET) 1995 und 2001		SV Beschäftigte 2001 und 2002			
	ET in Tsd.	Differenz	Index 2001	SV B. in Tsd.	Differenz	Index 2002
Städte/Kreise	2001	2001-1995	(1995=100)	Juni 2002	2002-2001	(2001=100)
Flensburg	55,3	-1.100	98,0	37,6	-140	99,6
Kiel	148,8	-1.100 -400	99,7	103,5	-310	99,7
Lübeck	114,0	-1.100	99.0	80,3	-520	99,4
Neumünster	45,1	-500	98,9	30,8	-510	98,4
	-,		, -	, -		,
Dithmarschen	57,3	2.400	104,4	35,1	-1170	96,8
Lauenburg	61,0	2.800	104,8	39,4	-240	99,4
Nordfriesland	77,3	1.900	102,5	47,7	250	100,5
Ostholstein	83,8	1.100	101,3	52,0	-460	99,1
Pinneberg	115,8	10.400	109,9	77,9	-1030	98,7
Plön	40,8	700	101,7	23,5	-550	97,7
RendsbEckernf.	109,0	7.100	107,0	67,2	-370	99,5
Schleswig-Flensb.	75,8	4.200	105,9	42,5	-30	99,9
Segeberg	111,5	5.200	104,9	77,2	-50	99,9
Steinburg	56,1	1.900	103,5	34,0	-170	99,5
Stormarn	92,4	7.200	108,5	65,3	120	100,2
Planungsräume:						
SH Nord	208,4	5.000	102,5	127,7	90	100,1
SH Mitte	343,7	6.900	102,0	225,0	-1730	99,2
SH Südwest	113,4	4.300	103,9	69,1	-1340	98,1
SH Ost	197,8	0	100,0	132.3	-990	99,3
SH Süd	380,7	25.600	107,2	259,8	-1200	99,5
	,		- ,	, -		, -
Schleswig-Holstein	1244,0	41.800	103,5	814,0	-5170	99,4
Schleswig-Holstein (ohne SH Süd)	863,3	16.200	101,9	554,1	-3970	99,3
kreisfreie Städte	363,2	-3.100	99,2	252,2	-1470	99,4
Landkreise (ohne SH Süd)	500,1	19.300	104,0	302,0	-2500	99,2

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Daten vom Landesarbeitsamt Nord bzw. vom Statistischen Landesamt), Beschäftigtenzahlen für 1995, 2001 und 2002, jeweils 30. Juni

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen: Schätzungen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder", jährliche Erwerbstätigenzahlen 1992 bis 2001, Arbeitsortprinzip

Die Erwerbstätigenzahlen wurden uns vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt.

Abbildung 7: Beschäftigungsentwicklung in den Teilräumen Schleswig-Holsteins 1979-2001



3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz

3.1 Das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein 2000 bis 2004 (Tabelle 11)

Zur Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein muss neben der Arbeitsplatzentwicklung (Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein) auch die Veränderung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein) und der Pendlerströme über die Landesgrenzen betrachtet werden.

Methodische Abmerkungen: Die Erwerbspersonen, also alle Personen, die erwerbstätig sind oder aktuell eine Erwerbstätigkeit anstreben, wurden in den früheren Arbeitsmarktberichten auf der Basis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Landesplanung Schleswig-Holstein geschätzt. Diese Prognose ist mittlerweile vier Jahre alt (Basisjahr 1999) und bedarf der Aktualisierung. Diese wird voraussichtlich im Jahr 2004 vorgelegt. Für diesen Bericht wurde zwischenzeitlich auf die Bevölkerungs- und Erwerbspersonenprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn (BBR) zurückgegriffen. Sie ist Teil der aktuellen Bundesraumordnungsprognose und liefert Bevölkerungs- und Erwerbspersonendaten für die Raumordnungsregionen des Bundesgebietes bis zum Jahr 2020. Das BBR hat uns freundlicherweise Daten für die Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) der Jahre 2000 bis 2004 zur Verfügung gestellt. Es sei an dieser Stelle aber angemerkt, dass wir eine aktuelle Prognose unter Nutzung spezifischer Landeskenntnisse vorziehen würden. Es ist daher beabsichtigt, im Arbeitsmarktbericht 2003 wieder die dann vorliegende neue Prognose der Landesplanung bzw. des Statistischen Landesamtes zu nutzen.

Da das Arbeitskräfteangebot im folgenden durch die Erwerbspersonen und nicht durch das "Erwerbspersonenpotential" (in der Definition der Bundesanstalt für Arbeit) gemessen wird, sind aus der Gegenüberstellung der Arbeitsplätze, der Erwerbspersonen und der gemeldeten Arbeitslosen auch keine Aussagen über die "passive" (latente) Stille Reserve möglich, also über Personen, die zur Zeit nicht, bei künftig günstigen Erwerbsaussichten dann aber doch eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen.

Die jährliche Arbeitsmarktberichterstattung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat eine Revision der Schätzung des Erwerbspersonenpotentials (Arbeitskräfteangebot) vorgenommen. Resultat ist für das Bundesgebiet West eine weiterhin zunehmende Erwerbspersonenzahl, während nach alter Einschätzung (IAB-Jahresberichte 1999 und 2000) noch von einem leichten Rückgang des Arbeitskräfteangebots und einem geringeren Niveau ausgegangen wurde. Das IAB begründet diese Neueinschätzung mit der umfassenderen Berücksichtigung geringfügiger Beschäftigung, wobei diese neuen Arbeitsplätze in erheblichem Umfang von bisherigen Nicht-Erwerbspersonen (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentner, Hausfrauen) besetzt wurden. Dies – so das IAB – müsste sich für eine Bilanzierung auch auf die Erwerbsquoten und damit auf die Verhaltenskomponente des Arbeitskräfteangebots niederschlagen. Dagegen sollte bei der in diesem Arbeitsmarktbericht vorgenommenen Bilanzierung zwischen "vollwertiger" Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung und dem Arbeitskräfteangebot wieder auf die herkömmliche Erwerbspersonenberechnung zurückgegriffen werbeitskräfteangebot wieder auf die herkömmliche Erwerbspersonenberechnung zurückgegriffen wer-

¹⁹ Vgl. hierzu die Jahresberichte des IAB zur Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland der Jahre 2000 bis 2003 in den Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB Hefte 1/2000, 1/2001, 1/2002 und 1/2003).

²⁰ Die Bilanzierung berücksichtigt dabei nur die Teilzeitbeschäftigung ohne die neuen Formen geringfügiger Beschäftigung (außerhalb der Sozialversicherungspflicht) – diese sind bilanztechnisch problematisch, da sie durchaus mit dem Status der Arbeitslosigkeit vereinbar sind.

den, bei der sich der Einstieg von Nicht-Erwerbspersonen in geringfügige Beschäftigung nicht in den Erwerbsquoten niederschlägt.

Für Schleswig-Holstein ist keine Berechnung des Erwerbspersonenpotentials nach der neuen Interpretation des IAB verfügbar. Die Befunde des amtlichen Mikrozensus deuten ebenso wenig auf eine signifikante Zunahme des Arbeitskräfteangebots in Schleswig-Holstein hin wie die Bevölkerungsprognose für Schleswig-Holstein durch das Statistische Landesamt bzw. die Landesplanung oder die im folgenden verwendete Bundesraumordnungsprognose. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Erwerbsquoten im Rahmen dieser Schätzungen einem langfristigen Trend folgen. Kurzfristige, abrupte Veränderungen des Erwerbsverhaltens, etwa als Folge geänderter Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit, sind darin naturgemäß nicht enthalten.

Der wichtigste Trend beim **Erwerbsverhalten** ist nach wie vor der *emanzipatorische Trend*, also die Zunahme der Erwerbsquoten bei den Frauen im mittleren Alter (ab 30 Jahre). Außerdem wird für die Zukunft eine Umkehr des bisherigen Trends sinkender Erwerbsbeteiligung der Altersgruppen ab 55 und besonders ab 60 Jahre erwartet. Dabei hängt das Ausmaß, mit dem die Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe der 60-65Jährigen zukünftig wieder ansteigen wird, von institutionellen Regelungen (Vorruhestand, Rentengesetzgebung, Arbeitsförderungsgesetz etc.), den Reaktionen der Menschen dieser Altersgruppe auf diese Regelungen und der Personalpolitik der Unternehmen und Organisationen ab. Der zukünftig erwartete Anstieg der Erwerbsquoten wird von verschiedenen Forschungsinstituten (z.B. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Prognos AG) sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Den steigenden Erwerbsquoten der Frauen stehen zwar andererseits ausbildungsbedingt sinkende Erwerbsquoten bei den Altersgruppen bis 25 Jahre gegenüber, per Saldo führt die Trendfortschreibung der Erwerbsquoten aber zu höheren Erwerbspersonenzahlen als eine Berechnung mit konstanten Status-Quo-Erwerbsquoten. Bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wäre allerdings zu erwarten, dass der langfristige emanzipatorische Trend zumindest vorübergehend außer Kraft gesetzt würde. Natürlich würden auch arbeitsmarktpolitische Veränderungen, die nicht in der Erwerbsquoten-Prognose berücksichtigt sind (z.B. Vorruhestandsregelungen und Qualifizierungsmaßnahmen), bei bestimmten Personenkreisen bewirken, dass sie (vorübergehend) aus dem Kreis der Erwerbspersonen ausscheiden – mit entsprechend veränderten Prognosewerten für die Zahl der Erwerbspersonen. Insofern sind langfristig angelegte Prognosen der Bevölkerung und der Erwerbspersonen nur bedingt geeignet, kurzfristige Veränderungen des Arbeitskräfteangebots zu schätzen, sie liefern vielmehr nur einen Ausschnitt aus einem langfristig berechneten Trend.

Die Bundesraumordnungsprognose weist für Schleswig-Holstein über die Teilperiode 2000 bis 2004 ein nahezu konstantes Arbeitskräfteangebot aus (**Tabelle 11**): Die Veränderung liegt bei 0,1% des Gesamtniveaus. Die Beiträge der drei Komponenten der Erwerbspersonenentwicklung, demographischer Trend, Veränderung des Erwerbsverhaltens (insbesondere der emanzipatorische Trend) und Wanderung über die Landesgrenze, gleichen sich also nahezu aus. Die Veränderungen von Jahr zu Jahr liegen ebenfalls innerhalb einer Marge von 0,2%, sie dürften geringer sein als der zu erwartende Prognosefehler, selbst wenn eine hohe Treffsicherheit unterstellt würde.

Hinter den nahezu unveränderten Gesamtzahlen verbergen sich allerdings durchaus signifikante Verschiebungen: Die Zahl der männlichen Erwerbspersonen geht 2000/2004 um 7,5 Tsd. zurück, die Zahl der Frauen nimmt dagegen um über 8 Tsd. zu. Noch stärker sind die Verschiebungen zwischen den Altersgruppen. Die Zahl der jüngeren Arbeitskräfte (15-30 Jahre) geht – teils demographisch bedingt, teils aufgrund wachsender Bedeutung langer Ausbildungszeiten – um knapp 4 Tsd. zurück, besonders stark ist aber die Verschiebung zwischen den Arbeitskräften mittlerer und höherer Altersgruppe: Die 30-45jährigen nehmen um über 10 Tsd. Personen bzw. um 1,6% ab, die Erwerbspersonen ab 45 Jahre dagegen um fast 14 Tsd. bzw. um 2,8% zu.

42

Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen. Für die Qualifikation des Arbeitskräftepotentials und ihre Erneuerung wird die obere Altersgruppe der Erwerbspersonen also zukünftig an Stellenwert gewinnen. Angesichts der heute im Grundsatz bereits bekannten längerfristigen Trends – deutlicher Rückgang des Arbeitskräfteangebots ab 2010, spätestens ab 2015, und weitere Alterung des Arbeitskräfteangebots²¹ – wird sich die Arbeitsmarktpolitik ebenso wie die betriebliche Personal- und Qualifizierungspolitik schon heute auf diese Entwicklung einstellen müssen.

Die Raumordnungsprognose liefert auch Erwerbspersonenprognosen bis 2020 auf regionaler Ebene. Sie sind für den Zeitraum 2000-2004 ebenfalls in der Tabelle 11 für die Planungsräume des Landes dokumentiert. Danach nimmt das Arbeitskräfteangebot im südlichen Landesteil (Planungsraum I) über die vier Jahre um fast 5 Tsd. bzw. um 1%, während es in Schleswig-Holstein Mitte und Südwest etwas zurückgeht. Der Anteil der Frauen am Arbeitskräfteangebot ist in den ländlichen Regionen Schleswig-Holstein Nord und Südwest deutlich geringer als in den stärker verdichteten Landesteilen.

3.2 Die Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein 2001 und 2002

Die primäre Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein ergibt sich - vor Pendlerausgleich - aus der Gegenüberstellung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen, Wohnort in Schleswig-Holstein) und der Arbeitsplätze (Erwerbstätige, Arbeitsort in Schleswig-Holstein).

Methodische Anmerkungen: Bei den Erwerbstätigen bleiben im folgenden die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht sozialversichert sind, unberücksichtigt. Zu den Erwerbstätigen zählen also alle Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Landwirtschaft), Beamtinnen, Beamte und Soldaten sowie Selbständige/mithelfende Familienangehörige (ohne Landwirtschaft). Dagegen ist die Kategorie der geringfügig Beschäftigten für eine Arbeitsmarkt-Bilanzierung ungeeignet, da Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung im Rahmen einer Arbeitsmarktbilanz unterschiedlich berücksichtigt werden müssten: Sie können z.B. durchaus arbeitslos gemeldet sein, sie können ohne Arbeitslosmeldung nach einer "vollwertigen" Be-

²¹ Dieser Trend wird durch Zuwanderung allenfalls abgeschwächt, aber nicht verhindert oder gar umgekehrt. Vgl. hierzu auch: A. Niebuhr, K. Peschel, G. P. Radtke, Zukunftsszenarien – Schleswig-Holstein im Jahr 2010. K. Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 28, Kiel 1999, S. 2-5. Zum Jahreswechsel 2003/2004 wird diese Problematik in einem Forschungsbericht zu einem Gutachten "Qualifikation und Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein/Hamburg" aufgegriffen, das im Auftrag der Technologiestiftung Schleswig-Holstein am Institut für Regionalforschung der Universität Kiel entstand und von der TSH veröffentlicht wird.

43

schäftigung suchen (dann wären sie Teil der aktiven Stillen Reserve) oder sie können neben oder statt ihrer geringfügigen Tätigkeit keine "vollwertige" Tätigkeit suchen – dann blieben sie in einer Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt. Da keine hinreichenden Informationen über die entsprechende Struktur der geringfügig Beschäftigten vorliegen, haben wir diese Beschäftigungskategorie aus der Bilanzierung ausgeschlossen.

Für die Erwerbstätigen-Kategorien, die in der Arbeitsmarktbilanz die Beschäftigungsseite abbilden, wird auf die Erwerbstätigenrechnung der Länder zurückgegriffen, da keine anderen statistischen Quellen mit hinreichender Aktualität und Präzision verfügbar sind.²² Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Angaben aus der Erwerbstätigenrechnung Schätzungen darstellen und nicht für Regionen des Landes verfügbar sind.²³

Die Zahl der **Beamtinnen und Beamten** einschließlich der Soldaten (außerhalb der Landwirtschaft) hat sich über die letzten zehn Jahre in einem recht gleichmäßigen Prozess erheblich reduziert. Im Jahr 2002 wurde erstmals die 100 Tsd.-Marge unterschritten, damit lagen die Beamtenzahlen im Land um fast 28 Tsd. bzw. um 22% unter denen von 1992. In Westdeutschland ging die Zahl der Beamten und Soldaten im gleichen Zeitraum ebenfalls zurück, allerdings mit –16,5% in deutlich geringerem Ausmaß – Schleswig-Holstein war also von den rückläufigen Beamten- und Soldatenzahlen deutlich stärker betroffen. Auch in den beiden letzten Jahren wurde die Arbeitsmarktbilanz des Landes durch rückläufige Beamten- und Soldatenzahlen belastet: 2000/2001 gab es einen Rückgang um 1,5 Tsd. und 2001/2002 um 2,4 Tsd. Personen.

Empirische Befunde zur **Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft** lassen sich ebenfalls auf Basis der Schätzwerte der Erwerbstätigenrechnung der Länder darstellen. Nach vielen Jahren rückläufiger Erwerbstätigkeit blieben die Zahlen für Schleswig-Holstein in den Jahren 2000, 2001 und 2002 nahezu unverändert.

Die Zahl der Nicht-Arbeitnehmerinnen und Nicht-Arbeitnehmer außerhalb der Landwirtschaft, also der **Selbständigen** und mithelfenden Familienangehörigen, hat sich nach den Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung zwischen 1992 und 2002 um fast 24 Tsd. (um 23%) auf 127 Tsd. erhöht. Der Zuwachs ist sogar noch etwas stärker als in Westdeutschland (+21%). Auch in den beiden letzten Jahren wurde die Arbeitsmarktbilanz des Landes durch steigende Selbständigenzahlen gestützt: 2000/2001 gab es eine Zunahme um 3,3 Tsd., 2001/2002 fiel sie mit plus 200 allerdings nur sehr gering aus.

Die vierte Kategorie der Arbeitsmarktbilanz sind die **Arbeiterinnen/Arbeiter und Angestellten** außerhalb der Landwirtschaft, die nicht geringfügig beschäftigt sind. Ihre Zahl wurde im Jahr 2002 in der Erwerbstätigenrechnung auf gut 793 Tsd. geschätzt, sie war über die letzten beiden Jahre rückläufig (2000/2001: -2,2 Tsd. und 2001/2002: -7,7 Tsd.).

Die folgende Übersicht fasst die Entwicklung der verschiedenen Kategorien der Erwerbstätigkeit für 2000/2001 und 2002/2002 zusammen:

²² Leider konnten wir für diesen Arbeitsmarktbericht nicht wie in den vorangegangenen Berichten auf die aktuellen Soldatenzahlen zurückgreifen.

²³ Der Schätzfehler in Relation zum Niveau der Erwerbstätigenzahl dürfte dabei umso größer sein, je stärker die Erwerbstätigenkategorien differenziert sind.

2000/2001

- plus 0,3 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- minus 2,2 Tsd. bei den Arbeiterinnen/Arbeitern und Angestellten, ohne Landwirtschaft
- minus 1,5 Tsd. bei den Beamtinnen/Beamten und den Soldaten
- plus 3,3 Tsd. bei den Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen, ohne Landwirtschaft

2001/2002

- keine Veränderung bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- minus 7,7 Tsd. bei den Arbeiterinnen/Arbeitern und Angestellten, ohne Landwirtschaft
- minus 2,4 Tsd. bei den Beamtinnen/Beamten und den Soldaten
- plus 0,2 Tsd. bei den Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen, ohne Landwirtschaft

Abgesehen von Schätzfehlern setzt sich der **Saldo der Bilanz** aus den gemeldeten Arbeitslosen, der "aktiven" Stillen Reserve (zuzüglich Teilnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen) und dem Pendlersaldo über die Landesgrenzen (Auspendlerüberschuss) zusammen.²⁴ Empirische Befunde liegen für die gemeldeten Arbeitslosen vor, statistisch gestützte Aussagen zum Pendlersaldo und zur aktiven Stillen Reserve sind dagegen nur bedingt möglich. Im folgenden wird die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 2000/2001 und 2002/2002 dargestellt. Die weitere Entwicklung der Bilanz ist dann Gegenstand der Arbeitsmarktprognose im Abschnitt 4.

Die Arbeitsmarktbilanz 2001 hat sich gegenüber der Bilanz 2000 nur unwesentlich geändert, die Differenzen der geschätzten Jahreswerte 2000 und 2001 der beiden Bilanzseiten liegen weit unter der Fehlermarge einer treffsicheren Schätzung. Der primäre Saldo der Arbeitsmarktbilanz hat sich bei praktisch unveränderter Beschäftigung und einem geringfügigen Rückgang des Arbeitskräfteangebots (um 1,2 Tsd.) um 1,1 Tsd. verbessert. Die aktive Stille Reserve in Form von Personen in Weiterbildungsmaßnahmen (FbW) blieb ebenfalls fast unverändert (im Jahresdurchschnitt 2000: 8,3 Tsd. gegenüber 8,5 Tsd. im Jahr 2001).

Der Auspendlerüberschuss Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn ging, gemessen an den "Berufspendlern" aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wie schon in den Jahren zuvor zurück (von 81,9 Tsd. im Jahr 2000 auf 79,2 Tsd. im Jahr 2001)²⁵, weil die Einpendlerzahlen um über 4 Tsd. gestiegen sind, die Auspendlerzahlen

²⁴ Zur aktiven Stillen Reserve gehören Personen, die aktuell eine Erwerbstätigkeit suchen, sich aber nicht arbeitslos gemeldet haben. Die "passive" Stille Reserve wäre dagegen nur aus einer Gegenüberstellung der Erwerbstätigen mit dem Erwerbspersonen*potential* ableitbar, da diese Größe die latent, aber nicht aktuell Arbeitsuchenden mit einschließt.

Personen, die vom Arbeitsplatzdefizit betroffen sind und in Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik betreut werden, sind wie folgt berücksichtigt: Beschäftigte in ABM und SAM (Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen) werden als Erwerbstätige registriert. Personen, die an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (FbW) teilnehmen, bilden die aktive Stille Reserve "in Maßnahmen". Personen, die über Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, gehören nicht mehr zu den Erwerbspersonen.

²⁵ "Berufspendler" sind SV Beschäftigte, deren Wohn- und Arbeitsort räumlich auseinanderfallen. Hier geht es um Beschäftigte, die die Landesgrenze überschreiten, also entweder in Schleswig-Holstein wohnen und außerhalb des Landes arbeiten oder umgekehrt. Der Pendlersaldo wurde hier ohne die Auslandspendler berechnet, da in der Pendlerstatistik nur die Einpendler aus dem Ausland, jedoch nicht die Auspendler ins Ausland erfasst sind.

dagegen nur um knapp 1,5 Tsd. Personen.²⁶ Primäre Bilanz und sinkender Auspendlerüberschuss ergeben zusammen eine leichte Bilanzverschlechterung um 1,6 Tsd., sie entspricht nahezu genau der registrierten Erhöhung der Arbeitslosenzahlen zwischen 2000 und 2001 um 1,8 Tsd. Personen.

Die **Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 2001/2002** unterscheidet sich gegenüber dem Vorjahr durch einen deutlichen Beschäftigungsrückgang: Die Zahl der Erwerbstätigen (wiederum ohne Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung) nahm um 9,9 Tsd. ab, und vom Arbeitskräfteangebot kam keine Entlastung, es blieb vielmehr nahezu unverändert. Der Auspendlerüberschuss Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn ging nochmals um 1,3 Tsd. zurück (von 79,2 Tsd. im Jahr 2001 auf 77,9 Tsd. im Jahr 2002). Damit ergibt sich eine Bilanzverschlechterung um mehr als 10 Tsd., der sich in einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen und der Stillen Reserve äußert.²⁷ Das IAB geht in seiner Bilanzschätzung für 2001/2002 in Westdeutschland davon aus, dass die Bilanzverschlechterung zu ca. 65% die Arbeitslosenzahlen und zu etwa 35% die Stille Reserve erhöht hat. Insofern ist auch für Schleswig-Holstein zu vermuten, dass sich die Stille Reserve 2002 gegenüber 2001 nicht unerheblich erhöht hat.²⁸ Mit diesem Bild korrespondiert die Tatsache, dass sich die Arbeitslosenzahlen 2001/2002 in Schleswig-Holstein in deutlich geringerem Maße erhöht haben (+5,3 Tsd.) als die geschätzte Bilanzverschlechterung ausweist.

Vgl.: Bundesanstalt für Arbeit, Landesarbeitsamt Nord (Hrsg.), Arbeitsmarkt-Informationen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort und am Arbeitsort, Auspendler und Einpendler in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein am 30. Juni 2002, Kiel 2003. Die Auswertung der Beschäftigtenstatistik nach Wohn- und Arbeitsort liefert nur Anhaltspunkte für die Veränderung der Berufspendlerzahlen, da sie nicht alle Kategorien der Berufstätigkeit erfasst und zudem nicht zwischen Tagespendlern und solchen mit nur gelegentlicher Mobilität zwischen Wohn- und Arbeitsort unterscheiden kann. Darüber hinaus ist der Erfassungstermin 30. Juni in einem Urlaubsland wie Schleswig-Holstein für Jahresvergleiche problematisch. Es ist dies aber die einzige statistische Quelle für Pendlermobilität.

Eine ausführliche Darstellung der Pendlerverflechtung innerhalb Schleswig-Holsteins bzw. zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wurde am Institut für Regionalforschung im Auftrag der Landesplanung Schleswig-Holstein erarbeitet, sie umfasst den Zeitraum 1993 bis 1999 und beinhaltet auch kleinräumliche Analysen auf Gemeindeebene (z.B. für die Mittel- und Oberzentren des Landes). Die Ergebnisse wurden im Herbst 2001 vorgestellt und danach publiziert. H. Herrmann, M. Hirschfeld, M. Riekers, Berufspendlerverflechtung in Schleswig-Holstein. J. Bröcker (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 35, Kiel, 2001.

²⁷ Die Vollzeit-Weiterbildungsmaßnahmen konnten dabei keinen Beitrag zur Absorption des negativen Bilanzsaldos leisten, da sie 2002 gegenüber 2001 nahezu unverändert blieben.

²⁸ Eine quantitative Einschätzung der Veränderung der Stillen Reserve ist allerdings mit einer hohen Unsicherheit behaftet, da sich die Schätzfehler bei den Erwerbstätigen- und Erwerbspersonenzahlen in einer Saldierung der beiden Arbeitsmarktseiten besonders gravierend auswirken können.

Tabelle 11: Arbeitskräfteangebot: Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein Schätzung für die Jahre 2000 bis 2004

Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein (Inländerkonzept)

Erwerbspersonen sind alle Personen, die erwerbstätig sind oder eine Erwerbstätigkeit anstreben. Personen im Alter ab 15 Jahren

Erwerbspersonen nach Geschlecht

	Erwerbsp	oersonen (i	n Tsd.)	Veränderung	gegenüber	Vorjahr in T	sd.
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
2001	1.365,3	774,4	590,9				
2002	1.367,6	773,8	593,8	2,3	-0,6	2,9	
2003	1.367,7	771,8	595,9	0,1	-2,0	2,1	
2004	1.367,2	769,7	597,5	-0,5	-2,1	1,6	
				relative Verär	derung (In	dexzahlen)	
				insgesamt	Männer	Frauen	
				100,1	99,6	100,8	2002 (2000=100)
				100,0	99,5	100,6	2004 (2002=100)

Erwerbspersonen nach Altersgruppen

	Erwerbsp	ersonen (in	Tsd.)	relative Verär	nderung (In	dexzahlen)	
	15-30 J.	30-45 J.	ab 45 J.	15-30 J.	30-45 J.	ab 45 J.	
2000	286,2	584,9	495,4	97,7	100,3	101,2	2002 (2000=100)
2004	282,4	575,5	509,3	101,0	98,1	101,6	2004 (2002=100)

Erwerbspersonen nach Regionen

	Erwerbsp	ersonen (in	Tsd.)	relative Veränd	lerung (Indexzahlen)	Anteil der Frauen
	2000	2002	2004	2002	2004	2002 (in %)
				(2000=100) (2	002=100)	
SH Nord	211,9	212,2	212,0	100,1	99,9	41,6
SH Mitte	355,7	354,1	351,9	99,6	99,4	43,3
SH Südwest	127,7	127,1	126,9	99,5	99,8	41,9
SH Ost	199,4	200,1	200,0	100,4	100,0	44,3
SH Süd	471,8	474,1	476,4	100,5	100,5	44,4

Quelle:

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003), Raumordnungsprognose Bevölkerung 1999-2020 Die Daten für die Erwerbspersonen wurden uns vom BBR zur Verfügung gestellt.

4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz

4.1 Prognose der Arbeitsplatzentwicklung bis 2004

Die bisherigen jährlichen Statistische Arbeitsmarktberichte enthielten neben einer Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktsituation des jeweils abgelaufenen Jahres auch eine Prognose
der Beschäftigungs- und der Arbeitsmarktentwicklung für die beiden jeweils nächsten Jahre.
Die Beschäftigungsprognose für Schleswig-Holstein verwendet dabei keinen geschlossenen
Ansatz, sie verbindet vielmehr verschiedene Informationsquellen zu einer Einschätzung der
künftigen Entwicklung: Den Rahmen bilden die jeweils jüngsten Konjunkturprognosen für
Westdeutschland (Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit) für ein oder zwei
Jahre im voraus, da wir aus der Vergangenheit wissen, dass die Bundesländer dem deutschen Konjunkturverlauf eng folgen. Darüber hinaus leiten wir aus der mittel- bis langfristigen
Beschäftigungsentwicklung Schleswig-Holsteins in Relation zum westdeutschen Trend Aussagen darüber ab, wie die Entwicklung im Land von der westdeutschen in den nächsten zwei
Jahren abweichen wird.

Für die Beschäftigungsprognose gehen wir davon aus, dass die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein seit etwa 1996/97, wie im Abschnitt 1 diskutiert, ungünstiger verläuft als in Westdeutschland: Zum einen hat die hiesige Wirtschaft von der Ende der 90er Jahre exportgesteuerten Konjunktur weniger profitiert als andere Bundesländer mit einem höheren Industrieanteil und mit stärkerer Exportorientierung des verarbeitenden Gewerbes. Zum anderen trifft die Rezession im Baugewerbe Schleswig-Holstein besonders hart, da dieser Wirtschaftszweig einschließlich der damit verknüpften Zulieferbereiche in vielen Landesteilen überdurchschnittlich präsent ist. Weitere Faktoren, die insbesondere auf die relative Entwicklungsschwäche einiger Dienstleistungsbereiche hinweisen, wurden bereits im Abschnitt 1.2 genannt (vgl. Übersicht auf S.8).

Angesichts der für Deutschland prognostizierten Veränderungen des Konjunkturmusters, auf die im Abschnitt 1 bereits eingegangen wurde, muss für 2002/2003 angenommen werden, dass die überwiegend durch Auslandsimpulse geprägte Entwicklung von einem gleichmäßigeren, gleichwohl wenig befriedigenden Bild abgelöst wird, bei dem bis auf weiterhin rückläufige Bauinvestitionen alle anderen Nachfragekomponenten, Exporte, Ausrüstungsinvestitionen, privater und staatlicher Verbrauch, stagnieren. Der Ausfall der Exportnachfrage als treibende Kraft wird also nicht durch eine wachsende Binnennachfrage ersetzt, so dass per Saldo kein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukte in Westdeutschland möglich sein wird. Es wird im Verlauf des Jahres höchstens gelingen, den weiteren Arbeitsplatzabbau ein wenig abzubremsen. Die Kerndaten des Jahresvergleichs 2002/2003 für Westdeutschland sollen im folgenden noch einmal wiederholt werden, wir folgen hier der September-Prognose des Instituts für Weltwirtschaft, die die zum Redaktionsschluss aktuellste Bundesprognose darstellt::

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (real) 2003 unverändert gegenüber 2002; Beschäftigung in Westdeutschland: 2003 gegenüber 2002 minus 465 Tsd. Erwerbstätige; Arbeitskräfteangebot nahezu unverändert; Zunahme der Arbeitslosenzahlen um knapp 280 Tsd.; Zunahme der Stillen Reserve um 260 Tsd. Personen. Die westdeutsche Arbeitslosenquote

dürfte sich nach Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft im Jahresvergleich von 7,6% (2002) auf 8,4% (2003) erhöhen.

Im folgenden Jahr (2003/2004) "dürften die Unternehmensinvestitionen im Zuge der sich aufhellenden Absatzperspektiven allmählich an Schwung gewinnen, zumal niedrige Zinsen und steigende Aktienkurse die Kapitalkosten der Unternehmen gering halten. Positiv schlägt auch zu Buche, dass die Lohnstückkosten sinken." (aus: September-Prognose des Instituts für Weltwirtschaft²⁹). Zum Jahresbeginn dürften die Nettoeinkommen infolge der Steuerreform steigen, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird im Jahresdurchschnitt real um 2,1% zunehmen. Ein entsprechender Anstieg der privaten Konsumausgaben ist jedoch unwahrscheinlich, da viele Haushalte nicht mit einer langfristigen Besserung ihrer Einkommenssituation und insbesondere ihres Arbeitsmarktrisikos rechnen. Übers Jahr 2004 gesehen, werden auch zunehmend wieder Impulse von der Auslandsnachfrage die Konjunktur beleben. Verglichen mit den Aufschwüngen der Jahre 1993/94 und 1999/2000 wird der Produktionsanstieg allerdings moderat ausfallen, und ein nicht unerheblicher Teil des Produktionswachstums wird sich aus einer deutlich höheren Zahl von Arbeitstagen ergeben.

Veränderungsraten der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland

Alle Größen real, in Preisen von 1995.

Informationsbasis ist der im September 2003 aktuellste Konjunkturbericht der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, der des Instituts für Weltwirtschaft IfW: J. Benner et al., Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2003, Heft 3.

Exporte:

Veränderung 2002/2003: 0,0%, 2003/2004: + 3,9%

Ausrüstungsinvestitionen:

Veränderung 2002/2003: + 0,6%, 2003/2004: + 4,1%

Privater Verbrauch:

Veränderung 2002/2003: + 0,8%, 2003/2004: + 1,5%

Staatlicher Verbrauch:

Veränderung 2002/2003: + 0,6%, 2003/2004: 0,0%

Bauinvestitionen:

Veränderung 2002/2003: - 3,9%, 2003/2004: + 0,9%

Bruttoinlandsprodukt:

Veränderung 2002/2003: 0,0%, 2003/2004: + 1,8%

Die Konjunktur des Jahres 2004 wird also vor allem durch die Export- und die Investitionsnachfrage gestützt, der expansive Effekt des privaten Konsums ist dagegen nur mäßig. Immerhin wird es nach Einschätzung der Prognose nicht einen erneuten Rückgang bei den
Bauinvestitionen geben. Da übers Jahr gesehen mit einer Verstärkung der Auftriebskräfte
gerechnet wird, dürfte es auch erst zur Jahresmitte zum Ende des Arbeitsplatzabbaus und
zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen, der zudem deutlich niedriger ausfällt als
der Beschäftigungsanstieg, da ein Teil der neuen Arbeitsplätze aus der gerade zuvor ausgeweiteten Stillen Reserve besetzt werden wird.

²⁹ J. Benner et al., Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2003, Heft 3, Kiel 2003.

Im Jahres*vergleich* wird daher in Westdeutschland immer noch von einem leichten Beschäftigungsrückgang und steigender Arbeitslosigkeit ausgegangen:

Veränderungen in Westdeutschland 2003/2004 (September-Prognose des IfW):

Erwerbstätige –125 Tsd.; Arbeitskräfteangebot +70 Tsd.; Verschlechterung der primären Arbeitsmarktbilanz um 195 Tsd.; Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 106 Tsd.; Erhöhung der Stillen Reserve um 88 Tsd. Personen.

Diese Veränderungen im Jahresvergleich werden von der aktuellen Konjunkturprognose für Westdeutschland als Eckdaten für die Erwerbstätigenprognose in Schleswig-Holstein übernommen. Die unterschiedliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktdynamik in Teilperioden der beiden Jahre bzw. im *Verlauf* der nächsten Monate bis Ende 2004 konnte im Rahmen der Prognose nicht berücksichtigt werden.

Die westdeutsche Konjunkturprognose wird mit der oben bereits beschriebenen relativen Entwicklungsposition des Landes im Vergleich mit Westdeutschland verknüpft. Zwei Szenarien sind dabei denkbar, die quasi den unteren und den oberen Korridor der Landesentwicklung abstecken: Wir erwarten für 2003 und 2004 entweder, dass sich der Entwicklungsrückstand des Landes beim Erwerbstätigentrend aus den Jahren 1997 bis 2002 in nächster Zukunft fortsetzt ("Trendfortsetzung"). Andererseits könnte unterstellt werden, dass der Erwerbstätigenanteil des Landes an Westdeutschland der Jahre 2003 und 2004 dem Jahr 2002 entspricht ("Status-Quo"). Hierfür würde sprechen, dass die jüngsten geschätzten Monatszahlen der Statistik der SV Beschäftigten bis April 2003 kaum noch einen stärkeren Rückgang der SV Beschäftigten des Landes im Vergleich zu den westdeutschen SV Beschäftigten erkennen lassen. Auch die bereits recht gut einzuschätzende voraussichtliche Erhöhung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen von 2002 auf 2003 (nach unserer Schätzung um gut 15 Tsd.) würden eher für die Status-Quo-Variante mit konstantem Erwerbstätigenanteil des Landes sprechen. Die beiden Trendfortschreibungsvarianten sind in der folgenden Abbildung erkennbar.

Die prognostizierten Werte für die westdeutschen Erwerbstätigen 2003 und 2004 und den Erwerbstätigenanteil des Landes an Westdeutschland ergeben Schätzwerte für die Zahl der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein 2003 und 2004.

Trendfortsetzung:

2002: 1.233,8 Tsd. Erwerbstätige; 2003: 1.210,1 Tsd.; 2004: 1.199,1 Tsd. Rückgang 2002/2003 um 23,7 Tsd. Personen, 2003/2004 um 11,0 Tsd. Personen

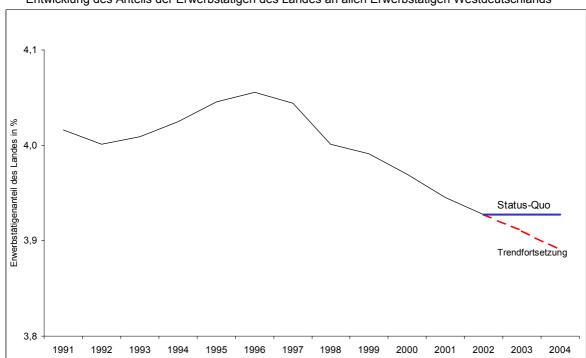
Status-Quo:

2002: 1.233,8 Tsd. Erwerbstätige; 2003: 1.215,6 Tsd.; 2004: 1.210,7 Tsd. (Rückgang 2002/2003 um 18,2 Tsd. Personen, 2003/2004 um 4,9 Tsd. Personen)

⁷ In den vier Jahren 1997-2002 ging der Anteil des Landes an allen Erwerbstätigen Westdeutschlands von 40,4 v.T. auf 39,3 v.T. zurück. Im "Trendfortsetzungs"-Ansatz gehen wir davon aus, dass sich der relative Rückgang des Landes 2002/2003 (Anteil 39,1 v.T.) und 2003/2004 (Anteil 38,9 v.T.) fortschreiben wird. Beim "Status-Quo-Ansatz würde dieser Anteil bis 2004 auf dem Wert von 39,3 v.T. verbleiben.

50

Abbildung 8: Erwerbstätigenentwicklung in Schleswig-Holstein - Prognoseansatz



Entwicklung des Anteils der Erwerbstätigen des Landes an allen Erwerbstätigen Westdeutschlands

4.2 Die Arbeitsmarktbilanz 2003 und 2004

Unsere Erwartung, dass sich bei der Erwerbstätigenentwicklung der Rückstand des Landes gegenüber Westdeutschland in nächster Zukunft reduzieren wird, 30 gründet sich auf der bereits beschriebenen, für 2003 und 2004 erwarteten Veränderung des Konjunkturbildes, insbesondere einer moderaten Stärkung der Binnennachfrage und dem für 2004 erwarteten Ende der Baurezession. Andererseits bleiben wir in der Vorhersage für Schleswig-Holstein vorsichtig, da speziell die Konsumnachfrage nur vorübergehend liefern wird und weil Einsparungen im öffentlichen Sektor, im Sozial- und Gesundheitswesen fortgeschrieben werden. Dies betrifft die gewerbliche Konsumgüterwirtschaft und die verschiedenen Bereiche der konsumorientierten, sozialen und öffentlichen Dienstleistungen, die in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich vertreten sind.

Aus der extern vorgegebenen Erwerbstätigenprognose für Westdeutschland (2002/2003 Rückgang um 1,5%; 2003/2004 Rückgang um 0,4%) und der von uns in zwei Varianten prognostizierten Entwicklung des Landesanteils an den Erwerbstätigen ergibt sich für das Land ein Rückgang der Erwerbstätigen unter den Bedingungen der Trendfortschreibung um 1,9% (2002/2003) und um 0,9% (2003/2004), unter Status-Quo-Bedingungen wäre der Rückgang wie in Westdeutschland 1,5% bzw. 0,4%. Dabei handelt es sich um einen Jahres-

³⁰ Dies betrifft insbesondere die Jahre 1997/98, 1999/2000 und 2000/2001, in denen der Anteil des Landes an den Erwerbstätigen Westdeutschlands jeweils um 0,8 bis 1,0% (bzw. jeweils um etwa 0,3 bis 0,4 v.T.-Punkte) zurückgegangen ist. Wir unterstellen für 2001/2002 einen verminderten Rückgang des Anteils um 0,4% (0,15 v.T.-Punkte) und für 2002/2003 um 0,2% (0,075 v.T.-Punkte).

51

vergleich der erwarteten (jahresdurchschnittlichen) Erwerbstätigenzahlen, der *Verlauf* der Erwerbstätigkeit über die kommenden Quartale kann auf diese Weise nicht erfasst werden.

Für den Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins wird also in unserer Prognose im Jahresvergleich 2002/2003 von einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um knapp 24 Tsd. (Trendfortsetzung) bzw. gut 18 Tsd. (Status-Quo) und einem praktisch unveränderten Arbeitskräfteangebot ausgegangen, die primäre Arbeitsmarktbilanz würde sich demnach entsprechend um eine Größenordnung zwischen 18 und 24 Tsd. verschlechtern. Dies ist für die Monate Januar bis August 2003 bereits an den Arbeitslosenzahlen abzulesen, die im ersten Halbjahr 2003 im Durchschnitt um über 16 Tsd. über den Vergleichszahlen des ersten Halbjahres 2002 lagen. Auch wenn sich die in den Konjunkturprognosen angekündigte Verlangsamung des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in der zweiten Jahreshälfte 2003 zeigen sollte, dürfte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2003 die Marke von 136 oder 137 Tsd. erreichen und damit um 15 bis 16 Tsd. über der Zahl von 2002 liegen.

Im Jahresvergleich 2003/2004 wird die Beschäftigung nach der Erwerbstätigenprognose nochmals etwas zurückgehen, allerdings wird im Jahresverlauf 2004 mit einem positiven Trend gerechnet. Ob die Erwerbstätigenzahl 2004 bei etwa 1.210 Tsd. oder bei 1.200 Tsd. liegen wird, hängt von der gewählten Variante (Trendfortsetzung oder Status-Quo) und natürlich von der Treffsicherheit der Bundesprognose ab. Wiederum dürfte sich auf Seiten des Arbeitskräfteangebots ungeachtet struktureller Verschiebungen keine nennenswerte Veränderung der Gesamtzahl ergeben, so dass es für Schleswig-Holstein zwar nochmals zu einer Verschlechterung der primären Arbeitsmarktbilanz kommt, die sich nach heutiger Regulierung des Arbeitslosenstatus auch in weiter steigenden Arbeitslosenzahlen ausdrückt, allerdings wird der Zuwachs im Jahresvergleich mit +5 Tsd. bis +10 Tsd. relativ moderat ausfallen, und im Jahresverlauf wird in der zweiten Hälfte 2004 sogar von einer einsetzenden Besserung der Arbeitsmarktlage ausgegangen.

Über das Jahr 2004 hinaus wird die Aufgabe für Schleswig-Holstein darin bestehen, die Chancen auf einen moderaten Aufbau der Beschäftigung, die in längerfristigen Prognosen für Westdeutschland durchaus gesehen werden,³¹ zu nutzen und auf den bis 1997 beobachteten im Vergleich mit Westdeutschland relativ günstigen Entwicklungspfad der Beschäftigung zurückzukehren. Die Veränderung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zugunsten einer besseren Umsetzung von Produktions- in Beschäftigungswachstum ist dagegen an erster Stelle eine nationale Aufgabe, die gleichwohl auch aus den Regionen des Bundesgebietes heraus unterstützt werden sollte.

³¹ Vgl.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 10 vom 16. 5. 2002, "Projektion bis 2015: Gute Chancen für moderaten Aufbau der Beschäftigung".

5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Im Rahmen dieses Berichts konzentrieren sich die dargestellten Befunde im wesentlichen auf die Jahresdurchschnittswerte bis 2002.

5.1 Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich (Tabelle 12)

Aufgrund der fortgesetzten konjunkturellen Schwäche der deutschen Wirtschaft wurde der schon im Vorjahr beobachtete Trend steigender Arbeitslosigkeit im Jahr 2002 verstärkt fortgesetzt. Schleswig-Holstein war von dieser Entwicklung grundsätzlich ebenso betroffen wie die anderen Bundesländer. Während die Arbeitslosenquote³² von 2000 auf 2001 noch geringfügig gesunken war, stieg sie zum Jahr 2002 um 0,3 Prozentpunkte auf 8,7% an. Die Zahl der Arbeitslosen stieg gegenüber 2001 um 4,7% auf 122 Tsd. Personen (plus 5,4 Tsd. Personen).

Diese negative Entwicklung lässt sich auch an den Maßzahlen für die Arbeitsmarktdynamik ablesen. Dynamik am Arbeitsmarkt entsteht durch An- und Abmeldungen, also den Zugang zur und den Abgang aus der Arbeitslosigkeit. Die Maßzahl für die **relative Arbeitsmarktdynamik**, also die Summe aus Zu- und Abgängen eines Jahres bezogen auf die Summe aus Anfangs- und Endbestand der Arbeitslosen, lag 2002 in Schleswig-Holstein bei 1,88. Grob gesprochen bedeutet dies, dass hinter jedem gemeldeten Arbeitslosen über ein Jahr gesehen im Durchschnitt knapp zwei dynamische Ereignisse stehen, z.B. zwei An- und zwei Abmeldungen. Im Vergleich zum Vorjahr blieb diese Maßzahl nahezu gleich, weil sowohl der Zähler als auch der Nenner zugenommen haben.

Dagegen deuten die An- und Abmeldungen zur/aus der Arbeitslosigkeit auf eine Zunahme der **absoluten Arbeitsmarktdynamik** gegenüber 2001 hin: Übers Jahr 2002 gab es in Schleswig-Holstein 243 Tsd. Zugänge an Arbeitslosen, 11,5 Tsd. bzw. 5% mehr als über das Jahr 2001, wobei ungefähr jeder zweiten Anmeldung eine Erwerbstätigkeit vorausging. Gleichzeitig verzeichnete das Land über das Jahr 2002 knapp 236 Tsd. Abgänge, 10,1 Tsd. bzw. 4,5% mehr als 2001. Der Anstieg der Zugänge fiel also stärker aus als der Anstieg der Abgänge, was letztlich zur Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt führte. Dies ist ein deutlicher Unterschied zur Entwicklung über das Jahr 2001, als die Zahl der Zugänge gegenüber den Zugängen im Verlauf des Jahres 2000 ebenfalls gestiegen, die Zahl der Abgänge jedoch im Vergleich zu 2000 gesunken ist. Während im Jahr 2001 noch 46% der Abgänge in Erwerbstätigkeit übergingen, waren es 2002 nur 43%, darunter waren 58% Vermittlungen des Arbeitsamtes in Beschäftigungen über sieben Tage.

Vergleicht man West- und Ostdeutschland miteinander, kann man zumindest keine weitere Verschärfung der Kluft zwischen den beiden Teilen Deutschlands feststellen. Zwar ist die Arbeitslosenquote im Osten noch immer mehr als doppelt so hoch als im Westen (18,0% gegenüber 7,9%), jedoch verzeichneten beide Gebiete von 2001 auf 2002 einen Anstieg der

³² Hier: Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

53

Quote um jeweils 0,5 Prozentpunkte. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich in Westdeutschland außerdem wesentlich deutlicher als in Ostdeutschland (West:+7,7%, Ost: +2,0%).

Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer verzeichneten das Saarland mit plus 1,1% und Niedersachen mit plus 3,3% den geringsten Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Auffallend stark ist der Anstieg in Bayern und Baden-Württemberg ausgefallen (plus 16,3 bzw. plus 11,6%). Im Vorjahr (2000/2001) wurden hingegen in allen westdeutschen Flächenländern Rückgänge der Arbeitslosenzahlen um bis zu 6,7% erreicht.

Der hohe Anstieg der Arbeitslosenzahlen 2001/2002 in Bayern und Baden-Württemberg schlug sich auch in den entsprechenden Arbeitslosenquoten nieder: Hier verzeichneten diese beiden Länder mit plus 0,7 bzw. plus 0,5 Prozentpunkten die stärkste Steigerung. Im Vergleich mit den anderen westdeutschen Flächenländern haben sie allerdings noch immer die niedrigsten Quoten (6,0% bzw. 5,4%). Die höchste Arbeitslosenquote der westdeutschen Flächenländer hatte wie schon im Vorjahr Niedersachen (9,2%), auch Nordrhein-Westfalen erreichte diesen Wert. Schleswig-Holstein liegt mit seiner Quote von 8,7% weiterhin etwas über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Gegenüber 2001 blieb die Position Schleswig-Holsteins unter den westdeutschen Flächenländern unverändert. Die drei Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland wiesen höhere, die vier süddeutschen Länder dagegen niedrigere Quoten auf.

Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Arbeitslosenquoten der Frauen und der Männer nahezu gleich sind (2002: 7,5% bzw. 7,8%), lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Schleswig-Holstein 2002 deutlich unter der der Männer (8,3% gegenüber 11,1%). Entsprechend hatte das Land verglichen mit dem Bundesgebiet West einen unterdurchschnittlichen Frauenanteil an allen Arbeitslosen, der Frauenanteil lag zum Teil deutlich unter dem der anderen westdeutschen Flächenländer, er ging 2002 gegenüber dem Vorjahr außerdem weiter zurück (um 0,7 Prozentpunkte auf 40,5%). Dieser Befund resultiert insbesondere aus der spezifischen Erwerbsstruktur im Land: Der hohe Anteil von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich bzw. von Teilzeitarbeitsplätzen begünstigt die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen.

5.2 Regionale Unterschiede der Arbeitslosigkeit (Tabelle 13)

Bei einer regional differenzierten Betrachtung der Arbeitslosigkeit 2001/2002 lassen sich zwar weiterhin Unterschiede feststellen, diese haben sich jedoch etwas ausgeglichen. Gemessen an den Arbeitslosenquoten³³ lag das Niveau der Arbeitslosigkeit 2002 in den Planungsräumen in einer Bandbreite von 8,2% (Schleswig-Holstein Süd) bis 11,9% (Schleswig-Holstein Ost). Dabei hatte der südliche Landesteil den höchsten Zuwachs der Arbeitslosenzahlen (um 8,4%) und der Arbeitslosenquote (plus 0,5 Prozentpunkte) zu beklagen, während die günstigste Entwicklung wie bereits 2000/2001 im Raum Lübeck/Ostholstein zu beobachten war (Zunahme der Arbeitslosenzahlen um 1,5% bzw. der Quote um 0,1 Punkte). Entsprechend hat sich die Bandbreite der regionalen Arbeitslosenquoten gegenüber dem Vorjahr etwas verringert.

-

³³ Im folgenden: Arbeitslosenquoten bezogen auf die *abhängigen* zivilen Erwerbspersonen.

Die regionalen Unterschiede spiegeln sich auch auf **Kreisebene** wider. Genau wie im Vorjahr kann die relativ günstige Entwicklung des Planungsraums Schleswig-Holstein Ost auf eine nahezu unveränderte Arbeitslosigkeit im Kreis Ostholstein zurückgeführt werden, während sie in allen anderen Landkreise 2001/2002 zugenommen hat. Eine ähnlich gute Entwicklung wie in Ostholstein konnte nur die Stadt Flensburg verzeichnen. Am stärksten stieg die Arbeitslosigkeit in Landkreisen mit relativ geringem Ausgangsniveau, also in Stormarn (plus 10,7%) und Segeberg (plus 10,4%). 2001 gingen die Arbeitslosenzahlen gegenüber 2000 noch in fünf Kreisen und kreisfreien Städten zurück, 2002 hingegen gab es keinen einzigen Kreis, in dem die Arbeitslosigkeit gegenüber 2001 nicht gestiegen ist.

Der Zehn-Jahres-Vergleich (1992/2002) auf Kreisebene zeigt, dass die Städte Flensburg und Kiel mit den höchsten Arbeitslosenquoten 1992 den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichneten (plus 21,8% bzw. plus 24,3%), während die Kreise Segeberg (plus 84,2%) und Herzogtum Lauenburg, also zwei Landkreise mit relativ niedriger Arbeitslosigkeit, die ungünstigste Entwicklung aufweisen (plus 83,8%). Auch über diesen längeren Zeitraum haben sich die regionalen Unterschiede also etwas angeglichen, die relative Streuung der Arbeitslosenquoten hat sich verringert..

Auf Kreisebene sind die Arbeitslosenquoten der kreisfreien Städte traditionell am höchsten, dabei wies Lübeck wie schon in den Vorjahren mit 13,8% die höchste Quote auf. Die höchsten Arbeitslosenquoten der Landkreise übertrafen die 10%-Marke (Lauenburg: 10,6%, Steinburg: 10,3%), die niedrigsten Quoten hatten unverändert die Kreise Stormarn (7,0%) und Segeberg (7,9%).

5.3 Arbeitslosigkeit nach Personengruppen

(Tabellen 14, 15 und 16)

In diesem Abschnitt liegt das Augenmerk vor allem auf einer genaueren Betrachtung der verschiedenen Personengruppen der Arbeitslosenstatistik: Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Ausländerinnen/Ausländer.

Die Frauenarbeitslosenquote in Schleswig-Holstein stieg von 8,2% im Jahr 2001 auf 8,3% im Jahr 2002. Sie lag damit weiterhin deutlich unter der Quote der Männer (11,1%), und der Abstand zwischen beiden vergrößerte sich weiter, weil die Quote der Männer um 0,6 Prozentpunkte stieg, die der Frauen aber nur um 0,1 Prozentpunkte. Besonders groß war die Differenz zwischen Männer- und Frauenarbeitslosenquote wieder in den kreisfreien Städten, wo sie sich wie schon in den Vorjahren weiter vergrößert hat (von 4,9 auf 5,4 Prozentpunkte). In den Landkreisen war der Abstand zwar wesentlich kleiner, der Trend einer zunehmenden Differenz zwischen Frauen- und Männerquote setzte sich aber auch hier fort (von 1,5 auf 2,1 Prozentpunkte). Der Frauenanteil an allen Arbeitslosen ist in den kreisfreien Städten (37,2%) weiterhin deutlich niedriger als in den Landkreisen (41,9%), und in beiden Kategorien ging er 2001/2002 weiter zurück. Die Bandbreite der Frauenanteile in den Kreisen des Landes ist nach wie vor erheblich, sie reicht von 34,8% (Flensburg) bis 45,5% (Stormarn).

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen – Personen, die mindestens ein Jahr ununterbrochen arbeitslos gemeldet sind – erhöhte sich in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 gegenüber 2001 um 700 auf 34,4 Tsd., sie lag damit aber noch unter der Zahl für 2000 (36,9 Tsd.). Während 2001 gegenüber 2000 sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Westdeutschland eine Reduzierung der Zahl der Langzeitarbeitslosen erreicht wurde (minus 9% bzw. minus 12%), gelang dies 2001/2002 nur in Westdeutschland (minus 2%), in Schleswig-Holstein hingegen stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 2%.

Trotzdem sank ihr Anteil an allen Arbeitslosen in Schleswig-Holstein von 29,0% auf 28,3%, wobei weiterhin keine geschlechtsspezifischen Unterschiede erkennbar sind. Der Anstieg der Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in Verbindung mit der schlechten konjunkturellen Entwicklung des Landes zu sehen. Wie im Vorjahr lag der Anteil langzeitarbeitsloser Männer und Frauen in Schleswig-Holstein unter dem in Westdeutschland, jedoch nicht mehr so deutlich: Die Differenz 2001 betrug 3,6 Prozentpunkte, 2002 nur noch 1,3 Punkte.

Schleswig-Holstein wies 2002 wie schon in den Vorjahren eine höhere Jugendarbeitslosigkeit auf als das Bundesgebiet West: Der Anteil der junger Arbeitslose (20 bis 25 Jahre) an allen Arbeitslosen lag im Land bei 10,2%, im Bundesgebiet West bei 9,7%. Dieser Anteil stieg im Vergleich zum Vorjahr in Schleswig-Holstein um 0,6 Prozentpunkte und im Bundesgebiet West um 0,9 Prozentpunkte, die Unterschiede zwischen dem Land und dem Bundesgebiet West verringern sich also zunehmend. Genau wie im Jahr 2001 lag die Arbeitslosenquote der Personen unter 25 Jahren 2002 in Schleswig-Holstein mit 10,1% über der Gesamt-Arbeitslosenquote von 9,8%, die sich auf alle Altersklassen bezieht. Gegenüber dem Bundesgebiet West ist die Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein stärker ausgeprägt: Dort waren 2002 nur 8% der Erwerbspersonen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Eine erneute Senkung dieser Quote wie 2000/2001 konnte jedoch auch dort nicht wieder erreicht werden, sie stieg vielmehr um 0,6 Prozentpunkte, dieser Anstieg war stärker als in Schleswig-Holstein (plus 0,3 Punkte). Eine hohe Intensität beruflicher Ausbildung in Kombination mit Problemen an der zweiten Schwelle des Arbeitsmarktes (Einstieg aus der Ausbildung ins Berufsleben) sind hier mögliche Erklärungsfaktoren für die relativ ungünstigen Befunde des Landes.

Im Jahresdurchschnitt 2002 waren in Schleswig-Holstein ca. 11,6 Tsd. **Ausländerinnen und Ausländer** arbeitslos gemeldet. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht und lag weiterhin bei 9,5%. Die Arbeitslosenquote dieser Gruppe stieg weiter von 22,4% auf 23,6% im Jahr 2002 und war damit nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein.

Im Jahr 2002 waren in Schleswig-Holstein 18,2 Tsd. Arbeitslose **55 Jahre und älter**. Diese Zahl konnte im Vergleich zum Vorjahr erneut reduziert werden, und zwar um ca. 2,2 Tsd. Personen. Der Anteil dieser Gruppe an allen Arbeitslosen verringerte sich von 17,6% auf 15,0% im Jahr 2002, er liegt damit weiter unter dem Anteil im Bundesgebiet West (15,9%), allerdings weit weniger deutlich als noch im Vorjahr.

Tabelle 12: Arbeitslosigkeit: Schleswig-Holstein 2000 bis 2002 im Bundesländervergleich

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen

Bundesland	Arbeitslose	Arbeitslo	senquoten	Veränderung der	Arbeitslose	enzahlen	Anteil o	ler Frauer	ı in %
	2002	2001	2002	2002	2000	2001	2000	2001	2002
				Index (2001=100)	Index (19	99=100)			
Schleswig-Holstein	121.581	8,4	8,7	104,7	93,7	95,2	42,1	41,2	40,5
Niedersachsen	361.640	9,1	9,2	103,3	93,4	93,3	44,1	44,8	43,2
Nordrhein-Westfalen	812.330	8,8	9,2	106,0	93,6	92,2	42,3	43,1	41,5
Hessen	213.583	6,6	6,9	106,5	89,8	83,8	43,2	44,7	42,8
Rheinland-Pfalz	143.665	6,8	7,2	106,6	92,6	90,3	44,1	45,9	43,9
Saarland	45.422	9,0	9,1	101,1	95,3	89,6	40,1	41,7	40,7
Baden-Württemberg	294.905	4,9	5,4	111,6	86,7	81,4	47,1	48,5	46,1
Bayern	386.545	5,3	6,0	116,3	88,3	86,5	45,9	47,2	45,1
Mecklenburg-Vorpommern	169.747	18,3	18,6	101,1	100,0	103,0	49,8	49,2	47,6
Brandenburg	237.831	17,4	17,5	101,8	101,5	104,7	50,1	50,0	48,4
Sachsen-Anhalt	260.390	19,7	19,6	98,4	100,2	97,2	51,9	51,5	50,1
Thüringen	201.103	15,3	15,9	103,6	102,2	102,5	53,4	52,8	50,6
Sachsen	405.250	17,5	17,8	101,5	102,1	105,2	51,8	50,9	49,6
Hamburg	77.475	8,3	9,0	109,7	88,8	84,1	37,9	39,5	39,5
Bremen	40.532	12,4	12,6	101,7	93,7	90,8	39,9	40,3	39,6
Berlin	288.319	16,1	16,9	105,9	98,8	101,6	41,8	42,1	41,5
Bundesgebiet West	2.648.837	7,4	7,9	106,9	91,8	89,9	43,4	44,4	42,9
Bundesgebiet Ost	1.411.480	17,5	18,0	102,8	101,2	102,2	50,7	50,2	48,5
Westdeutschland	2.497.677	7,2	7,6	107,7	91,4	89,1			42,9
Ostdeutschland	1.562.639	17,3	17,7	102,0	100,9	102,4			47,9
Deutschland	4.060.317	9,4	9,8	105,4	94,9	94,0	45,9	46,4	44,8

Landesarbeitsamt Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2002"; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 2001 und 2002.

Tabelle 13:
Arbeitslosigkeit in den Kreisen und Regionen Schleswig-Holsteins 1992-2002

Jahresdurchschnittswerte

[&]quot;neue" Arbeitslosenquoten: Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen

Kreis	Arbeitslose	Arbeit	tslosenq	uoten		Veränderung der Ar	beitslosenzahlen
	2002	1992	2001	2002	2002	2002	2002
		al	te Quoten		neue Quoten	Index (1992=100)	Index (2001=100)
kreisfreie Städte	36.732	10,0	12,7	13,1	12,1	133,0	103,3
Flensburg	5.061	10,8	13,2	13,2	12,0	121,8	100,3
Kiel	13.702	10,2	11,9	12,6	11,7	124,3	105,7
Lübeck	13.053	10,0	13,4	13,8	12,6	140,5	102,5
Neumünster	4.916	8,8	12,8	13,1	12,0	156,5	102,2
Landkreise	84.973	6,3	8,5	8,8	7,8	159,9	105,4
Dithmarschen	6.088	8,0	10,6	10,6	9,2	158,1	102,4
Hzgt. Lauenburg	7.065	5,7	8,5	8,7	7,8	183,8	103,2
Nordfriesland	6.369	7,4	9,0	9,4	7,9	143,6	105,2
Ostholstein	8.461	7,5	10,0	9,9	8,6	148,0	100,1
Pinneberg	12.271	5,7	8,3	9,0	7,9	172,6	108,7
Plön	4.788	6,7	8,4	8,7	7,7	148,1	104,7
Rendsburg-Eckernförde	9.795	7,2	8,3	8,3	7,4	137,3	101,3
Schleswig-Flensburg	7.234	7,1	8,8	9,0	7,8	143,9	103,5
Segeberg	9.551	5,0	7,3	7,9	7,1	184,2	110,4
Steinburg	6.244	6,7	9,6	10,3	9,2	174,1	108,7
Stormarn	7.107	4,5	6,5	7,0	6,3	177,5	110,7
Planungsräume							
S-H Nord	18.664	8,0	9,8	10,0	8,7	137,0	103,2
S-H Mitte	33.202	8,4	10,1	10,4	9,4	135,3	103,7
S-H Südwest	12.332	7,3	10,1	10,4	9,2	165,8	105,5
S-H Ost	21.514	8,9	11,8	11,9	10,7	143,4	101,5
S-H Süd	35.993	5,2	7,7	8,2	7,3	178,7	108,4
Schleswig-Holstein*	121.705	7,2	9,4	9,8	8,7	150,7	104,8

^{*}geringe Abweichungen der Summe erhebungstechnisch bedingt

Quellen: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-2002"

[&]quot;alte" Arbeitslosenquoten: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Tabelle 14: Arbeitslosigkeit in den Kreisen Schleswig-Holsteins, Frauen und Männer 2000-2002

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Kreis	arbe	itslose Fra	uen	Anteil de	r Frauen	Arbei	tslosenqu	oten (F =	Frauen, M	= Männe	r)
				an allen Arb	eitslosen in %	F	M	F	M	F	M
	2000	2001	2002	2000	2002	2000	2000	2001	2001	2002	2002
kreisfreie Städte	13.548	13.400	13.667	38,2	37,2	10,5	15,0	10,1	15,0	10,3	15,7
Flensburg	1.731	1.809	1.761	36,0	34,8	10,0	15,4	10,1	16,0	9,7	16,3
Kiel	4.752	4.668	4.880	36,8	35,6	9,5	14,5	9,1	14,5	9,4	15,5
Lübeck	5.029	4.962	5.113	39,0	39,2	11,3	15,8	10,9	15,5	11,3	16,0
Neumünster	2.036	1.961	1.912	41,9	38,9	11,9	14,2	11,1	14,2	10,8	15,1
Landkreise	34.582	34.511	35.566	43,8	41,9	8,0	8,9	7,7	9,2	7,7	9,8
Dithmarschen	2.200	2.215	2.269	39,0	37,3	9,2	11,2	8,8	12,0	8,7	12,1
Hzgt. Lauenburg	2.855	2.927	2.983	43,8	42,2	8,0	8,7	7,8	9,2	7,7	9,5
Nordfriesland	2.415	2.456	2.535	42,2	39,8	7,9	9,6	7,7	10,3	7,7	10,9
Ostholstein	3.732	3.565	3.530	43,3	41,7	9,5	11,2	8,7	11,1	8,5	11,2
Pinneberg	5.279	5.178	5.430	46,3	44,3	8,4	8,7	8,0	8,6	8,3	9,6
Plön	1.997	1.994	2.008	45,6	41,9	8,1	8,4	7,8	8,9	7,7	9,6
Rendsburg-Eckernförde	4.237	4.099	3.989	43,5	40,7	8,1	9,1	7,5	9,1	7,1	9,4
Schleswig-Flensburg	2.675	2.756	2.757	41,4	38,1	7,5	9,3	7,3	10,2	7,1	10,7
Segeberg	3.903	3.961	4.304	45,5	45,1	7,1	7,7	7,0	7,5	7,4	8,3
Steinburg	2.342	2.394	2.526	42,3	40,5	9,0	10,0	8,7	10,3	9,0	11,5
Stormarn	2.946	2.965	3.236	46,7	45,5	6,4	6,5	6,2	6,7	6,7	7,4
Schleswig-Holstein	48.119	47.901	49.216	42,1	40,4	8,6	10,3	8,2	10,5	8,3	11,1

Quelle: LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"

Tabelle 15: Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Schleswig-Holstein 2000-2002

Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, West- und Ostdeutschland** (Jahresdurchschnittswerte)

		Schle	swig-Hols	tein	Westdeut	schland (i	in Tsd.)	Ostdeu	itschland	(in Tsd.)
Arbeitslose		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
- insgesamt	AL	114.334	116.149	121.581	2.380,3	2.319,9	2.497,7	1.508,3	1.531,7	1.562,6
- Frauen	ALF	48.119	47.901	49.216	1.068,5	1.032,8	1.072,3	767,3	755,5	748,6
Frauenanteil in %	ALF / AL	42,1	41,2	40,5	44,9	44,5	42,9	50,9	49,3	47,9
Arbeitslosenquote*:										
	Männer	10,3	10,5	11,1	7,1	7,0	7,8	17,1	18,1	19,2
	Frauen	8,6	8,2	8,3	7,7	7,3	7,5	20,6	20,4	20,3
Langzeitarbeitslos	е									
- insgesamt	LAL	36.933	33.648	34.352	864,8	755,6	739,9	509,8	529,1	573,2
- Frauen	LALF	15.541	14.205	13.882	393,5	349,5	330,9	308,5	308,4	321,3
Frauenanteil in %	LALF / LAL	42,1	42,2	40,4	45,5	46,3	44,7	60,5	58,3	56,1
Anteil der Langzeit	tarbeitslosen ar	allen Arbe	itslosen (i	n %)						
- insgesamt	LAL/AL	32,3	29,0	28,3	36,3	32,6	29,6	33,8	34,5	36,7
- Frauen	LALF/ALF	32,3	29,7	28,2	36,8	33,8	30,9	40,2	40,8	42,9

^{*} Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: LAA Nord, "Der Arbeitsmarkt für Frauen", diverse Monatshefte "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2002"

^{**}In den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit werden seit 2003 die Gebiete wie folgt abgegrenzt: Westdeutschland=Alte Länder ohne Berlin Ostdeutschland=Neue Länder und Berlin

Tabelle 16: Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen 2000-2002

Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost

Absolutzahlen für Bundesgebiet West und Ost in Tsd.

		Schle	swig-Holst	ein	Bunde	sgebiet We	st	Bundesgebiet Ost				
		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002		
Arbeitslose insgesamt	AL	114.334	116.149	121.581	2.529,4	2.478,0	2.648,8	1.359,3	1.373,7	1.411,5		
- Jüngere, 20 bis unter 25	AL 20-25	10.449	11.100	12.451	205,4	216,8	257,6	121,5	126,4	139,7		
Anteil in %	AL 20-25/AL	9,1	9,6	10,2	8,1	8,8	9,7	8,9	9,2	9,9		
- Jüngere unter 20	AL 20	3.407	3.654	3.487	67,2	67,7	66,8	34,1	33,0	33,2		
Anteil in %	AL 20/AL	3,0	3,1	2,9	2,7	2,7	2,5	2,5	2,4	2,4		
- 55 Jahre und älter	AL 55	23.328	20.398	18.209	583,9	493,5	419,9	258,1	220,6	184,3		
Anteil in %	AL 55/AL	20,4	17,6	15,0	23,1	19,9	15,9	19,0	16,1	13,1		
- Schwerbehinderte	ALS	5.711	5.302	4.839	146,4	133,8	122,7	39,4	37,6	34,2		
Anteil in %	ALS/AL	5,0	4,6	4,0	5,8	5,4	4,6	2,9	2,7	2,4		
- Ausländer	ALA	11.114	11.039	11.586	436,8	428,6	459,9	34,2	36,1	45,5		
Anteil in %	ALA/AL	9,7	9,5	9,5	17,3	17,3	17,4	2,5	2,6	3,2		
Arbeitslosenquote**												
- insgesamt		9,5	9,4	9,8	8,7	8,3	8,7	18,8	18,9	19,5		
- Jüngere unter 25		9,9	9,8	10,1	7,7	7,4	8,0	16,6	15,8	16,3		
- Ausländer		21,9	22,4	23,6	16,4	16,5	17,8	*	52,2	61,2		

^{*} Keine Angaben verfügbar

Quelle: LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2002"

^{**} Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

6. Arbeitsmarktpolitik des Landes

(Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Tabellen 17 und 18)

Die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kommunen, den sozialen Verbänden, den freien Trägern, der Arbeitsverwaltung und dem Land. Die bewährte Zusammenarbeit innerhalb der Regionalen Aktion Arbeit für Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Die konjunkturelle Abschwächung hat sich im Jahr 2002 deutlich auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein niedergeschlagen. Der Mitte 2001 einsetzende Beschäftigungsabbau ist im Jahresverlauf 2002 stärker geworden und ließ die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiter ansteigen sowie die Einstellungsbereitschaft der Wirtschaft sinken. Damit erhöhte sich die Zahl arbeitsloser Schleswig-Holsteiner im Jahresdurchschnitt 2002 um 5.400 auf 121.600. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg von 8,4% auf 8,7%.

Die Ziele der Arbeitsmarktpolitik und -förderung des Landes richten sich aus an nationalen und internationalen Vorgaben. Sie sind eingebunden:

- in die Beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union, die jährlich fortgeschrieben und veränderten Bedingungen in den Mitgliedsstaaten angepasst werden,
- in die Förderbedingungen der Europäischen Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF),
- in den Beschäftigungspolitischen Aktionsplan Deutschlands als Referenzrahmen für die Förderung aus dem ESF,
- in den Rahmen des SGB III sowie in die Regelungen der "Hilfe zur Arbeit" nach dem BSHG,
- in die jährlich neu festzulegenden geschäftspolitischen Schwerpunkte der Bundesanstalt für Arbeit und der örtlichen Arbeitsämter.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unter dem Dach der Zukunftsinitiative "ziel: Zukunft im eigenen Land" sollen grundsätzlich folgende generellen Anforderungen erfüllen können:

- Verhinderung oder Reduzierung öffentlicher Unterstützung,
- Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der Region im Rahmen konkreter Dialog- und Maßnahmestrukturen,
- Förderung besonderer übergeordneter landes- und regionalpolitischer Ziele.

Der im Vertrag von Amsterdam und in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU verankerte Grundsatz des Gender Mainstreaming verpflichtet die Mitgliederstaaten der Union, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmark zu fördern. Alle vom Land kofinanzierten arbeitsmarktlichen Maßnahmen haben dementsprechend dazu beizutragen, dass dieses Ziel erreicht wird.

In den aus dem ESF finanziell unterstützten Zielen und Maßnahmefeldern sind die von der EU-Kommission vorgegebenen, nachstehenden fünf Politikfelder zu berücksichtigen:

- A Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitiken zur Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen und zur beruflichen Eingliederung Jugendlicher und von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern
- B Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der ausgegrenzten, bedrohten oder nicht integrierten Personen wie Migrantinnen und Migranten
- C Förderung und Verbesserung der beruflichen Bildung, allgemeinen Bildung und der Beratung einer Politik des lebensbegleitenden Lernens zur Erleichterung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Förderung der beruflichen Mobilität
- D Förderung von qualifizierten, ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften
- E Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt.

Im Rahmen der übergeordneten Ziele sowohl der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein werden unter Berücksichtigung der maßnahmespezifischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der regionalen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes folgende **Unterziele** verfolgt:

- 1) Arbeitslose und arbeitsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt unmittelbar oder nach intensiver Beratung und Unterstützung in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln,
- 2) präventiv gering qualifizierte, unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere durch arbeitsmarktliche Beratung und Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit zu bewahren,
- 3) die Beschäftigungsfähigkeit im Rahmen von Projekten des zweiten Arbeitsmarktes zu verbessern,
- 4) die Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen durch Beratung, Weiterbildung, Beschäftigung oder andere arbeitsmarktliche Instrumente zu erhöhen,
- 5) Langzeitarbeitslose, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger und andere Zielgruppen, z.B. ausländische Arbeitslose, arbeitsmarktorientiert zu fördern,
- 6) Jugendlichen durch verschiedenste zusätzliche Möglichkeiten zu einer Ausbildung und zu Arbeit zu verhelfen und
- 7) Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen auf der Grundlage des Weiterbildungskonzeptes der Landesregierung und der Vereinbarungen im Rahmen der Bündnisse für Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen.

Arbeitsmarktprogramm des Landes

Als eine der drei Säulen der Zukunftsinitiative "ziel: Zukunft im eigenen Land" hat die Landesregierung mit "Arbeit für Schleswig-Holstein 2000" (ASH 2000) ein neues arbeitsmarktpolitisches Programm für die Jahre 2000 bis 2006 zuzüglich zweier Auslaufjahre vorgelegt, das am 1. Januar 2000 begann und mit zum Teil veränderten Schwerpunktsetzungen die Nachfolge von ASH III übernimmt.

Mit ASH 2000 werden bis 2006 rd. 255 Mio. EURO aus Mitteln der EU und des Landes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Land gebunden. Hinzu kommen derzeit der Höhe nach nicht bezifferbare Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, von Kommunen, von privater Seite (z.B. Unternehmen und von Maßnahmeträgern). Nach dem derzeitigen Stand beläuft sich der Anteil Schleswig-Holsteins an den von der EU-Kommission im Rahmen des ESF bereitgestellten Mitteln auf insgesamt 101,9 Mio. EURO, das entspricht im Durchschnitt der neuen Förderperiode rd. 14,56 Mio. EURO pro Jahr. Diese ESF-Mittel verteilen sich auf fast alle Programmpunkte. Das Land wird unter der Voraussetzung, dass der Haushaltsgesetzgeber dies beschließt, jährlich rd. 11,76 Mio. EURO für die Kofinanzierung der ESF-Mittel einsetzen, allein für die vom Arbeitsministerium in ASH 2000 eingebrachten Programmteile jährlich 9,2 Mio. EURO. Das ist wichtig, um Einfluss auf die Zielsetzung, Ausgestaltung und Durchführung von Maßnahmen im Sinne der oben genannten Politikziele ausüben zu können. Für außerhalb der mit den Fördermitteln aus dem ESF und der Kofinanzierung durch das Land liegende Maßnahmefelder und Programmpunkte wird das Land in Abhängigkeit von entsprechenden Haushaltsbeschlüssen des Schleswig-Holsteinischen Landtages jährlich weitere 9,97 Mio. EURO Landesmittel zur Verfügung stellen. Damit sollen vor allem Maßnahmen gefördert werden, die im besonderen arbeitsmarktpolitischen Interesse des Landes liegen.

Die Förderphilosophie bei ASH 2000 geht davon aus, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen möglichst unverzüglich wieder ins Arbeitsleben zu integrieren und Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern. Im Sinne einer effektiven und effizienten Arbeitsmarktpolitik muss darauf geachtet werden, dass mit begrenztem Aufwand eine möglichst hohe Integrationsquote erreicht wird.

Die Landesregierung verwirklicht dies mit einer gegenüber der ausgelaufenen Förderperiode anderen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik hin zu wirtschafts- und arbeitsmarktnahen Anforderungen. Zum ersten Mal werden alle arbeitsmarktrelevanten Fördermaßnahmen der verschiedenen Ressorts des Landes im Programm **ASH 2000** in 35 Maßnahmefeldern zusammengefasst. Damit wird das Prinzip der finanziellen Bündelung und der Verknüpfung von Maßnahmen zur Förderung der zentralen Entwicklungsziele des Landes gestärkt.

Mit dem neuen Programm ist ein Umsteuerungsprozess nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Land ausgelöst worden. Dies ist mit den Akteuren in der Regionalen Aktion und vor Ort in den Regionen diskutiert worden. Diese Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik des Landes soll letztlich zu einem effizienteren und effektiveren Einsatz der Mittel führen.

Im Jahre 2002 sind rd. 9.500 arbeitslose Menschen nach den verschiedenen Richtlinien gefördert worden. Darüber hinaus konnten durch die ergänzende Förderung der überbetriebli-

chen Lehrlingsunterweisung im Handwerk sowie durch die geförderten Beratungen und Hilfestellungen mehr als 34.000 Personen (nachrichtlich ausgewiesen in Tabelle 17 zu ASH 12, 23, 24 und 28) erreicht werden – insgesamt sind im Jahr 2002 rd. 37,6 Mio. EURO für arbeitsmarktliche Maßnahmen bewilligt worden. Die regionale Verteilung der Förderfälle und Fördermittel folgte im Wesentlichen der Arbeitslosigkeit im Lande.

Es ist mehrfach versucht worden darauf hinzuwirken, dass der Frauenanteil an den Maßnahmen erhöht wird. Auf die Zuweisung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Arbeitsämter und die örtlichen Sozialämter kann letztlich jedoch kaum Einfluss genommen werden.

ASH 2000 - Die einzelnen Programmpunkte

I Vermittlung

1 Integration von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt

Zweck der Förderung ist die unmittelbare Vermittlung von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Frauen und Männern, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG erhalten, in den ersten Arbeitsmarkt. Direktvermittlung bedeutet, dass dies ohne eine vorangehende Teilnahme an einer Maßnahme, einem Projekt oder einer Einzelförderung im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes erfolgt. Eine Vermittlung ist dabei dann erfolgreich, wenn

- das betreffende befristete oder unbefristete Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt mindestens sechs Monate Bestand hat und
- das Arbeitsverhältnis sozialversicherungspflichtig ist.

Im Jahr 2002 konnten insgesamt 658 Personen (330 Männer, 328 Frauen) direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug 49,8%.

II Geförderte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt

2 Lohnkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger

Die Zahl der Frauen und Männer, die nach Verlust des Arbeitsplatzes und längerer Arbeitslosigkeit zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes und des ihrer Familie auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, ist in den letzten Jahren weiter angestiegen. Häufig ist Frauen und Männern dieser speziellen Zielgruppe der Weg zurück ins Arbeitsleben wegen geringer, auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbarer oder durch lang andauernde Arbeitslosigkeit verloren gegangene Qualifikation verschlossen. Um den immer stärker werdenden Ausgrenzungstendenzen entgegen zu wirken, soll versucht werden, Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG wieder zu einer Beschäftigung in Betrieben, Unternehmen oder Organisationen des ersten Arbeitsmarktes zu verhelfen. Für den Fall, dass eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nur dadurch ermöglicht werden kann, dass dem Arbeitgeber als Ausgleich für gewisse tatsächliche anfängliche Minderleistungen ein Zu-

schuss zu den betrieblichen Aufwendungen für die Beschäftigung und Entlohnung eines Sozialhilfeempfängers angeboten wird, kann hierzu eine Landeszuwendung gewährt werden.

Im Jahr 2002 konnten insgesamt 140 Personen (77 Männer, 63 Frauen) über Lohnkostenzuschüsse direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug 45,0%.

3 Lohnkostenzuschüsse für junge Arbeitslose

Mit Hilfe der Zuwendungen sollen die Vermittlungschancen junger Menschen verbessert und somit eine dauerhafte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit jungen Menschen, die zuvor mindestens drei Monate arbeitslos waren, soweit sie bis zum vollendeten 25. Lebensjahr im Land Schleswig-Holstein abgeschlossen werden. In Fällen, in denen eine Auszubildende oder ein Auszubildender nach mindestens einem Jahr über- oder außerbetrieblicher Ausbildung in betriebliche Ausbildung einmündet, kann darüber hinaus eine Zuwendung für die verbleibende reguläre Ausbildungsdauer gewährt werden.

Im Jahr 2002 sind insgesamt 17 junge Menschen (10 Männer, 7 Frauen) mit Lohnkostenzuschüssen gefördert worden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug somit 41,2%.

4 Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Qualifizierung für Schwerbehinderte

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer und die Förderung des Ausbildungsplatzangebotes sollen bewirkt werden durch Förderung der Einstellung besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Das Land Schleswig-Holstein fördert nach Maßgabe dieser Richtlinie aus Mitteln der Ausgleichsabgabe die Einstellung von Schwerbehinderten. Die Einstellung soll in Voll- oder Teilzeit auf unbestimmte Dauer erfolgen. Eine zeitlich oder sonstige befristete Einstellung kann insbesondere gefördert werden, wenn die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber ein anschließendes unbefristetes Arbeitsverhältnis mit der Schwerbehinderten oder dem Schwerbehinderten in Aussicht stellt.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 57 schwerbehinderte Personen (34 Männer, 23 Frauen) über diesen Programmpunkt gefördert. Der Frauenanteil betrug 40,4%.

III Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt

5 Kombinierte Trainingsmaßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung

Mit Hilfe der die Leistungen des Arbeitsamtes oder anderer Kostenträger ergänzenden Zuwendungen sollen junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss im Sinne präventiver Arbeitsmarktpolitik Grundqualifikationen erwerben können, die eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Gewährt werden Zuwendungen zu den einzelnen Förderungselementen der Trainingsmaßnahmen mit allgemein und beruflich bildenden Anteilen, die junge Arbeitslose bis zum vollendeten 25. Lebensjahr ohne schulische oder berufliche Abschlüsse

auf Ausbildung oder Beruf vorbereiten. Gefördert werden mit dem Arbeitsamt abgestimmte Maßnahmen, die die Grundlagen schaffen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Beschäftigung und deren Grundförderung sichergestellt ist.

Im Jahr 2002 wurden Maßnahmen mit insgesamt 264 Teilnehmern gefördert. Von diesen 264 Teilnehmern waren 141 männlichen und 123 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil betrug somit 46,6%.

6 Ausbildung statt Sozialhilfe

Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern und jungen Menschen, die von Sozialhilfe bedroht sind, eine Ausbildung zu ermöglichen, um ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft zu erhöhen. Gewährt werden Zuwendungen für zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), auf denen junge Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger bis zum 25. Lebensjahr und junge Menschen, die von Sozialhilfe bedroht sind, eingestellt werden. Vorrangig sollen junge Menschen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr berücksichtigt werden.

Im Jahr 2002 konnten insgesamt 54 junge Menschen (34 Männer, 20 Frauen) auf zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug 37,0%.

7 Ergänzungsförderung zu Arbeit und Qualifizierung Jugendlicher

Ziel des Bundesprogramms "AQJ" ist es, eine größere Anzahl junger Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in bezahlte Praktika mit gleichzeitiger Qualifizierung zu integrieren, um den Übergang in eine betriebliche oder sonstige Ausbildung zu erleichtern. Mit Hilfe der Landeszuwendung sollen über die Bundesförderung hinausgehende zusätzliche Vorhaben zur Erweiterung und Verbesserung der Qualifizierungsangebote und Erleichterung der Teilnahme ermöglicht werden. Die Zuwendung wird für einzelne der beruflichen Qualifikation dienende Vorhaben bewilligt, deren Finanzierung nicht durch Bundesmittel vorgesehen ist.

Im Jahr 2002 wurden Maßnahmen mit insgesamt 334 Teilnehmerplätzen gefördert. Konkrete Teilnehmerangaben werden erst mit den Verwendungsnachweisen vorgelegt.

8 Berufliche Qualifizierung und Ausbildung für jüngere Mütter und Väter mit kleinen Kindern

Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Frauen und Männern mit kleinen Kindern unter Sicherstellung einer adäquaten Betreuung und Versorgung der Kinder die Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung zu ermöglichen und so ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft zu erhöhen. Es werden Zuwendungen für die Bereitstellung bzw. Sicherstellung von qualifizierter Kinderpflege/-betreuung während der beruflichen Qualifikation junger Mütter und Väter gewährt, denen ohne diese Maßnahme die Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung wegen ihrer Erziehungsverpflichtung nicht möglich wäre.

Im Jahr 2002 wurden Maßnahmen mit insgesamt 53 Teilnehmerplätzen gefördert. Konkrete Teilnehmerangaben werden erst mit den Verwendungsnachweisen vorgelegt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in erster Linie Frauen von dieser Förderung profitieren.

9 Jobtransfer

Dieser Programmpunkt ist im Rahmen der Änderungen in ASH 2000 zum 01.01.2002 entfallen.

10 Jobrotation

Als Folge des Strukturwandels der Wirtschaft gewinnt die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens auch für die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig an Bedeutung. Die Bereitschaft zur Umstellung und zur fachlichen Weiterbildung sind immer wichtiger werdende Forderungen, um den Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit und der Belegschaft künftige Beschäftigung zu sichern. Im Rahmen präventiver Arbeitsmarktpolitik sollen Unternehmen, Betriebe und sonstige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitslose unterstützt werden, sich an Weiterbildungs- und Stellvertreterprojekten zu beteiligen. Das als "Jobrotation" bezeichnete Konzept ist eine Verknüpfung aus beruflicher Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden (zeitlich befristeten) Übernahme der Arbeit durch einen entsprechend vorqualifizierten Arbeitslosen.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die arbeitsmarktorientierte Zielsetzung und die Zuwendungsvoraussetzungen erfüllen, können eine Zuwendung zu den Ausgaben der Weiterbildung von bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten. Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, die die Freistellung vor Ort erst ermöglichen, sind z.B. zuvor in von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Maßnahmen geschulte Arbeitslose. Vorrangig sollen formal gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sowie Arbeitskräfte mit abgeschlossener Ausbildung, aber veralteter und/oder derzeit nur eingeschränkt verwendbaren beruflichen Kenntnissen gefördert werden.

Im Jahr 2002 wurden 154 Personen (107 Männer, 47 Frauen) über diese Richtlinie gefördert. Der Frauenanteil betrug 30,5%.

11 Weiterbildungsmaßnahmen

In den vergangenen Jahren hat es sich als sinnvoll erwiesen, Weiterbildungs- und Betreuungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen und Männer durch Zuwendungen des Landes bezuschussen zu können, wenn die Arbeitsverwaltung nicht die Möglichkeit hat, neue Ansätze,
Modellvorhaben oder Bausteine bei Qualifizierungs- oder Weiterbildungslehrgängen in vollem Umfang zu finanzieren. Dies gilt z. B. für Maßnahmen, an denen überwiegend oder ausschließlich Frauen oder Langzeitarbeitslose teilnehmen oder die in veränderten Zeitorganisationen und neuen Arbeitssystemen angeglichenen Weiterbildungsformen durchgeführt werden. Ziel der geförderten Maßnahmen soll insbesondere die Erprobung und Durchführung
neuer Wege zu anerkannten Berufsbildungsabschlüssen sein. Hierzu gehören u.a. Baukastensysteme, Aktualisierung länger zurückliegender Ausbildungsinhalte, zielgruppenspezifi-

sche methodisch-didaktische Konzepte, Aufbaumaßnahmen für Personen mit Kurzausbildungsabschlüssen.

Im Jahr 2002 wurden Maßnahmen für insgesamt 61 Personen (39 Männer, 22 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 36,7%.

12 Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins ist durch kleine und mittlere Betriebe - insbesondere im Handwerk - geprägt. Ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hängt in hohem Maße von der Qualifikation der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ab. Die handwerklichen Betriebe tragen die Hauptlast der Berufsausbildung. Etwa 40% der Ausbildungsplätze im dualen System entfallen in Schleswig-Holstein auf das Handwerk. Viele der kleinen Handwerksbetriebe verfügen nicht über die entsprechenden wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, qualifizierte Ausbildung. Sie sind deshalb oftmals nicht in der Lage, alle Anforderungen der Ausbildungsordnungen an die betriebliche Ausbildung zu erfüllen. Die entsprechenden Ausbildungsinhalte werden deshalb durch ergänzende überbetriebliche Lehrgänge vermittelt. Die Förderung soll – trotz zum Teil sehr unterschiedlicher Strukturen im Handwerk – eine landesweit einheitliche gute Ausbildungsqualität im Handwerk sichern. Die Lehrgänge müssen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks oder in anderen von der jeweiligen Handwerkskammer anerkannten Berufsbildungseinrichtungen stattfinden. Ein Lehrgang soll möglichst in zusammenhängender Form ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

Da im Rahmen der Richtlinie lediglich Kurzlehrgänge mit einer sehr großen Zahl Auszubildender gefördert werden, werden die Teilnehmerzahlen nur nachrichtlich erfasst, ohne dass diese Zahlen in die Gesamtstatistik einfließen.

Im Jahr 2002 konnten insgesamt 22.291 Teilnehmer und Teilnehmerinnen erreicht werden. Davon waren 19.535 männlich und 2.756 weiblich. Der Frauenanteil betrug somit 12,4%.

13 Berufsvorbereitung und Qualifizierung von Migranten

Ziel einer ergänzenden Förderung aus ESF-Mitteln nach diesen Richtlinien ist es, ausländische Langzeitarbeitslose sowie ausländische Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zielgruppenspezifisch im Rahmen von Maßnahmen oder Projekten

- zu beschäftigen und/oder
- zu qualifizieren und/oder
- die Deutsch-Sprachkenntnisse wesentlich zu verbessern und/oder
- sozial zu stabilisieren.

Durch die Förderung aus Mitteln des ESF soll die Zahl und die Qualität der Maßnahmen gesteigert und die Vermittlungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine (Wieder-) Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt erhöht werden. Gefördert werden Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsstatus einen langfristigen oder dauerhaften Verbleib in Schleswig-Holstein gewährleistet sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Während der Beschäftigung hat der Maßnahmeträger die Möglichkeiten einer weiteren beruflichen Qualifizierung der Beschäftigten festzustellen und in Betracht kommende Maßnahmen nachhaltig anzubieten.

Dieser Programmpunkt ist im Rahmen der Änderungen in ASH 2000 zum 1. Januar 2002 im Programmpunkt 21 aufgegangen.

14 Eingliederung von Strafgefangenen durch Qualifizierung

Bereits während des Vollzuges von Jugendstrafe sollen für jugendliche und heranwachsende Strafgefangene Maßnahmen der Berufsvorbereitung und der beruflichen Orientierung durchgeführt werden. Die Maßnahmen dienen dazu, diesen vom Ausschluss aus dem ersten Arbeitsmarkt bedrohten Personen nach Beendigung des Strafvollzuges den Eintritt in das Berufsleben zu erleichtern. Die Maßnahmen sollen in der Regel folgende Phasen beinhalten:

- Orientierungsphase (Bestandsaufnahme des Qualifikations- und Leistungsvermögens)
- Qualifizierungsphase (Erstellung eines "Bildungsfahrplanes")
- Vertiefungs- und Projektphase (Vertiefung in fachübergreifenden Projekten)

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 226 männliche Strafgefangene qualifiziert.

15 Alphabetisierung deutschsprachiger Erwachsener

Das Projekt richtet sich an deutschsprachige Erwachsene mit unzureichender Grundqualifikation im Lesen und Schreiben. Geringe Fertigkeiten im Lesen und Schreiben erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Arbeitslosigkeit und die Zugehörigkeit zu sozialen Randgruppen. Die beruflichen Anforderungen an den Umgang mit Texten haben in den letzten Jahren stetig zugenommen; fehlende Grundqualifikationen sind eine wesentliche Ursache für Arbeitsplatzgefährdungen. Die Vermittlung von Grundkenntnissen im Lesen und Schreiben schafft Voraussetzungen für die Bewältigung beruflicher Anforderungen und die Teilnahme an Qualifizierung/Weiterbildung. Gefördert wird ein weitgehend flächendeckendes Informations-, Beratungs- und Unterrichtsangebot an den Volkshochschulen mit einem verbindlichen Netzwerk.

Gefördert werden fünf regionale Beratungs- und Informationsstellen an den Volkshochschulen Husum, Norderstedt, Oldenburg, Schleswig und beim Verein der Volkshochschulen in Dithmarschen sowie der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein für übergreifende verbindende Aufgaben.

16 Berufsorientierender Sprachunterricht

Dieser Programmpunkt richtet sich an Personen jeden Alters, die nicht Deutsch als Muttersprache haben - insbesondere Jugendliche - und die ihre geringe Sprachkompetenz für die angestrebte Ausbildung bzw. Arbeitsaufnahme durch einen gezielten berufsfachsprachlichen Unterricht verbessern möchten. Die Vertiefung und Festigung der deutschen Sprachkenntnisse dieser Migrantinnen und Migranten und die Erteilung von berufsorientiertem Deutschunterricht bis hin zur Vermittlung der Berufssprache dient als Schlüsselqualifikation zu Ausbildungserfolg und Integration. Um die Möglichkeit der Teilnahme an weiteren qualifizieren-

den beruflichen Ausbildungen zu ermöglichen, werden Kurse in der Fremdsprache Englisch angeboten.

Im Jahr 2002 wurde im Rahmen dieser Richtlinie keine Neubewilligung ausgesprochen.

17 Integration von psychisch kranken und behinderten und suchtkranken Menschen

Angesichts einer sehr hohen Zahl von arbeitslosen Menschen ist die berufliche Eingliederung von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen äußerst schwierig. Die Rehabilitation psychisch kranker und behinderter und suchtkranker Menschen erfolgt mit dem Ziel, die berufliche Eingliederungsfähigkeit herzustellen. Durch Qualifizierung und Stabilisierung unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse der beiden o.g. Zielgruppen sollen Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt eröffnet und die Eingliederung psychisch kranker und behinderter und suchtkranker Menschen verbessert werden. Es werden Zuwendungen für Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt und zur Stabilisierung von psychisch kranken und behinderten und suchtkranken Menschen gewährt, die ohne Beschäftigung sind. Grundlage für Zuwendungen ist die Vorlage eines fachlich fundierten Konzeptes, das in Abhängigkeit von der Zielgruppe den Leitlinien des Psychiatrieplanes 2000 sowie den Leitlinien "Hilfen für psychisch kranke und behinderte Frauen" bzw. den Leitlinien der Drogenpolitik entspricht.

Im Jahr 2002 wurde ein Projekt mit insgesamt 20 Personen (15 Männer, 5 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 25%.

18 Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen

Das Programm "Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen" richtet sich an Frauen in Schleswig-Holstein, die nach einer längeren Phase der Nichterwerbstätigkeit erneut in das Berufsleben eintreten möchten. In mindestens 60stündigen Seminaren und eines daran anschließenden Betriebspraktikums erhalten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit zur persönlichen, fachlichen und beruflichen Orientierung. Sie werden über Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen informiert und auf den Wiedereintritt in das Berufsleben vorbereitet.

Im Jahr 2002 konnten insgesamt 408 Frauen gefördert werden.

IV Vorübergehende Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt

19 Verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Für die Durchführung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur Arbeitsbeschaffung (ABM) ist oftmals ein zusätzlicher Zuschuss aus Mitteln des Landes zur Restfinanzierung von Lohnkosten notwendig. Die finanzielle und die Arbeitsmarktsituation erfordern einen gezielten Einsatz der Landesförderung. Sie konzentriert sich daher auf solche Projekte, die zur Sicherung ihrer Durchführbarkeit einer verstärkten Förderung im Rahmen des § 266 SGB III aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und entsprechender Komplementärmittel des Landes bedürfen. Vorrangig sollen ABM gefördert werden, an denen ein besonderes arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Interesse besteht. Mit den ABM-Landesmitteln soll insbesondere

arbeitslosen Frauen, jüngeren Arbeitslosen ohne beruflichen Abschluss, Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Schwerbehinderten und älteren Arbeitslosen geholfen werden, wieder Anschluss an das Berufsleben zu finden.

Im Jahr 2002 wurden 1.985 Teilnehmer und Teilnehmerinnen gefördert. Davon waren 1.391 männlichen und 594 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil betrug rund 30%.

20 Ergänzungsförderung von Strukturanpassungsmaßnahmen

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. SGB III Arbeitslose, wenn die Träger oder durchführenden Unternehmen Arbeitsverhältnisse mit vom Arbeitsamt zugewiesenen förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begründen und die Durchführung der Maßnahme dazu beiträgt, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder dies zum Ausgleich von Arbeitsplatzverlusten erforderlich ist, die infolge von Personalanpassungsmaßnahmen in einem erheblichen Umfang entstanden sind oder entstehen und sich auf den örtlichen Arbeitsmarkt erheblich nachteilig auswirken. Die Förderung aus Landesmitteln ist als Anschubfinanzierung zum teilweisen Ausgleich einer anfänglich zu erwartenden Minderleistung bei der Beschäftigung förderungsbedürftiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne von § 274 Abs. 1 SGB III im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) bestimmt.

Im Jahr 2002 wurden Maßnahmen mit insgesamt 555 Teilnehmerplätzen gefördert. Von diesen 555 Teilnehmern waren 357 männlichen und 198 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil betrug 35,7%.

21 Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern

Ziel dieser Richtlinie ist die ergänzende Förderung von Trägern, die Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zielgruppenspezifisch im Rahmen von Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt einstellen, um sie

- zu beschäftigen und/oder
- zu qualifizieren und/oder
- sozial zu stabilisieren.

Die Bewilligung einer Zuwendung erfolgt im Rahmen einer personenbezogenen Leistungsvereinbarung nach Festbeträgen je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer. Grundlage der im Rahmen dieser Förderung abzuschließenden Leistungsvereinbarung ist ein individueller Eingliederungsplan, der innerhalb von drei Monaten nach Beschäftigungsbeginn zu erarbeiten, ggf. mit beteiligten Stellen und Einrichtungen (z.B. Schuldner- und Familienberatung, Suchthilfe u.a.m.) abzustimmen und der Bewilligungsstelle vorzulegen ist. Er muss die zu diesem Zeitpunkt beabsichtigten Vorschläge und die geplanten Maßnahmen des Trägers beinhalten, die geeignet sind, die berufliche Perspektive der Teilnehmerin oder des Teilnehmers entscheidend zu verbessern.

Im Jahr 2002 wurden über diese Richtlinie insgesamt 3.956 Personen (2.531 Männer, 1.425 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 36,0%.

V Beratung und Strukturbildung

22 Regionale Weiterbildungsverbünde

Die Initiierung eines flächendeckenden Netzes regionaler Weiterbildungsverbünde (WBV) geht zurück auf das "Konzept zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur" bzw. das Weiterbildungskonzept der Landesregierung Schleswig-Holstein. Die Verbünde müssen für alle an der regionalen Weiterbildung beteiligten Institutionen (Träger und Einrichtungen der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung, Vertreterinnen und Vertreter der Kammern und Kreise) offen sein. Förderfähig ist ein Arbeitsprogramm, das die Bereiche Kooperation/Koordination, Qualitätsentwicklung und Weiterbildungsinformation und -beratung umfasst. Die konzeptionelle Gewichtung kann regional unterschiedlich sein.

Seit 1999 wird ein nahezu flächendeckendes Netz von 10 Verbünden gefördert.

23 Regionale Ausbildungsbetreuung

Das Land Schleswig-Holstein fördert landesweit elf regionale Ausbildungsbetreuerinnen und Ausbildungsbetreuer für die Beratung und Betreuung benachteiligter Jugendlicher. Die Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer unterstützen junge Menschen bei der persönlichen Berufswegplanung und beraten Jugendliche, Eltern und Betriebe in Konfliktsituationen vor und während der Ausbildung. Insbesondere geht es darum, Ausbildungsabbrüche zu verhindern, bzw. Alternativen zusammen mit den Jugendlichen zu entwickeln, um einen generellen Ausstieg aus der beruflichen Erstqualifizierung und den Einstieg in die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Im Jahr 2002 wurden ca. 1.350 Jugendliche im Rahmen der Maßnahme beraten.

24 Beratungsstellen Frau & Beruf

Noch immer sind fast ausschließlich Frauen mit dem Problem konfrontiert, Beruf und Aufgaben in der Familie miteinander zu vereinbaren. Unterbrechen sie wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit, finden sie anschließend nur schwer wieder Zugang zum Arbeitsmarkt. Es gelingt ihnen vielfach nicht, sich in dieser Lebensphase noch eine tragfähige berufliche Existenz und eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Dies gilt regelmäßig auch dann, wenn sie die Berufstätigkeit nicht unterbrechen, sondern lediglich reduzieren. Denn Teilzeitarbeit wird oft nur im Bereich der weniger qualifizierten Tätigkeiten angeboten und mündet nicht selten in geringfügige Beschäftigung. Mit den spezifischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit ist es schließlich auch zu erklären, dass Frauen weniger häufig von den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren.

Nach dieser Richtlinie werden Zuwendungen für Beratungseinrichtungen gewährt, deren Angebot auf diese spezifischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit und die damit einhergehenden typischen Arbeitsmarktrisiken zugeschnitten ist. Dadurch soll der (Wieder-) Einstieg von Frauen in das Erwerbsleben unterstützt, ihr berufliches Fortkommen - auch im

Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung - gefördert und ihnen dabei geholfen werden, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug zu beenden bzw. zu vermeiden. Die Beratungsstellen werden gefördert, um innerhalb der Zielsetzung dieser Richtlinie die folgenden Kernaufgaben wahrzunehmen:

- Beratung zur beruflichen Orientierung von langzeitarbeitslosen Frauen, zum Wiedereinstieg von Berufsrückkehrerinnen sowie von Erziehungsurlauberinnen;
- Gezielte Beratung von Betrieben bei der Gestaltung frauen- und familienfreundlicher Arbeitsbedingungen sowie von Bildungs- und Beschäftigungsträgern bei der Entwicklung von Qualifizierungsangeboten, die auch die spezifischen Erwerbsbedingungen von Frauen berücksichtigen.
- Kooperation der Beratungsstellen im Rahmen ihrer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) und Kooperation mit den anderen regionalen Beratungseinrichtungen sowie sonstigen Arbeitsmarktakteuren mit dem Ziel, die Arbeitsmarktpolitik im Interesse von Frauen dort stärker aufeinander abzustimmen.

Im Jahr 2002 wurden in den 12 Beratungsstellen "Frau & Beruf" insgesamt 9.784 Frauen beraten.

25 Beratung von Unternehmen bei Einstellung von Arbeitslosen

Dieser Programmpunkt ist im Rahmen der Programmanpassung zum 01.01.2002 entfallen.

26 Beratung von Arbeitslosen

In vielen Städten und Gemeinden des Landes haben sich Arbeitslose zu Selbsthilfegruppen und Initiativen zusammengeschlossen, um ihre Probleme gemeinsam besser bewältigen zu können. Darüber hinaus sind eine Reihe von Beratungsstellen eingerichtet worden. Die hier geleistete Arbeit bietet eine wertvolle ergänzende Hilfe zu den vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitsämter und Sozialämter, die Situation der arbeitslosen Frauen und Männer durch ein niedrigschwelliges Beratungs- und Betreuungsangebot sozial verträglich zu gestalten. Darüber hinaus erfolgt eine konkrete Unterstützung z.B. durch Formulierungshilfen, Erläuterung von amtlichen Schreiben und Rechtsvorschriften, Begleitung zu Ämtern. Diese Bemühungen will das Land weiterhin unterstützen.

Im Jahr 2002 wurden landesweit insgesamt 17 Beratungseinrichtungen gefördert.

27 Integration nichtdeutscher Jugendlicher

Ziel ist es, durch Qualifizierung sprachliche und leistungsmäßige Defizite von Jugendlichen bis 25 Jahren, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, auszugleichen, wenn bisher eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt bzw. eine dem Fähigkeitspotential entsprechende Berufsausbildung nicht möglich war. Mit diesem Programmpunkt sollen ihre beruflichen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöht werden. Daher unterstützt dieses Projekt Schüler und Schülerinnen von Fach-, Berufsfach- und Fachoberschulen sowie Schüler und Schülerinnen in der Berufsvorbereitung, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Identität auszubil-

den, damit sie eine gegenüber den oft entgegengesetzten Anforderungen beider Kulturen selbstbewusste Position behaupten können.

Dieser Programmpunkt ist im Rahmen der Änderungen in ASH 2000 zum 1. Januar 2002 im Programmpunkt 16 aufgegangen. Auf der Grundlage der im Jahr 2001 ausgesprochenen Bewilligungen sind aber noch 54 Personen im Berichtsjahr gefördert worden.

28 Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung

Zielgruppe des Projekts sind benachteiligte und behinderte Jugendliche, insbesondere diejenigen, die voraussichtlich keinen Hauptschulabschluss erwerben werden. Es hat zum Ziel, dass sich Fördernetzwerke bilden zwischen den beteiligten Institutionen, insbesondere den Sonderschulen/Förderzentren, Hauptschulen und Beruflichen Schulen in Kooperation mit den jeweiligen Arbeitsämtern, Kammern, Arbeitgebern, Vereinen, Verbänden, Maßnahmeträgern und Kostenträgern wie dem Jugendamt und dem Sozialamt. Mit Hilfe dieser Fördernetzwerke sollen regionale Projekte entstehen, die während der Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Bildung wirksam werden und die die Jugendlichen im Sinne von Prävention darin stärken sollen, eine fundierte Berufswahl zu treffen, nach Möglichkeit doch einen Schulabschluss zu erwerben und letztendlich Maßnahme- und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Das Projekt soll darüber hinaus gute Erfahrungen aus europäischen Ländern einbeziehen und Erfahrungen aus den zahlreichen Einzelprojekten Interessenten aus anderen europäischen Ländern zugänglich machen.

Insgesamt konnten mit den Maßnahmen ca. 600 Schüler und Schülerinnen erreicht werden. Der Frauenanteil liegt bei ungefähr 45%. Genaue Angaben liegen erst nach Eingang der Verwendungsnachweise vor.

VI Andere Bereiche

29 Dauerhafte Lohnkostenzuschüsse für ältere Schwerbehinderte bis zum Rentenalter

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer soll bewirkt werden durch Förderung der Einstellung über 55 Jahre alter besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Gefördert wird die Einstellung und Beschäftigung von älteren arbeitslosen Schwerbehinderten, die vor Beginn des Arbeitsverhältnisses langzeitarbeitslos oder innerhalb der letzten 12 Monate mindestens sechs Monate beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren. Begünstigt sind Schwerbehinderte über 55 Jahre, die auf einen Arbeitsplatz im Sinne des § 7 Abs. 1 oder § 9 Abs. 2 Satz 2 SchwbG eingestellt werden. Nicht anerkannte Schwerbehinderte, die aufgrund einer psychischen Behinderung vom Psychosozialen Dienst, der mit der Hauptfürsorgestelle eine Vereinbarung abgeschlossen hat, betreut werden, können unter den gleichen Voraussetzungen in die Förderung einbezogen werden wie anerkannte Schwerbehinderte. Es wird eine Festbetragsfinanzierung in Höhe eines jährlich mit dem Arbeitsamt abzustimmenden Betrages gewährt.

Dieser Programmpunkt ist im Rahmen der Änderungen in ASH 2000 zum 1. Januar 2002 im Programmpunkt 04 aufgegangen.

30 "Freie Förderung" (Modellprojekte, Erprobung neuer Elemente)

Das Instrument "Freie Förderung" kommt einem oft von politischer Seite und auch von der Praxis geäußerten Wunsch nach flexiblen, auf konkrete regionale Arbeitsmarktsituationen zugeschnittenen Elementen der aktiven Arbeitsmarktförderung nach. Analog zu den Bedingungen in § 10 SGB III sollen die Möglichkeiten der durch die vorstehenden Richtlinien geregelten Kofinanzierungsleistungen aus Landesmitteln durch freie, weitgehend regelungsungebundene Mittelvergabe ergänzt werden. Zielsetzung der Freien Förderung ist die Einmündung von Arbeitslosen oder Arbeitsuchenden in den ersten Arbeitsmarkt oder die deutliche Verbesserung der Eingliederungschancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die über die Möglichkeiten der anderen Programmpunkte hinausgehen.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt drei Projekte mit 245 Personen (145 Männer, 100 Frauen) im Rahmen dieser Richtlinie bewilligt. Der Frauenanteil betrug 40,8%.

31 Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung und Qualifizierung

Ziel der Förderung ist es, im Ziel-2-Gebiet Schleswig-Holsteins ein differenziertes Weiterbildungsangebot auf wissenschaftlichem Niveau zu entwickeln. Förderfähig sind die Qualifizierung arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Akademikerinnen und Akademiker, die Entwicklung eines wissenschaftlichen Weiterbildungsangebotes für diese Zielgruppe und die Bildung von Netzwerken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft oder Hochschulen und regionalen Weiterbildungsträgern.

Im Jahr 2002 gab es noch keine Teilnehmer in den Maßnahmen. Gemäß Antrag ist die Teilnahme von 1.736 Personen geplant.

32 Wissens- und Kompetenztransfer für den regionalen Strukturwandel

Ziel dieses Programmpunktes ist die Entwicklung eines Netzwerkes regionaler Kompetenzzentren zur Weiterentwicklung und Vernetzung der bestehenden Strukturen des Wissenstransfers der Hochschulen im schleswig-holsteinischen Ziel-2-Gebiet. Förderfähig sind Netzwerke in zukunftsträchtigen Bereichen wie beispielsweise Informations- und Kommunikationstechniken, der Biotechnologie, der Material- und Oberflächentechnologie, der Medizintechnik, der Meerestechnologie usw.

Beim Programmpunkt ASH 2000/32 handelt es sich nicht um eine Teilnehmer-, sondern um eine Netzwerkförderung. Aus diesem Grunde ist eine Angabe von Teilnehmerzahlen nicht möglich.

33 Unterstützung von Dienstleistungsstrukturen in Technologie-, Innovations- und Gründerzentren

Im Jahre 2002 sind keine Bewilligungen ausgesprochen worden.

34 Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus

Ziel der mit ESF-Ziel 2-Mitteln geförderten Maßnahmen ist es, die Startchancen der Arbeitslosen und konkret von Arbeitslosigkeit Bedrohte bei der Gründung selbstständiger Existenzen in Ziel 2-Fördergebieten durch eine Verlängerung des Zeitraums für die Zahlung von Überbrückungsgeld nach § 57 SGB III zu verbessern.

Im Jahr 2002 konnten Bewilligungen für insgesamt 292 Existenzgründerinnen und Existenzgründer (204 Männer, 88 Frauen) ausgesprochen werden. Der Frauenanteil betrug 30,1%.

35 Förderung von Weiterbildung mit regional- und zielgruppenspezifischer Ausprägung

Im Jahre 2002 sind keine Bewilligungen ausgesprochen worden.

Ausblick

Die Arbeitsmarktreformgesetze Hartz III und IV, die Agenda 2010, aber auch die Brüsseler Beschäftigungspolitik stellen die Landesarbeitsmarktpolitik vor neue Herausforderungen. Konsequenzen sind insbesondere für das Kerninstrument der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik **ASH 2000** zu ziehen,

Wichtigste Stellschraube ist dabei die von der Bundesregierung zum 1. Juli 2004 geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die dafür in Hartz IV vorgesehenen Rahmenbedingungen werden zurzeit bundesweit kontrovers diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion bleibt abzuwarten. Erst nachdem Klarheit auf Bundesebene besteht, kann entschieden werden, ob und wie zukünftig die Zielgruppe der Arbeitslosengeld II-Bezieher unterstützt werden sollte.

Die Landesarbeitsmarktpolitik begleitet diesen Prozess in zwei Stufen:

- Mit dem am 15. September 2003 vorgelegten Eckpunktepapier sind die neuen strategischen Ziele und Schwerpunkte der Landesarbeitsmarktpolitik nach Hartz vorgestellt worden.
- Darauf aufbauend wird entsprechend dem Voranschreiten der Reformen auf Bundesebene – ASH 2000 umfassend neu justiert werden.

Auch die neu ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik des Landes setzt auf die bewährte Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren. Die bestehenden ASH-Gremien werden daher weiterhin für die Diskussion der Eckpunkte und der Neuausrichtung der Programmgestaltung insgesamt genutzt werden.

Tabelle 17:
ASH 2000 - Programmpunkte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
Mittelbindungen für in 2002 ausgesprochene Bewilligungen

Stand	:	3′	1.12.200	2		Geb	unden (in EU	IRO)	
ASH	TN	m	w	1)	Gesamt	2002	2003	2004	2005
1	658	330	328	0	840.637,44	765.221,87	75.415,57	0,00	0,00
2	140	77	63	0	693.930,42	356.948,39	336.982,03	0,00	0,00
3	17	10	7	0	92.562,20	13.500,97	46.945,49	27.207,26	4.908,48
4	57	34	23	0	998.500,77	481.295,97	482.242,97	23.718,16	11.243,67
5	264	141	123	0	1.049.349,18	179.206,88	55.657,17	0,00	
6	54	34	20	0	259.026,82	29.203,81	106.666,68	103.113,33	20.043,00
7	334			334	148.124,10	47.304,01	0,00	0,00	
8	53			53	682.566,61	69.023,73	335.532,58	176.393,02	101.617,28
10	154	107	47	0	131.612,58	119.984,47	0,00	0,00	
11	61	39	22	0	142.217,00	49.225,00	24.027,00	0,00	
12 ²	22.291	19.535	2.756	0	3.068.229,70	1.919.236,74	0,00	0,00	
14	226	226			745.025,12	745.025,12	0,00	0,00	0,00
15	0	0	0	0	193.764,39	183.093,36	10.671,03	0,00	0,00
16	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	20	15	5	0	57.775,98	52.151,75	5.624,23	0,00	0,00
18	408	0	408	0	135.311,82	141.404,19	-6.092,37	0,00	0,00
19	1.985	1.391	594	0	2.977.991,99	1.287.831,50	1.680.779,86	9.380,63	0,00
20	555	357	198	0	1.754.524,43	590.811,00	1.141.951,50	21.761,93	0,00
21	3.956	2.531	1.425	0	11.567.099,00	4.256.528,88	7.080.049,94	230.520,18	0,00
22	0	0	0	0	763.366,00	763.366,00	0,00	0,00	0,00
23 ²⁾	1.350	0	0	1.350	723.393,38	723.393,38	0,00	0,00	0,00
24 ²⁾	9.784	0	9.784	0	1.312.759,29	1.312.759,29	0,00	0,00	0,00
26	0	0	0	0	140.622,25	126.891,22	13.731,03	0,00	0,00
27	54			54	Teilnehmer auf	grund Bewilligur	gen Vorjahr		
28 ²⁾	600	0	0	600	266.831,65	3.490,31	161.556,23	46.171,80	55.613,31
30	245	145	100	0	1.044.882,07	549.322,74	411.993,93	54.876,40	28.689,00
31 ³⁾	0	0	0	0	5.770.459,67	477.745,97	2.275.590,05	1.620.350,93	1.396.772,72
32	0	0	0	0	76.937,00	0,00	38.059,00	25.762,00	13.116,00
34	292	204	88	0	1.965.126,90	0,00	1.957.926,90	7.200,00	0,00
	9.533	5.641	3.451	441	37.602.627,76	15.243.966,55	18.300.517,94	2.426.139,81	1.632.003,46

¹⁾ Geschlechtsspezifische Daten liegen noch nicht vor.

Nur nachrichtlich ausgewiesene ergänzende Förderungen der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk sowie Beratungen und Hilfestellungen

³ Es ist mittelfristig die Teilnahme von 1.736 Personen (885 m, 851 w) geplant. Zunächst befinden sich die Maßnahmen aber in der Entwicklungsphase, so dass noch keine Teilnahme begonnen hat.

Tabelle 18
ASH 2000 - Programmpunkte, Regionen und Mittelbindungen aus 2002 für die Jahre 2002 bis 2005

Bindungen (in EURO) in den Regionen

ASH	en (in EURO FL	KI	HL	NMS	HEI	RZ	NF	ОН	PI	PLÖ	RD	SL	SE	ΙZ	OL	Summe
1	55.804	42.182	135.492	40.903	25.565	61.355	7.669	255.646	81.807	23.008	0	0	57.520	53.686	0	840.637
2	38.500	90.551	233.301	152.601	7.669	0	14.904	31.303	49.510	0	0	61.686	0	13.904	0	693.930
3	13.362	7.380	0	0	3.068	0	20.878	7.363	0	7.380	0	19.634	4.908	0	8.590	92.562
4	0	138.040	160.530	23.250	0	23.592	15.159	57.591	234.231	73.328	65.275	24.954	42.001	118.839	21.711	998.501
5	174.929	416.907	222.629	0	48.000	46.800	0	0	0	40.000	40.000	60.084	0	0	0	1.049.349
6	31.045	11.049	13.547	25.974	7.363	9.519	10.431	39.652	15.543	6.795	27.201	34.564	17.163	8.045	1.136	259.027
7	0	40.903	1.961	0	18.407	1.264	0	6.391	0	5.113	30.678	0	12.782	30.626	0	148.124
8	0	153.387	184.065	0	0	0	0	345.114	0	0	0	0	0	0	0	682.566
10	0	0	0	0	819	0	0	130.794	0	0	0	0	0	0	0	131.613
11	0	0	0	31.174	0	0	0	0	0	0	0	103.111	0	0	7.932	142.217
12	902.060	0	2.166.170	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3.068.230
14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	745.025	0	0	0	745.025
15	0	193.764	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	193.764
16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	57.776	0	57.776
18	0	26.704	4.193	3.608	5.214	20.492	8.347	4.090	0	0	15.919	9.713	16.373	5.042	15.617	135.312
19	215.845	206.828	250.626	234.130	123.413	89.553	171.123	287.884	197.067	381.200	377.443	130.125	120.544	137.560	54.651	2.977.992
20	180.749	257.187	0	248.541	111.999	27.183	115.552	0	0	30.438	215.301	528.005	10.952	2.627	25.990	1.754.524
21	1.220.400	1.059.326	1.089.308	1.027.172	1.038.140	553.425	199.542	490.628	978.306	663.725	1.226.554	437.722	297.391	777.755	507.705	11.567.099
22	74.987	99.252	80.037	74.092	145.316	0	67.716	0	74.140	0	73.689	0	74.137	0	0	763.366
23	0	103.094	68.977	48.445	69.301	0	55.275	69.534	0	0	69.536	68.483	0	102.487	68.261	723.393
24	0	59.707	451.593	71.798	127.237	0	0	0	83.543	0	322.766	0	0	133.269	62.846	1.312.759
26	4.883	20.800	9.203	9.203	14.135	7.566	18.403	9.203	9.203	0	15.371	14.191	8.460	0	0	140.622
28	51.130	17.168	159	0	0	0	0	67.365	50.691	14.131	43.297	1.512	21.378	0	0	266.832
30	192.700	187.602	0	0	0	0	0	0	0	0	226.330	438.249	0	0	0	1.044.881
31	54.716	219.769	5.495.975	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5.770.460
32	0	0	76.937	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	76.937
34	188.513	7.200	179.126	0	316.189	0	389.537	81.130	0	13.488	8.413	774.330	0	0	7.200	1.965.127
Summe	3.399.624	3.358.799	10.823.829	1.990.893	2.061.834	840.750	1.094.537	1.883.688	1.774.042	1.258.607	2.757.773	3.451.387	683.609	1.441.615	781.640	37.602.627

Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002

Teil B

IAB-Betriebspanel Report
Arbeitgeberbefragung 2002

Auswertung: Institut für Regionalforschung, Universität Kiel

Datenerhebung: Infratest Sozialforschung GmbH, München

Das IAB-Betriebspanel (Basisstichprobe) wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Die erweiterte Stichprobe für Schleswig-Holstein (Aufstockung) wird mit Mitteln des Landes Schleswig-Holstein gefördert.

Seite Teil B IAB-Betriebspanel Report – Arbeitgeberbefragung 2002 1. Einführung: Anmerkungen zum IAB-Betriebspanel 1 1.1 Organisation, Ablauf und Berichterstattung der Befragung 1 1.2 Untersuchungsbereiche der Befragung 2002 4 2. Datengrundlage der Befragung, Struktur der Betriebe und der Beschäftigten 2.1 Grundgesamtheit, Brutto- und Nettostichprobe, Rücklauf und Erfassungsgrad 2.2 Gewichtung und Hochrechnung: Anpassung der Stichprobenverteilung an die 17 Verteilung der Grundgesamtheit 2.3 Erfassung der Beschäftigtenkategorien durch das IAB-Betriebspanel 19 2.4 Struktur der Betriebe und der Beschäftigten sowie Beschäftigungsentwicklung 24 2001/2002 3. Basisdaten zu Betriebslandschaft und Beschäftigung 3.1 Betriebsbiographie: Rechtsform, Eigentum, Betriebsart, Betriebsalter 37 3.2 Beschäftigten- und Tätigkeitsgruppen, Beschäftigungsformen 47 3.3 Arbeitseinkommen, Tariflohnbindung 55 4. Personalstruktur und Personalpolitik 59 4.1 Formen der Flexibilisierung der Beschäftigung 60 4.1.1 Flexibilisierung durch unterschiedliche Beschäftigungsformen 60 4.1.2 Flexibilisierung durch Formen der Arbeitszeitgestaltung 65 4.2 Personalpolitik: Personaleinstellungen, Personalsuche, Personalabgänge 71 71 4.2.1 Personaleinstellungen 4.2.2 Personalsuche 73 4.2.3 Personalabgänge 75 4.3 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 80 4.3.1 Altersstruktur in den Betrieben in Schleswig-Holstein 80 4.3.2 Von den Betrieben geforderte Eigenschaften – jüngere und ältere Personen 82 4.3.3 Personalpolitische Konsequenzen 84 4.4 Betriebliche Erstausbildung 88 4.4.1 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung 88 4.4.2 Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein 92 4.4.3 Erfolg der betrieblichen Ausbildung 94

	4.5	Arbeitsamt und Betrieb	97
		4.5.1 Kontakte und Informationswege	97
		4.5.2 Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes	103
		4.5.3 Erfolg des Arbeitsamtes	105
	4.6	Chancengleichheit von Frauen und Männern	111
		4.6.1 Bedeutung der Frauen in verschiedenen Beschäftigtenkategorien	111
		4.6.2 Vereinbarungen und Initiativen zur Chancengleichheit in den Betrieben	113
5.	Wir	tschaftliche Situation der Betriebe in Schleswig-Holstein	116
	5.1	Ertragslage	117
		5.1.1 Betriebliche Einschätzung der Ertragslage im Jahr 2001	117
		5.1.2 Geschäftsentwicklung und Personalsituation	119
		5.1.3 Geschäftsentwicklung und Tarifpolitik	122
	5.2	Absatzausrichtung und Absatzmärkte	124
		5.2.1 Strukturelle Besonderheiten der Wirtschaft Schleswig-Holsteins	125
		5.2.2 Regionale Verteilung des Umsatzes	127
		5.2.3 Kapazitätsauslastung und Personalentwicklung	128
	5.3	Investitionsverhalten	130
		5.3.1 Investitionsbereiche	132
		5.3.2 Geplante Investitionen	136
		5.3.3 Technischer Stand der Anlagen	138
	5.4	Öffentliche Förderung	141
		5.4.1 Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel	141
		5.4.2 Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten	144
		5.4.3 Zuschüsse zur betrieblichen Ausbildung	150

1. Einführung: Anmerkungen zum IAB-Betriebspanel

1.1 Organisation, Ablauf und Berichterstattung der Befragung

Die Erhebung und Auswertung der "Arbeitgeberbefragung 2002" stellt die Welle 10 des IAB-Betriebspanels dar. Im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) wurde die Datenerhebung (einschließlich Datenprüfung, Gewichtung und tabellarischer Grundauswertung) bundesweit von Infratest Sozialforschung, München, durchgeführt. Die Basisstichprobe für die Gesamtheit aller Bundesländer wird beim IAB ausgewertet, Erhebung und Untersuchung sind aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Darüber hinaus wurden von verschiedenen Ministerien, Instituten und Landesarbeitsämtern regionale und sektorale Aufstockungen der Basisstichprobe in Auftrag gegeben, bei denen wiederum die Erhebung bei Infratest und die Auswertung und Dokumentation bei verschiedenen Forschungsinstituten liegt. Im vorliegenden Fall wurde die Aufstockung der Stichprobe für Schleswig-Holstein ursprünglich durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein und in der Nachfolge durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Auftrag gegeben und finanziert, die Auswertung und Dokumentation erfolgt – zunächst für die Panel-Jahre 2002, 2003 und 2004 – durch das Institut für Regionalforschung im Rahmen seiner Arbeitsmarktberichte für den Auftraggeber.

Das Konzept des IAB-Betriebspanels wurde in mehrjähriger Arbeit von einer Projektgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IAB und von Infratest Sozialforschung (im folgenden kurz mit "Infratest" bezeichnet) aufgebaut. Die ersten Arbeitgeberbefragungen zum Thema "Beschäftigungstrends" fanden ab 1993 für das alte Bundesgebiet statt, 1996 traten dann die neuen Bundesländer hinzu. Dort wurde auch im selben Jahr bereits die Möglichkeit einer Länderaufstockung der Stichprobe eröffnet, die länderspezifische Auswertungen ermöglicht. In den alten Ländern werden seit dem Jahr 2000 Aufstockungen auf Bundesländerebene vorgenommen, beginnend mit den Ländern Baden-Württemberg, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und seit 2001 in Bayern, Hessen und im Saarland. Anlässlich der Befragung 2002 hat sich nunmehr auch Schleswig-Holstein daran beteiligt, so dass – mit Ausnahme von Hamburg – mittlerweile alle Bundesländer an der länderspezifischen Auswertung beteiligt sind. Insbesondere aufgrund dieser Länderaufstockungen hat sich die Zahl der befragten Betriebe in Deutschland von anfangs bescheidenen knapp 1,7 Tsd. (1993) auf mittlerweile fast 16 Tsd. erhöht.

Die Befragung 2002 wurde in den Monaten Juli bis Oktober 2002 durchgeführt. Insgesamt konnten bundesweit 15,7 Tsd. mündliche und schriftliche Interviews realisiert werden, darunter 10,2 Tsd. im Bundesgebiet West (einschl. West-Berlin). Die Datenprüfung erfolgte durch Infratest zum Jahresende 2002, dabei waren auch bereits die auswertenden Forschungsinstitute beteiligt, um ihre Landeskenntnisse bei der Identifikation unplausibler Antworten zu

¹ Im Gegensatz zur amtlichen Statistik und zum Teil A des Arbeitsmarktberichts wird im Teil B des Berichts bzw. beim IAB-Betriebspanel nicht zwischen West- und Ostdeutschland sondern zwischen Bundesgebiet West einschl. West-Berlin und Bundesgebiet Ost einschl. Ost-Berlin unterschieden. Im folgenden werden die Begriffe "Bundesgebiet West", "altes Bundesgebiet" und "alte Bundesländer" gleichwertig verwendet, dasselbe gilt für die entsprechenden Begriffe für das Bundesgebiet Ost.

nutzen. Die geprüfte Originaldatei wurde von Infratest zum Jahresanfang 2003 an die Institute geliefert, nun bereits mit den Hochrechnungsfaktoren für die Auswertung. Darüber hinaus stellte Infratest im Frühjahr 2003 zwei umfangreiche Dokumentationen in Papierform bereit: Erstens einen Methodenbericht zu Organisation, Ablauf und Erfassungsgrad bzw. Rücklauf sowie zur Hochrechnungsmethode, und zweitens einen Tabellenband mit tabellarischen Grundauswertungen für Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet West. Dieser Band enthält zu den Auswertungen aller Fragen vier unterschiedliche Zahlentafeln, bei denen die Befragungsergebnisse getrennt nach einzelnen Gruppen von Betrieben vorliegen:

- für die Betriebe aus vier Wirtschaftsbereichen (Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel & Reparatur, Dienstleistungen sowie Öffentlicher Dienst/Organisationen),
- für die Betriebe nach vier Größenklassen (1-9, 10-49, 50-249 sowie 250 und mehr Beschäftigte)²
- für die Betriebe mit Beschäftigungszuwachs 2001/2002 (mindestens plus 2%), mit Beschäftigungsrückgang (minus 2% und schlechter) sowie mit etwa gleichbleibender Beschäftigung (zwischen plus und minus 2%)
- und für die Betriebe mit einem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte unter 50%, mit einem Anteil zwischen 50 und 80% sowie mit einem Anteil über 80%.

Zur Abgrenzung der vier Wirtschaftsbereiche:

WZ93 Code	IAB- Betriebspanel	Wirtschaftsbereich	Wirtschaftszweige
15-37	03-18	Verarbeitendes Gewerbe	Nahrungs- und Genussmittel Verbrauchsgüter Produktionsgüter Investitions- und Gebrauchsgüter
45	19, 20	Baugewerbe	Baugewerbe
50-52	21-23	Handel, Reparatur	Handel, Instandhaltung und Reparatur
55, 60-67, 70-74, 80, 85, 90, 92, 93	24-38	Dienstleistungen	Verkehr, Nachrichten Banken, Versicherungen Gastgewerbe Erziehung, Unterricht Gesundheits- und Sozialwesen Datenverarbeitung Forschung & Entwicklung Unternehmensberatung Grundstücks- und Wohnungswesen Sonstige Unternehmensdienstleistungen Sonstige Dienstleistungen
75, 91, 95, 99	39-41	Öffentlicher Dienst Organisationen	Öffentliche Verwaltung Verteidigung Sozialversicherung Private haushalte Verbände, Interessenvertretzungen, Organisationen

Anmerkungen siehe folgende Seite.

_

² Im allgemeinen gelten Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten als "Kleinbetriebe", solche mit 50 bis unter 250 Beschäftigten als "mittlere Betriebe" und diejenigen mit 250 und mehr Beschäftigten als "Großbetriebe". Dies entspricht auch der Definition der EU.

Bei der Aufteilung der Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen, zu- oder abnehmender Beschäftigung oder der Qualifikation der Beschäftigten werden die Gesamtbeschäftigten zum Stichtag 30. 6. 2002 (bei der Entwicklung zusätzlich 30. 6. 2001) herangezogen.

Der "Primäre Sektor", bestehend aus den Wirtschaftszweigen Land-/Fortwirtschaft/Fischerei (WZ93: 01,02,05; Fragebogen-Code 01) und Bergbau, Steine & Erden, Energie, Wasser (WZ93: 10-14,40,41; Fragebogen-Code 02) wird in der tabellarischen Grundauswertung im allgemeinen nicht betrachtet.

Zu den "qualifizierten Arbeitskräften" gehören die Facharbeiterinnen und Facharbeiter und die qualifizierten Angestellten, sie werden zu den Gesamtbeschäftigten ins Verhältnis gesetzt.

Identisch aufgebaute Tabellen werden in dem Tabellenband für die Befunde im alten Bundesgebiet West dokumentiert, so dass hier ein direkter Vergleich der Ergebnisse für Schleswig-Holstein mit denen im Bundesgebiet West möglich ist.

Basis des IAB-Betriebspanels ist die Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit, die auf den Meldungen der Betriebe zur Sozialversicherung aufgebaut wird. Die Grundgesamtheit des Panels sind damit alle Betriebe, die zum Stichtag – für die Erhebung 2002 war das der 30. 6. 2001 – mindestens einen Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten haben, dies sind über 2,1 Millionen Betriebe in Deutschland. Es fehlen also Einheiten mit ausschließlich selbständig Beschäftigten, öffentliche Einrichtungen mit ausschließlich Beamten oder Betriebe mit Selbständigen plus geringfügig (nicht sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten. Gleichwohl wird der größte Teil der für Arbeitsmarktanalysen relevanten Betriebe und Einrichtungen erfasst.

Aus der Grundgesamtheit wird eine Bruttostichprobe von Betrieben gezogen, die zum mündlichen Interview oder zur schriftlichen Beantwortung des Fragebogens der Arbeitgeberbefragung gebeten werden. Die Betriebsauswahl besteht aus den Antworterbetrieben des Vorjahres (Wiederholerstichprobe), erneut befragten Ausfällen des Vorjahres (Nachbearbeitungsstichprobe) und ergänzenden neuen Betrieben zum Ausgleich der "Panelmortalität" bzw. zur Anpassung an den laufenden Strukturwandel (Ergänzungsstichprobe). Da in Schleswig-Holstein 2002 erstmals eine Aufstockung der Stichprobe der Basisbefragung auf Bundesebene vorgenommen wurde, sind die Wiederholer- und Nachbearbeitungsstichproben naturgemäß klein, das Hauptgewicht liegt auf erstmals befragten Betrieben. Im gesamten Bundesgebiet erreichte die Bruttostichprobe 25,3 Tsd. Betriebe, darunter 18,6 Tsd. im alten Bundesgebiet. Die Wiederholer- und Nachbearbeitungsstichprobe erreichte 16,0 Tsd. Betriebe (altes Bundesgebiet: 10,0 Tsd.), die Ergänzungsstichprobe 9,3 Tsd. Betriebe (altes Bundesgebiet: 8,6 Tsd.), hierzu zählten insbesondere die erstmals vorgenommenen Aufstockungen, z.B. in Schleswig-Holstein. Der "primäre Erfassungsgrad" aller Betriebe (Grundgesamtheit) durch die Bruttostichprobe lag damit im Bundesgebiet bei knapp 12 Promille und im Bundesgebiet West bei knapp 11 Promille.

Aus der gesamten Bruttostichprobe konnten im Bundesgebiet 15,7 Tsd. auswertbare Fragebögen realisiert werden,³ darunter wurden 13,7 Tsd. (87%) Interviews mündlich geführt. Der Rücklauf erreichte also mit 62% einen Wert, der für Betriebsbefragungen außergewöhnlich hoch ist. Entscheidenden Anteil hatten die mündlichen Interviews mit einem Rücklauf von

³ Tatsächlich lagen nur 15,4 Tsd. Fragebögen von zum Stichtag bestehenden Betrieben vor. Die Differenz zu den 15,7 Tsd. Fragebögen ergibt sich aus Betrieben, die geantwortet haben, zum Stichtag aber nicht aktiv tätig waren bzw. keinen SV Beschäftigten hatten. Diese Betriebe sind für Panelanalysen durchaus relevant, nicht jedoch für Querschnittsauswertungen.

72%, bei den schriftlichen Befragungen lag er mit 32% deutlich niedriger, aber immer noch wesentlich höher als bei Befragungen sonst üblich. Der "sekundäre Erfassungsgrad" der Grundgesamtheit durch die Nettostichprobe lag damit im Bundesgebiet bei gut 7 Promille. Vergleichende Angaben für Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet West werden im Abschnitt 2.1 dargestellt.

Die Hochrechnung der Stichprobenbefunde auf die Grundgesamtheit bedient sich einer Gewichtung, die von Infratest berechnet und den auswertenden Instituten vorgegeben wird. Sie dient vor allem der Korrektur des disproportionalen Stichprobenansatzes: Um hinreichende absolute Besetzungszahlen in den wichtigen Segmenten (Wirtschaftszweige, Betriebsgrößenklassen) zu erreichen, sind große Betriebe in der Stichprobe überrepräsentiert. Die Auswahlwahrscheinlichkeiten sind also nach Betriebsgröße unterschiedlich, sie müssen durch eine entsprechende Gewichtung wieder vereinheitlicht werden. Die Gewichtung erfolgt in Form einer Hochrechnung auf die Grundgesamtheit, im Falle des Panels 2002 also zum Stichtag 30. 6. 2001. Die Soll-Strukturen der Grundgesamtheit 2001 ergeben sich aus der Betriebsstruktur in der Sozialversichertenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, gegliedert nach 20 Wirtschaftszweigen und 10 Betriebsgrößenklassen ("Code-Schichtung"). Die gewichtete Stichprobe des IAB-Betriebspanels ist in diesem Sinne also "betriebsproportional". Gleichzeitig wird die Gewichtung aber auch so gewählt, dass die hochgerechneten Beschäftigtenzahlen (SV Beschäftigte vom Juni 2001) möglichst gut den Soll-Vorgaben aus der Sozialversichertenstatistik entsprechen. Eine Anpassung an die Soll-Struktur 2002 wäre im übrigen nicht möglich gewesen, da der Transfer der Dateien einschließlich der Hochrechnungsfaktoren zu den auswertenden Instituten vor Erscheinen der amtlichen Zahlen der Sozialversichertenstatistik für den 30. 6. 2002 erfolgte.

1.2 Untersuchungsbereiche der Befragung 2002

Für die mündlichen und schriftlichen Interviews wurden zwei in ihrem Kern nahezu identische Fragebögen gestaltet, die insgesamt aus 24 Seiten (darunter 20 Seiten mit Fragen) bzw. 87 Fragen bestanden – angesichts dieses Umfangs sind die recht hohen Beteiligungsquoten umso erstaunlicher. Bei der Auswahl der Fragen war ein Kompromiss zwischen Kontinuität und Berücksichtigung aktueller Themenschwerpunkte anzustreben. Zusätzlich sollte der Fragebogen für alle Bundesländer und Wirtschaftsbereiche identisch sein um Vergleiche zwischen Branchen und Bundesländern zu ermöglichen, und er sollte so konstruiert sein, dass er nicht nur privatwirtschaftlichen Betrieben sondern auch Organisationen und Einrichtungen z.B. des öffentlichen Sektors in gleicher Form vorgelegt werden kann.

Der Fragebogen gliedert sich in die folgenden Themen:

- Beschäftigungs- und Geschäftsentwicklung
- Betriebliche Investitionen
- Betriebliche Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten
- Löhne und Gehälter
- Kontakt mit dem Arbeitsamt
- Personalstruktur
- Chancengleichheit von Frauen und Männern
- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Personaleinstellungen und -abgänge im 1. Halbjahr 2002
- Personalsuche
- Berufsausbildung und Ausbildungsstruktur
- Öffentliche Förderung
- Betriebliche Gesundheitsförderung
- Allgemeine Angaben zum Betrieb bzw. zur Dienststelle

Die unterstrichenen Fragenbereiche wurden gegenüber früheren Arbeitgeberbefragungen neu aufgenommen oder wesentlich erweitert. Besondere Schwerpunkte sind dabei die Fragen zu betrieblichen Arbeitszeiten (darunter insbesondere zu Arbeitszeitkonten), zu älteren Arbeitskräften und zum Kontakt mit dem Arbeitsamt.

Andererseits wurden einige Schwerpunkte des Fragebogens des Betriebspanels 2001 nicht mehr aufgenommen: Betriebliche Innovationen sowie Fort- und Weiterbildung. Auch einige Einzelfragen aus der Umfrage 2001 wurden nicht weiter verfolgt. Gleichwohl bleibt ein Kern jährlich unverändert gestellter Fragen bestehen, der die Basis für die eigentlichen Paneluntersuchungen bildet.

Die Bedeutung und Aktualität der wichtigsten im Jahr 2002 neu aufgenommenen Schwerpunkte kann wie folgt begründet werden:

Arbeitszeitkonten: Neben Überstunden/Kurzarbeit und der Beschäftigung von Aushilfen und Praktikanten, Leiharbeitskräften und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bildet die Führung von Arbeitszeitkonten ein wichtiges und wachsendes Element der Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes bei schwankender Geschäftstätigkeit, das zudem gegenüber anderen Maßnahmen eine Reihe von Vorteilen aufweist und meist fast alle Beschäftigten der entsprechenden Betriebe einbezieht. Daher wurde der Bereich der Arbeitszeitkonten im IAB-Betriebspanel 2002 in erweiterter Form berücksichtigt.

Ältere Arbeitskräfte: Mit der Alterung der Bevölkerung ist auch eine Alterung der Erwerbstätigen verbunden. Ob die Alterung einer Belegschaft überhaupt als personalpolitisches Problem betrachtet wird, hängt letztlich davon ab, wie in den Betrieben und Einrichtungen generell die Leistungsfähigkeit der Älteren eingeschätzt wird. In den Fragen geht es um die Position der Betriebe gegenüber den eigenen älteren Mitarbeitern, aber auch um das Einstellungsverhalten gegenüber externen älteren Arbeitskräften.

Betriebliche Kontakte mit dem Arbeitsamt: Die geforderte Entwicklung der Arbeitsämter zu modernen Dienstleistern und ihre zukünftige Rolle als Mittler zwischen Arbeitsuchenden und Wirtschaft führten zur Aufnahme mehrerer Fragen zum Kontakt zwischen den Betrieben und den Arbeitsämtern, die eine aktuelle Bestandsaufnahme abbilden sollen. Die Fragen sollen darüber Aufschluss geben, inwieweit Betriebe, Organisationen und Institutionen die Angebote der Arbeitsämter nutzen, inwieweit diese den betrieblichen Anforderungen entsprechen, wie zufrieden die Betriebe mit den Leistungen, insbesondere mit der Vermittlungstätigkeit, sind.

2. Datengrundlage der Befragung, Struktur der Betriebe und der Beschäftigten

In Schleswig-Holstein wurde im Jahr 2002 erstmals eine erweiterte Arbeitgeberbefragung mit einer aufgestockten Stichprobe durchgeführt, die eine landesspezifische Auswertung ermöglicht. Dabei wurden die Interviews aufgrund der bei Infratest begrenzten finanziellen und personellen Kapazitäten zu einem größeren Teil schriftlich-postalisch durchgeführt. Dies weicht vom Verfahren für die meisten anderen Bundesländer ab, wo überwiegend mündliche Interviews geführt werden.

Im folgenden wird die Datengrundlage der für Schleswig-Holstein aufgestockten Stichprobe beschrieben. Der Weg von der Grundgesamtheit über die Brutto- zur Nettostichprobe zeigt Rücklauf und Erfassungsgrad der Befragung. Die Struktur der Betriebe und Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen wird für die ungewichteten Betriebspanel-Daten sowie für die Daten aus der amtlichen Sozialversichertenstatistik gegenübergestellt um die Funktion der Gewichtung im Rahmen der Hochrechnung der Panel-Daten darzustellen. Im weiteren Verlauf des zweiten Abschnittes werden Befunde zur Größenstruktur der Betriebe, zur Struktur der Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen und Wirtschaftszweigen und zur Beschäftigungsentwicklung 2001/2002 nach Wirtschaftszweigen präsentiert.

2.1 Grundgesamtheit, Brutto- und Nettostichprobe, Rücklauf und Erfassungsgrad

Die **Grundgesamtheit** der Betriebe in Schleswig-Holstein ist an der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ("Sozialversichertenstatistik") abzulesen, da in die Befragung nur Betriebe, Organisationen und Einrichtungen einbezogen wurden, die zum für die Befragung 2002 relevanten Stichtag (30. Juni 2001) mindestens einen SV Beschäftigten hatten.

Im Juni 2001 waren es im Land 76,3 Tsd. Betriebe, im Juni 2002 lag die Zahl im übrigen etwas darunter (75,8 Tsd.). Im folgenden soll der Begriff "Betrieb" immer für alle für die Befragung relevanten Wirtschaftseinheiten (Betriebe, Einrichtungen, Behörden, Institutionen, Organisationen, Dienststellen,…) stehen.

Die **Bruttostichprobe** ist der Kreis der in der Befragung 2002 angeschriebenen Betriebe. Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein 2.840 Betriebsadressen in die Bruttostichprobe aufgenommen, damit ergibt sich ein "Bruttoerfassungsgrad" aller grundsätzlich relevanten Betriebe von 3,7%, er liegt wesentlich höher als im Bundesgebiet West (1,1%, siehe Abschnitt 1.1). Weil in Schleswig-Holstein 2002 zum ersten Mal eine Aufstockung der Stichprobe zur Anwendung kam, ist der Anteil im Rahmen des IAB-Betriebspanels *erstmals* befragter Betriebe natürlich wesentlich höher als im westdeutschen Durchschnitt. Für die in diesem Bericht durchgeführten Querschnittsanalysen, die sich auf die im Juni 2001 tatsächlich be-

⁴ Für Längsschnittauswertungen (Panelanalysen im eigentlichen Sinne) werden auch Betriebe in die Stichprobe aufgenommen, die am relevanten Stichtag keinen SV Beschäftigten haben, aber in den Jahren zuvor die Bedingung erfüllten und im Paneldatensatz enthalten sind. Dies waren im Falle Schleswig-Holsteins bei der Befragung 2002 sieben Betriebe. Deren Befragungsbefunde gehen allerdings nicht in die hier dokumentierte Querschnittsauswertung, sondern in die zukünftig parallel dazu beabsichtigte Panelauswertung ein.

stehenden Betriebe (mit mindestens einem SV Beschäftigten) konzentrieren, ist eine etwas kleinere Bruttostichprobe von 2.799 Betrieben anzusetzen, da die Befragungen 41 Betriebe identifiziert haben, die zum Stichtag 30. 6. 2001 erloschen waren bzw. keinen SV Beschäftigten hatten.

Auf der Basis der Bruttostichprobe lagen nach der Durchführung der Befragung für insgesamt 834 Betriebe ausgefüllte Fragebögen vor, darunter waren 827 Betriebe am 30. 6. 2001 tatsächlich existent. Damit gehen die Informationen von 827 Betrieben in die Querschnittsauswertung, die von 834 Betrieben in die Panelauswertung (Längsschnitt) ein, sie bilden die **Nettostichprobe**.

Die **Rücklaufquote** gibt die Größenrelation zwischen der Brutto- und der Nettostichprobe an. Die gesamte Rücklaufquote erreichte 29,5% für die Querschnittsanalyse bzw. 29,4% für die Panelanalyse. Bei den mündlichen Interviews erreichte die Rücklaufquote deutlich höhere Werte: 593 Betriebe wurden zum Interview gebeten, am Ende fanden 310 Interviews statt – Rücklauf Panelanalyse: 52,3%, Rücklauf Querschnittsanalyse: 52,8%.⁵ Beim schriftlichen Teil der Befragung war der Rücklauf wesentlich niedriger. Hier wurden 2.247 Betriebe angeschrieben (wobei allerdings 22 Betriebe nicht die Bedingung für die Aufnahme in den Querschnittsdatensatz erfüllten), am Ende lagen 524 ausgefüllte Fragebögen vor. Die Rücklaufquote ereichte damit nur 23,3% oder 23,6%, je nachdem, ob die besagten 22 Betriebe zur Bruttostichprobe zählen oder nicht. Er war damit um knapp zehn Prozentpunkte niedriger als im Bundesgebiet West.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Rücklaufquoten für Schleswig-Holstein im Vergleich mit anderen Unternehmensbefragungen auf freiwilliger Basis sehr hoch sind, bleibt doch im Vergleich mit den Rücklaufzahlen des gesamten alten Bundesgebietes ein erheblicher Rückstand. Er hat, wie die folgende Übersicht zeigt, zwei Ursachen.

Rücklaufquoten im Überblick (für Panelanalyse)

	Bundes- gebiet West	Schleswig- Holstein
Gesamter Rücklauf	62%	29%
Rücklauf, schriftliche Befragung	32%	23%
Rücklauf, mündliche Interviews	72%	52%
Anteil mündlicher Interviews	87%	37%

Erstens ist der Rücklauf bei den schriftlichen Befragungen generell – auch im Bundesgebiet West – deutlich niedriger als bei den mündlichen Interviews, und der Anteil mündlicher Interviews war in Schleswig-Holstein wie bereits ausgeführt wesentlich kleiner als im Bund. Und zweitens waren die Rücklaufquoten beider Befragungsarten im Land kleiner als im Bundesgebiet West, vermutlich weil hier viele Betriebe *erstmalig* angeschrieben und zur Teilnahme gebeten wurden. Dieser zweite Aspekt mag in Zukunft an Bedeutung verlieren. Der systema-

_

⁵ 19 der 593 zum mündlichen Interview gebetenen Betriebe erfüllten zum Stichtag 30. Juni 2001 nicht (mehr) die erforderliche Bedingung eines für den Querschnitt relevanten Betriebs. Darunter waren allerdings sieben Betriebe zum Interview bereit, sie konnten dadurch zumindest in die Paneldatei aufgenommen werden.

tische Nachteil durch den geringen Anteil mündlicher Interviews bleibt aber bestehen, er lässt sich ohne Aufstockung der Infratest verfügbaren bzw. zugewiesenen finanziellen und personellen Mittel allerdings kaum beheben. Für die jährlichen Querschnittsanalysen sind die Rücklaufquoten im übrigen kein so gravierendes Problem, dagegen kann eine zukünftig geplante Panelanalyse, die mit der Schnittmenge aus in mehreren Jahren antwortenden Betrieben arbeiten muss, durchaus von dem Problem betroffen sein.

Der von Infratest gelieferte Tabellenband zur Auswertung der Arbeitgeberbefragung Schleswig-Holstein 2002 liefert detaillierte Übersichten zur Rücklaufstatistik, u.a. Rücklaufquoten nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen. Insgesamt (mündliche und schriftliche Befragung) schwanken die Rücklaufquoten bei den 16 größeren der 20 hier dargestellten Wirtschaftszweige zwischen 19% (Verkehr) und 52% (öffentlicher Dienst, Organisationen). Im schriftlichen Teil liegt die Rücklaufquote in fünf der 16 Wirtschaftsbereiche mit nennenswerter Fallzahl unter 20%. Unterscheidet man die Rücklaufquoten nach der Betriebsgröße (Zahl der Beschäftigten pro Betrieb), zeigt sich ein systematischer Anstieg der Rücklaufquoten bei steigender Betriebsgröße, er resultiert aus dem schriftlichen Teil der Befragung.

Der oben dargestellte Schritt von der Grundgesamtheit zur Bruttostichprobe zeigte den "Bruttoerfassungsgrad" an, er liegt bezogen auf die Betriebe in Schleswig-Holstein bei 3,7%. Der "Nettoerfassungsgrad" ergibt sich aus dem Schritt von der Grundgesamtheit zur Nettostichprobe, rechnerisch aus dem Produkt aus Bruttoerfassungsgrad und Rücklaufquote. Bezogen auf die Betriebe liegt er in Schleswig-Holstein bei 1,1%, etwas niedriger als in einigen Bundesländern mit höherer Rücklaufquote, aber höher als im alten Bundesgebiet (0,6%), da dort der Bruttoerfassungsgrad niedriger ist. Absolut gesehen werden die 76,3 Tsd. Betriebe der Grundgesamtheit in Schleswig-Holstein auf 827 Betriebe reduziert, für die Befragungsergebnisse vorliegen und die am 30. 6. 2001 tatsächlich existierten.

Die Stichprobenauswahl wurde bei der Arbeitgeberbefragung im Interesse statistisch gesicherter Aussagen so angelegt, dass der betriebliche Erfassungsgrad mit steigender Betriebsgröße zunimmt, dass also ein relativ großer Prozentsatz der in der Grundgesamtheit in geringer Zahl existierenden größeren Betriebe erfasst wird. Dies wird im folgenden noch genauer dokumentiert. Die Folge ist, dass der Erfassungsgrad bezogen auf die Beschäftigten insgesamt deutlich höher ist. In Schleswig-Holstein wird die Grundgesamtheit von 819,1 Tsd. SV Beschäftigten (30. 6. 2001) in einer Nettostichprobe abgebildet, die aus 827 Betrieben mit 113,6 Tsd. SV Beschäftigten (30. 6. 2001) besteht. Der "Nettoerfassungsgrad" liegt bei den SV Beschäftigten also bei 13,9% für 2001 (bzw. bei 14,1% für 2002). Er ist damit höher als im Bundesgebiet West: Dort wird im Jahr 2001 die Grundgesamtheit von 23,0 Mio. SV Beschäftigten zu einer Nettostichprobe von 2,1 Mio. SV Beschäftigten komprimiert, der "Nettoerfassungsgrad" liegt also mit 9,2% unter der 10%-Marke, gleiches gilt für 2002 (22,8 Mio. SV Beschäftigte in der Grundgesamtheit, knapp 2,1 Mio. in der Nettostichprobe).

Die Tabellen 2.1 und 2.2 stellen die Anzahl der Betriebe nach sieben Betriebsgrößenklassen und 15 Wirtschaftszweigen dar, einerseits in der Grundgesamtheit, also der amtlichen Statistik 2001 und 2002 (Sozialversichertenstatistik), andererseits als ungewichtete Zahlen der

⁶ Bei vier der 20 abgegrenzten Wirtschaftszweige sind bereits in der Bruttostichprobe weniger als 20 Betriebe enthalten, hier gibt es starke Unterschiede der Rücklaufquoten.

Nettostichprobe (Tabelle 2.3). Daraus ergeben sich die Nettoerfassungsgrade für Wirtschaftszweige und Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein, zum Vergleich werden in der Tabelle 2.3 auch die Nettoerfassungsgrade für das Bundesgebiet West angegeben.

Die größte Zahl von Betrieben hat der Wirtschaftszweig Handel, Reparatur, gefolgt von den unternehmensorientierten Diensten, dem Baugewerbe und dem Gesundheits- und Sozialwesen, dabei hat das Baugewerbe zwischen 2001 und 2002 seine zweite Position verloren (Tabellen 2.1 und 2.2). Im Jahr 2001 gab es in Schleswig-Holstein 464 Betriebe mit mehr als 200 SV Beschäftigten, das sind nur 0,6% aller Betriebe. Am anderen Ende der Betriebsgrößenskala stehen die Kleinstbetriebe mit einem bis zu vier SV Beschäftigten: Knapp 49 Tsd. Betriebe repräsentieren einen Anteil von 64% aller Betriebe.

Die Tabelle 2.3 zeigt die ungewichtete, nicht hochgerechnete Zahl der Betriebe, für die in der Arbeitgeberbefragung 2002 Fragebögen vorlagen. Dabei ist eine in etwa ähnliche Größenordnung der Zahl der Betriebe in den Betriebsgrößenklassen eine erwünschte Stichprobeneigenschaft, um bei einem vorgegebenen, begrenzten Gesamtumfang der Stichprobe (ca. 800 Betriebe) für alle Größenklassen hinreichend große Teilstichproben zu erhalten. Das hat zu Folge, dass der Nettoerfassungsgrad mit zunehmender Betriebsgröße stark zunimmt: In der untersten Klasse gehen von den knapp 50 Tsd. Kleinstbetrieben "nur" 115 Fragebögen in die Auswertung ein (Nettoerfassungsgrad 2,4 Promille), dagegen wurde fast jeder dritte der wenigen größeren Betriebe mit mindestens 200 SV Beschäftigten befragt (Nettoerfassungsgrad über 30%). Der durch die Betriebsgrößenklasse geprägte Nettoerfassungsgrad schlägt auch bei den Wirtschaftszweigen durch: In Branchen mit hoher durchschnittlicher Betriebsgröße, insbesondere im industriellen Bereich, ist er relativ hoch, in von Kleinbetrieben dominierten Branchen, also vor allem im tertiären Sektor, dagegen niedrig. Der in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesgebiet West höhere Nettoerfassungsgrad wurde bereits angesprochen, er liegt im Land im übrigen in allen Betriebsgrößenklassen und fast allen Branchen höher.

Die Tabellen 2.4 und 2.5 zeigen die Größenordnung der Wirtschaftszweige in Schleswig-Holstein gemessen an der Zahl der SV Beschäftigten. Auch hier ist der Bereich Handel, Reparatur die größte Branche, gefolgt vom Gesundheits- und Sozialwesen. Die Verteilung der Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen ist dabei im Vergleich zur Verteilung der Betriebe relativ gleichmäßig. So gehören nur 0,6% aller Betriebe der oberen Größenklasse (200 SV Beschäftigte und mehr) an, auf diese Klasse entfallen aber 27% aller SV Beschäftigten. Umgekehrt: 64% aller Betriebe gehören zur untersten Größenklasse, hier sind aber nur 11% aller SV Beschäftigten tätig – eigentlich ein trivialer Befund, der aber allzu häufig vernachlässigt wird, gerade wenn die betriebliche Größenstruktur Schleswig-Holsteins charakterisiert wird: Immerhin arbeitet hier jeder zweite SV Beschäftigte in einer Arbeitsstätte mit mehr als 50 Beschäftigten, also in einem Betrieb oder einer Einrichtung zumindest mittlerer Größe.

Die Tabelle 2.6 entspricht der Tabelle 2.3, hier allerdings auf der Basis der SV Beschäftigten und nicht der Betriebe. Während die Zahl der Betriebe in der nicht hochgerechneten Stichprobe recht gleichmäßig über die Betriebsgrößenklassen verteilt ist, konzentriert sich die Zahl der Beschäftigten naturgemäß auf die oberen Größenklassen, und auch der Nettoerfassungsgrad ist bei den SV Beschäftigten nach Größenklassen unterschiedlich: So werden in der ungewichteten Stichprobe fast 40% aller SV Beschäftigten der größeren Betriebe (obere

Größenklasse) erfasst, dagegen nur 0,5% der SV Beschäftigten der kleinen Betriebe (mit weniger als zehn Beschäftigten). Auch hier ist der Nettoerfassungsgrad für die Wirtschaftszweige von den Unterschieden bei den Betriebsgrößenklassen geprägt, d.h. Branchen mit typischerweise großen Betrieben haben einen höheren Nettoerfassungsgrad also solche mit vorwiegend kleinen Betrieben (z.B. Investitions- und Gebrauchsgüter: 24%, dagegen Gastgewerbe: 1%).

Tabelle 2.1: Anzahl der im Jahr 2001 bestehenden Betriebe in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen

amtliche Zahlen aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 30. 6. 2001 Zuordnung der Betriebe nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen von 2001

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2001)

		Delilebsgit	Jisci ikiasse	ii (O v DCsi	chartigic zc	<i>7</i> 01 <i>)</i>			
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.1	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	4.214	461	227	120	28	17	10	5.077
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	398	216	179	133	58	25	20	1.029
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	920	274	192	120	42	26	21	1.595
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	344	151	127	138	62	41	32	895
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	1.208	590	453	328	94	77	67	2.817
Baugewerbe (45)	7	4.640	1.833	1.127	469	101	29	8	8.207
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	10.505	3.236	1.692	1.039	311	118	51	16.952
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	2.271	695	427	280	95	26	30	3.824
Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67)	10	1.221	296	133	112	44	25	27	1.858
Gastgewerbe (55)	11	4.259	1.029	450	206	44	8	3	5.999
Erziehung und Unterricht (80)	12	937	357	247	139	37	18	10	1.745
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	4.729	1.677	566	428	185	81	62	7.728
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	5.160	1.273	803	407	131	50	36	7.860
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	4.705	810	323	127	45	14	14	6.038
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	2.689	482	362	416	175	77	73	4.274
Rest		364	7	1	0	0	0	0	372
Summe		48.564	13.387	7.309	4.462	1.452	632	464	76.270

¹ Code-Schichtung: Betriebspanel-Branchengliederung im Hochrechnungsverfahren

Tabelle 2.2: Anzahl der im Jahr 2002 bestehenden Betriebe in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen

amtliche Zahlen aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 30. 6. 2002 Zuordnung der Betriebe nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen von 2002

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2002)

				,, (C + BCC)		- /			
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	4.240	457	225	128	25	17	11	5.103
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	369	215	169	131	52	26	19	981
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	882	278	182	112	37	31	19	1.541
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	343	142	123	130	61	41	29	869
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	1.217	605	465	315	104	72	65	2.843
Baugewerbe (45)	7	4.601	1.809	999	449	89	26	4	7.977
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	10.357	3.211	1.755	1.007	324	111	50	16.815
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	2.216	715	439	294	94	38	29	3.825
Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67)	10	1.290	268	128	113	45	23	28	1.895
Gastgewerbe (55)	11	4.211	1.049	465	217	42	7	4	5.995
Erziehung und Unterricht (80)	12	926	357	239	129	38	20	10	1.719
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	4.745	1.709	574	447	196	92	61	7.824
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	5.341	1.263	787	427	133	52	32	8.035
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	4.848	806	323	134	39	11	13	6.174
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	2.493	476	355	421	168	79	76	4.068
Rest		89	2	1	0	0	0	0	92
Summe		48.168	13.362	7.229	4.454	1.447	646	450	75.756

Tabelle 2.3: Anzahl der Betriebe im Betriebspanel 2002 in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen und Nettoerfassungsgrad NEG in Promille für Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West

ungewichtete (nicht hochgerechnete) Zahl der Betriebe

Zuordnung der Betriebe nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen nach den Zuordnungsvariablen in der Betriebspanel-Datei (SV Beschäftigte 2001)

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2001)

Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe	NEG (S-H)	NEG (BGW)
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	6	2	2	1	1	1	2	15	3,0	6,7
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	4	1	6	6	7	6	2	32	31,1	9,1
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	4	2	3	3	3	2	9	26	16,3	9,4
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	2	2	2	5	6	7	11	35	39,1	17,4
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	2	3	5	17	5	10	21	63	22,4	12,2
Baugewerbe (45)	7	10	15	12	23	8	6	3	77	9,4	4,6
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	12	15	20	35	12	16	10	120	7,1	3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	4	4	3	7	6	1	5	30	7,8	4,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67)	10	3	1		3	3	6	12	28	15,1	8,9
Gastgewerbe (55)	11	12	5	2	6	1			26	4,3	2,9
Erziehung und Unterricht (80)	12	1	5	1	3	6	1	2	19	10,9	7,8
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	38	8	9	16	12	12	22	117	15,1	6,1
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	6	12	12	7	8	7	6	58	7,4	4,9
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	8	6	4	4	6	3	4	35	5,8	4,1
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	3	4	15	41	30	19	34	146	34,2	10,8
Summe		115	85	96	177	114	97	143	827	10,8	5,9
Nettoerfassungsgrad in Promille (NEG) - Schleswig-Holstein		2,4	6,3	13,1	39,7	78,5	153,5	308,2	10,8		
Nettoerfassungsgrad in Promille (NEG) - Bundesgebiet West		1,9	4,1	7,6	16,1	28,7	48,0	135,2	5,9		

Tabelle 2.4: Anzahl der SV Beschäftigten 2001 in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen

amtliche Zahlen aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 30. 6. 2001 Zuordnung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen von 2001

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2001)

				Boodinarage E					
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	6.556	2.969	3.098	3.495	1.954	2.405	5.243	25.720
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	844	1.457	2.416	4.129	4.010	3.461	7.588	23.905
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	1.860	1.825	2.601	3.463	3.034	3.773	9.732	26.288
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	685	992	1.775	4.193	4.383	5.828	14.197	32.053
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	2.631	3.893	6.230	9.826	6.514	10.464	40.377	79.935
Baugewerbe (45)	7	9.695	12.076	15.005	13.466	6.748	3.644	2.253	62.887
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	20.684	21.225	22.684	31.352	20.948	15.907	20.634	153.434
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	4.429	4.619	5.819	8.469	6.588	3.596	14.000	47.520
Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67)	10	2.220	1.879	1.882	3.605	2.891	3.488	11.819	27.784
Gastgewerbe (55)	11	8.074	6.667	5.837	6.100	2.926	1.063	1.055	31.722
Erziehung und Unterricht (80)	12	1.892	2.363	3.271	4.080	2.591	2.610	4.156	20.963
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	11.052	10.561	7.590	13.579	12.620	11.021	37.883	104.306
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	9.385	8.291	10.775	12.062	8.921	6.794	13.595	69.823
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	8.082	5.231	4.167	3.718	3.190	1.833	4.692	30.913
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	4.232	3.175	4.973	12.567	12.617	10.572	33.250	81.386
Rest		423	47	18	0	0	0	0	488
Summe		92.744	87.270	98.141	134.104	99.935	86.459	220.474	819.127

Tabelle 2.5: Anzahl der SV Beschäftigten 2002 in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen

amtliche Zahlen aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 30. 6. 2002 Zuordnung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen von 2002

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2002)

Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	6.501	2.943	3.016	3.732	1.715	2.388	5.446	25.741
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	794	1.451	2.300	4.072	3.599	3.652	7.462	23.330
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	1.760	1.824	2.480	3.255	2.518	4.417	8.941	25.195
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	688	949	1.730	3.993	4.359	5.872	13.639	31.230
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	2.581	3.931	6.457	9.381	7.375	9.790	39.022	78.537
Baugewerbe (45)	7	9.573	12.032	13.215	12.722	6.120	3.537	1.354	58.553
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	20.487	20.995	23.428	30.184	21.835	14.865	20.350	152.144
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	4.247	4.746	6.038	8.802	6.384	5.167	12.072	47.456
Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67)	10	2.305	1.694	1.737	3.486	3.046	3.276	12.004	27.548
Gastgewerbe (55)	11	7.914	6.849	5.999	6.546	2.738	916	1.280	32.242
Erziehung und Unterricht (80)	12	1.827	2.344	3.201	3.732	2.552	2.783	3.993	20.432
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	11.149	10.821	7.750	14.137	13.265	12.455	38.502	108.079
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	9.656	8.322	10.567	12.613	9.366	7.135	12.880	70.539
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	8.362	5.187	4.226	3.986	2.855	1.517	4.841	30.974
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	3.965	3.114	4.885	13.033	11.926	10.810	34.099	81.832
Rest		105	10	12	0	0	0	0	127
Summe		91.914	87.212	97.041	133.674	99.653	88.580	215.885	813.959

Tabelle 2.6: Anzahl der SV Beschäftigten 2001 im IAB-Betriebspanel 2002 in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen und Nettoerfassungsgrad NEG in Promille für Schleswig-Holstein

ungewichtete (nicht hochgerechnete) Zahl der Beschäftigten, 6/2001

Zuordnung der Betriebe nach Größenklassen gemäß der Zuordnungsvariablen in der Betriebspanel-Datei (SV Beschäftigte 2001)

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2001)

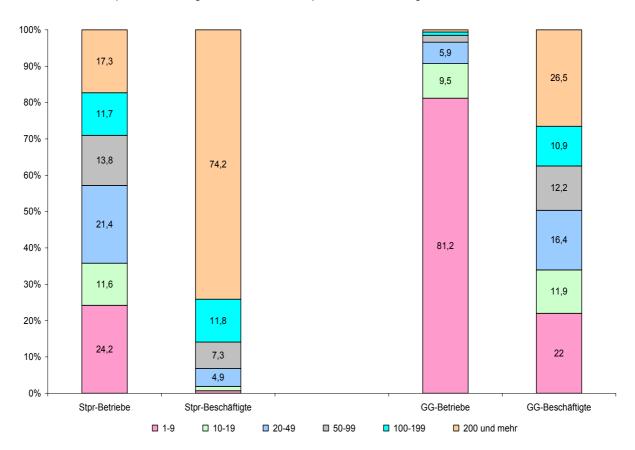
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe	NEG
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	26	22	29	212		1.300	1.589	61,8
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	17	93	183	508	800	1.217	2.818	117,9
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	18	41	93	212	340	4.320	5.024	191,1
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	16	33	134	421	994	5.549	7.147	223,0
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	21	69	582	382	1.345	16.500	18.899	236,4
Baugewerbe (45)	7	118	161	705	577	807	1.129	3.497	55,6
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	121	256	1.072	809	2.136	4.188	8.582	55,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	40	40	195	372	103	1.778	2.528	53,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67)	10	11		84	204	815	6.133	7.247	260,8
Gastgewerbe (55)	11	53	28	190	67			338	10,7
Erziehung und Unterricht (80)	12	34	11	69	413	186	517	1.230	58,7
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	151	118	516	823	1.655	18.734	21.997	210,9
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	99	148	228	539	1.108	3.824	5.946	85,2
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	48	58	113	415	369	4.099	5.102	165,0
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	32	227	1.324	2.291	2.730	15.052	21.656	266,1
Summe		805	1.305	5.517	8.245	13.388	84.340	113.600	138,7
Nettoerfassungsgrad in Promille (NEG)		4,5	13,3	41,1	82,5	154,8	382,5	138,7	

2.2 Gewichtung und Hochrechnung: Anpassung der Stichprobenverteilung an die Verteilung der Grundgesamtheit

Die Tabellen 2.1 bis 2.6 haben die großen Unterschiede der Verteilung der Betriebe bzw. der Beschäftigten über die Betriebsgrößenklassen und die Wirtschaftszweige für die nicht hochgerechnete Nettostichprobe und die Grundgesamtheit gezeigt. In der Nettostichprobe sind die befragten Betriebe gemäß den Erfordernissen der Stichprobentechnik recht gleichmäßig über die Betriebsgrößenklassen verteilt, wodurch sich die Beschäftigten sehr stark auf die oberen Größenklassen konzentrieren. In der Realität, also der Grundgesamtheit, sind die Verhältnisse genau umgekehrt: Die Betriebe konzentrieren sich auf die unteren Größenklassen, während die Beschäftigten relativ gleichmäßig über die Klassen verteilt sind. Dies wird in der folgenden Abbildung noch einmal deutlich.

Abbildung 2.1: Verteilung der Betriebe und Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen - Nicht hochgerechnete Nettostichprobe und Grundgesamtheit im Vergleich





Die Gewichtung und Hochrechnung muss also eine Anpassung der relativ gleichmäßigen Betriebsgrößenstruktur der ungewogenen Nettostichprobe an die sehr konzentrierte Struktur der Grundgesamtheit vornehmen, gleichzeitig muss die in der Stichprobe sehr starke Konzentration der Beschäftigten auf die oberen Größenklassen korrigiert und an die relativ gleichmäßige Verteilung in der Grundgesamtheit angepasst werden. Insgesamt soll auf diese Weise erreicht werden, dass die "Sollstruktur", also die aus der amtlichen Sozialversicher-

tenstatistik gegebene Aufteilung der Betriebe nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen (hier: 20 Wirtschaftszweige und 10 Klassen), wieder hergestellt wird.

Anmerkungen zur Gewichtung und Hochrechnung durch Infratest Sozialforschung (Tabellenband 2002 für Schleswig-Holstein, S.17):

Die Bruttostichprobe des IAB-Betriebspanels wird aus der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit (also aus der amtlichen Sozialversichertentatistik) disproportional zur Verteilung in der amtlichen Statistik nach dem "Prinzip der optimalen Schichtung" gezogen. Dies führt zu einer näherungsweise beschäftigtenproportionalen Verteilung der Stichprobenbetriebe auf Branchen und Betriebsgrößenklassen. Für die Auswertung des IAB-Betriebspanels sollen sich die Stichprobenbetriebe dann wieder genauso wie die Betriebe in der amtlichen Sozialversichertenstatistik verteilen, es erfolgt also eine Hochrechnung "auf die Grundgesamtheit". Der disproportionale Stichprobenansatz muss daher im Gewichtungs- und Hochrechnungsverfahren nachträglich korrigiert werden. Der dazu erforderliche Gewichtungsfaktor ergibt sich grundsätzlich als Kehrwert des Auswahlsatzes. Zusätzlich sind im Rahmen des Gewichtungsverfahrens aber auch Unterschiede der Ausschöpfung aufgrund unterschiedlicher Rücklaufquoten der Branchen und Betriebsgrößenklassen zu korrigieren. Im Endeffekt ergibt sich jeweils ein spezifischer Hochrechnungsfaktor für jeden Betrieb der Nettostichprobe.

Insgesamt erreicht die Gewichtung und Hochrechnung eine recht gute Anpassung der Stichprobe an die Grundgesamtheit: Die amtliche Zahl der Betriebe aus der Sozialversichertenstatistik wird nur um 0,5% verfehlt, bei den SV Beschäftigten liegt die Abweichung zwischen der amtlichen Gesamtzahl (Juni 2001) und der hochgerechneten Zahl aus der Betriebspanel-Stichprobe sogar bei unter 0,1% bzw. absolut bei ca. 500 Beschäftigten. Auch für die zehn Betriebsgrößenklassen sind die Abweichungen zwischen Grundgesamtheit und hochgerechneter Stichprobe relativ klein, sie liegen für 2001 innerhalb einer Marge von 3%.

Gleichwohl muss im Rahmen der Hochrechnung durch Infratest Sozialforschung ein Trade-Off zwischen Aktualität und Datenqualität in Kauf genommen werden: Zum Zeitpunkt der Festlegung der Hochrechnungs- bzw. Gewichtungsfaktoren liegen die amtlichen Daten der Sozialversichertenstatistik des Befragungsjahres (beim Betriebspanel 2002 also des Stichtags 30. 6. 2002) noch nicht vor. Insofern werden die auf Basis der Daten vom 30. 6. 2001 errechneten Gewichtungsfaktoren auch für die Hochrechnung der Stichprobendaten für 2002 verwendet. Dies wurde im Interesse einer schnellen Weitergabe der Panel-Datei an die auswertenden Institute im Arbeitskreis IAB-Betriebspanel so entschieden.

Tatsächlich werden die mittlerweile bekannten amtlichen Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik für Schleswig-Holstein durch die Hochrechnung der Paneldaten 2002 mit den Gewichtungsfaktoren von 2001 nicht korrekt wiedergegeben. Die für 2002 hochgerechnete Gesamtzahl der SV Beschäftigten liegt um 1,8% über der amtlichen Zahl, und die Beschäftigungsentwicklung 2001/2002 wird durch die hochgerechneten Betriebspanel-Zahlen nicht korrekt wiedergegeben: Statt einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl, wie im Jahresvergleich der Betriebspanel-Zahlen dargestellt, hat es tatsächlich einen Rückgang der amtlichen Beschäftigtenzahlen gegeben.

Im Rahmen der Auswertung der Betriebspanel-Befunde haben wir uns daher entschieden, auf amtliche Zahlen zurückzugreifen, wenn dies möglich ist. Dies gilt insbesondere für Aussagen zur Beschäftigtenentwicklung 2001/2002. Die besonderen Vorteile des IAB-Betriebs-

panels liegen ohnehin weniger in der Darstellung von Absolutzahlen und der unmittelbar darauf aufbauenden Maßzahlen (Entwicklungsraten, Anteile,...), sondern in den Bereichen, die in amtlichen Statistiken überhaupt nicht erfasst sind und vor allem in qualitativen Aussagen – Einschätzungen, Erwartungen, Erfahrungen, Absichten – die dann mit quantitativen Merkmalen verknüpft werden können. Im übrigen wurde die Beschäftigungsentwicklung der beiden vergangenen Jahre ja auch bereits im Teil A des Arbeitsmarktberichts ausführlich diskutiert.

Bei der Interpretation empirischer Befunde auf Basis des IAB-Betriebspanels sind zwei Aspekte zu beachten, die sich aus der Stichprobe und ihrer Hochrechnung ergeben.

- 1. Bei allen Stichprobenerhebungen ist für die hochgerechneten Befunde eine Fehlertoleranz in Rechnung zu stellen. Generell gilt: Je kleiner die der Schätzung bzw. der Hochrechnung zugrunde liegende Fallzahl ist und je größer die Streuung des betreffenden Merkmals, desto größer ist der statistische Unschärfebereich. Maßgeblich ist also die absolute, ungewichtete Fallzahl und nicht der relative Auswahlsatz. Um einen Eindruck über die Größe der Fehlertoleranzen zu gewinnen, ist im Anhang des von Infratest Sozialforschung gelieferten Tabellenbandes eine Fehlertoleranztabelle beigefügt. Als "Daumenregel" kann daraus die Konsequenz gezogen werden, dass bei Besetzungszahlen von weniger als 100 Fällen (ungewichtet) von einer Beschreibung der Befunde abgeraten bzw. zumindest eine vorsichtige Interpretation gefordert wird. In den Tabellen dieses Berichts wird dies dadurch sichtbar gemacht, dass Werte auf Basis von Besetzungszahlen unter 100 kursiv dargestellt sind. Dies gilt z.B. für alle Befunde des Wirtschaftszweigs Baugewerbe, da hier in der ungewichteten Originaldatei nur 77 ausgewertete Fragebögen vorlagen. Im übrigen entspricht die Darstellung von Zahlenangaben dem üblichen Verfahren: Der Wert "0" bedeutet "weniger als 0,5, jedoch mehr als nichts", mit einem Punkt (".") werden in den Tabellen Elemente gekennzeichnet, deren Zahlenwert nicht sicher genug ist, mit einem Strich ("-") nicht vorhandene Werte.
- 2. Die Befunde des IAB-Betriebspanels liefern in erster Linie betriebsproportionale Aussagen. Um Aussagen über die Zahl der von einem bestimmten Merkmal betroffenen Beschäftigten machen zu können, ist es erforderlich, die betriebsbezogenen Anteilswerte in beschäftigtenbezogene Anteile zu transformieren. Die ist im Rahmen unserer Auswertungsarbeiten mit Hilfe der Originaldaten für Schleswig-Holstein möglich, nicht jedoch für Vergleichszahlen des Bundesgebietes. Ein Beispiel zur Erläuterung: Die hochgerechneten Stichprobenbefunde geben an, dass in 9% aller Betriebe ein Betriebsrat oder ein Personalrat existiert (betriebsbezogener Anteilswert). Dieser Anteil ist allerdings je nach Betriebsgröße sehr unterschiedlich 4% bei kleinen Betrieben und über 90% bei großen Betrieben. Entsprechend ist der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit Betriebs- oder Personalrat arbeiten (beschäftigtenbezogener Anteil), wesentlich höher, er liegt in Schleswig-Holstein bei 47%.

2.3 Erfassung der Beschäftigtenkategorien durch das IAB-Betriebspanel

Mit dem IAB-Betriebspanel wird zu den beiden bereits aus der amtlichen Statistik bekannten Beschäftigtenkonzepten ein drittes hinzugefügt, so dass es erforderlich ist dieses im folgenden zunächst vorzustellen und mit dem bekannten Konzept der amtlichen Sozialversicher-

tenstatistik (Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) und der Erwerbstätigenrechnung der Länder zu vergleichen.⁷ Es zeigt sich, dass die "Gesamtzahl der Beschäftigten" im IAB-Betriebspanel zwar alle Beschäftigtenkategorien erfasst und damit weitaus größer ist als die Zahl der SV Beschäftigten, dass sie aber dennoch unter der Zahl der Erwerbstätigen bleibt.

Der Vergleich der im Betriebspanel ausgewiesenen Zahlen für die SV Beschäftigten mit den für die Hochrechnung zugrunde gelegten amtlichen Zahlen für die SV Beschäftigten (Sozialversichertenstatistik) hat im vorigen Abschnitt bereits gezeigt, dass die beiden Gesamtzahlen für Schleswig-Holstein zumindest für 2001 nahezu identisch sind. Im Rahmen des Betriebspanels werden die Betriebe aber nicht nur nach den SV Beschäftigten, sondern nach *allen* Beschäftigten gefragt, im einzelnen nach:

- den SV Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte sowie Auszubildende, ohne 325 €-Kräfte).
- den nicht SV pflichtigen Beamtinnen und Beamten,
- den (nicht SV pflichtigen) tätigen Inhabern/Inhaberinnen und mithelfenden Familienangehörigen
- sowie den (nicht SV pflichtigen) "Sonstigen" (geringfügig Beschäftigte, 325 €-Kräfte).

Die Beschäftigten werden für den Juni 2001 und 2002 ermittelt, es wird dabei nicht explizit nach dem Geschlecht gefragt.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten umfasst also alle beschäftigten Personen in den Betrieben des IAB-Betriebspanels – aufgrund der Definition der Panel-Betriebe fehlen hier also die Beschäftigten in Betrieben und Einrichtungen, in denen nicht mindestens eine Person als SV Beschäftigter tätig ist. Folglich muss die hochgerechnete Gesamtzahl der Beschäftigten des IAB-Betriebspanels kleiner sein als die Zahl der Erwerbstätigen aus der Erwerbstätigenrechnung, in der bekanntlich *alle* erwerbstätigen Personen erfasst sind. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gesamtzahlen ergibt sich insbesondere durch die Mitarbeiter in Betrieben und Einrichtungen ohne SV Beschäftigte, also in kleinsten Betrieben, oder bei Selbständigen als Einzelpersonen, sowie durch Beamte in öffentlichen Einrichtungen, in denen ausschließlich Beamte tätig sind.

Wie im Teil A des Arbeitsmarktberichts dargestellt, werden auch die Erwerbstätigen in Kategorien eingeteilt:

- in Arbeiter und Angestellte (entsprechend der Zahl der SV Beschäftigten),
- in Beamte (zusammen mit den Arbeitern und Angestellten bilden diese die Arbeitnehmer),
- in die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen
- sowie in die "geringfügig Beschäftigten".

Die Größenordnung der drei Beschäftigtenarten war in Schleswig-Holstein im Jahr 2001 wie folgt: 819 Tsd. SV Beschäftigte (Juni 2001), 1.085 Tsd. Beschäftigte im Betriebspanel (hochgerechnete Zahl für Juni 2001) und 1.244 Tsd. Erwerbstätige in der Erwerbstätigenrechnung (Jahreswert 2001). Die beiden folgenden Tabellen machen für die einzelnen Kategorien der Beschäftigung deutlich, in welchem Maße die Beschäftigtenzahlen des IAB-Betriebspanels hinter den Zahlen aus der Erwerbstätigenrechnung zurückbleiben und inwieweit die Betriebs-

⁷ Im folgenden geht es immer nur um die Beschäftigtenkonzepte nach dem Arbeitsort. Die Konzepte, die die Personen regional nach ihrem Wohnort zuordnen, z.B. Erwerbstätige im Mikrozensus, werden nicht betrachtet.

panel-Zahlen für 2001 und 2002 die durch die Erwerbstätigenrechnung ausgewiesene Entwicklung korrekt wiedergeben.

Die Tabelle 2.7 vergleicht die beiden statistischen Konzepte für die Gesamtzahlen 2001 und 2002. Der "Erfassungsgrad" (EG) gibt dabei an, welcher Anteil des umfassenderen Erwerbstätigenkonzepts durch die Beschäftigtenzahlen des IAB-Betriebspanels erreicht wird. Insgesamt sind dies 2001 gut 87% in Schleswig-Holstein bzw. knapp 86% im Bundesgebiet West. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht der Erfassungsgrad sogar Werte um 95%, hier liegen die Zahlen des Betriebspanels vermutlich nur bei den Beamten etwas niedriger. Auch bei den geringfügig bzw. den "sonstigen" Beschäftigten erreicht die Betriebspanel-Datei in Schleswig-Holstein immerhin einen Erfassungsgrad von über 83%, im Bundesgebiet West allerdings nur von 70%. Erwartungsgemäß niedrig ist der Erfassungsgrad bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, da diese häufig ohne weitere sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter tätig sind: Der Erfassungsgrad liegt hier bei 39% (Bundesgebiet West: 42%).

Wie bereits bei den SV Beschäftigten, wird die Beschäftigungsentwicklung 2001/2002 auch hier durch die hochgerechneten Betriebspanel-Zahlen nicht korrekt getroffen, nimmt man die Zahlen aus der Erwerbstätigenrechnung als Maßstab – dies gilt zumindest für Schleswig-Holstein. Während die Erwerbstätigenzahl in Schleswig-Holstein um 10 Tsd. zurückging, erhöhte sich die Beschäftigtenzahl laut IAB-Betriebspanel um 18 Tsd. Personen – verursacht durch eine im Panel zu optimistische Einschätzung der Entwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der sonstigen bzw. der geringfügig Beschäftigten. Es ist also auch auf Ebene der Gesamtbeschäftigten problematisch auf die Entwicklungsbefunde des IAB-Betriebspanels zurückzugreifen. Wir verwenden vielmehr bei Aussagen zur Entwicklung wenn möglich die vorhandenen Zahlen aus der Erwerbstätigenrechnung bzw. der amtlichen Sozialversichertenstatistik.

Die Tabelle 2.8 zeigt die Erfassungsgrade nach vier Wirtschaftsbereichen für Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet West. Im Verarbeitenden Gewerbe werden auf Bundesebene mit den Beschäftigten des IAB-Betriebspanels nahezu alle Erwerbstätigen erfasst, während der Erfassungsgrad in Schleswig-Holstein nur 87% erreicht. Der geringste Erfassungsgrad der Erwerbstätigen durch die Beschäftigten des Betriebspanels zeigt sich bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Dienstleistungsbereich: Hier wird in Schleswig-Holstein nur jeder dritte Erwerbstätige durch die Beschäftigten im Betriebspanel erfasst.

Die Abbildung 2.2 stellt die Erfassung der gesamten Erwerbstätigkeit durch die Beschäftigtenzahlen des IAB-Betriebspanels für das Jahr 2002 in Schleswig-Holstein optisch dar. Dabei wird noch einmal deutlich, dass die gravierenden Unterschiede bei den Beamtinnen und Beamten sowie den Selbständigen bestehen.

Tabelle 2.7: Erwerbstätige aus der Erwerbstätigenrechnung und Beschäftigte aus der hochgerechneten IAB-Betriebspanel-Datei im Vergleich

ETR Erwerbstätige aus der Erwerbstätigenrechnung (ETR) nach Kategorien

BP Beschäftigte aus der hochgerechneten IAB-Betriebspanel-Datei (BP) nach Kategorien

EG Erfassungsgrad EG in %: Anteil der hochgerechneten Beschäftigtenzahl im Betriebspanel an der entsprechenden Kategorie aus der Erwerbstätigenrechnung in %

	Schle	swig-Hols	tein	Bund	lesgebiet \	West
	2001	2002	EG 2001	2001	2002	EG 2001
Erwerbstätige (ETR)	1.244	1.234		33.083	32.948	
Beschäftigte (BP)	1.085	1.103	87,2	28.366	28.314	85,7
Arbeitnehmer (ETR)	920	910		25.513	25.360	
Arbeitnehmer (BP)	881	891	95,8	24.033	23.860	94,2
Selbständige+MHF (ETR)	149	149		3.537	3.552	
Selbständige+MHF (BP)	58	59	39,0	1.487	1.513	42,0
geringfügig Besch. (ETR)	175	175		4.033	4.036	
geringfügig Besch. (BP)	146	153	83,4	2.846	2.922	70,6

Quelle: IAB Betriebspanel 2002 und Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik (Erwerbstätigenrechnung: siehe Anmerkungen zur Tabelle 2 im Teil A des Berichts)

Abbildung 2.2: Erfassung der Kategorien der Erwerbstätigkeit durch die Erwerbstätigenrechnung und das IAB-Betriebspanel

darunter:

Erwerbstätige bzw. Beschäftigte in Tsd. in Schleswig-Holstein 2001

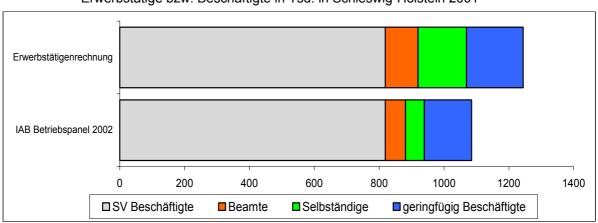


Tabelle 2.8: Erwerbstätige aus der Erwerbstätigenrechnung und Beschäftigte aus der hochgerechneten IAB-Betriebspanel-Datei nach Wirtschaftsbereichen

ETR: Erwerbstätigenrechnung

BP: IAB-Betriebspanel (hochgerechnet)

	ETR	BP	BP/ETR			ETR	BP	BP/ETR	
Erwerbstätige (ETR)	Erwerbstätige	Beschäftigte	Erfassungsgrad	l	Selbständige und	Selbständige	Selbständige	Erfassungsgra	ad
Beschäftigte (BP)	in Tsd. 2001	in Tsd. 2001	durch BP in %		mith. Familienangeh.	in Tsd. 2001	in Tsd. 2001	durch BP in %	6
	S-H	S-H	S-H	BGW		S-H	S-H	S-H	BGW
Verarbeitendes Gewerbe	184	160	86,9	98,6	Verarbeitendes Gewerbe	10	6	63,2	75,8
Baugewerbe	80	72	89,8	94,3	Baugewerbe	16	7	44,3	60,4
Handel und Reparatur	220	211	95,9	9 4 ,3 86,8	Handel und Reparatur	26	, 14	54,5	51,3
Dienstleistungen	704	603	95,9 85,6	80,6	Dienstleistungen	76	25	33,0	37,6
Dienstielstungen	704	003	65,0	00,0	Dienstielstungen	'0	25	33,0	37,0
Insgesamt (2001)	1.244	1.085	87,2	85,7	Insgesamt (2001)	149	58	39,0	42,0
Insgesamt (2002)	1.234	1.103	89,4	85,9	Insgesamt (2002)	149	59	39,7	42,6
				•	. ,				
	ETD	D.D.	DD/ETD			ETD	DD	DD/ETD	
	ETR	BP	BP/ETR			ETR	BP	BP/ETR	
Arbeitnehmerinnen	Arbeitnehmer	Arbeitnehmer	Erfassungsgrad		Geringf. Beschäftigte (ETR)	geringf. Besch.	Sonstg. Besch.	Erfassungsgra	
und Arbeitnehmer	in Tsd. 2001	in Tsd. 2001	durch BP in %		Sonstige Beschäftigte (BP)	in Tsd. 2001	in Tsd. 2001	durch BP in 9	
	S-H	S-H	S-H	BGW		S-H	S-H	S-H	BGW
Verarbeitendes Gewerbe	162	136	84,1	100,4	Verarbeitendes Gewerbe	13	18	138,7	84,2
Baugewerbe	60	62	104,0	102.9	Baugewerbe	5	3	62,2	83.7
Handel und Reparatur	156	163	104,6	96,2	Handel und Reparatur	39	34	87,9	74,3
Dienstleistungen	514	489	95,1	89,2	Dienstleistungen	114	90	79,0	65,8
g.	-		, -	,	J			-,-	, -
Insgesamt (2001)	920	881	95,8	94,2	Insgesamt (2001)	175	146	83,4	70,6
Insgesamt (2002)	910	891	97,9	94,1	Insgesamt (2002)	175	153	87,5	72,4

2.4 Struktur der Betriebe und der Beschäftigten sowie Beschäftigungsentwicklung 2001/2002

Im folgenden wird die Struktur der Betriebe und der Beschäftigten auf der Basis der amtlichen Zahlen der Sozialversichertenstatistik für Schleswig-Holstein dargestellt und mit dem Bundesgebiet West verglichen. Im einzelnen geht es dabei um

- die Größenstruktur der Betriebe 2002,
- die Verteilung der SV Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen 2002 und
- die Verteilung der SV Beschäftigten auf die Wirtschaftszweige 2002.

Die Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftszweigen wird außerdem auf Basis der hochgerechneten Zahlen der Stichprobe für die Gesamtzahl der Beschäftigten und im Vergleich dazu für die Erwerbstätigen dargestellt.

Schließlich wird die Entwicklung der Beschäftigten 2001/2002 dargestellt, nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen wiederum auf Basis der Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, nach Wirtschaftszweigen außerdem für die Erwerbstätigen. Befunde aus der Betriebspanel-Datei werden hier nicht ausgewertet, da sich die bereits dargelegte Ungenauigkeit der Hochrechnung für das Jahr 2002 insbesondere auf die Veränderungsraten (weniger auf Strukturbefunde) niederschlagen. In diesem Zusammenhang sei auf die im Teil A des Arbeitsmarktberichts ausführlich dargestellten Ergebnisse verwiesen, die vor allem über den nur kurzen Zeithorizont 2001/2002 hinausgehen und außerdem Vergleiche mit anderen Bundesländern und regionale Befunde beinhalten.

Größenstruktur der Betriebe Schleswig-Holsteins

Die Darstellung der Größenstruktur der Betriebe auf Basis der Sozialversichertenstatistik betrachtet wie auch die Betriebspanel-Datei nur Betriebe (sowie Behörden, Einrichtungen usw.), in denen mindestens ein SV Beschäftigter tätig ist. Sie gibt die Verteilung der Betriebe auf Größenklassen wieder, die über die SV Beschäftigten in den Betrieben definiert sind. Die Abweichungen der Größenstruktur in Schleswig-Holstein von der des Bundesgebietes West entspricht den Erwartungen, sie ist allerdings nur von geringem Ausmaß: Der Anteil kleiner Betriebe ist im Land etwas höher, der Anteil großer Betriebe entsprechend etwas kleiner als im Bundesgebiet West (BGW).

Anteil kleiner Betriebe an allen Betrieben:

Betriebe mit weniger als 5 SV Beschäftigten: S-H 63,6% (BGW 62,8%) Betriebe mit weniger als 20 SV Beschäftigten: S-H 90,7% (BGW 89,9%).

Anteil großer Betriebe an allen Betrieben:

Betriebe mit 200 und mehr SV Beschäftigten: S-H 0,6% (BGW 0,9%) Betriebe mit 50 und mehr SV Beschäftigten: S-H 3,4% (BGW 4,2%).

Die Sozialversichertenstatistik weist die Größenstruktur der Betriebe auch nach Wirtschaftszweigen aus. Im industriellen Bereich und im Bereich Öffentlicher Dienst/Organisationen erreicht der Anteil großer Betriebe (200 und mehr SV Beschäftigte) mindestens 2%, bei Betrieben mit 50 und mehr SV Beschäftigten liegen die Anteile hier bei über 8%. Den höchsten

Anteil größerer Betriebe (ab 50 Beschäftigte) erreicht der Wirtschaftszweig Produktionsgüter mit 15%. In Schleswig-Holstein sind große Betriebe in fast allen der in den Tabellen 2.9 bis 2.12 dargestellten Wirtschaftszweige im Vergleich zum Bundesgebiet West unterrepräsentiert, eine Ausnahme bildet nur das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Hier liegt z.B. der Anteil der Betriebe mit mindestens 50 SV Beschäftigten an allen Betrieben im Land bei 10%, im Bundesgebiet West dagegen nur bei 6,5%.

Am anderen Ende der Betriebsgrößenskala bestätigen sich diese Befunde: In den Wirtschaftszweigen Nahrungs- und Genussmittel, Produktionsgüter sowie Investitions- und Gebrauchsgüter liegt der Anteil kleiner Betriebe (weniger als fünf SV Beschäftigte) mit etwa 40% deutlich unter dem oben angegebenen Anteil über alle Wirtschaftszweige (64%), gleiche Verhältnisse zeigen sich für den Größenbereich mit weniger als zehn SV Beschäftigten (55-60% gegenüber gut 80%).

Verteilung der Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen 2002

Die Struktur der SV Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen wird in den folgenden Tabellen 2.9 (für Schleswig-Holstein) und 2.10 (Vergleich Schleswig-Holstein mit Bundesgebiet West) sowie in der Abbildung 2.3 dargestellt.

Über alle Wirtschaftsbereiche zeigt sich auch hier eine Abweichung der Struktur des Landes vom Bundesgebiet West zugunsten der unteren Größenklassen, wobei die Unterschiede deutlicher ausfallen als bei der zuvor dargestellten Größenverteilung der Betriebe. So arbeiten in Schleswig-Holstein 26,5% aller SV Beschäftigten in großen Betrieben (mit 200 und mehr SV Beschäftigten), im Bundesgebiet West dagegen fast 37%. Bei den kleinen Betrieben sind die Verhältnisse umgekehrt: In Betrieben mit weniger als zehn SV Beschäftigten arbeiten in Schleswig-Holstein 22,0% aller SV Beschäftigten, im Bundesgebiet West sind es dagegen nur 17,6%.

Die Tabelle 2.10 stellt die Differenz dieser Beschäftigtenanteile zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West dar – sie zeigt über alle Wirtschaftsbereiche, dass die Betriebe mit bis zu 100 SV Beschäftigten im Land einen größeren Stellenwert haben als im Bund. Hier werden auch die Besonderheiten des Landes in den einzelnen Wirtschaftszweigen deutlich, allerdings mit dem Vorbehalt, dass nur der Ausschnitt der SV Beschäftigten dargestellt wird. So kann der Vergleich mit dem Bundesgebiet West auch dadurch geprägt sein, dass sich die Beschäftigung in einzelnen Wirtschaftsbereichen (z.B. Landwirtschaft oder Erziehung, Unterricht) unterschiedlich auf die einzelnen Kategorien (SV Beschäftigte, Beamte, Selbständige) aufteilt. In Wirtschaftszweigen mit überwiegend SV Beschäftigten ist der Vergleich aber möglich. So entfällt in Schleswig-Holstein vor allem in den Wirtschaftszweigen Produktionsgüter, Investitions- und Gebrauchsgüter sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe ein deutlich geringerer Anteil der SV Beschäftigten auf die oberste Betriebsgrößenklasse als im Bundesgebiet West.

Die Abbildung 2.3 stellt die Unterschiede der Verteilung der SV Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West über alle Wirtschaftszweige optisch dar.

Tabelle 2.9: Verteilung der SV Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein

amtliche Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, 30. 6. 2002

Zuordnung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen der Sozialversichertenstatistik 2002

Beschäftigtenanteile in % in den Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte)

		Boothangion	articlic iii 70 iii	I Doundbog		0. 2000			
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	25,3	11,4	11,7	14,5	6,7	9,3	21,2	100,0
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	3,4	6,2	9,9	17,5	15,4	15,7	32,0	100,0
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	7,0	7,2	9,8	12,9	10,0	17,5	35,5	100,0
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	2,2	3,0	5,5	12,8	14,0	18,8	43,7	100,0
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	3,3	5,0	8,2	11,9	9,4	12,5	49,7	100,0
Baugewerbe (45)	7	16,3	20,5	22,6	21,7	10,5	6,0	2,3	100,0
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	13,5	13,8	15,4	19,8	14,4	9,8	13,4	100,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	8,9	10,0	12,7	18,5	13,5	10,9	25,4	100,0
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	8,4	6,1	6,3	12,7	11,1	11,9	43,6	100,0
Gastgewerbe (55)	11	24,5	21,2	18,6	20,3	8,5	2,8	4,0	100,0
Erziehung und Unterricht (80)	12	8,9	11,5	15,7	18,3	12,5	13,6	19,5	100,0
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	10,3	10,0	7,2	13,1	12,3	11,5	35,6	100,0
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	13,7	11,8	15,0	17,9	13,3	10,1	18,3	100,0
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	27,0	16,7	13,6	12,9	9,2	4,9	15,6	100,0
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	4,8	3,8	6,0	15,9	14,6	13,2	41,7	100,0
Summe		11,3	10,7	11,9	16,4	12,2	10,9	26,5	100,0

Tabelle 2.10: Verteilung der SV Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen – Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem Bundesgebiet West

amtliche Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, 30. 6. 2002

Differenz zwischen den Beschäftigtenanteilen: Schleswig-Holstein minus Bundesgebiet West

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte)

Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9		20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
- · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·									
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	11,1	2,3			-1,5	0,5	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	· ·
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	-2,1	-2,5	-1,0	3,1	4,2	0,8	-2,4	0,0
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	2,0	1,8	2,2	-0,3	-3,5	1,1	-3,4	0,0
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	-0,2	0,0	1,1	3,7	3,7	6,6	-14,9	0,0
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	1,1	1,9	3,3	3,4	1,2	2,1	-13,0	0,0
Baugewerbe (45)	7	1,6	2,6	2,2	1,4	-0,2	-1,8	-5,8	0,0
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	0,7	0,9	1,4	1,2	0,9	-1,6	-3,5	0,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	1,1	1,8	1,7	2,6	1,2	-0,2	-8,3	0,0
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	3,5	2,5	1,8	3,8	1,6	-0,1	-13,2	0,0
Gastgewerbe (55)	11	-1,3	4,4	3,1	-0,3	-0,7	-2,3	-2,8	0,0
Erziehung und Unterricht (80)	12	3,6	2,4	1,9	3,5	2,0	4,8	-18,1	0,0
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	0,7	0,2	1,2	4,0	0,6	0,9	-7,5	0,0
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	2,5	2,0	3,3	2,1	0,2	-2,6	-7,4	0,0
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	3,9	3,8	2,9	0,9	-0,3	-4,2	-7,0	0,0
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	-0,7	0,1	0,6	4,1	1,7	-0,7	-5,0	0,0
Summe		2,3	2,1	2,4	3,0	1,0	-0,3	-10,3	0,0

Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftszweige 2002

Die sektorale Wirtschaftsstruktur der Beschäftigten ("Branchenstruktur") wird zunächst wiederum für die SV Beschäftigten anhand der Zahlen aus der amtlichen Sozialversichertenstatistik quantifiziert, wobei auch hier eine nach Betriebsgrößenklassen differenzierte Matrix dargestellt wird. Die Tabelle 2.11 zeigt die Befunde für Schleswig-Holstein zum 30. Juni 2002, die folgende Tabelle 2.12 gibt die Unterschiede zwischen den Branchenstrukturen Schleswig-Holsteins und des Bundesgebietes West im Jahr 2002 an.

Danach folgt in Tabelle 2.13 eine vergleichende Darstellung der Branchenstruktur der SV Beschäftigten mit der Struktur für *alle* im IAB-Betriebspanel erfassten Beschäftigten und mit derjenigen der Erwerbstätigen (aus der Erwerbstätigenrechnung).

Betrachtet man die **Branchenstruktur der SV Beschäftigten**, so ist der Bereich Handel, Reparatur in Schleswig-Holstein der größte, er erreicht einen Beschäftigtenanteil von fast 19%. Damit liegt er um über drei Prozentpunkte über dem Anteil im Bundesgebiet West. Weitere große Wirtschaftszweige sind das Gesundheits- und Sozialwesen (13,3%) und der Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (10,1%), auch hier liegen die Anteile in Schleswig-Holstein deutlich über denen im Bund.

In zwei anderen, ebenfalls relativ großen Wirtschaftszweigen sind die Beschäftigtenanteile in Schleswig-Holstein gemessen an den SV Beschäftigten dagegen niedriger als im Bundesgebiet West. Dies gilt für die Investitions- und Gebrauchsgüter und in geringerem Ausmaß auch für die unternehmensorientierten Dienste.

Bei den SV Beschäftigten können die Strukturbefunde um die Verteilung der Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen ergänzt werden. Damit lassen sich auch die genannten größeren Wirtschaftsbereiche weiter differenzieren. Der Bereich Handel, Reparatur hat insbesondere bei den Betrieben mit 5 bis 20 SV Beschäftigten eine überragende Bedeutung, während er bei den großen Betrieben ab 200 Beschäftigten in Schleswig-Holstein erst an vierter Stelle steht. In dieser obersten Größenklasse haben die Investitions- und Gebrauchsgüter in Schleswig-Holstein zwar den höchsten Anteil, er bleibt allerdings deutlich hinter dem im Bundesgebiet West zurück. Andererseits sind in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie Öffentlicher Dienst, Organisationen die Arbeitsstätten mit 200 und mehr SV Beschäftigten in Schleswig-Holstein deutlich stärker repräsentiert als im Bundesgebiet West. Bei den unternehmensorientierten Diensten liefert die Aufteilung nach Betriebsgrößenklassen dagegen keine weiteren differenzierten Erkenntnisse: Die im Land im Vergleich zum Bund niedrigeren Beschäftigtenanteile dieses Wirtschaftszweigs sind in allen Größenklassen zu beobachten.

Aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigtenkonzepte unterscheiden sich die Branchenstrukturen der SV Beschäftigten, der Beschäftigten des IAB-Betriebspanels und der Erwerbstätigen aus der Erwerbstätigenrechnung voneinander, in einigen Wirtschaftszweigen sind die Unterschiede sogar relativ groß. So rückt der Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen bei den Erwerbstätigen – vor allem aufgrund der dort mit berücksichtigten Beamten – auf den zweiten Rang vor, sein Anteil (13,1%) liegt um vier Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil im Bundesgebiet West. Beim IAB-Betriebspanel, das ebenfalls die Beamten, aber nur einen Teil der Selbständigen berücksichtigt, erreicht dieser Wirtschaftszweig sogar fast den Anteil des Bereichs Handel, Reparatur, während andererseits die Bedeutung des Gesund-

heits- und Sozialwesens deutlich geringer ausgewiesen wird als bei den beiden amtlichen Beschäftigtenkonzepten. Hier fehlen im Betriebspanel offenbar größere Teile der selbständigen Erwerbstätigkeit, insbesondere aus dem Gesundheitswesen.

Abbildung 2.3: Verteilung der SV Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen – Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West

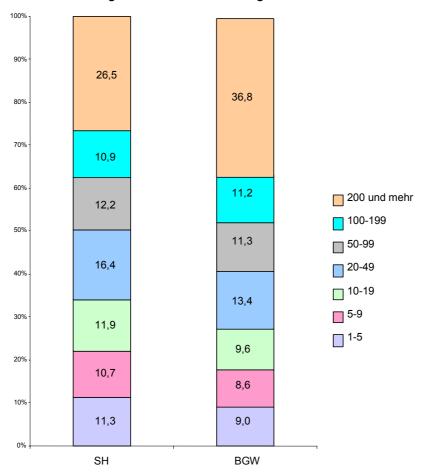


Tabelle 2.11: Struktur der SV Beschäftigten 2002 nach Wirtschaftszweigen

amtliche Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, 30. 6. 2002, Beschäftigtenanteile in % Zuordnung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen der Sozialversichertenstatistik 2002

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte)

Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	· · · ·	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
	1								
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	7,1	3,4		2,8		2,7	2,5	3,2
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	0,9	1,7	2,4	3,0	3,6	4,1	3,5	2,9
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	1,9	2,1	2,6	2,4	2,5	5,0	4,1	3,1
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	0,7	1,1	1,8	3,0	4,4	6,6	6,3	3,8
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	2,8	4,5	6,7	7,0	7,4	11,1	18,1	9,6
Baugewerbe (45)	7	10,4	13,8	13,6	9,5	6,1	4,0	0,6	7,2
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	22,3	24,1	24,1	22,6	21,9	16,8	9,4	18,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	4,6	5,4	6,2	6,6	6,4	5,8	5,6	5,8
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	2,5	1,9	1,8	2,6	3,1	3,7	5,6	3,4
Gastgewerbe (55)	11	8,6	7,9	6,2	4,9	2,7	1,0	0,6	4,0
Erziehung und Unterricht (80)	12	2,0	2,7	3,3	2,8	2,6	3,1	1,8	2,5
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	12,1	12,4	8,0	10,6	13,3	14,1	17,8	13,3
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	10,5	9,5	10,9	9,4	9,4	8,1	6,0	8,7
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	9,1	5,9	4,4	3,0	2,9	1,7	2,2	3,8
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	4,3	3,6	5,0	9,7	12,0	12,2	15,8	10,1
Summe		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle 2.12: Struktur der SV Beschäftigten 2002 nach Wirtschaftszweigen – Vergleich Schleswig-Holsteins mit dem Bundesgebiet West

amtliche Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, 30. 6. 2002

Differenz zwischen den Beschäftigtenanteilen in Prozentpunkten (Schleswig-Holstein minus Bundesgebiet West)

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2001)

		Detriebogrosse	110000111	Descriating to 2	001)				
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	3,7	1,1	0,8	0,8	0,2	1,0	0,3	1,0
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	-0,7	-1,0	-0,6	0,3	1,0	0,7	1,0	0,3
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	-0,2	-0,3	-0,5	-1,3	-2,0	-0,6	0,1	-0,7
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	-1,0	-1,2	-1,3	-1,4	-1,5	-0,4	-4,0	-2,7
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	-0,8	-0,9	-0,9	-2,4	-3,5	-2,7	-7,3	-5,2
Baugewerbe (45)	7	0,3	0,9	0,4	0,2	0,3	-0,3	-0,7	1,0
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	0,4	0,9	1,5	1,0	3,3	1,0	2,3	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	0,0	0,4	0,1	0,2	0,6	0,5	0,7	0,5
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	0,2	0,2	-0,2	-0,2	-0,5	-0,8	-1,0	-0,9
Gastgewerbe (55)	11	0,5	2,3	1,6	0,6	0,4	-0,3	0,1	1,1
Erziehung und Unterricht (80)	12	0,1	-0,6	-1,2	-0,6	-0,3	0,7	-1,3	-0,6
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	0,3	-0,2	1,1	3,1	1,8	3,6	4,9	2,2
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	-2,8	-2,6	-2,1	-3,1	-3,0	-4,0	-1,5	
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	0,3	0,8	0,5	-0,1	0,0	-1,1	0,1	0,4
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	-0,4	0,3	0,8	3,1	3,3	2,8	6,2	2,5
Summe		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 2.13: Branchenstruktur der SV Beschäftigten, der Beschäftigten aus dem IAB- Betriebspanel und der Erwerbstätigen aus der Erwerbstätigenrechnung

		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West		
	Code	SV Beschäftigte	Beschäftigte	Erwerbstätige	SV Beschäftigte	Erwerbstätige	
Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	(Schichtung)	SV Statistik	Betriebspanel	ET-Rechnung	SV Statistik	ET-Rechnung	
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	3,16	3,46	4,43	2,18	3,28	
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	2,87	1,33	2,41	2,59	2,37	
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	3,10	2,32	2,66	3,82	3,37	
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	3,84	1,78	2,86	6,49	4,68	
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	9,65	9,03	6,66	14,90	11,06	
Baugewerbe (45)	7	7,19	6,43	6,07	6,20	5,45	
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	18,69	19,22	17,60	15,52	15,77	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	5,83	4,26	5,61	5,36	5,42	
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	3,38	2,61	2,87	4,25	3,51	
Gastgewerbe (55)	11	3,96	3,41	5,58	2,83	4,59	
Erziehung und Unterricht (80)	12	2,51	2,31	4,26	3,11	4,74	
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	13,28	6,88	11,95	11,06	10,40	
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	8,67	10,33	8,98	10,66	11,24	
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	3,81	8,24	4,96	3,45	4,87	
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	10,05	18,38	13,11	7,57	9,25	
Gesamtwirtschaft		100	100	100	100	100	

Entwicklung der SV Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen

Während im Teil A des Arbeitsmarktberichts vielfältige Befunde zur Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre, darunter auch für längere Zeitreihen, meist auf Basis der Erwerbstätigenrechnung dargestellt werden, liefert das IAB-Betriebspanel auf der Grundlage der bislang einzigen für Schleswig-Holstein vorliegenden Befragungswelle 2002 nur Vergleichszahlen für 2001 und 2002. In diesem Teil der Berichterstattung beschränken sich die Darstellungen zur Beschäftigungsentwicklung daher auf diese beiden Jahre. Analysen für längere Zeitreihen werden im Rahmen des IAB-Betriebspanels erst durchgeführt werden können, wenn mehrere aufeinander folgende Befragungen für Schleswig-Holstein vorliegen. Dann wird es auch möglich sein, bestimmte wohl definierte, im Zeitablauf konstante Teilmengen der Betriebe über die Zeit zu verfolgen, also Panelanalysen im eigentlichen Sinne vorzunehmen. Im folgenden wird bereits deutlich, warum bestimmte Fragen zur Beschäftigungsentwicklung mit der herkömmlichen Querschnittsstatistik nicht korrekt zu beantworten sind.

Die Entwicklung der Zahl der SV Beschäftigten 2001/2002 wird in den beiden folgenden Tabellen differenziert nach Wirtschaftszweigen und nach Betriebsgrößenklassen dargestellt. Die Tabelle 2.14 zeigt die Entwicklung 2001/2002 in Schleswig-Holstein anhand von Indexzahlen für die SV Beschäftigten 2002, bei Normierung der Beschäftigtenzahl 2001 auf den Ausgangswert 100. Die folgende Tabelle 2.15 liefert einen Entwicklungsvergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West in Form von "Regionalfaktoren", die sich als Quotienten aus den Indexwerten für Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West ergeben. Ein Regionalfaktor (RF) von 100 bedeutet also, dass die Entwicklungsrate 2001/2002 im Land mit der im Bund übereinstimmt, bei einem Regionalfaktor über 100 (unter 100) war die Beschäftigungsentwicklung im Land besser (schlechter) als im Bund. Für die SV Beschäftigten (B) der Jahre t_0 =2001 und t_1 =2002 ist der Regionalfaktor Schleswig-Holsteins (SH) in Relation zum Bundesgebiet West (BGW) also:

$$RF_{SH} = \frac{B_{SH}(t_1)}{B_{SH}(t_0)} / \frac{B_{BGW}(t_1)}{B_{BGW}(t_0)}$$
.

Gemessen an der Entwicklung der SV Beschäftigten waren die Wirtschaftsbereiche Gesundheit, Soziales (Zunahme der Beschäftigung 2001/2002 um 3,6%), das Gastgewerbe (+1,6%) und die unternehmensorientierten Dienste (+1,0%) die erfolgreichsten Branchen. Die stärksten Einbußen gab es im Baugewerbe (–6,9%), im Bereich der Verbrauchs- und Produktionsgüter (–4,2% bzw. –2,6%) und bei Erziehung, Unterricht (–2,5%). Letzteres war offenbar teilweise bedingt durch den Wechsel von Angestellten ins Beamtenverhältnis, denn bei der gesamten Erwerbstätigkeit lag der Rückgang nur bei 1,5%. Die Branchen mit der günstigsten und der schlechtesten Entwicklung wurden aber auch von der Erwerbstätigenrechnung bestätigt (Gesundheit, Soziales +3,6%, Baugewerbe –6,7%).

Eine Ergänzung zu den Entwicklungsbefunden aus dem Teil A des Arbeitsmarktberichts stellen die nach Betriebsgrößenklassen differenzierten Befunde dar. Sie zeigen aber auch die Grenzen einer Statistik auf, die eine reine Querschnittsbetrachtung bzw. einen Querschnittsvergleich darstellt. Auffällig ist hier nämlich die Beobachtung, dass die Beschäftigung in der obersten Klasse (ab 200 SV Beschäftigte) über alle Wirtschaftsbereiche um 2,1% gesunken, in der darunter angeordneten Klasse (100-199 Beschäftigte) dagegen um 2,3% gestiegen ist.

Der Beschäftigungszuwachs in der Klasse 100-199 Beschäftigte ist aber vermutlich nicht auf die günstige Entwicklung der Betriebe dieser Größe zurückzuführen, sondern darauf, dass Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten im Jahr 2001 aufgrund schrumpfender Beschäftigtenzahl im Jahr 2002 in die darunter liegende Klasse gerutscht sind. Mit anderen Worten, wir erkennen bei einer Querschnittsanalyse nicht, ob die einzelnen Klassen von einem zum anderen Jahr neu besetzt worden sind, wir können daher auch von den Veränderungszahlen der Betriebsgrößenklassen nicht auf erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Betriebsgrößen schließen. Eine solche Analyse wäre in der Tat nur im Rahmen einer Panelanalyse möglich, die die Entwicklung von über die Zeit unveränderten Gruppen von Betrieben verfolgen kann. Unter diesem Vorbehalt sind die nach Branchen und Betriebsgrößenklassen differenzierten Entwicklungszahlen in Tabelle 2.14 zu sehen. So dürfte der starke Zuwachs der Beschäftigung bei den unternehmensorientierten Diensten im Betriebsgrößenbereich 20-99 Beschäftigte einerseits aus dem Beschäftigungszuwachs in den Betrieben dieser Größe resultieren, zum anderen dürfte er aber auch daraus bestehen, dass kleinere Betriebe in diesen Größenbereich hineinwachsen und/oder dass Betriebe der obersten Größenklasse schrumpfen und nun in die niedrigere Größenklasse fallen.

Der Vergleich der Beschäftigungsentwicklung zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West wird anhand der Regionalfaktoren in der Tabelle 2.15 deutlich. Bei den SV Beschäftigten über alle Betriebsgrößenklassen war die Entwicklung in Schleswig-Holstein in den Bereichen Landwirtschaft, Verbrauchsgüter, Verkehr und Nachrichten sowie Gesundheits- und Sozialwesen etwas günstiger als im Bundesgebiet West. Dies wird durch die Erwerbstätigenstatistik allerdings nur für die Verbrauchsgüter bestätigt, während sich die Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft und im Bereich Verkehr, Nachrichten nicht günstiger entwickelt hat als im Bund. Eine im Vergleich zum Bund ungünstigere Entwicklung hatten vor allem die Bereiche Erziehung, Unterricht und Nahrungs- und Genussmittel sowie mit einem etwas geringeren Rückstand das Baugewerbe und das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Die schlechte Position des Bereichs Erziehung, Unterricht bei den SV Beschäftigten wurde oben bereits erläutert, allerdings war auch die Entwicklung der gesamten Erwerbstätigkeit in diesem Bereich im Land etwas ungünstiger als im Bundesgebiet West.

Bei den nach Betriebsgrößenklassen differenzierten Befunden weichen die Regionalfaktoren zum Teil recht deutlich von 100 ab. Hier wird sichtbar, in welchen Betriebsgrößenbereichen die für die Branchen festgestellten Entwicklungsdefizite oder -vorsprünge des Landes gegenüber dem Bund vorliegen. So besteht der Entwicklungsrückstand des Landes beim Baugewerbe – um nur ein Beispiel zu nennen – vor allem in der obersten Größenklasse der Betriebe mit 200 und mehr Beschäftigten. Die über alle Branchen aggregierten, gesamtwirtschaftlichen Regionalfaktoren zeigen im übrigen, dass die oben bereits dargestellte günstige Entwicklung der Klasse 100-199 Beschäftigte auf Kosten der obersten Größenklasse zwar für Schleswig-Holstein, aber nicht für das Bundesgebiet West gilt.

Tabelle 2.14: Entwicklung der Zahl der SV Beschäftigten 2001/2002 nach Branchen und Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein

Indexzahlen für 2002 (2001=100) für die SV Beschäftigten (auch nach Betriebsgrößenklassen) amtliche Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, 30. 6. 2001 und 2002

Zuordnung der SV Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen der Sozialversichertenstatistik 2001 bzw. 2002

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte)

Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	99,2	99,1	97,4	106,8	87,8	99,3	103,9	100,1
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	94,1	99,6	95,2	98,6	89,8	105,5	98,3	97,6
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	94,6	99,9	95,3	94,0	83,0	117,1	91,9	95,8
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	100,4	95,7	97,5	95,2	99,5	100,8	96,1	97,4
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	98,1	101,0	103,6	95,5	113,2	93,6	96,6	98,3
Baugewerbe (45)	7	98,7	99,6	88,1	94,5	90,7	97,1	60,1	93,1
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	99,0	98,9	103,3	96,3	104,2	93,4	98,6	99,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	95,9	102,7	103,8	103,9	96,9	143,7	86,2	99,9
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	103,8	90,2	92,3	96,7	105,4	93,9	101,6	99,2
Gastgewerbe (55)	11	98,0	102,7	102,8	107,3	93,6	86,2	121,3	101,6
Erziehung und Unterricht (80)	12	96,6	99,2	97,9	91,5	98,5	106,6	96,1	97,5
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	100,9	102,5	102,1	104,1	105,1	113,0	101,6	103,6
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	102,9	100,4	98,1	104,6	105,0	105,0	94,7	101,0
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	103,5	99,2	101,4	107,2	89,5	82,8	103,2	100,2
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	93,7	98,1	98,2	103,7	94,5	102,3	102,6	100,5
Gesamtwirtschaft		99,1	99,9	98,9	99,7	99,7	102,5	97,9	99,4

Tabelle 2.15: Entwicklung der Zahl der SV Beschäftigten 2001/2002 nach Branchen und Betriebsgrößenklassen - Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West

Regionalfaktoren: Entwicklung in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet West (gleiche Entwicklung: Wert des Regionalfaktors 100) amtliche Zahlen aus der Sozialversichertenstatistik, 30. 6. 2001 und 2002

Zuordnung der SV Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen der Sozialversichertenstatistik 2001 bzw. 2002

Betriebsgrößenklassen (SV Beschäftigte 2001)

Wirtschaftszweig (WZ93 Code)	Code-Sch.	1 - 4	5 - 9	10 - 19		50 - 99	100 - 199	ab 200	Summe
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau (01,02,05,10-14,40,41)	1,2	98,6			109,8		91,2	109,6	102,0
Nahrungs- und Genussmittel (15-16)	3	99,3	101,6	95,5	97,3	92,2	105,3	97,1	97,7
Verbrauchsgüter (17-19, 21-22, 36)	4	97,6	102,2	100,0	97,9	85,2	122,9	98,4	100,8
Produktionsgüter (20, 23-27, 37)	5	101,0	98,9	102,2	97,1	100,8	106,0	99,1	100,5
Investitions- und Gebrauchsgüter (28-35)	6	98,6	100,8	103,3	97,9	113,2	93,3	98,6	99,7
Baugewerbe (45)	7	99,7	102,9	93,5	101,4	97,8	102,7	66,1	98,3
Handel, Reparatur u. Instandh. v. Kfz. u. Gebrauchsg. (50-52)	8	100,1	99,4	102,9	96,9	105,2	92,3	100,5	99,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60-64)	9	96,6	101,5	103,0	102,9	92,9	140,2	91,7	101,0
Kredit- und Versicherungsgewebe (65-67)	10	102,2	91,1	94,2	97,9	109,8	94,7	99,2	98,5
Gastgewerbe (55)	11	97,4	100,3	100,2	101,1	92,4	86,2	124,6	99,5
Erziehung und Unterricht (80)	12	95,7	98,4	94,4	90,7	98,4	105,0	92,4	95,2
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (85)	13	100,2	98,3	97,6	99,8	101,7	107,2	99,9	100,8
unternehmensorientierte Dienste (72,73,741,744,71,742,743,745-748)	14,15,16,18	100,3	98,8	95,1	102,8	104,6	104,4	94,9	99,9
sonstige Dienste (70,90,92,93)	17,19	101,8	98,6	98,8	105,5	86,5	81,6	100,9	98,3
Öffentlicher Dienst, Organisationen (75, 91, 95, 99)	20	95,7	98,8	98,1	103,3	94,4	103,3	99,9	99,5

3. Basisdaten zu Betriebslandschaft und Beschäftigung

Der Abschnitt 3 liefert Informationen zur Biographie der vom IAB-Betriebspanel erfassten Arbeitsstätten, beschreibt die Struktur der Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein nach Geschlecht, Qualifikation und nach verschiedenen Erwerbsformen und stellt einige Grunddaten zu den Arbeitseinkommen dar. Im Mittelpunkt des Abschnitts 3.1 steht die Betriebslandschaft in Schleswig-Holstein. Die Besonderheiten des Landes hinsichtlich der Branchenstruktur der Wirtschaft und der Betriebsgrößenstruktur wurden bereits im Abschnitt 2.4, zum Teil auch im Teil A des Arbeitsmarktberichts diskutiert. Hier werden weitere Merkmale der Betriebsbiographie, u.a. die Rechtsform, Eigentumsverhältnisse, Art und Alter der Betriebe, Betriebe mit zeitlich schwankender Produktion, anhand der Befunde der Arbeitgeberbefragung 2002 dargestellt, die auf Besonderheiten der schleswig-holsteinischen Betriebslandschaft hinweisen sollen. Bei den Auswertungen zur Erwerbsstruktur (Abschnitt 3.2) werden zunächst die bereits im Abschnitt 2 behandelten Beschäftigtengruppen nach der Stellung im Betrieb dargestellt, darüber hinaus die Tätigkeitsgruppen nach der Qualifikation der Arbeitskräfte und nach dem Geschlecht und schließlich die Beschäftigungsverhältnisse abseits der regulären, unbefristeten Vollbeschäftigung. Hier wird zunächst ein Überblick geliefert, im Abschnitt 4.1 wird dann die Thematik der besonderen Beschäftigungsverhältnisse im Zusammenhang mit der Flexibilisierung der Beschäftigung erneut aufgegriffen. Der Abschnitt 3.3 schließt mit einem Überblick über die Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter) je Beschäftigten und die Tariflohnbindung bzw. -orientierung.

3.1 Betriebsbiographie: Rechtsform, Eigentum, Betriebsart, Betriebsalter

Die Betriebslandschaft in Schleswig-Holstein unterscheidet sich von der des Bundesgebietes West einerseits durch ihre Branchenzusammensetzung und zum anderen durch ihre Größenstruktur. Traditionell ist der Tertiarisierungsgrad der Wirtschaft des Landes höher, der Industrieanteil dagegen geringer als im Bund, und die kleinen und mittleren Betriebe haben hier ein größeres, Großbetriebe entsprechend ein kleineres Gewicht als der westdeutsche Durchschnitt. Weitere Basisinformationen zur Biographie der Betriebe und zur Betriebslandschaft des Landes liefern die folgenden Merkmale, die im Rahmen des IAB-Betriebspanels regelmäßig erfasst werden:

- Betriebsart
- Rechtsform
- Betriebsalter (Alt- oder Neubetrieb)
- Eigentumsverhältnisse
- Organisationsgrad (Kammerzugehörigkeit, Betriebs-/Personalrat)
- schwankende betriebliche Aktivität
- organisatorische Veränderungen 2001/2002.

Betriebsart:

Bei der Betriebsart unterscheidet die Arbeitgeberbefragung zwischen vier Kategorien, von denen drei im folgenden dargestellt werden:⁸

- a) Eigenständiges Unternehmen (eigenständige Einrichtung) ohne Niederlassung
- b) Zentrale/Hauptsitz eines Mehrbetriebsunternehmens (einer Einrichtung mit mehreren Niederlassungen)
- c) Niederlassung/Dienststelle/Filiale eines Mehrbetriebsunternehmens (einer Einrichtung mit mehreren Niederlassungen).

Betrachtet man die Struktur der Betriebe, so erreicht die Kategorie "Eigenständiges Unternehmen" in Schleswig-Holstein einen Anteil von 87% an allen Betrieben des Landes,⁹ Niederlassungen/Filialen haben einen Anteil von 9% und Zentralen von Mehrbetriebsunternehmen von 2%. Ähnlich sind die Verhältnisse im Bundesgebiet West (85% / 10% / 3%). Die Konzentration auf eigenständige Unternehmen ist im Verarbeitenden Gewerbe noch stärker (94% in Schleswig-Holstein bzw. 91% im Bundesgebiet West), während die Kategorie Niederlassung/Filiale im Bereich Handel, Reparatur immerhin 16% erreicht (im Bundesgebiet West nur 13%), hier sinkt der Anteil der eigenständigen Unternehmen auf 80%. Im Dienstleistungsbereich entsprechen die Anteile etwa den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen (vgl. Tabelle 3.1).

Deutliche Unterschiede der Gewichte der drei Betriebsarten bestehen allerdings, wenn nach Betriebsgröße differenziert wird. Mit steigender Betriebsgröße sinkt der Anteil der eigenständigen Unternehmen von knapp 90% (bei Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten) auf gut 40% (bei Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten). Umgekehrt steigen natürlich die Anteile der beiden anderen Kategorien mit zunehmender Betriebsgröße. Im Bereich der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten sind über 40% aller Betriebe Teil eines Mehrbetriebsunternehmens (bzw. einer Einrichtung mit Niederlassungen), entweder Zentrale/Hauptsitz (20% im Bereich 50-249 Beschäftigte, 30% im Bereich ab 250 Beschäftigte) oder Niederlassung/Filiale (jeweils 20%). Ein überraschender Befund ist hier, dass der Anteil der Niederlassungen/Filialen im Bundesgebiet West im Bereich der großen Betriebe deutlich höher ist als in Schleswig-Holstein (29% gegenüber 19%).

Aufgrund der Unterschiede der Betriebsartenstruktur nach der Betriebsgröße liefert die beschäftigtenproportionale Auswertung der Frage ein etwas anderes Bild als die oben dargestellte betriebsproportionale: 85% aller Betriebe sind in Schleswig-Holstein eigenständige Unternehmen. Da sie aber überproportional in die unteren Betriebsgrößenklassen fallen, ist der Anteil der Beschäftigten, der in eigenständigen Unternehmen arbeitet, deutlich niedriger, er liegt bei 64%. Etwa 17% der Beschäftigten arbeiten in Zentralen von Mehrbetriebsunternehmen und 14% in Niederlassungen/Filialen.

⁸ Die vierte Kategorie (regionale oder fachliche Mittelinstanz eines verzweigten Unternehmens bzw. einer verzweigten Einrichtung) ist nur für die Bereich Öffentlicher Dienst/Organisationen von Bedeutung, hier erreicht diese Betriebsform in Schleswig-Holstein einen Anteil von 21%

⁹ Im folgenden: Anteile an allen Betrieben ohne Berücksichtigung der Betriebe, die "weiß nicht" geantwortet oder keine Antwort gegeben haben.

Eine vom Gesamtbefund abweichende Betriebsartenstruktur weisen die Betriebe mit einem hohen Anteil (über 80%) qualifizierter Arbeitskräfte auf: Während insgesamt knapp 10% aller Betriebe Niederlassungen/Filialen darstellen, sind es hier 16%, im Bundesgebiet West sind es sogar 23%.

Rechtsform:

Bei der Rechtsform der Betriebe und Einrichtungen werden sechs Kategorien unterschieden. Im folgenden werden die Einzelunternehmen (Vollhaftung) und die Personengesellschaften einerseits und die Kapitalgesellschaften (GmbH einschl. GmbH & Co. KG und AG einschl. KgaA) andererseits dargestellt. Die beiden übrigen Kategorien charakterisieren Einrichtungen aus dem öffentlichen Bereich und dem Bereich der Organisationen ohne Erwerbscharakter, auf diese soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Insgesamt haben rund zwei Drittel aller Betriebe des Landes den Status Einzelunternehmen (58%) bzw. Personengesellschaft (7%), 28% gehören zur Kategorie der Kapitalgesellschaften (AG bzw. GmbH). Im Bundesgebiet West ist der Anteil der Einzelunternehmen (52%) niedriger und der der Kapitalgesellschaften (34%) höher. Abweichungen bei den Wirtschaftsbereichen bestehen vor allem im Bereich Handel, Reparatur: Hier erreicht der Anteil der Einzelunternehmen nur 45%, während fast 50% der Betriebe den Kapitalgesellschaften zuzurechnen sind. Im Bundesgebiet West ist die Abweichung dieses Wirtschaftszweigs vom Gesamtbild geringer (52% bzw. 35%). Wie zu erwarten, ist der Anteil der Einzelunternehmen im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich in Schleswig-Holstein besonders hoch (70% bzw. 65%), auch deutlich höher als im Bundesgebiet West, wo er unter der 60%-Marke bleibt (vgl. Tabelle 3.1).

Einzelunternehmen konzentrieren sich natürlich in erster Linie auf die unteren Betriebsgrößen, während sie ab einer Betriebsgröße von 50 und mehr Beschäftigten kaum noch vorkommen, umgekehrt ist der Anteil der Kapitalgesellschaften im unteren Betriebsgrößensegment nur sehr klein. In den beiden oberen Betriebsgrößenklassen ab 50 Beschäftigte kommen als weitere Kategorie die Rechtsformen der öffentlichen Einrichtungen und Organisationen hinzu (Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung, Anstalt, Behörde, Amt, Verein, Genossenschaft). Damit sieht die beschäftigtenproportionale Struktur der Rechtsformen wieder deutlich anders aus als die oben beschriebene betriebsproportionale Verteilung: Insgesamt, also über alle Wirtschaftsbereiche, sind nur 22% aller Beschäftigten in Einzelunternehmen bzw. gut 6% in Personengesellschaften tätig, dagegen ist der Anteil der Beschäftigten in Kapitalgesellschaften (45%) deutlich höher als der Betriebsanteil. Außerdem sind über 26% der Beschäftigten in den beiden Rechtsformen der öffentlichen Einrichtungen und Organisationen tätig.

Betriebsalter:

Bei der Frage nach dem Betriebsalter wurde insbesondere danach unterschieden, ob der Betrieb vor 1990 oder später gegründet wurde. Bei den jüngeren Betrieben wurde zusätzlich nach dem Gründungsjahr und der Art der Gründung gefragt.

In Schleswig-Holstein ebenso wie im Bundesgebiet West wurden knapp zwei Drittel aller Betriebe vor 1990 gegründet, 34% sind entsprechend jüngere Betriebe. Unter den Grün-

dungsjahren ab 1990 werden vor allem für die Jahre 1994 und 1999 hohe Gründungszahlen ausgewiesen, gefolgt von den Jahren 1995, 2000 und 2001 (das Jahr 2002 kann hier noch nicht voll gerechnet werden). Unter den Wirtschaftsbereichen ist der Anteil junger Betriebe im Baugewerbe und bei den Dienstleistungen überdurchschnittlich (39% bzw. 42%), während im Verarbeitenden Gewerbe, bei Handel, Reparatur und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen die älteren Betriebe und Einrichtungen dominieren (Anteil jüngerer Betriebe hier nur 25%, 23% und 15%, vgl. Tabelle 3.2). Betrachtet man die Betriebe nach ihrer Größe, so nimmt der Anteil der jungen Betriebe erwartungsgemäß mit steigender Betriebsgröße ab – von 36% bei den Kleinbetrieben (bis 9 Beschäftigte) auf 11% bei den Großbetrieben (ab 250 Beschäftigte).

Neuere Gründungen können "Neugründungen" im eigentlichen Sinne, Eigentümerwechsel oder Ausgründungen darstellen. 78% der Gründungen nach 1990 stellen echte Neugründungen dar, in 20% der Fälle waren es lediglich Eigentümerwechsel und bei 5% der Fälle Ausgründungen (hier waren Mehrfachnennungen möglich). Echte Neugründungen treten vor allem im kleinsten Betriebssegment bis 9 Beschäftigte auf (85% aller Gründungen in dieser Größenklasse), während bei größeren Betrieben ab 50 Beschäftigte auch Ausgründungen eine Rolle spielen (42% der Fälle bei mittleren und 26% der Fälle bei Großbetrieben ab 250 Beschäftigte). Bei den Betrieben mit 10-49 Beschäftigten und bei den Großbetrieben erreichen in Schleswig-Holstein auch Eigentümerwechsel einen nicht unerheblichen Anteil (28% bzw. 31%), bei den Großbetrieben ist der entsprechende Anteil im Bundesgebiet West mit 13% deutlich niedriger. Eigentümerwechsel spielt bei den Wirtschaftsbereichen Handel, Reparatur und Dienstleistungen eine signifikante Rolle (22% aller Neugründungen), in den anderen Bereichen ist er dagegen kaum vertreten.

Eigentumsverhältnisse:

Bei der Frage, in welchem Eigentum sich die Betriebe mehrheitlich oder ausschließlich befinden, wurde im einzelnen nach westdeutschem, ostdeutschem, ausländischem oder öffentlichem Eigentum differenziert. Unter den Antworten, die auf diese vier Kategorien entfallen, nahm das westdeutsche Eigentum bei den Betrieben Schleswig-Holsteins den weitaus größten Anteil ein (93%), ostdeutsches Eigentum wurde in keinem Fall angegeben. Interessant im Zusammenhang mit dieser Frage ist also vor allem der Anteil der Betriebe, die sich in ausländischem Eigentum befinden.

Über alle Wirtschaftsbereiche liegt der Anteil der Betriebe in ausländischem Eigentum (an allen Betrieben, die die Frage explizit beantwortet haben), in Schleswig-Holstein bei über 3% und damit etwas höher als im Bundesgebiet West (2%). Im Bereich der Dienstleistungen ist der Anteil etwas höher als der gesamtwirtschaftliche, er erreicht in Schleswig-Holstein knapp 4%, im Bundesgebiet liegt er etwas über 3%. Größer sind die Unterschiede in den Betriebsgrößenklassen: In Schleswig-Holstein liegt der Anteil "in ausländischem Eigentum" in den beiden oberen Klassen (50-249 bzw. ab 250 Beschäftigte) deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Wert (7% bzw. 5%), im Bereich 10-50 Beschäftigte ist er am niedrigsten (1%), und in der untersten Klasse (1-9 Beschäftigte) erreicht er etwa den gesamtwirtschaftlichen Anteil. Dort ist er auch höher als im Bundesgebiet West (2%), andererseits ist der Anteil der

großen Betriebe in ausländischem Besitz (ab 250 Beschäftigte: 12%) im Bund deutlich höher als in Schleswig-Holstein.

Bemerkenswert ist im übrigen auch der Befund, dass in Schleswig-Holstein ein nennenswerter Anteil von Betrieben in ausländischem Eigentum entweder in der Gruppe der Betriebe mit einem besonders niedrigen oder mit einem sehr hohen Anteil qualifizierter Beschäftigter auftritt – diese Beobachtung wird auf Bundesebene so nicht bestätigt.

Aus der beschäftigungsproportionalen Auswertung ergibt sich folgendes: Insgesamt arbeiten knapp 940 Tsd. Beschäftigte in Betrieben, die bei den Eigentumsverhältnissen eine der oben genannten Kategorien angegeben haben, darunter gut 40 Tsd. in Betrieben in ausländischem Eigentum, das sind etwa 4,3%.

Organisationsgrad: Kammerzugehörigkeit, Betriebs- und Personalrat

Während sich der Organisationsgrad der Kammerzugehörigkeit vor allem an der Zugehörigkeit der Betriebe zu den großen Wirtschaftsbereichen orientiert, wird der Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft in der Form von Betriebs-/Personalräten vor allem von der Betriebsgröße geprägt.

Bei der Kammerzugehörigkeit wurde in der Befragung weiter nach Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer und anderen Kammern differenziert. Über alle Wirtschaftsbereiche gesehen, ist der Organisationsgrad in Schleswig-Holstein bei den IHK's etwas höher, bei den Handwerkskammern dagegen niedriger als im Bund. Nur 13% der Betriebe in Schleswig-Holstein sind in keiner Kammer vertreten, im Bundesgebiet West sind es mit 19% deutlich mehr. In der Handwerkskammer sind die meisten Betriebe des Baugewebes, aber auch etwa 50% der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes organisiert. Im Bereich Handel, Reparatur sind die IHK's die bei weitem wichtigste Adresse. Dies gilt insbesondere in Schleswig-Holstein, wo über 90% aller Betriebe dieses Bereichs entsprechend organisiert sind, im Bundesgebiet West sind es nur 75%. Auch im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zugehörigkeit zur IHK im Land stärker als im Bund (64% gegenüber 55%). Die Dienstleistungsbetriebe sind etwa zur Hälfte ebenfalls Mitglieder bei den IHK's, jeder vierte Betrieb ist in anderen als den beiden genannten Kammern organisiert, und ein nicht unerheblicher Teil der Dienstleistungsbetriebe ist in keiner Kammerorganisation – dies gilt für Schleswig-Holstein (16%) allerdings weniger als für das Bundesgebiet West (24% unorganisiert).

Betrachtet man alle Betriebe zusammen, so haben in Schleswig-Holstein nur 9% aller Betriebe einen **Betriebs- oder Personalrat**, dies entspricht auch den Verhältnissen im Bundesgebiet West (10%). Der Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft ist allerdings stark von der Betriebsgröße geprägt: Im Bereich der Kleinbetrieben bis 9 Beschäftigte sind nur 4% der Betriebe entsprechend organisiert, der Anteil der Betriebe mit Betriebs-/Personalrat nimmt dann mit den Größenklassen zu und übertrifft bei den Großbetrieben (ab 250 Beschäftigte) die 90%-Marke. Damit ist natürlich ein viel höherer Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebs-/Personalrat tätig als der gesamtwirtschaftliche Betriebsanteil von 9% aussagt: Es sind in Schleswig-Holstein 47%, also jeder zweite Beschäftigte, bei den Arbeitern und Angestellten ist der Anteil noch etwas höher (52%).

Unterschiede zum Bundesgebiet West bestehen nur graduell: In der Betriebsgrößenklasse 10-49 Beschäftigte ist der Anteil der Betriebe mit Personal-/Betriebsrat in Schleswig-Holstein geringer als im Bundesgebiet West (12% gegenüber 18%). Der Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen hat im Vergleich zu den anderen Wirtschaftssektoren einen besonders hohen Organisationsgrad: In Schleswig-Holstein hat jede zweite Einrichtung dieses Bereichs (56%) einen Betriebs-/Personalrat, im Bundesgebiet West sind es dagegen nur 36% der Einrichtungen. Bemerkenswert ist im übrigen, dass die Bedeutung von Betriebs-/Personalrat in Betrieben mit einem hohen Anteil qualifizierter Beschäftigter relativ groß ist – hier sind in Schleswig-Holstein 18% der Betriebe entsprechend organisiert, im Bundesgebiet West sind es sogar 26% dieser Betriebe. Dagegen sind Betriebe mit einem erheblichen Teil Unqualifizierter nur zu einem geringen Teil (4% in Schleswig-Holstein) organisiert.

Schwankungen in der Produktion bzw. Geschäftstätigkeit:

Die Betriebe wurden danach gefragt, ob ihre Produktion bzw. Geschäftstätigkeit stärkeren zeitlichen Schwankungen ausgesetzt ist und inwieweit diese Schwankungen vorhersehbar sind oder nicht. In Schleswig-Holstein bestätigt jeder zweite Betrieb stärkere Schwankungen (52% aller Betriebe), im Bundesgebiet West ist dieser Anteil etwas geringer (47%).

Die Unterschiede der Antworten zu dieser Frage sind weniger in den Wirtschaftsbereichen als für die unterschiedlichen Betriebsgrößen sichtbar. Unter den Wirtschaftsbereichen gibt es vor allem im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein einen hohen Anteil von Betrieben mit stark schwankender Produktion (72%), im Bundesgebiet West äußern sich nur 57% der gewerblichen Betriebe entsprechend. Relativ gering ist der Anteil im Dienstleistungsbereich (43% in Schleswig-Holstein), d. h. hier hat die Mehrheit der Betriebe keine starken Produktionsschwankungen. Dies gilt noch verstärkt für den Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen: In Schleswig-Holstein hat nur jede dritte Einrichtung Schwankungen in der Geschäftstätigkeit (Anteil 32%), im Bundesgebiet West sogar nur jede zehnte Einrichtung (Anteil 11%, vgl. Tabelle 3.2).

Die Frage nach der Vorhersehbarkeit wurde natürlich nur von den Betrieben mit Schwankungen beantwortet, die empirische Basis ist daher für Schleswig-Holstein für gesicherte Aussagen zum Teil recht dünn. Tendenziell lässt sich aber folgendes sagen: In den Bereichen Handel, Reparatur, im Dienstleistungsbereich und vor allem im Öffentlichen Dienst einschl. Organisationen, also im Tertiären Sektor, sind die Schwankungen eher vorhersehbar, meist saisonal, im Baugewerbe in Schleswig-Holstein eher nicht vorhersehbar (dort abweichend im Bundesgebiet West wiederum mehrheitlich vorhersehbar). Im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins treten beide Antworten etwa gleich stark auf, während im Bundesgebiet West eher vorhersehbare Schwankungen vorliegen.

Nach der Betriebsgröße zeigt sich der zu erwartende Befund, dass starke zeitliche Schwankungen eher bei den kleinen (bei 55% der Betriebe des Landes mit bis 9 Beschäftigten) und weniger bei den großen Betrieben (bei 33% der Betriebe ab 250 Beschäftigte) auftreten, wobei dieser Unterschied in Schleswig-Holstein größer ausfällt als im Bundesgebiet West. Folgerichtig ist der Anteil der *Beschäftigten* in Betrieben mit größeren Schwankungen der Produktionstätigkeit (44%) kleiner als der Anteil der *Betriebe* mit dieser Eigenschaft (52%).

Differenziert man bei den Betrieben nach dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte, so weist der Stellenwert schwankender Produktion keine signifikanten Unterschiede aus, allerdings sind die Schwankungen bei den Betrieben mit einem hohen Anteil unqualifizierter Beschäftigter besonders häufig unvorhersehbar.

Betriebliche Veränderungen 2001/2002:

Die Betriebe wurden nach organisatorischen Veränderungen im Zeitraum 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002 gefragt. "Positive" Ereignisse, die für den Betrieb zu einem Beschäftigungszuwachs geführt haben, sind Eingliederungen anderer Betriebe bzw. Unternehmensteile in den befragten Betrieb, in diesem Sinne "negative" Ereignisse bestehen aus entsprechenden Ausgliederungen sowie aus Ausgründungen von Betriebsteilen und aus Schließungen von Betriebsteilen. Die Schließung von gesamten Betrieben wird hier also nicht erfasst.

Insgesamt haben 5% der Betriebe Schleswig-Holsteins für den gegebenen Zeitraum eine Eingliederung gemeldet, wobei dieses Ereignis schwerpunktmäßig im Dienstleistungsbereich eintrat (bei 8% aller Betriebe). Hier zeigt sich in Schleswig-Holstein offenbar eine Konzentrationstendenz, die im übrigen für das Bundesgebiet West nicht bestätigt wird, denn dort haben nur 2% der Betriebe ein entsprechendes Ereignis gemeldet.

Die Meldung eines der für die betriebliche Beschäftigung "negativen" Ereignisse (Ausgliederung, Ausgründung und Schließung von Betriebsteilen) erfolgte in Schleswig-Holstein insgesamt nur bei 3% aller Betriebe. Wenn man nach den fünf großen Wirtschaftsbereichen und den drei Ereignisarten differenziert, gab es nur bei den Schließungen im Verarbeitenden Gewerbe eine nennenswerte Häufigkeit (Anteil über 2%): In diesem Sektor meldeten 5% der Betriebe eine Schließung. Auch dieser relativ hohe Anteil wird für das Bundesgebiet West nicht bestätigt (dort: 1%).

Differenziert man nach Betriebsgrößenklassen, so fanden Eingliederungen in Schleswig-Holstein vor allem in kleineren Betrieben (10-49 Beschäftigte) statt, hier meldeten 8% der Betriebe ein solches Ereignis. Im Bundesgebiet West erreichten nur die größeren Betriebe einen solchen Anteilswert. Die "negativen" Ereignisse traten in Schleswig-Holstein eher in den oberen Größenklassen ab 50 Beschäftigte ein (insbesondere Schließungen von Betriebsteilen in Betrieben mit 50-249 Beschäftigten bzw. Ausgliederungen im Bereich ab 250 Beschäftigte, Anteile von 5%).

Wie zu erwarten, werden enge Beziehungen zwischen diesen Ereignissen und der Beschäftigungsentwicklung 2001/2002 sichtbar: So haben in Schleswig-Holstein 16% aller Betriebe mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung (Zunahme um mindestens 2%) eine Eingliederung gemeldet (im Bundesgebiet West waren es in dieser Kategorie nur 5%). Bei den Betrieben mit Beschäftigungsrückgang (um mehr als 2%) gaben immerhin 4% eine Schließung bzw. 5% eine Ausgliederung an, dies sind höhere Anteile als im Bundesgebiet West. Bei der großen Mehrheit der Betriebe fand der Arbeitsplatzabbau aber durch Schrumpfung und ohne explizite organisatorische Veränderungen statt.

Betriebsbiographie und Beschäftigungsentwicklung:

Im Rahmen der Standardauswertung der Arbeitgeberbefragung durch Infratest Sozialforschung, dokumentiert im Tabellenband Schleswig-Holstein von Infratest zur IAB-Betriebspanel-Welle 10, wird ein Bezug zwischen den oben diskutierten Merkmalen der Betriebsbiographie und der Beschäftigungsentwicklung hergestellt, indem die Ausprägungen der Merkmale getrennt nach den Betrieben mit Beschäftigungswachstum 2001/2002 (mindestens um 2%), mit Beschäftigungsrückgang (um mindestens 2%) und mit in etwa unveränderter Beschäftigung ausgewiesen werden. Dazu folgen hier einige kurze Bemerkungen. Weitergehende Entwicklungsanalysen halten wir auf der Basis dieser ersten Betriebspanel-Auswertung für Schleswig-Holstein noch nicht für sinnvoll, da bislang nur ein sehr kurzfristiges Bild der Beschäftigungsentwicklung vorliegt. Nach Vorlage der zweiten bzw. dritten Arbeitgeberbefragung für Schleswig-Holstein werden wir eine entsprechende Auswertung vorsehen. Dabei ist zu beachten, dass eine isolierte Verknüpfung einzelner betrieblicher Merkmale mit der Beschäftigungsentwicklung aufgrund der engen Verflechtung der Eigenschaften der Betriebsbiographie zu Fehlinterpretationen führen kann. Es wird daher erforderlich sein, die betrieblichen Merkmale simultan der betrieblichen Entwicklung gegenüberzustellen, z.B. mit Hilfe einer multiplen Regression.

Im übrigen wird bei der Standardauswertung durch Infratest bei einer Reihe der oben dargestellten Betriebsmerkmale kein signifikanter Unterschied zwischen den wachsenden, den schrumpfenden und den in der Beschäftigung etwa konstanten Betrieben sichtbar. Unterschiede zeigen sich dagegen bei der Rechtsform und bei der Unterscheidung nach Betrieben mit und ohne Produktionsschwankungen. Bei der Rechtsform sprechen die Befunde für eine etwas günstigere Entwicklung der Einzelunternehmen im Vergleich zu den Kapitalgesellschaften, und Betriebe, die keine Produktionsschwankungen haben, schneiden etwas besser ab als solche mit Schwankungen.

Ein kurzes Fazit:

Die beiden Tabellen 3.1 und 3.2 fassen noch einmal einige wichtige Befunde zur Betriebsbiographie zusammen, dabei steht insbesondere der Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West im Vordergrund. Dazu einige Bemerkungen:

Der Anteil der Niederlassungen/Filialen ist in Schleswig-Holstein im Bereich der großen Betriebe deutlich niedriger als im Bundesgebiet West – sicherlich kein erwartetes Ergebnis.

Nicht überraschend ist dagegen, dass der Anteil der Einzelunternehmen im Baugewerbe und bei den Dienstleistungen im Land besonders hoch ist, er ist auch deutlich höher als im Bundesgebiet West.

Bei kleineren Betrieben (10-49 Beschäftigte) und bei Großbetrieben (ab 250 Beschäftigte) steht hinter neueren Gründungen (ab 1990) in etwa drei von zehn Fällen ein Eigentümerwechsel, ohne dass im eigentlichen Sinne ein neuer Betrieb entstanden wäre. Im Bundesgebiet West tritt diese Variante der neuen Gründung weniger häufig auf.

Der Anteil der großen Betriebe, der in ausländischem Besitz ist, ist im Bundesgebiet West deutlich höher als in Schleswig-Holstein (12% gegenüber 5%).

Im privatwirtschaftlichen Bereich ist der Organisationsgrad der Betriebe im Sinne einer Kammerzugehörigkeit in Schleswig-Holstein höher als im Bundesgebiet West. Der Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft ist im privatwirtschaftlichen Bereich besonders stark von der Betriebsgröße geprägt. Dies führt dazu, dass zwar nur jeder zehnte Betrieb entsprechend organisiert ist, andererseits aber jeder zweite Arbeitnehmer in einem Betrieb mit Betriebs- oder Personalrat beschäftigt ist. Im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen ist die Präsenz von Betriebs- oder Personalrat im übrigen in Schleswig-Holstein sehr hoch, auch deutlich höher als im Bundesgebiet West.

Das Verarbeitende Gewerbe ist in Schleswig-Holstein durch einen im Vergleich zum Bund hohen Anteil von Betrieben mit stark schwankender Produktion geprägt, wobei ein nicht unerheblicher Teil dieser Schwankungen – wiederum anders als im Bund – als nicht vorhersehbar eingestuft wird.

Angaben zur Eingliederung von Betrieben deuten für Schleswig-Holstein auf eine Konzentrationstendenz im Dienstleistungsbereich hin, die in den Daten für das Bundesgebiet West nicht bestätigt wird. Im Verarbeitenden Gewerbe traten im Land von Mitte 2001 bis Mitte 2002 deutlich mehr Schließungen von Betriebsteilen auf als im Bundesgebiet West, sie konzentrierten sich dabei überproportional auf größere Betriebe im Bereich 50-249 Beschäftigte.

 Tabelle 3.1:
 Übersicht zur Betriebsbiographie – Betriebsart und Rechtsform

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

	Betriebsart					Rechtsform								
Wirtschaftsbereiche	eigens	ständig	Zen	trale	Niederl	assung		lunter- men	Perso gesell	onen- schaft		nbH G		rschaft, n, etc.
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW
Verarbeitendes Gewerbe	94	91	2	4	3	5	58	44	12	8	28	46	0	2
Baugewerbe	94	96	0	1	2	1	70	58	2	7	24	33	-	0
Handel und Reparatur	80	81	4	4	16	13	45	52	6	9	48	35	0	2
Dienstleistungen	87	83	2	3	8	10	65	58	7	7	14	21	11	12
Öffentl. Dienst, Organisationen	39	39	7	5	20	30	-	1	-	-	2	1	92	97
Insgesamt	85	83	2	3	9	10	58	52	7	7	22	27	11	11

Tabelle 3.2: Übersicht zur Betriebsbiographie – Betriebsalter, Betriebs-/Personalrat und Produktionsschwankungen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

Wirtschaftsbereiche	Alt-/Neubetrieb: Gründung vor 1990			Personalrat anden	Schwankungen in der Produktion		
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	
Verarbeitendes Gewerbe	74	70	9	12	72	57	
Baugewerbe	57	69	2	3	58	66	
Handel und Reparatur	76	65	5	7	56	52	
Dienstleistungen	54	60	7	10	43	41	
Öffentl.Dienst, Organisationen	78	87	56	36	32	11	
Insgesamt	64	65	9	10	52	47	

3.2 Beschäftigten- und Tätigkeitsgruppen, Beschäftigungsformen

Die Personalstruktur wird im folgenden auf dreierlei Weise differenziert dargestellt:

Beschäftigtengruppen (Beschäftigte nach ihrer Stellung im Betrieb: Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, tätige Inhaber bzw. Inhaberinnen, mithelfende Familienangehörige sowie sonstige, insbesondere geringfügig Beschäftigte), hier für das Jahr 2001,

Tätigkeitsgruppen (Beschäftigte nach ihrer ausgeübten Tätigkeit: un- bzw. angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter, Facharbeiterinnen und -arbeiter, Angestellte und Beamte mit einfacher bzw. mit qualifizierter Tätigkeit, tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer), die zumindest grobe Hinweise auf die Qualifikationsstruktur des Personals geben, hier für das Jahr 2002 und nach dem Geschlecht differenziert, sowie

Beschäftigungsformen (Teilzeitarbeit und befristete Verträge im Rahmen der Kategorie der Beschäftigten, darüber hinaus weitere Beschäftigungsformen außerhalb dieser Kategorie, im einzelnen Aushilfen, Praktikantinnen und Praktikanten, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Leiharbeiterinnen und -arbeiter).

Beschäftigtengruppen:

Die Beschäftigtengruppen wurden bereits im Zusammenhang mit dem Erfassungsgrad der gesamten Erwerbstätigkeit durch das IAB-Betriebspanel vorgestellt, im Abschnitt 2.3 wurden auch schon einige Absolutzahlen für Schleswig-Holstein angegeben (vgl. Tabellen 2.7 und 2.8), hier sollen diese Absolutzahlen durch Strukturbefunde ergänzt werden. Im IAB-Betriebspanel stehen die Beschäftigtenzahlen für 2001 und 2002 zur Verfügung, jedoch nicht für beide Geschlechter sondern nur insgesamt. Das Jahr 2001 wurde hier vorgezogen, da die Hochrechnung – wie im Abschnitt 2.2 bereits diskutiert – für das Jahr 2001 die bessere Qualität hat als für 2002.

Die Bedeutung der einzelnen Beschäftigtengruppen in Schleswig-Holstein ist anhand der Anteile der Gruppen an der Gesamtbeschäftigung abzulesen. Diese werden in der Tabelle 3.3 für Schleswig-Holstein (2001) differenziert nach den fünf großen Wirtschaftsbereichen und nach vier Betriebsgrößenklassen dargestellt, außerdem werden die Anteile des Landes mit denen des Bundesgebietes West verglichen.

Ein nicht nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgröße differenzierter Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West zeigt, dass der Anteil der Arbeiter und Angestellten (hier ohne geringfügig Beschäftigte) bzw. der SV Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte plus Auszubildende) an allen Beschäftigten im Land um einiges niedriger ist als im Bund. Dies ist zum einen strukturbedingt aufgrund des in Schleswig-Holstein bedeutenderen tertiären Sektors, zum anderen ist der Anteil der Arbeiter und Angestellten im Bund in drei der fünf Wirtschaftsbereiche signifikant höher als in Schleswig-Holstein (Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen, Öffentlicher Dienst/Organisationen), dies gilt insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe, wo der Arbeiter-/Angestelltenanteil im Bund um fast sieben Prozentpunkte über dem des Landes liegt. Dies schlägt auch noch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch, obwohl der Anteil der Beamtinnen und Beamten an allen Beschäftigten in Schleswig-Holstein höher ist als im Bundesgebiet West. Während die Bedeutung der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen in Land und Bund gleich ist, übertrifft der Anteil der sonstigen, geringfügig Beschäftigten im Land den des Bundesgebietes West um über drei Prozentpunkte.

Tabelle 3.3: Beschäftigtengruppen in den Wirtschaftsbereichen und den Betriebsgrößenklassen 2001

Anteile der Beschäftigtengruppen an allen Beschäftigten in Schleswig-Holstein in % (hochgerechnete Beschäftigtenzahlen)

Wirtschaftsbereiche/			Beschäftigt	engruppe		
Betriebsgrößenklassen	Arbeiter,	Auszu-	Beamte	Selbstän-	Sonstige	Beschäft.
	Angestellte	bildende	Deanile	dige, MHF	(Geringf.)	insges.
Verarbeitendes Gewerbe	80,6	5,6	-	3,8	10,6	100
Baugewerbe	77,5	7,0	-	9,9	5,6	100
Handel und Reparatur	70,8	6,6	-	6,6	16,5	100
Dienstleistungen	68,1	4,3	1,4	6,4	19,8	100
Öffentl.Dienst, Organisat.	64,0	2,5	27,6	-	5,4	100
1 bis 9 Beschäftigte	57,3	6,0	0,1	19,0	16,8	100
10 bis 49 Beschäftigte	71,8	7,1	1,6	4,5	14,9	100
50 bis 249 Beschäftigte	69,7	3,7	12,6	0	13,6	100
ab 250 Beschäftigte	81,2	3,6	6,8	0	8,0	100
Schleswig-Holstein	70,3	5,2	5,7	5,3	13,5	100
Bundesgebiet West	76,1	4,5	3,6	5,3	10,3	100

Die Differenzierung der Beschäftigtengruppen nach Wirtschaftsbereichen zeigt die besondere Bedeutung der Arbeiter und Angestellten im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, dort spielen auch die tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen (MHF) eine

überdurchschnittliche Rolle. In den privaten Tertiärbereichen (Handel, Reparatur sowie Dienstleistungen) ist der Anteil der sonstigen, geringfügig Beschäftigten besonders hoch, im Dienstleistungsbereich erreicht er sogar knapp 20%.

Nach Betriebsgrößenklassen differenziert, zeigt sich eine mit der Betriebsgröße zunehmende Bedeutung der Arbeiter und Angestellten. Die Auszubildenden (duale Berufsausbildung) sind im Bereich der Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten besonders stark vertreten (dagegen nur schwach in den größeren Betrieben ab 50 Beschäftigte), während bei den kleinen Betrieben (bis 9 Beschäftigte) der Anteil der Selbständigen und auch der geringfügig Beschäftigten überdurchschnittlich hoch ist. Die Anteile der Beamten werden davon geprägt, in welcher Betriebsgrößenklasse die Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes besonders stark präsent sind. Das ist offenbar in der Klasse mit 50-249 Beschäftigten der Fall.

Zum Abschluss dieser sicher noch ausbaufähigen Strukturanalyse sei noch ein Blick auf die Bedeutung der Beschäftigtengruppen in Betrieben mit unterschiedlichem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte gerichtet: In Betrieben mit weniger als 50% qualifizierter Arbeitskräfte ist der Anteil der Arbeitnehmer unterdurchschnittlich (58% gegenüber 81% bei allen Betrieben) und der der sonstigen, insbesondere geringfügig Beschäftigten mit 29% sehr hoch. Umgekehrt sind die Verhältnisse bei den Betrieben mit mehr als 80% qualifizierten Beschäftigten (90% Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nur 4% geringfügig Beschäftigte).

Tätigkeitsgruppen:

Die Einteilung der Beschäftigten in fünf Tätigkeitsgruppen erlaubt zumindest grobe Anhaltspunkte zur Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, da hier die ausgeübte Tätigkeit im Blickpunkt steht:¹⁰

- 1. un-/angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter
- 2. Facharbeiterinnen und Facharbeiter
- 3. Angestellte sowie Beamtinnen und Beamte mit einfacher Tätigkeit
- 4. Angestellte sowie Beamtinnen und Beamte mit qualifizierter Tätigkeit
- 5. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, Vorstände und Geschäftsführer/-innen.

Auf Basis dieser Aufteilung kann der Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte an allen Beschäftigten ausgewiesen werden, einerseits unter Einschluss der Facharbeiter (Quotient aus den Gruppen 2, 4 und 5 und der Gesamtzahl) und andererseits ohne die Facharbeiter (Gruppen 4 plus 5 bezogen auf die Gesamtzahl).

In der Tabelle 3.4 werden die wichtigsten Befunde zur Struktur der Tätigkeitsgruppen, differenziert nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen sowie nach Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West, zusammengestellt. Insgesamt hat Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund einen etwas höheren Anteil ungelernter Arbeiter und einen niedrigeren Anteil Angestellter und Beamter mit qualifizierter Tätigkeit.

¹⁰ Im folgenden werden die Tätigkeitsgruppen nach ihrer männlichen Form bezeichnet, ohne einschränkende Anmerkungen sind dabei aber immer Frauen und Männer gemeint.

Von diesem Gesamtbild der Struktur der Tätigkeitsgruppen weichen die Anteile in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein wie folgt ab: Das Verarbeitende Gewerbe wird besonders stark von den Facharbeitern geprägt, das Baugewerbe ebenfalls von den Facharbeitern und außerdem von den tätigen Inhabern und Geschäftsführern. Im Bereich Handel, Reparatur sind Angestellte mit einfacher Tätigkeit überproportional vertreten, im Dienstleistungsbereich ungelernte Arbeiter und im Bereich öffentlicher Dienst, Organisationen die Angestellten und Beamten mit qualifizierter Tätigkeit.

Bemerkenswerte Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West bestehen u. a. darin, dass die Bedeutung ungelernter Arbeiter im Dienstleistungsbereich im Land wesentlich höher ist als im Bund. Umgekehrt spielen die Facharbeiter in Schleswig-Holstein im Baugewerbe, in Handel, Reparatur und bei den Dienstleistungen eine stärkere Rolle als im Bund. Die Anteile der Angestellten und Beamten mit qualifizierter Tätigkeit sind im Land in den tertiären Wirtschaftsbereichen geringer als im Bundesgebiet West.

Im Ergebnis ist der Anteil qualifizierter Arbeitskräfte an allen Beschäftigten in Schleswig-Holstein niedriger als im Bund, dies gilt sowohl unter Einschluss der Facharbeiter als auch ohne diese Kategorie:

Qualifiziertenanteil einschl. Facharbeiter: SH 68,6%, BG West 72,4%, Qualifiziertenanteil ohne Facharbeiter: SH 48,2%, BG West 51,5%.

Differenziert nach Wirtschaftsbereichen, so ist der Qualifiziertenanteil einschl. Facharbeiter im Baugewerbe und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen in Schleswig-Holstein relativ hoch, auch höher als im Bundesgebiet West, und im privaten Dienstleistungsbereich ist er deutlich niedriger. Ohne die Facharbeiter würde man nur die qualifizierten Angestellten und Beamten und die Betriebsinhaber, Vorstände und Geschäftsführer zu den besonders Qualifizierten zählen. In diesem Falle hätte der Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen den bei weitem höchsten Qualifiziertenanteil (knapp 70%), während das Verarbeitende Gewerbe nur einen Anteil von 34% und das Baugewerbe sogar nur von 26% erreichen würde. Hier bestehen in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund Defizite in den beiden gewerblichen Bereichen.

Die Erfassung der Tätigkeitsgruppen im IAB-Betriebspanel erlaubt auch eine Analyse der Struktur bei den Frauen, so dass damit Unterschiede zwischen den Geschlechtern herausgearbeitet werden können. Insgesamt ist der Frauenanteil bei allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) im Land etwa gleich wie im Bundesgebiet West (43,3% gegenüber 42,9%), d. h. der im Land überdurchschnittlich hohe Frauenanteil, der in der Sozialversichertenstatistik ausgewiesen wird, bestätigt sich nicht, wenn man alle Beschäftigten (in der Erfassung durch das IAB-Betriebspanel) berücksichtigt. In den tertiären Wirtschaftsbereichen ist der Frauenanteil erwartungsgemäß hoch, er liegt hier etwa bei 50%, dagegen erreicht er im Verarbeitenden Gewerbe nicht einmal die 30%-Marke, und im Baugewerbe ist er mit 13,6% außerordentlich niedrig.

 Tabelle 3.4:
 Tätigkeitsgruppen in den Wirtschaftsbereichen und Frauenanteile in Schleswig-Holstein 2002

Anteile der Tätigkeitsgruppen an allen Beschäftigten in Schleswig-Holstein in Prozent (hochgerechnete Beschäftigtenzahlen)

	A		eiter		P	ngestellt	e, Beamt	е		nhaber,	Beschäftigte		Anteil der Frauen	
Wirtschaftsbereiche	unge	elernt	Facha	rbeiter	einfache	e Tätigk.	qualifiz.	Tätigk.		de, Ge- sführer	insge	esamt	Anteil de	r Frauen
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW
Verarbeitendes Gewerbe	25,8	27,6	36,4	35,2	3,3	3,5	29,8	30,4	4,6	3,3	10	0	27,2	26,3
Baugewerbe	16,7	15,3	57,6	52,3	1,5	3,1	13,6	16,3	12,1	13,1	10	0	13,6	14,5
Handel und Reparatur	17,2	16,2	21,2	17,4	14,6	12,0	38,4	45,3	8,6	9,1	10	0	47,5	49,6
Dienstleistungen	32,3	21,2	12,9	10,9	7,5	7,2	40,0	53,7	7,2	7,0	10	0	51,0	53,6
Öffentl.Dienst, Organisationen	14,4	12,2	9,2	8,8	6,7	8,3	68,7	70,1	0,5	0,5	10	0	48,2	53,3
Insgesamt	23,9	20,8	20,4	20,9	7,5	6,8	41,7	45,3	6,5	6,2	10	0	43,3	42,9
Anteil der Frauen	42,6	47,1	20,1	13,9	58,2	68,3	54,0	53,5	32,4	21,7	43,3	42,9		

Nach Tätigkeitsgruppen differenziert, ist der Frauenanteil in Schleswig-Holstein bei den Angestellten/Beamten mit einfacher Tätigkeit besonders hoch (über 58%), bei den Angestellten/Beamten mit qualifizierter Tätigkeit aber kaum geringer (54%). Einen besonders kleinen Frauenanteil haben die Facharbeiter und auch die tätigen Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer (20% bzw. 32%). Immerhin liegt der Frauenanteil bei der zuletzt genannten Gruppe im Land deutlich höher als im Bundesgebiet West, ähnliches gilt für die Gruppe der Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Dem entspricht der Befund, dass sich der im Vergleich zum Bund geringere Qualifiziertenanteil in Schleswig-Holstein nicht aus der Tätigkeitsstruktur der Frauen sondern aus der der Männer ergibt.

Beschäftigungsformen

Unter dem Begriff "Beschäftigungsformen" sollen arbeitsvertragliche Varianten jenseits der regulären, unbefristeten Vollzeitbeschäftigung erfasst werden. Im Zuge der Veränderungen der Arbeitswelt im Sinne einer Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes bilden diese zum Teil neuen, in ihrer Bedeutung gewachsenen Beschäftigungsformen ein wichtiges Standbein neben den verschiedenen Formen der Arbeitszeitgestaltung (z.B. Überstunden, Arbeitszeitkonten). Die Diskussion der verschiedenen Formen der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes wird im Abschnitt 4.1 nochmals aufgegriffen, dort einschließlich der Darstellung verschiedener Arbeitszeitvarianten. Hier soll zunächst ein Überblick über die Bedeutung der verschiedenen Beschäftigungsformen gegeben werden.

Tabelle 3.5: Verteilung der verschiedenen Beschäftigungsformen auf die Wirtschaftsbereiche, Schleswig-Holstein 2002

Beschäftigtenanteile der Wirtschaftsbereiche in Prozent

		dominatori		weitere B	eschäftigun	gsformen
Wirtschaftsbereiche	Beschäftig- te insge- samt	darunter: Teilzeit- beschäftig- te	befristete Arbeitsver- träge	Aushilfen, Praktikan- ten	Freie Mit- arbeiter	Leihar- beitskräfte
Primärer Sektor	3,5	2,0	7,4	12,1	0,0	3,7
Verarbeitendes Gewerbe	14,5	7,8	11,6	14,6	4,0	41,3
Baugewerbe	6,4	2,2	2,5	5,2	9,1	32,7
Handel, Reparatur	19,2	18,6	6,3	20,2	32,1	14,2
Dienstleistungen	38,0	48,8	40,8	34,2	50,8	7,0
Öffentl. Dienst, Organisat.	18,4	20,7	31,5	13,7	4,0	1,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Dabei ist zunächst grundsätzlich zu unterscheiden, ob die im Rahmen des IAB-Betriebspanels behandelten Beschäftigungsformen Teilbereiche der dort erfassten Beschäftigung sind oder ob sie darüber hinausgehen. Innerhalb des herkömmlichen Beschäftigtenrahmens werden die Teilzeitbeschäftigung (einschl. geringfügige Beschäftigung) und befristete Arbeitsverträge diskutiert, außerhalb des Konzepts kommen die folgenden Beschäftigungsformen hinzu (sie zählen also nicht zu der im Betriebspanel erhobenen Beschäftigtenzahl):

- Aushilfen, Praktikantinnen und Praktikanten
- Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Werk- oder Dienstverträgen
- Leiharbeitskräfte.

Teilzeitbeschäftigte:

Die Darstellung der Teilzeitbeschäftigung folgt hier den Ergebnissen der Frage 42 im Betriebspanel-Fragebogen. Sie schließt hier auch Teilzeitbeschäftigung mit Wochenarbeitszeiten unter 15 Stunden ein, also auch Fälle geringfügiger Beschäftigung. In Schleswig-Holstein waren nach dieser Abgrenzung am 30. Juni 2002 hochgerechnet etwa 315 Tsd. Personen teilzeitbeschäftigt, das sind knapp 29% aller Beschäftigten, die im Rahmen des IAB-Betriebspanels für das Land ausgewiesen werden. Drei von vier Teilzeitbeschäftigten sind Frauen (234 Tsd.). Erwartungsgemäß ist der Teilzeitanteil (Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten, hochgerechnete Befunde des IAB-Betriebspanels) bei den Dienstleistungen (37%) und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (32%) besonders hoch, im Primären Sektor (Landwirtschaft, Bergbau, Energie, Wasser) und im Verarbeitenden Gewerbe dagegen erreicht er dagegen nur 17 bzw. 15%, und am niedrigsten ist er im Baugewerbe (knapp 10%). Der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten schwankt zwischen 86% (Öffentlicher Dienst, Organisationen) und gut 60% (Baugewerbe).

Knapp 70% aller Betriebe des Landes haben Teilzeitbeschäftigte in ihrer Belegschaft, dies entspricht dem Anteil im Bundesgebiet West. Im Baugewerbe hat nur jeder zweite Betrieb mit Teilzeitbeschäftigung zu tun, während es im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen 86% der Einrichtungen sind. Die Tabelle 3.5 zeigt, dass in Schleswig-Holstein 2002 fast jeder zweite Teilzeitbeschäftigte im Dienstleistungsbereich tätig war, insgesamt arbeiteten fast 90% im tertiären Sektor.

Beschäftigte mit befristeten Verträgen:

In Schleswig-Holstein hatten 2002 etwa 4,4% aller Beschäftigten befristete Verträge, absolut waren es hochgerechnet knapp 50 Tsd. Personen. Etwa 53% dieser Kategorie sind Frauen (26 Tsd.). Der Anteil der Beschäftigten mit befristeten Verträgen an allen Beschäftigten erreicht im Primärsektor fast 10%, auch im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen ist er mit fast 8% recht hoch, während befristete Verträge im Baugewerbe und im Bereich Handel, Reparatur offenbar kaum eine Rolle spielen. Der Frauenanteil in dieser Beschäftigungskategorie ist bei den Dienstleistungen besonders hoch, er liegt bei 68%, im Primärsektor und im Baugewerbe bleibt er dagegen deutlich unter 10%.

Während sich die Teilzeitbeschäftigung mittlerweile in vielen Wirtschaftsbereichen etabliert hat und bei der deutlichen Mehrzahl der Betriebe eine Rolle spielt, werden befristete Arbeitsverträge in Schleswig-Holstein nur bei 16%, im Bundesgebiet West sogar nur bei 12% aller Betriebe als Mittel der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes eingesetzt. In Schleswig-Holstein sind befristete Arbeitsverträge allerdings in Einrichtungen des Öffentlichen Bereichs (einschl. Organisationen) durchaus häufig vertreten, immerhin geben 58% aller Einrichtungen dieses Wirtschaftsbereichs an, solche Arbeitsverträge abzuschließen. Zum Teil sind dies Arbeitsverträge im Rahmen der Programme aktiver Arbeitsmarktpolitik (z.B. ABM). Im Bundesgebiet

West sind es in diesem Bereich übrigens weniger als 30% der Einrichtungen. Im privatwirtschaftlichen Bereich liegt der Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen dagegen meist nur um oder unter 10%. Die Tabelle 3.5 zeigt, dass in Schleswig-Holstein 2002 mehr als 70% der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen angesiedelt sind.

Aushilfen, Praktikantinnen und Praktikanten:

Jenseits der "regulären" Beschäftigung werden in den Betrieben Aushilfen, Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte eingesetzt. Die Absolutzahl dieser genannten Gruppen liegt in Schleswig-Holstein nach Auskunft der befragten Betriebe hochgerechnet bei knapp 50 Tsd., also zusammen etwa in der Größenordnung der befristeten Verträge bei den regulären Beschäftigten. Damit wird die Gesamtzahl der Beschäftigten nochmals um ca. 4 bis 5% erweitert. Die beiden Kategorien Aushilfen, Praktikanten (knapp 22 Tsd. Personen in Schleswig-Holstein, Juni 2002) und freie Mitarbeiter (fast 19 Tsd. Personen) bilden das Hauptkontingent, während die Zahl der Leiharbeiter im Land 2002 noch deutlich unter der 10 Tsd.-Marke blieb (8,5 Tsd.). Der Stellenwert der Aushilfen/Praktikanten ist im Primärsektor relativ hoch, hier wird die reguläre Beschäftigung durch diese Art der Erwerbstätigkeit um knapp 7% ergänzt, während der Beitrag in den anderen Wirtschaftsbereichen nur bei 2% und darunter liegt. Angaben zum Frauenanteil lassen sich bei den Beschäftigungskategorien jenseits der regulären Beschäftigung im Rahmen des IAB-Betriebspanels nicht ermitteln.

Aushilfen und Praktikanten werden in Schleswig-Holstein hochgerechnet in 13% der Betriebe des Landes eingesetzt – ähnlich wie im Bundesgebiet West (14%). Im Verarbeitenden Gewerbe wird immerhin ein Betriebsanteil von 22% erreicht (Bundesgebiet West: 18%). Die Tabelle 3.5 zeigt, dass eine besondere Konzentration dieser Erwerbsform auf bestimmte Wirtschaftsbereiche, so wie etwa bei den befristeten Arbeitsverträgen, nicht in dem Maße erkennbar ist, die Verteilung der Aushilfen und Praktikanten auf die Wirtschaftsbereiche ist der Verteilung der Gesamtbeschäftigung – mit Ausnahme einer überproportionalen Präsenz im Primärsektor – recht ähnlich.

Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Die Hälfte der freien Mitarbeiter ist im Dienstleistungsbereich angesiedelt, hier arbeiteten in Schleswig-Holstein 2002 hochgerechnet etwa 9,5 Tsd. der insgesamt knapp 19 Tsd. freien Mitarbeiter, weitere 6 Tsd. waren im Bereich Handel, Reparatur angesiedelt. In keinem der hier dargestellten Wirtschaftsbereiche wird die reguläre Gesamtbeschäftigung allerdings durch freie Mitarbeiter um mehr als 3% ergänzt.

Freie Mitarbeiter werden in Schleswig-Holstein hochgerechnet nur in 7% der Betriebe des Landes eingesetzt – etwas mehr als im Bundesgebiet West (5%). Im Baugewerbe wird immerhin ein Betriebsanteil von 14% und bei Handel, Reparatur von 9% erreicht, im Bundesgebiet West haben in beiden Bereichen dagegen nur 3% der Betriebe freie Mitarbeiter eingesetzt. Die Tabelle 3.5 zeigt eine besondere Konzentration der Beschäftigten dieser Erwerbsform auf die privatwirtschaftlichen Tertiärbereiche (Dienstleistungen, Handel, Reparatur), hier werden 83% aller freien Mitarbeiter eingesetzt.

Leiharbeitskräfte:

Die quantitativ kleinste Gruppe der im IAB-Betriebspanel dargestellten Beschäftigungsformen sind die Leiharbeiter. Knapp drei Viertel aller Leiharbeiter (hochgerechnet 8,5 Tsd. in Schleswig-Holstein 2002) sind im gewerblichen Bereich angesiedelt (Verarbeitendes und Baugewerbe), d. h. ihre Verteilung auf die großen Wirtschaftsbereiche unterscheidet sich deutlich von der der freien Mitarbeiter oder der Aushilfen, Praktikanten. Immerhin wird die reguläre Gesamtbeschäftigung im Baugewerbe um knapp 4% und im Verarbeitenden Gewerbe um gut 2% durch die Leiharbeitskräfte ergänzt, während sie in den anderen Wirtschaftsbereichen in diesem Sinne kaum eine Rolle spielen.

Freie Mitarbeiter werden in Schleswig-Holstein ebenso wie im Bundesgebiet West hochgerechnet nur in 2% der Betriebe eingesetzt, allerdings wird im Land im Baugewerbe ein Anteil von 6% erreicht. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich diese Beschäftigungsform in Schleswig-Holstein dagegen noch nicht so etabliert wie im Bund – dort arbeiten immerhin 7% aller Betriebe mit dieser Kategorie, in Schleswig-Holstein sind es nur 3%. Die Tabelle 3.5 zeigt die besondere Konzentration dieser Beschäftigungsform auf die gewerblichen Bereiche, während die Leiharbeit in den anderen Wirtschaftsbereichen gemessen an der Gesamtbeschäftigung unterrepräsentiert ist.

3.3 Arbeitseinkommen, Tariflohnbindung

Im Rahmen des IAB-Betriebspanels beschäftigen sich einige Fragen mit den Arbeitsein-kommen (Löhne und Gehälter): Zum einen wird nach der Tariflohnbindung oder -orientierung in den Betrieben gefragt, zum anderen nach der Lohn- und Gehaltssumme (ohne Arbeitgeberentgelt zur Sozialversicherung und ohne Urlaubsgeld) im Juni 2002. Diese Lohn- und Gehaltssumme wird dann im Rahmen des Tabellenbandes von Infratest Sozialforschung auf die Beschäftigten bezogen. Im folgenden wird zunächst ein Überblick über die Befunde zu diesem Bereich gegeben. Natürlich bieten sich gerade bei den Arbeitseinkommen eine ganze Reihe vertiefender Untersuchungen, insbesondere auch Querverbindungen zu ausgewählten Merkmalen der Beschäftigten oder der Betriebe an. Eine solche detailliertere Betrachtung soll in dieser für Schleswig-Holstein ersten, noch relativ breit angelegten Grundauswertung der Arbeitgeberbefragung noch nicht im Mittelpunkt stehen, sie ist aber für den Folgebericht vorgesehen, der dann auch bereits auf Entwicklungstendenzen der Arbeitseinkommen 2002/2003 eingehen kann.

Tariflohnbindung:

Die Fragen zur Tariflohnbindung sind wie folgt aufgebaut: Zunächst werden die Betriebe nach der Tariflohnbindung in Form eines Branchentarifs oder eines Haus-/Firmentarifs gefragt. Wenn kein solcher Tarif gilt, wird danach weiter gefragt, ob zumindest eine Orientierung an einem Branchentarifvertrag vorgenommen wird. Die Betriebe, die eine Tariflohnbindung oder zumindest -orientierung bestätigen, werden dann weiterhin gefragt, ob sie über Tarif entlohnen, wenn dies bejaht wird, werden sie außerdem nach dem Ausmaß der Übertarifentlohnung gefragt (Um wie viel Prozent liegen die Arbeitseinkommen im Durchschnitt über dem Tarif?).

In Schleswig-Holstein zahlen 46% aller Betriebe nach einem Branchentarifvertrag, weitere 2% nach einem Haus- oder Firmentarifvertrag. Es verbleiben 51% der Betriebe, die sich wiederum wie folgt aufteilen: 41% von diesen orientieren sich an einem Branchentarifvertrag, 58% verneinen auch dieses. Auf die Grundbasis bezogen, liegt also bei ca. 20% aller Betriebe eine Tarifvertragsorientierung vor und 30% aller Betriebe haben weder Tarifbindung noch Tariforientierung. Diese Anteile sind im Bundesgebiet West im übrigen nahezu gleich: Dort haben 44% der Betriebe einen Branchentarifvertrag, 22% entlohnen mit einer Tariforientierung und 31% haben weder Tarifbindung noch Tariforientierung.

Die Aufteilung der Beschäftigten nach den Arten der betrieblichen Entlohnung unterscheidet sich von den genannten betrieblichen Anteilen nicht unerheblich, da die Entlohnung nach Tarifvertrag bei großen Betrieben dominiert (Betriebsanteil fast 90%), während sie im unteren Betriebsgrößensegment nicht einmal die Hälfte aller Betriebe (mit weniger als zehn Beschäftigten) erreicht. Entsprechend ist der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit Branchentarif arbeiten, deutlich höher als der Betriebsanteil, er liegt in Schleswig-Holstein bei 68%. Knapp 6% aller Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit Haus- oder Firmentarif, und die restlichen 27% sind in Betrieben ohne Tariflohnbindung tätig. Wie hoch der Anteil der tatsächlich tariflich entlohnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben mit Tariflohnbindung ist, wird allerdings im Betriebspanel nicht ermittelt. Tarifentlohnung gilt auch in Betrieben mit Tariflohnbindung nicht notwendig für die gesamte Belegschaft.

Auch die nach Wirtschaftsbereichen differenzierten Befunde zu den Fragen nach Tariflohnbindung sind teilweise von den erheblichen Unterschieden für die verschiedenen Betriebsgrößenklassen geprägt. Einem Branchentarifvertrag folgen insbesondere das Baugewerbe (80%) und der Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (90%), relativ gering ist der Anteil dagegen im Dienstleistungsbereich (38%) und im Bereich Handel, Reparatur. Interessant sind hier die Unterschiede zum Bundesgebiet West: Dort ist die Tarifbindung im Baugewerbe (65% der Betriebe) und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (63%) deutlich geringer als in Schleswig-Holstein, bei Handel, Reparatur ist er dagegen im Bund höher (47%) als in Schleswig-Holstein.

Die Anteile der Betriebe ohne Tariflohnbindung bilden dann natürlich das Spiegelbild zu den Befunden zur Tarifbindung, da die Bindung an Haus- oder Firmentarife nur in Ausnahmefällen Anteile über 5% erreicht – in Schleswig-Holstein ist der Anteil der Betriebe mit Haustarif oder Firmentarif bei Handel, Reparatur und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen mit 6% noch am höchsten, diese Form der Entlohnung konzentriert sich auf Betriebe und Einrichtungen ab einer bestimmten Größe. Der Anteil der Betriebe, die weder einer Tarifbindung noch einer Tariforientierung folgen, ist im Dienstleistungsbereich am höchsten (38% aller Betriebe dieses Bereichs), gefolgt von Handel, Reparatur (28%) und dem Verarbeitenden Gewerbe (21%). Im Baugewerbe und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen treten Betriebe und Einrichtungen ohne zumindest Tariforientierung dagegen kaum auf.

Unter den Betrieben mit Tarifbindung oder Tariforientierung haben in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 35%, also ein gutes Drittel, über Tarif bezahlt, der Anteil war etwas kleiner als im Bundesgebiet West (42%). Übertarifzahlungen haben insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe einen besonderen Stellenwert, hier zahlten über 60% der Betriebe mit Tarifbindung/orientierung über Tarif. Im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen kam Übertarifzahlung

dagegen praktisch nicht vor. Das Ausmaß der Übertariflohnzahlung lag 2002 in Schleswig-Holstein ebenso wie im Bund durchschnittlich bei 11% des Tariflohnes, im Verarbeitenden Gewerbe wurde dieser durchschnittliche Aufschlag in Schleswig-Holstein, jedoch nicht im Bundesgebiet West übertroffen (12,2% Aufschlag, dagegen im Bund: 10,9%).

Arbeitseinkommen je Beschäftigten:

Die Tabelle 3.6 gibt eine Übersicht über die von Infratest im Tabellenband ausgewiesenen Arbeitseinkommen je Beschäftigten.

 Tabelle 3.6:
 Arbeitseinkommen je Beschäftigten im Juni 2002

Arbeitseinkommen in € sowie Darstellung von Indexzahlen

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/ Beschäftigungsentwicklung/	Arbeitseinko	ommen in €	wirtsch	vom gesamt- aftlichen nkommen	Abweichung der Werte für S-H von denen des BGW
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	SH	BGW	SH=100	BGW=100	SH (BGW=100)
Wirtschaftsbereich					
Verarbeitendes Gewerbe	2462	2567	129,5	121,9	95,9
Baugewerbe	1792	1869	94,3	88,8	95,9
Handel und Reparatur	1724	1786	90,7	84,8	96,5
Dienstleistungen	1750	1974	92,1	93,8	88,7
Öffentl.Dienst/Organisationen	1976	2094	103,9	99,5	94,4
Betriebsgrößenklasse					
1 bis 9 Beschäftigte	1289	1313	67,8	62,4	98,2
10 bis 49 Beschäftigte	1790	1871	94,2	88,9	95,7
50 bis 249 Beschäftigte	1949	2247	102,5	106,7	86,7
ab 250 Beschäftigte	2532	2676	133,2	127,1	94,6
Beschäftigungsentwicklung					
zurückgegangen	1816	2193	95,5	104,2	82,8
gestiegen	1982	2164	104,3	102,8	91,6
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte					
0 bis 50 %	1436	1529	75,5	72,6	93,9
50 bis 80 %	1910	2012	100,5	95,6	94,9
80 bis 100 %	2358	2661	124,0	126,4	88,6
Insgesamt	1901	2105	100,0	100,0	90,3

Im Zuge einer einheitlichen Vorgehensweise im Rahmen der Betriebspanel-Auswertung der Länder haben wir diese Darstellung übernommen, würden aber eine Bezugnahme der Arbeitseinkommen auf die Arbeitnehmer statt auf die Beschäftigten vorziehen und zudem eine Bereinigung um unterschiedliche Arbeitszeiten (Vollzeit, Teilzeit usw.) vornehmen. Dies erfordert deutlich aufwändigere Untersuchungen, sie sind für den nächsten IAB-Betriebspanel-Report 2003 vorgesehen. Die hier dargestellten Befunde sind also mit entsprechendem Vorbehalt zu interpretieren. Bezieht man z.B. die Löhne und Gehälter auf *alle* Beschäftigten,

sind die Befunde natürlich besonders dadurch geprägt, wie hoch der Selbständigenanteil in den einzelnen Segmenten (Wirtschaftsbereiche, Betriebsgrößenklassen) ist. Insofern überrascht es nicht, dass die Arbeitseinkommen je Beschäftigten in kleinen Betrieben deutlich niedriger sind als in den großen Betrieben. Die überdurchschnittlichen Werte für das Verarbeitende Gewerbe dürften allerdings nicht nur durch die unterschiedliche Bedeutung der Selbständigen geprägt sein.

Der Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West wird in der letzten Spalte der Tabelle 3.6 sichtbar: Einen deutlichen Rückstand hinsichtlich der Höhe der Arbeitseinkommen je Beschäftigten hat das Land im Dienstleistungsbereich bzw. bei den Betrieben mittlerer Größe (50 bis 249 SV Beschäftigte). Hier erreicht das Land ein pro Kopf-Arbeitseinkommen, das um mehr als zehn Prozent unter dem Vergleichswert im Bundesgebiet West bleibt. Das gilt übrigens auch für die Betriebe, deren Beschäftigung gegenüber 2001 zurückgegangen ist: Hier ist der Rückstand der Arbeitseinkommen Schleswig-Holsteins gegenüber dem Bundesgebiet West besonders groß.

4. Personalstruktur und Personalpolitik

Der folgende Abschnitt befasst sich mit ausgewählten Aspekten der Personalstruktur und Personalpolitik, er greift dabei insbesondere eine Reihe von Schwerpunktthemen auf, die im Rahmen der Arbeitgeberbefragung 2002 besonders ausführlich behandelt wurden. Dies betrifft insbesondere die Darstellung verschiedener Formen der Flexibilisierung der Arbeit durch verschiedene Beschäftigungsformen und Variationen der Arbeitszeitregelung (**Abschnitt 4.1**), darunter Fragen zur Teilzeitarbeit, zu Überstunden und – als aktueller Schwerpunkt – zu Arbeitszeitkonten. Die Führung von Arbeitszeitkonten bildet ein wichtiges und wachsendes Element der Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes bei schwankender Geschäftstätigkeit, das zudem gegenüber anderen Maßnahmen eine Reihe von Vorteilen aufweist und meist einen großen Teil der Beschäftigten der entsprechenden Betriebe einbezieht.

Ein traditionell im Rahmen des IAB-Betriebspanels behandelter Bereich ist die Darstellung von Personaleinstellungen und -abgängen sowie der Personalsuche, also der dynamischen Komponente der Personalpolitik (**Abschnitt 4.2**). Dagegen sind die Fragen zu "Älteren Arbeitskräften" ein besonderes Schwerpunktthema der Arbeitgeberbefragung 2002. Ob der demographisch bedingte Anstieg des Durchschnittsalters der Belegschaften überhaupt als personalpolitisches Problem betrachtet wird, hängt letztlich davon ab, wie in den Betrieben und Einrichtungen die Leistungsfähigkeit der Älteren eingeschätzt wird. In den Fragen geht es um die Position der Betriebe gegenüber den eigenen älteren Mitarbeitern, aber auch um die Einstellungspolitik gegenüber externen älteren Arbeitskräften (**Abschnitt 4.3**).

Der beruflichen Erstausbildung der Schulabgänger kommt besondere Bedeutung zu, nicht nur bei der Sicherung des Einstiegs der jungen Generation ins Berufsleben, sondern angesichts der demographischen Entwicklung auch bei der langfristigen Vorbeugung vor quantitativen und qualitativen Qualifikationsdefiziten. Insofern stellen Fragen zur beruflichen Ausbildung in den Betrieben in jedem Jahr einen Schwerpunkt der Arbeitgeberbefragung dar. Die Darstellungen im **Abschnitt 4.4** konzentrieren sich dabei auf die Befunde des IAB-Betriebspanels. An diesem Arbeitsmarktthema speziell Interessierte sollten sie im Zusammenhang mit weiteren einschlägigen Berichten der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, der Landesregierung Schleswig-Holstein (jährlicher "Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein" des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr) und des Bundesministeriums für Bindung und Forschung (jährlicher "Berufsbildungsbericht") auswerten. ¹¹

Das Thema "Arbeitsamt und Betrieb" ist ein besonderer Schwerpunkt in der Befragung 2002. Die geforderte Entwicklung der Arbeitsämter zu modernen Dienstleistungseinrichtungen, als Mittler zwischen Arbeitsuchenden und Wirtschaft, führten zur Aufnahme mehrerer Fragen zum Kontakt zwischen den Betrieben und den Arbeitsämtern. Die Fragen geben darüber Aufschluss, inwieweit Betriebe und Institutionen die Angebote der Arbeitsämter nutzen, inwieweit diese den betrieblichen Anforderungen entsprechen und wie zufrieden die Betriebe mit den Leistungen und insbesondere mit der Vermittlungstätigkeit sind (**Abschnitt 4.5**).

¹¹ Im Verlauf des Jahres 2003 wurde außerdem am Institut für Regionalforschung ein Gutachten "Qualifikation und Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein/Hamburg" abgeschlossen, im Auftrag der Technologiestiftung Schleswig-Holstein. Die Ergebnisse werden zum Jahreswechsel 2003/2004 durch den Auftraggeber publiziert.

Die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist ein sei langem bestehendes Leitziel im Land, das u.a. durch den Kabinettsbeschluss vom 18. Juni 2002 zur flächendeckenden Umsetzung des Gender Mainstreaming durch die Landesregierung erneut bekräftigt wurde. Wieweit die Förderung der Chancengleichheit in den Betrieben des Landes verbreitet und wie erfolgreich die Umsetzung ist, soll mit einigen Fragen innerhalb des IAB-Betriebspanels für das Jahr 2002 beleuchtet werden (**Abschnitt 4.6**).

4.1 Formen der Flexibilisierung der Beschäftigung

Der gegenwärtig stattfindende ausgeprägte Wandel der Arbeitslandschaft drückt sich vor allem in zunehmendem Qualifikationsbedarf, in einem stetigen Strukturwandel von Fertigungs- zu Dienstleistungstätigkeiten, in neuen Berufsfeldern und in einem Wandel der Erwerbs- bzw. Beschäftigungsformen aus. Betrachtet man die Angebotsseite, so ist die Diskussion um die Verlagerung von den "Normalarbeitsverhältnissen" (unbefristete abhängige Vollzeitbeschäftigung) zu den davon abweichenden Beschäftigungsformen oft auf negative Aspekte begrenzt ("Erosion der Normalarbeitsverhältnisse"), insbesondere wird eine geringere soziale Absicherung und ein höheres Beschäftigungsrisiko gesehen. Daneben bestehen aber für die Arbeitskräfte auch Chancen: Eine größere Vielfalt der Beschäftigungsformen bietet mehr Möglichkeiten, Erwerbstätigkeit und persönliche Präferenzen hinsichtlich der Beschäftigungsform in Einklang zu bringen, und zudem erleichtern einige dieser Beschäftigungsformen abseits der Normalarbeitsverhältnisse den (Wieder-) Einstieg in eine Erwerbstätigkeit, sie stellen damit häufig eine Vorstufe zu einer regulären Beschäftigung dar.

Für die Nachfrageseite führt eine zunehmende Differenzierung der Erwerbsformen und Arbeitszeitregelungen zu einer stärkeren Flexibilität des Arbeitseinsatzes, die die Reaktion der Betriebe und Einrichtungen auf Auftrags- und Produktionsschwankungen erleichtert und damit hilft Schwankungen im Auslastungsgrad zu verringern. Insofern dürfte die zunehmende Etablierung verschiedener Formen der Erwerbstätigkeit und der Arbeitszeitregelungen für die Arbeitgeber als vorteilhafte Entwicklung gesehen werden. Im folgenden werden zunächst die im IAB-Betriebspanel behandelten Fragen zu unterschiedlichen Beschäftigungsformen diskutiert (4.1.1), wobei hier neben den Beschäftigten mit befristeten Verträgen, den Aushilfen und Praktikanten, den freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern auch bereits die verschiedenen Formen der Teilzeitarbeit dargestellt werden. Die Arbeitszeitregelungen im eigentlichen Sinne sind dann Gegenstand des Abschnitts 4.1.2. Hier wird zunächst auf die Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten eingegangen, danach folgt eine Darstellung der Betriebspanel-Befunde zu den Überstunden und insbesondere zu den Arbeitszeitkonten.

4.1.1 Flexibilisierung durch unterschiedliche Beschäftigungsformen

Eine grundlegende Darstellung der Struktur der Beschäftigungsformen wurde bereits im Abschnitt 3.2 dokumentiert. Dabei ist zu beachten, dass innerhalb des Betriebspanel-Fragebogens an verschiedenen Stellen nach Teilzeitarbeit bzw. geringfügiger Beschäftigung gefragt wird, die empirischen Resultate sind dabei nicht immer ganz konsistent: In der Frage 1 wird die "sonstige Beschäftigung (z.B. geringfügig Beschäftigte, 325 €-Kräfte)" ermittelt, die Frage 21 behandelt die Aufteilung der Beschäftigten auf Vollzeit und verschiedene Abstufungen der

Teilzeitarbeit, und die Frage 42 ermittelt erneut die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (hier ohne Abstufungen), wobei abweichend von den Fragen 1 und 21 auch die Zahl der Frauen anzugeben ist. Die Darstellungen im Abschnitt 3 werteten die Fragen 1 und 42 aus, im folgenden werden die Befunde zur Frage 21 dargestellt.

Die Absolutzahl der Teilzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein (2002) liegt nach Frage 21 bei 323 Tsd. und bei Frage 42 bei 315 Tsd., die Aufteilung nach Kategorien abgestufter Teilzeit (Frage 21) ergibt die folgenden hochgerechneten Zahlen:

- "Teilzeit 1" mit mehr als 24 Stunden pro Woche: 70 Tsd. Beschäftigte
- "Teilzeit 2" mit 15 bis 24 Stunden pro Woche: 104 Tsd. Beschäftigte
- "Teilzeit 3" mit weniger als 15 Stunden pro Woche: 113 Tsd. Beschäftigte
- "Teilzeit 4" ohne fest vereinbarte Stunden: 36 Tsd. Beschäftigte

Vollzeitbeschäftigung: 779 Tsd. Beschäftigte.

Die Summe der beiden Teilzeitformen 3 und 4 (149 Tsd.) entspricht im übrigen nahezu der in Frage 1 angegebenen Zahl der "Sonstigen Beschäftigten" (153 Tsd.), die wiederum im wesentlichen die "geringfügige Beschäftigung" darstellt. Dabei ist – auch gerade angesichts anderer Informationsquellen zur geringfügigen Beschäftigung¹² – hier nochmals zu betonen, dass wir uns im folgenden auf die Befunde aus dem IAB-Betriebspanel beschränken. Neben der generellen Problematik einer hochgerechneten Stichprobe besteht hier die Besonderheit, dass nur die geringfügig Beschäftigten in Betrieben mit mindestens einem SV Beschäftigten gezählt werden. Dies führt natürlich dazu, dass der Gesamtumfang geringfügiger Beschäftigung unterschätzt wird. Andererseits mag die Datierung der Betriebsbefragung auf den 30. Juni in einem von Saisonausschlägen der Beschäftigung besonders geprägten Bundesland zu einer gemessen am Jahresdurchschnitt überhöhten Zahl der geringfügig Beschäftigten geführt haben. Mit anderen Worten: Die Befunde des IAB-Betriebspanels ergänzen die aus verschiedenen Quellen stammenden Informationen zur geringfügigen Beschäftigung, ohne jedoch einen Anspruch auf *den* korrekten Maßstab erheben zu können.

Die vier Arten der Teilzeitbeschäftigung werden unter dem Dach der "Gesamtbeschäftigung" geführt, die für Schleswig-Holstein 2002 – wie bereits an anderer Stelle gezeigt – eine hochgerechnete Zahl von 1.103 Tsd. erreichte. Ebenfalls unter dieser Gesamtzahl rangiert die Zahl der Beschäftigten mit "befristeten Verträgen" (in Schleswig-Holstein 2002 hochgerechnet 49 Tsd.), ohne dass aufgrund der Fragen im Betriebspanel eine Zuordnung zu den Formen der Beschäftigung (Vollzeit, Teilzeit) möglich ist. Die weiteren Beschäftigungsformen weisen dagegen Personen jenseits der "Gesamtbeschäftigung" aus, wobei Doppelzählungen hier nicht ausgeschlossen sind. In Schleswig-Holstein (2002) werden also die 1.103 Tsd. Beschäftigten um die Aushilfen, Praktikanten (hochgerechnet 22 Tsd.), die freien Mitarbeiter (19 Tsd.) und die Leiharbeitskräfte (9 Tsd.) ergänzt. Die "erweiterte Gesamtbeschäftigung" erreicht damit eine hochgerechnete Zahl von 1.152 Tsd. Beschäftigten.

Die folgende Tabelle 4.1 stellt die Struktur der Teilzeitbeschäftigung, also die Aufteilung in die vier genannten Teilzeitarten, für ausgewählte Wirtschaftsbereiche und Betriebsgrößen

¹² Vgl. u.a.: Erwerbstätigenrechnung der Länder (siehe Teil A des Arbeitsmarktberichts), Mikrozensus-Befunde der amtlichen Statistik, Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) des DIW, Erhebung des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln (ISG)

dar und vergleicht Schleswig-Holstein mit dem Bundesgebiet West. Über die gesamte Wirtschaft gesehen, sind die beiden am stärksten besetzten Teilzeitarten die mit weniger als 15 Stunden bzw. mit 15 bis 24 Stunden wöchentlich, sie machen zusammen über zwei Drittel aller Teilzeitfälle aus. Im Vergleich zum Bundesgebiet West sind die Teilzeitarten ab 15 Stunden in Schleswig-Holstein schwächer und die unter 15 Stunden stärker besetzt.

Im Bereich der privaten Dienstleistungen bildet die Teilzeitarbeit mit weniger als 15 Wochenstunden in Schleswig-Holstein einen besonderen Schwerpunkt, im Bundesgebiet West hat diese Art der Teilzeitarbeit ein deutlich geringeres Gewicht, vielmehr hat dort die Teilzeitarbeit mit 15 und mehr Stunden eine größere Bedeutung als in Schleswig-Holstein. Umgekehrt sind die Verhältnisse im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen, hier dominiert in Schleswig-Holstein die Teilzeit mit mindestens 15 Wochenstunden, und zwar in stärkerem Maße als im Bund.

Differenziert man zwischen kleineren und größeren Betrieben (die Trennlinie wurde hier mit 50 Beschäftigten gesetzt), zeigen sich Unterschiede bei den Teilzeitarten 1 und 4: Die Teilzeit mit hoher Wochenstundenzahl ist in größeren Betrieben stärker vertreten als in den kleineren, umgekehrt ist Teilzeitbeschäftigung ohne feste Stundenvereinbarung für kleine Betriebe typisch, sie kommt in größeren Betrieben kaum vor. Unter den mittleren Teilzeitarten (15 bis 24 Stunden bzw. weniger als 15 Stunden) sind große Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem Bund erkennbar: Im Bundesgebiet West sind die größeren Betriebe stark auf die Teilzeit mit 15 bis 24 Stunden konzentriert, die kleineren auf die kürzere Variante, in Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse dagegen eher ausgeglichen.

Tabelle 4.1: Struktur der Teilzeitbeschäftigten nach Teilzeitarten – Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West im Vergleich im Jahr 2002

Teilzeit 1 Teilzeit mit mehr als 24 Stunden wöchentlich

Teilzeit 2 Teilzeit mit 15 bis 24 Stunden wöchentlich

Teilzeit 3 Teilzeit mit weniger als 15 Stunden wöchentlich

Teilzeit 4 Teilzeitbeschäftigung ohne fest vereinbarte Stunden

Anteile der Beschäftigten in den vier Teilzeitarten an der gesamten Teilzeitbeschäftigung in Prozent

Antelie der Descriatigien in den vier Teilzeitarten an der gesamten Teilzeitbeschäftigung in Frozent										
		mtwirt- naft	Dienst- leistungen			Öffentl. Dienst, Organisationen		eben mit r als 50 äftigten	in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten	
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW
Teilzeit 1	21,7	23,1	19,9	23,5	33,3	25,8	18,5	14,8	25,3	28,5
Teilzeit 2	32,2	39,9	27,6	38,9	49,3	47,9	30,1	29,2	34,7	43,9
Teilzeit 3	35,0	28,8	43,6	28,5	13,0	21,8	34,1	48,2	36,0	21,1
Teilzeit 4	11,1	8,3	9,0	9,1	4,3	4,5	17,3	7,9	4,0	6,5
Gesamte Teilzeit	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Eine gemeinsame Darstellung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung (hier nur noch aufgeteilt in eine längere Variante ab 15 Stunden pro Woche und in eine kürzere Variante) wurde in der Tabelle 4.2 zusammengestellt. Vollzeitarbeit ist eine Domäne des Primärsektors und

des Produzierenden Gewerbes, Teilzeitarbeit ist dagegen im tertiären Sektor, besonders bei den Dienstleistungen, überproportional präsent. Die längere Teilzeitvariante ist dabei insbesondere in Schleswig-Holstein ein Merkmal des Bereichs Öffentlicher Dienst, Organisationen, während der private Tertiärbereich (Handel, Reparatur, Dienstleistungen) in Schleswig-Holstein (aber nicht im Bund!) eher auf die kürzeren Teilzeitvarianten zurückgreift.

Insgesamt sind in Schleswig-Holstein gut 70% der Beschäftigten in Vollzeitarbeit, knapp 16% in Teilzeitarbeit der längeren Variante und fast 14% in der kürzeren Variante tätig. Im Bundesgebiet West ist der Vollzeitanteil um 6 Prozentpunkte höher, der Anteil der längeren Teilzeitvariante etwa gleich und der Anteil der kurzen Teilzeitvariante um 5 Prozentpunkte geringer. Die Abweichung beim Vollzeitanteil resultiert aus einem im Vergleich zum Bund relativ geringen Vollzeitanteil im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen, aber auch aus der Wirtschaftsstruktur des Landes, die stärker auf den tertiären Sektor konzentriert ist.

Die Differenzierung nach Betriebsgrößen zeigt einen mit wachsender Betriebsgröße zunehmenden Vollzeitanteil und abnehmenden Anteil der kurzen Teilzeitvariante, bei der längeren Teilzeitvariante ist kein entsprechend enger Zusammenhang erkennbar.

Tabelle 4.2: Vollzeit- und Teilzeitarbeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West

Anteile der Beschäftigten mit verschiedenen Arbeitszeitformen an allen Beschäftigten¹ in Prozent

Auswertung der Frage 21 des Betriebspanel-Fragebogens

Wirtschaftsbereiche	Vollze	itarbeit		arbeit ab ro Woche	Teilzeitarbeit bis 15 Std. pro Woche²		
Betriebsgrößenklassen	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	
Primärer Sektor	83,7	86,5	2,7	8,1	13,5	5,3	
Verarbeitendes Gewerbe	84,3	89,3	6,8	6,7	8,7	3,9	
Baugewerbe	90,1	89,8	5,6	5,2	4,2	4,9	
Handel und Reparatur	71,7	69,4	12,7	18,0	15,5	12,5	
Dienstleistungen	62,7	70,3	17,6	18,4	19,5	11,1	
Öffentl. Dienst, Organisationen	66,0	69,2	28,0	22,6	5,9	8,0	
1 bis 9 Beschäftigte	65,0	68,1	17,6	16,5	17,2	15,3	
10 bis 49 Beschäftigte	70,9	73,4	13,5	15,3	15,4	11,2	
50 bis 249 Beschäftigte	68,8	77,9	18,3	14,7	12,8	7,3	
ab 250 Beschäftigte	77,4	82,7	14,0	13,4	8,5	3,8	
Insgesamt	70,6	76,4	15,7	14,8	13,5	8,7	

¹Gesamtbeschäftigung: Vollzeit- plus Teilzeitbeschäftigung

Ergänzt man den Beschäftigtenstatus um weitere Formen (Aushilfen, Praktikanten, freie Mitarbeiter, Leiharbeiter, jeweils Frauen und Männer), lässt sich die Aufteilung der "erweiterten Gesamtbeschäftigung" auf die Kategorien Vollzeit, Teilzeit und die genannten Sonderformen darstellen (Tabelle 4.3).

²Teilzeitarbeit bis 15 Std. pro Woche sowie ohne fest vereinbarte Stunden

Tabelle 4.3: Bedeutung verschiedener Beschäftigungsformen in Schleswig-Holstein

Anteile der Beschäftigungsformen an der Gesamtbeschäftigung¹ in Prozent Auswertung der Frage 21, 43 und 44 des Betriebspanel-Fragebogens

Wirtschaftsbereiche	Vollzeit-		tarbeit	Aushil- fen,	freie Mit-	Leih-	nachrichtl.: befristete
Betriebsgrößenklassen	arbeit	ab 15 Std. pro Woche	bis 15 Std. pro Woche ²	Prakti- kanten	arbeiter	arbeiter	Verträge
Primärer Sektor	77,5	2,5	12,5	6,6	0,0	0,8	9,1
Verarbeitendes Gewerbe	80,6	6,6	8,4	1,9	0,5	2,1	3,4
Baugewerbe	83,5	5,2	3,9	1,5	2,2	3,7	1,6
Handel und Reparatur	68,0	12,1	14,8	2,0	2,7	0,5	1,4
Dienstleistungen	60,2	17,0	18,8	1,7	2,2	0,1	4,6
Öffentl. Dienst, Organisationen	64,8	27,6	5,8	1,4	0,4	0,0	7,5
1 bis 9 Beschäftigte	59,6	16,0	16,0	3,6	4,1	0,8	3,8
10 bis 49 Beschäftigte	67,8	13,1	14,7	2,2	2,0	0,4	2,5
50 bis 249 Beschäftigte	67,6	17,9	12,6	1,0	0,3	0,6	6,0
ab 250 Beschäftigte	75,5	13,6	8,3	0,9	0,5	1,3	4,8
Insgesamt	67,7	15,1	12,9	1,9	1,6	0,7	4,3

¹Gesamtbeschäftigung: hier anders als in Tabelle 4.1 bestehend aus Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Praktikanten, Aushilfen, freien Mitarbeitern und Leiharbeitern

In Schleswig-Holstein setzt sich die erweiterte Gesamtbeschäftigung zu gut zwei Dritteln aus Vollzeitbeschäftigung, zu 15% aus längerer Teilzeitarbeit und zu 13% aus der kürzeren Variante der Teilzeitarbeit zusammen, die restlichen 4,2% entfallen auf die sonstigen Beschäftigungsformen, bei denen kein "klassischer" Arbeitsvertrag unmittelbar mit den Betrieben eingegangen wird. Gesamtwirtschaftlich haben diese besonderen Formen der Erwerbstätigkeit also nur eine untergeordnete Bedeutung, in einzelnen Segmenten spielen sie aber durchaus eine gewisse Rolle. So erreichen die Aushilfen und Praktikanten im Primärsektor (im wesentlichen Landwirtschaft) einen Anteil von über 6% an der (erweiterten) Gesamtbeschäftigung, Anteile über 3% werden darüber hinaus bei den Leiharbeitern im Baugewerbe und bei beiden Gruppen im Segment kleiner Betriebe (bis 9 Beschäftigte) erreicht.

Beschäftigte mit befristeten Verträgen, darunter im Rahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik geförderte Beschäftigte (ABM- und SAM-Kräfte) sowie Saisonarbeitskräfte und Beschäftigte in "normalen" befristeten Arbeitsverträgen, spielen wiederum im Primärsektor sowie im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen und bei Betrieben/Einrichtungen von 50 bis unter 250 Beschäftigten eine nicht unerhebliche Rolle.

²einschl. Teilzeitarbeit ohne fest vereinbarte Stunden.

4.1.2 Flexibilisierung durch Formen der Arbeitszeitgestaltung

Ausgangspunkt der Fragen zur Arbeitszeitgestaltung in den Betrieben ist die Wochenstundenzahl bei den Vollzeitarbeitsplätzen. Weitere Fragen beschäftigen sich mit dem Umfang und den Regelungen der Überstunden, und ein besonderes Schwerpunktthema sind die Arbeitszeitkonten.¹³

Die Überstunden stellen in den Betrieben ein bereits etabliertes Flexibilitätspotential dar, das gleichwohl immer noch an Bedeutung zunimmt. Überstunden repräsentieren mittlerweile einen signifikanten Teil des gesamten Arbeitsvolumens, und die Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Überstunden wird nicht selten als arbeitsmarkpolitisches Problem dargestellt. In diesem Zusammenhang ist die Frage nach den Chancen, Überstunden in zusätzliche (reguläre) Arbeitsplätze zu überführen, Gegenstand arbeitsmarktpolitischer Diskussionen. Bei Überstunden unterscheidet man zwischen "transitorischen" (mit Zeitausgleich) und "definitiven" Überstunden (kein Zeitausgleich, bezahlt oder unentgeltlich geleistet). Daher befasst sich die Befragung im IAB-Betriebspanel nicht nur mit dem Umfang, sondern auch mit der Art, wie die Überstunden ausgeglichen oder vergütet werden.

Ein Weg von den Überstunden zu mehr Beschäftigung führt über die Zeitkontenregelung. Sie haben ein den Überstunden mindestens ebenbürtiges Flexibilitätspotential, und sie lassen sich beschäftigungssteigernd nutzen. Arbeitszeitkonten funktionieren symmetrisch, d.h. sie reagieren sowohl auf Produktionseinschränkungen als auch auf Ausweitungen, während alternative Maßnahmen entweder nur expansiv oder nur kontraktiv ausgerichtet sind. Im Zusammenhang mit Zeitkonten stellt sich zusätzlich die Frage, ob es in den Betrieben mit Arbeitszeitkonten neben den kurzfristigen Lösungen (Ausgleich durch die vereinbarte Sollarbeitszeit) auch Formen von Langzeitausgleich gibt ("Langzeitkonten") um größere Arbeitszeitguthaben für längerfristige Arbeitsfreistellungen anzusparen. Auch hierzu wird im IAB-Betriebspanel eine Frage gestellt.

Wochenarbeitszeit (Vollzeit):

Die *vereinbarte* durchschnittliche Wochenarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte liegt in Schleswig-Holstein ebenso wie im Bundesgebiet West bei 38,8 Stunden. Nach Wirtschaftsbereichen ist die Spannbreite der Durchschnittswerte nur gering, sie liegt zwischen 38,3 Stunden (Verarbeitendes Gewerbe) und 38,7 Stunden (Dienstleistungen) in Schleswig-Holstein bzw. zwischen 37,9 Std. (Öffentlicher Dienst, Organisationen) und 39,2 Std. (Baugewerbe) im Bundesgebiet West. Etwas größer sind die Unterschiede bei den Betriebsgrößenklassen, hier nimmt der Durchschnittswert mit steigender Größe ab (Schleswig-Holstein: 39,6 Std. in Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten, 37,9 Std. in Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten, entsprechend im Bundesgebiet West 38,8 Std. bzw. 37,8 Std.). Zwischen Betrieben mit zunehmender bzw. rückläufiger Beschäftigung 2001/2002 bestehen keine nennenswerten

¹³ Vgl. u.a.: "Exkurs zur Begriffsbestimmung von Überstunden" im Bericht zur sechsten Welle des Betriebspanels Brandenburg: Land Brandenburg, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (Hrsg.), Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg – Ergebnisse der sechsten Welle des Betriebspanels Brandenburg, erarbeitet von SÖSTRA Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH Berlin. Reihe Forschungsberichte Nr. 21, Berlin 2002, S. 50f.

Unterschiede, und bei Betrieben mit relativ geringem Anteil qualifizierter Beschäftigter liegt die durchschnittliche vereinbarte Wochenstundenzahl etwas über dem Durchschnitt.

Die Streuung der vereinbarten Wochenstundenzahl um die oben dargestellten Durchschnittswerte ist im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen besonders niedrig, hier konzentrieren sich die Angaben zu 76% auf die Variante 38,5 Stunden (im Bundesgebiet West: 60% der Angaben). In Schleswig-Holstein wird diese Stundenzahl auch bei den Dienstleistungen häufiger genannt als die Variante 40,0 Stunden, während im Bundesgebiet West in diesem Bereich die Variante 40,0 Stunden stärker vertreten ist. Letztere steht in Schleswig-Holstein wie auch im Bund im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und bei Handel, Reparatur an erster Stelle der Stundenzahl-Varianten. Betrachtet man die Betriebsgröße, so nimmt mit steigender Größe die Bedeutung der 38,5-Stunden-Regelung zu, während die 40,0 Stunden-Regelung in Schleswig-Holstein nur bei Betrieben bis zu 50 Beschäftigten (im Bund bei Betrieben bis 250 Beschäftigte) eine wesentliche Rolle spielt.

Überstunden:

Im Jahr 2001 wurden in Schleswig-Holstein in 43% aller Betriebe und Einrichtungen Überstunden geleistet, im Bundesgebiet West war dies bei 48% aller Betriebe der Fall. Überdurchschnittlich hoch war dieser Anteil in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes und Baugewerbe (61% bzw. 59%) und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen, wo sogar in fast drei Viertel aller Einrichtungen Überstunden geleistet wurden. Hier war der Anteil im Bundesgebiet West übrigens deutlich niedriger (44%). Im privaten Tertiärsektor (Handel, Reparatur bzw. Dienstleistungen) lagen die Anteile in Schleswig-Holstein dagegen unter 40% (31% bzw. 36%) – hier waren sie im Bund deutlich höher (43% bzw. 44%). Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein größer als im Bundesgebiet West, und im privaten Sektor werden in den Wirtschaftsbereichen mit relativ ungünstiger Beschäftigungsentwicklung häufiger Überstunden eingesetzt als in den Bereichen mit günstigerer Entwicklung.

Besonders groß sind die Unterschiede zwischen kleinen und großen Betrieben: In Schleswig-Holstein greift nur gut jeder dritte Kleinbetrieb (bis 9 Beschäftigte) auf Überstunden zurück, bei den Großbetrieben ab 250 Beschäftigte sind es dagegen fast alle (Anteil: 93%). Das bedeutet: Kleinere Betriebe setzen stärker als größere Betriebe Formen der Teilzeitarbeit und besondere Beschäftigungsformen ein, größere Betriebe bauen dagegen häufiger auf Überstunden und – wie noch gezeigt wird – auf Arbeitszeitkonten als Arbeitszeitregelung.

Aufgrund der mit der Betriebsgröße wachsenden Bedeutung der Überstunden ist der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit Überstundenregelung arbeiten, natürlich deutlich höher als der oben dargestellte Betriebsanteil, er übertrifft in Schleswig-Holstein 2001 insgesamt die 70%-Marke. Absolut lag die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit Überstunden im Land bei 760 Tsd. Personen. Diese Zahl darf allerdings nicht mit der Zahl der Beschäftigten mit Überstunden gleichgesetzt werden. Danach wird im Rahmen des IAB-Betriebspanels nur im Zusammenhang mit den ausbezahlten Überstunden gefragt.

Die Betriebe, in denen Überstunden geleistet wurden, gaben zusätzlich die Anwendung unterschiedlicher Varianten des Überstundenausgleichs an. Hier lag die Zahl der betreffenden Betriebe in der Stichprobe für Schleswig-Holstein in einigen Wirtschaftsbereichen (Bauge-

werbe, Handel und Reparatur) unter einem für gesicherte Aussagen notwendigen Niveau. Über alle Wirtschaftsbereiche gesehen, wurde "ausschließlich Freizeitausgleich" (transitorische Überstunden) in 54% aller Fälle genannt, 33% der Betriebe gaben sowohl Freizeitausgleich also auch Vergütungsregelungen an, "ausschließlich Vergütung" nannten dagegen nur 7% der relevanten Betriebe. Im Bundesgebiet West waren die Verhältnisse in etwa ähnlich. Ausschließlich Freizeitausgleich spielt vor allem im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen die dominierende Rolle, hier gaben 77% aller Einrichtungen diese Variante an. Die Anwendung beider Varianten (Freizeitausgleich/Vergütung) ist dagegen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe verbreitet. Nach der Betriebsgröße wird eine klare Ordnung sichtbar: Mit steigender Betriebsgröße nimmt die Bedeutung des Freizeitausgleichs ab, und die Anwendung beider Regelungen gleichzeitig (Freizeitausgleich/Vergütung) nimmt zu.

In 2001 leisteten in Schleswig-Holstein 134 Tsd. Beschäftigte ausbezahlte ("definitive") Überstunden. Die Tabelle 4.4 stellt die Struktur der Beschäftigten mit ausbezahlten Überstunden nach Tätigkeitsgruppen, Wirtschaftsbereichen und Betriebsgröße dar und vergleicht diese Struktur in Schleswig-Holstein mit der Struktur für *alle abhängig* Beschäftigten.

Tabelle 4.4: Beschäftigte mit ausbezahlten Überstunden nach Tätigkeitsgruppen, Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen

(a) Anteile der Beschäftigten mit ausbezahlten Überstunden in den Kategorien (Tätigkeitsgruppen, Wirtschaftsbereiche und Betriebsgrößenklassen) an *allen* Beschäftigten *mit ausbezahlten Überstunden* – Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem Bundesgebiet West 2002 (in Prozent) (b) Anteil der abhängig Beschäftigten in den Kategorien an *allen abhängig* Beschäftigten in Schleswig-Holstein (in Prozent)

Beschäftigte mit ausbezahlten Überstunden (bzw. abhängig Beschäftigte)	<i>allen</i> Besch	Kategorien an näftigten mit Überstunden	(b) Anteil der Kategorien an allen abhängig Besch.
(SEW: districting of Descripting to)	SH	BGW	SH
insgesamt	100	100	100
darunter: Tätigkeitsgruppen (in %)			
un-/angelernte Arbeiter	19	24	26
Facharbeiter	42	41	22
Angest./Beamte mit einfacher Tätigkeit	5	5	8
Angest./Beamte mit qualifizierter Tätigkeit	32	29	45
in den Wirtschaftsbereichen (in %)			
Verarbeitendes Gewerbe	27	41	15
Baugewerbe	8	8	8
Handel und Reparatur	22	12	18
Dienstleistungen	33	32	38
Öffentl. Dienst, Organisationen	4	3	20
nach Betriebsgrößenklassen (in %)			
1 bis 9 Beschäftigte	13	10	18
10 bis 49 Beschäftigte	27	25	28
50 bis 249 Beschäftigte	34	28	29
ab 250 Beschäftigte	25	37	25

Gemessen an der Struktur *aller* abhängig Beschäftigten sind die Beschäftigten mit ausbezahlten Überstunden in Schleswig-Holstein bei den Facharbeitern bzw. im Verarbeitenden Gewerbe überproportional vertreten, während diese Form der Überstunden bei den Angestellten/Beamten mit qualifizierter Tätigkeit schwächer vertreten ist und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen kaum vorkommt.

Arbeitszeitkonten:

In Schleswig-Holstein sind in 26% aller Betriebe Arbeitszeitkonten vorhanden, bei weiteren 4% ist diese Form der Arbeitszeitregelung geplant, 70% aller Betriebe befassen sich zur Zeit (noch) nicht mit Arbeitszeitkonten (vgl. Tabelle 4.5). Immerhin hat sich diese Art der Flexibilität im Land bereits stärker durchgesetzt als im Bundesgebiet West – dort ist sie nur bei 20% aller Betriebe vorhanden. Wenn Arbeitszeitkonten im Betrieb geführt werden, dann betrifft dies in Schleswig-Holstein im Durchschnitt zwei Drittel aller betrieblichen Beschäftigten, auch in diesem Punkt ist man hier bereits weiter als im Bund, dort liegt der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitszeitkonten in Betrieben mit dieser Regelung nur bei 57%.

Im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen hat sich die Arbeitszeitkontenregelung in Schleswig-Holstein bereits auf breiter Front durchgesetzt (Anteil der Einrichtungen mit vorhandenen Arbeitszeitkonten: 59%), während im Bundesgebiet West in diesem Wirtschaftsbereich nur ein Anteil von 26% erreicht wird. Überdurchschnittliche Bedeutung haben Arbeitszeitkonten im Land außerdem im Verarbeitenden und im Baugewerbe (42% bzw. 45%), während sie im Dienstleistungsbereich und bei Handel, Reparatur nur eine geringe Rolle spielen. Ebenso wie bei den Überstunden wächst die Bedeutung der Arbeitszeitkonten mit der Betriebsgröße: Der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten nimmt von 22% bei Kleinbetrieben bis auf 77% bei den Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten zu.

Tabelle 4.5: Betriebe mit Arbeitszeitkonten (AZK) nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West

Anteile an allen Betrieben in Prozent

	Betriebe	mit AZK	AZK sine	d geplant	keine AZK	-Regelung
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW
Wirtschaftsbereiche						
Verarbeitendes Gewerbe	42	30	3	4	56	65
Baugewerbe	45	24	10	3	46	71
Handel und Reparatur	16	16	3	2	81	82
Dienstleistungen	19	18	2	2	79	80
Öffentl.Dienst, Organisationen	59	26	4	1	36	73
Betriebsgrößenklassen						
1 bis 9 Beschäftigte	22	14	4	2	74	84
10 bis 49 Beschäftigte	32	34	4	4	64	61
50 bis 249 Beschäftigte	56	56	8	6	36	39
ab 250 Beschäftigte	77	72	8	8	19	20
Insgesamt	26	20	4	2	70	77

Entsprechend ist der Anteil der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitskonten an allen Beschäftigten in Schleswig-Holstein höher als der Betriebsanteil, obwohl wie dargestellt meist nicht die gesamte Belegschaft der Arbeitszeitkonten-Betriebe unter diese Regelung fällt. Insgesamt werden im Land mittlerweile bei ca. 430 Tsd. Beschäftigten Arbeitszeitkonten geführt, das sind knapp 39% aller Beschäftigten. Unter den Wirtschaftsbereichen erreicht das Verarbeitende Gewerbe mit über 60% den höchsten Beschäftigtenanteil, gefolgt vom Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (55%).

Die Tabelle 4.6 zeigt, welche Zeitelemente auf den Arbeitszeitkonten verbucht werden können. Im Durchschnitt werden pro Betrieb zwei Elemente genannt, dabei haben die Überstunden eine überragende Bedeutung, sie werden bei knapp jeder zweiten Nennung aufgeführt, treten also fast in jedem Betrieb mit Arbeitszeitkonten auf. An zweiter Stelle stehen "Korridorbzw. Bandbreitenregelungen" mit knapp 20% aller Nennungen. Darunter sind Guthaben und Schulden aus ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit im Jahresverlauf zu verstehen. Mit jeweils knapp 10% aller Nennungen folgen Anteile aus Urlaubsansprüchen sowie Zeitzuschläge für Überstunden bzw. für Nacht- und Wochenendarbeit, weitere Regelungen von untergeordneter Bedeutung sind in der Tabelle nicht aufgeführt. Gegenüber dem Bundesgebiet West fällt insbesondere die in Schleswig-Holstein stärker etablierte Korridor- und Bandbreitenregelung auf.

 Tabelle 4.6:
 Zeitelemente auf den Arbeitszeitkonten

Welche Zeitelemente können auf den Arbeitsze	eitkonten (AZK) verbucht werden?
Welche Zeilelenlenle konnen auf den Arbeilsze	SILKOHLEH (AZIX) VEIDUCHL WEIUEH:

	Angaben in % aller Betriebe mit AZK Nennungen		in SH relativ häufig genannt im	in SH relativ selten genannt im			
	SH	BGW	SH	BGW	Wirtschafts- bereich	Wirtschafts- bereich	
Überstunden	86	90	45	51	VG, HR		
Korridor- /Bandbreitenregelung	34	23	18	13	VG, DL, ÖD	HR	
Anteile aus Urlaubsansprüchen	18	15	9	9	DL	HR, ÖD	
Zeitzuschläge für Überstunden	17	20	9	11	VG	HR, ÖD	
Zeitzuschläge für Nacht-/WE-Arbeit	17	17	9	10	VG, DL	BAU, ÖD	
Insgesamt	192	176	100	100			

Wirtschaftsbereiche:

VG Verarbeitendes Gewerbe, BAU Baugewerbe, HR Handel, Reparatur, DL Dienstleistungen,

ÖD Öffentlicher Dienst, Organisationen

Relativ viele Zeitkontenelemente werden in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes genannt (im Durchschnitt 2,4 Elemente pro Zeitkonten-Betrieb, zum Vergleich im Bundesgebiet West: dort nur 1,9 Nennungen pro Betrieb). Ähnliches gilt für die Dienstleistungen (2,2 Nennungen pro Betrieb in Schleswig-Holstein, 1,9 Nennungen im Bundesgebiet West). Deutlich weniger als zwei Zeitkontenregelungen pro Betrieb erfolgen im Baugewerbe (1,7) und im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (1,6). Auffallend sind die Unterschiede bei den Betrieben mit positiver oder negativer Beschäftigungsentwicklung 2001/2002: Bei den Be-

trieben mit positiver Entwicklung werden 2,4 Zeitkontenelemente pro Betrieb genannt (Bundesgebiet West: nur 1,8 Nennungen), bei den Betrieben mit ungünstiger Entwicklung sind es dagegen im Durchschnitt nur 1,7 Elemente.

Bei der Frage, innerhalb welcher Zeit ein Ausgleich von Abweichungen des Arbeitszeitkontos von der vereinbarten Sollarbeitszeit spätestens erfolgen muss, gaben in Schleswig-Holstein 42% aller relevanten Betriebe an, keine spezielle Regelung anzuwenden. Wenn konkrete Zeiträume genannt werden, so überwiegen Angaben von sechs Monaten (23%) oder einem Jahr (28%). Im Bundesgebiet West ist der Anteil konkreter Zeitangaben höher und der ohne Regelung entsprechend niedriger als im Land. Bei Dienstleistungen und im Verarbeitenden Gewerbe wird eher keine spezielle Regelung festgelegt, während bei Handel, Reparatur (ein Jahr) und im Baugewerbe wie auch im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (sechs Monate) überdurchschnittlich oft konkrete Zeiträume genannt werden.

Im Rahmen der Arbeitszeitkonten können auch Formen von Langzeitausgleich ("separate Langzeitkonten") angewendet werden um größere Arbeitszeitguthaben für längerfristige Arbeitsfreistellungen anzusparen. Dies betrifft in Schleswig-Holstein allerdings hochgerechnet nur etwa 2 Tsd. Betriebe, in der Stichprobe sind nur 39 Betriebe enthalten, die entsprechend geantwortet haben. Insofern sind die hochgerechneten Befunde hier mit großer Unsicherheit behaftet. Der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten, die separate Langzeitkonten führen, erreicht im Land gerade 11%, im Bundesgebiet West liegt er sogar nur bei 8%. Als häufigste Form werden Weiterbildungszeiten genannt, gefolgt von den "Sabbaticals" (insbesondere im Öffentlichen Dienst) und den Familienzeiten (vor allem bei den Dienstleistungen). Hier erreicht aber auch die Position "Sonstiges" einen hohen Anteil, die Bandbreite der verschiedenen Regelungen ist offenbar recht groß. Verkürzung der Lebensarbeitszeit spielt in Schleswig-Holstein im Gegensatz zum Bundesgebiet West nur eine geringe Rolle.

4.2 Personalpolitik: Personaleinstellungen, Personalsuche, Personalabgänge

4.2.1 Personaleinstellungen

Im ersten Halbjahr 2002 haben in Schleswig-Holstein 33% der Betriebe neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. In den alten Bundesländern wurden dagegen nur von 26% aller Betriebe Neuanstellungen angegeben. Dabei zählen im IAB-Betriebspanel Übernahmen von Auszubildenden bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus befristeten Verträgen nicht als Neueinstellungen.

Tabelle 4.7: Personaleinstellungen im 1. Halbjahr 2002

in Prozent der hochgerechneten Betriebe

		nit Personal- tellung	Betriebe ohne Personaleinstellung			
Wirtschaftsbereich / Betriebsgrößenklasse /		davon mit		davon ¹		
Beschäftigungsentwicklung	insgesamt	befristeten	insgesamt	ohne	mit	
		Verträgen		Bedarf	Bedarf	
Verarbeitendes Gewerbe	40	26	59	92	1	
Baugewerbe	51	22	49	100	-	
Handel und Reparatur	30	29	70	87	11	
Dienstleistungen	29	29	71	87	8	
Öffentl. Dienst, Organisationen	41	66	59	94	6	
1 bis 9 Beschäftigte	25	30	75	89	8	
10 bis 49 Beschäftigte	53	23	46	86	9	
50 bis 249 Beschäftigte	68	54	31	91	8	
ab 250 Beschäftigte	89	66	11	62	38	
Beschäftigungsentwicklung						
zurückgegangen	32	28	68	85	14	
gleichgeblieben	18	48	82	89	7	
gestiegen	61	23	39	89	4	
Schleswig-Holstein	33	30	67	88	8	
Bundesgebiet West	26	25	74	93	6	

¹ Fehlende zu 100%: Weiß nicht/Keine Angabe

Die Anteile von Betrieben mit Neueinstellungen an allen Betrieben liegen in allen Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen über denen der alten Bundesländer. Insbesondere im Wirtschaftsbereich Öffentlicher Dienst, Organisationen ist der Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen gegenüber den alten Bundesländern deutlich höher (41% gegenüber 25%).

Der im Vergleich zum Bundesgebiet West höhere Anteil an befristeten Verträgen ist aufgrund der geringen Fallzahlen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein nur eingeschränkt zu interpretieren. Eventuell ist der höhere Anteil der befristeten Verträge auf saisonale Arbeitskräfte zurückzuführen, gestützt wird diese Annah-

me durch ihren hohen Anteil speziell im Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur (29% gegenüber 18% in den alten Bundesländern).

Bei der Zuordnung der Betriebe nach der Beschäftigtenentwicklung ist die Beobachtung interessant, dass es offensichtlich eine Gruppe von Betrieben in Schleswig-Holstein gibt, deren Personalbestand weitgehend konstant ist und die nur zu einem geringen Teil Personal eingestellt und zum überwiegenden Teil auch keinen Bedarf an Personal haben. Wenn hier Personal eingestellt wird, dann in jedem zweiten Betrieb mit befristeten Verträge (in den alten Bundesländern liegt dieser Anteil bei nur 25%). Dem stehen Betriebe mit entweder gestiegenem oder zurückgegangenem Personalbestand gegenüber, die zu deutlich höheren Anteilen Beschäftigte eingestellt haben – entweder um zu expandieren oder um bei gleichzeitigem Rückgang des Personalbestandes diesen umzustrukturieren. Dazu kommt, dass gerade bei den Betrieben mit zurückgegangener Beschäftigung ein überraschend großer Anteil der Betriebe Bedarf anmeldet, diesen aber offenbar nicht decken kann. ¹⁴

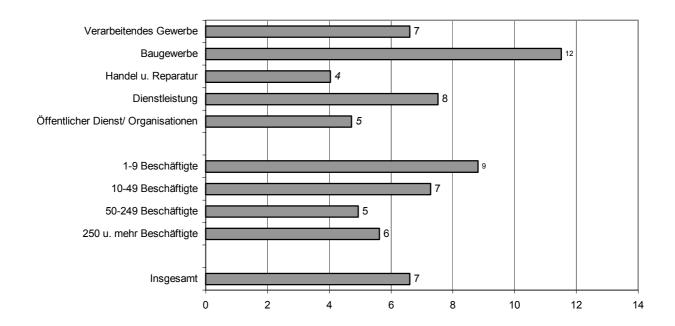
Betrachtet man den Anteil der Neueinstellungen an allen Beschäftigten, wie es in Abbildung 4.1 erfolgt, zeigt sich, dass in Schleswig-Holstein etwa 7% aller Beschäftigungsverhältnisse zum Juni 2002 im ersten Halbjahr 2002 neu abgeschlossen wurden, dagegen nur 5% in den alten Bundesländern.

Im IAB-Betriebspanel wurden die Betriebe, die keine neuen Mitarbeiter eingestellt haben, gefragt, ob sie in ihrem Betrieb gern eingestellt hätten. In Schleswig-Holstein antworteten 8% dieser Betriebe, dass sie gerne eingestellt hätten. Damit liegt der Wert geringfügig (um zwei Prozentpunkte) höher als in den alten Bundesländern. Allerdings können natürlich auch in Betrieben, die Neueinstellungen vorgenommen haben, Stellen unbesetzt geblieben sein. Diese werden jedoch im IAB-Betriebspanel nicht erfasst. Ein Indiz für einen Mismatch zumindest in Teilen des Arbeitsmarktes ist die schon beschriebene Feststellung, dass gerade Betriebe mit zurückgegangener Beschäftigung auch Bedarf anmelden.

¹⁴ Der in diesem Zusammenhang auffallende Wiederspruch zwischen Betrieben mit gestiegener Beschäftigung, die aber zu 39% keine Personaleinstellungen vorgenommen haben, erklärt sich aus den unterschiedlichen Zeiträumen, die betrachtet werden. Die Entwicklung der Beschäftigten erfolgt im Vergleich der Gesamtzahl der Beschäftigten am 30. Juni 2002 zum 30. Juni 2001, während die Frage nach Personaleinstellungen sich nur auf das 1. Halbjahr 2002 bezieht. Der gleiche Widerspruch tritt bei den Personalabgängen erneut auf.

Abbildung 4.1: Anteil der Neueinstellungen im 1. Halbjahr 2002 an allen Beschäftigten im Juni 2002

Anteil in % an allen Beschäftigten im Juni 2002



4.2.2 Personalsuche

Der Frage, ob es größere Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein gibt, kann man sich auch anhand der Suche der Betriebe nach neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nähern. In Schleswig-Holstein haben 11% aller Betriebe zum Zeitpunkt der Befragung Arbeitskräfte "für sofort" gesucht, dies entspricht genau dem Wert für die alten Bundesländer. Deutliche Unterschiede zeigen sich hier nur im Verarbeitenden Gewerbe, in dem in Schleswig-Holstein deutlich weniger Betriebe neue Arbeitskräfte suchten (6% gegenüber 12% in den alten Bundesländern) und in der Betriebsgrößenklasse 50-249 (18% gegenüber 27%).

Bei der Untersuchung der Personalsuche findet sich im IAB-Betriebspanel insgesamt quantitativ kein Anzeichen dafür, dass es in Schleswig-Holstein ein größeres Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitmarkt gibt als in den alten Bundesländern. Inwieweit ein qualitatives Problem bei der Suche nach neuen Arbeitskräften besteht, lässt sich aus den Daten des IAB-Betriebspanels nicht ermitteln.

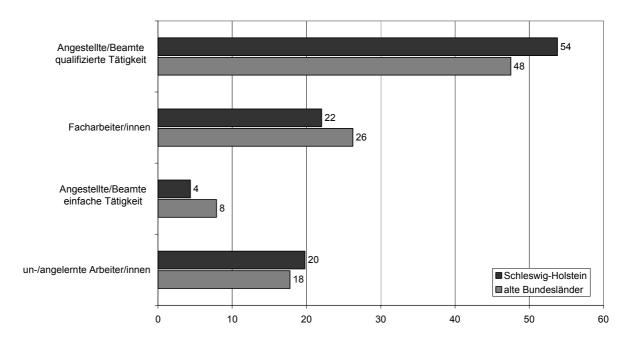
Insgesamt entspricht der Anteil der gesuchten Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein etwa 1% der Gesamtbeschäftigten des Landes. Dies ist deutlich weniger als in den alten Bundesländern, wo dieser Wert fast 3% erreicht. Die schon bei den Neueinstellungen registrierte Beobachtung, dass gerade auch Betriebe mit zurückgegangener Beschäftigung Arbeitskräfte suchen, kann man hier bestätigen. 10% dieser Betriebe suchen "für sofort" neue Arbeitskräfte, während nur 7% aller Betriebe mit konstantem Personalbestand neue Arbeitskräfte suchen.

Bei der qualitativen Betrachtung der gesuchten Arbeitskräfte wird deutlich, dass bei 76% der gesuchten Arbeitskräfte ein ausgeprägtes Qualifikationsniveau gefordert wird (vgl. auch Abbildung 4.2). Dabei wird im IAB-Betriebspanel bei den Arbeitern und den Angestellten/Be-

amten nach zwei Qualifikationskategorien differenziert. Die Auszubildenden, Beamtenanwärter sowie Inhaber/Vorstände und Geschäftsführer werden hier als "Sonstige" nicht weiter berücksichtigt, da sie bei der Frage nach neueingestellten Arbeitskräften nicht als Kategorie betrachtet werden. Der Anteil der gesuchten Arbeitskräfte mit besonderem Qualifikationsniveau an allen gesuchten Arbeitskräften ist in Schleswig-Holstein etwas höher als in den alten Bundesländern (76% gegenüber 74%), wobei ein deutlicher Unterschied bei den Facharbeitern und Facharbeiterinnen und den Angestellten/Beamten mit qualifizierter Tätigkeit festzuhalten ist. Im alten Bundesgebiet werden anteilig mehr Facharbeiterinnen und Facharbeiter als in Schleswig-Holstein gesucht, während in Schleswig-Holstein mehr qualifizierte Angestellte und Beamtinnen und Beamten als im Bundesgebiet West gesucht werden (vgl. Abbildung 4.2). Dies erklärt sich durch den geringeren Stellenwert des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der damit verbundenen stärkeren Tertiärisierung der Wirtschaft des Landes, die dadurch weniger Facharbeiter benötigt.

Abbildung 4.2: Gesuchte Arbeitskräfte nach Qualifikation

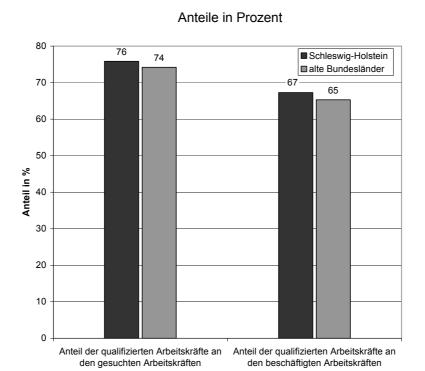




Die Abbildung 4.3 stellt die Qualifikation der bereits in den Betrieben Beschäftigten¹⁵ der Qualifikationsstruktur der gesuchten Arbeitskräfte gegenüber. Insgesamt wird bei der hier gewählten Abgrenzung der "qualifizierten Arbeitskräfte" erkennbar, dass in Schleswig-Holstein gegenüber den alten Bundesländern ein etwas höheres Qualifikationsniveau besteht, und zwar sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den gesuchten Arbeitskräften. Deutlich wird auch, dass die Betriebe mit Hilfe der Neueinstellungen anstreben das Qualifikationsniveau ihrer Belegschaft zu erhöhen: Der Anteil der Qualifizierten an den gesuchten Beschäftigten liegt deutlich (um 9 Prozentpunkte) höher als bei den schon vorhandenen Arbeitskräften.

¹⁵ Anteil der Beschäftigten mit qualifizierten Tätigkeiten an allen Beschäftigten, ohne Auszubildende, Beamtenanwärter und Inhaber/Vorstände/Geschäftsführer.

Abbildung 4.3: Anteil der qualifizierten Arbeitskräften an den gesuchten bzw. an den beschäftigten Arbeitskräften



4.2.3 Personalabgänge

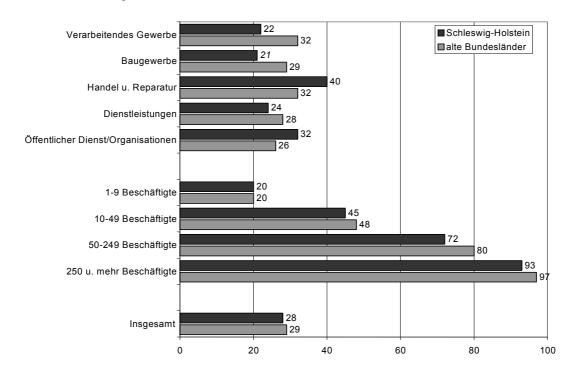
Neben den Neueinstellungen und der Personalsuche sind zur Beurteilung des Arbeitsmarktes die Personalabgänge wesentlich, da sich nur so die Dynamik des Marktes erschließen lässt. Betrachtet man den Anteil der Betriebe, die Personalabgänge vorweisen, so liegt er in Schleswig-Holstein mit 28% fast auf gleicher Höhe mit den alten Bundesländern (29%). Der Anteil der Frauen bei den Personalabgängen ist mit 43% etwas geringer als ihr Anteil an den Neueinstellungen (47%).

Der Anteil der Betriebe, die Personalabgänge zu verzeichnen haben, nimmt mit der Betriebsgröße deutlich zu. Er liegt aber in Schleswig-Holstein bis auf die kleinste Betriebsgrößenklasse immer unter dem entsprechenden Anteil in den alten Bundesländern. Dies ist offenbar darauf zurückzuführen, dass mit einem größeren betrieblichen Personalbestand die Wahrscheinlichkeit eines Personalabgangs steigt. Hier wirkt sich also die eher kleinbetriebliche Struktur Schleswig-Holsteins mit relativ hohem Dienstleistungsanteil aus. In der Abbildung 4.4 ist allerdings auch zu sehen, dass der Vergleich Schleswig-Holstein – alte Bundesländer nach Wirtschaftsbereichen durchaus differenziert ausfällt: In den Bereichen Handel, Reparatur sowie Öffentlicher Dienst, Organisationen ist der Anteil der Betriebe mit Personalabgängen in Schleswig-Holstein höher als in den alten Bundesländern, während er im Bereich Dienstleistungen und im Verarbeitenden und Baugewerbe niedriger ist.

Auch in dieser Abbildung zeigt sich der bei den Neueinstellungen von Personal beobachtete Befund, dass die Gruppe von Betrieben mit weitgehend konstanter Beschäftigung auch nur eine geringe Fluktuation von Beschäftigten aufweist, d.h. nur zu geringen Anteilen Personalzu- bzw. -abgänge verzeichnet.

Abbildung 4.4: Anteil der Betriebe mit Personalabgängen im 1. Halbjahr 2002 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe



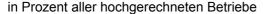
Die Gründe für Personalabgänge sind vielfältig und werden im IAB-Betriebspanel zu sieben Kategorien (plus "Sonstige") zusammengefasst. Einen Überblick über die Gründe für Personalabgänge in Schleswig-Holstein gibt die Tabelle 4.8.

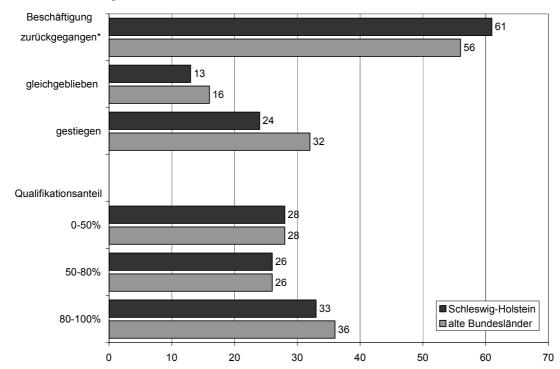
Kündigungen machen den Großteil der Personalabgänge aus. Dabei überwiegen in Schleswig-Holstein die Kündigungen durch den Betrieb, während in den alten Bundesländern die Kündigung durch den Arbeitnehmer häufiger ist. Die Tatsache, dass in Betrieben mit rückläufiger Beschäftigung die Kündigung durch den Betrieb überwiegt, während in Betrieben mit gestiegener bzw. gleichbleibender Beschäftigung Kündigungen eher durch Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer ausgesprochen werden, entspricht den Erwartungen, da dies der normalen Fluktuation von Arbeitskräften entspricht. Der im Vergleich mit den alten Bundesländern hohe Kündigungsanteil bei den Betrieben mit zurückgegangener Beschäftigung erklärt sich durch die Tatsache, dass nach den Daten des IAB-Betriebspanels im alten Bundesgebiet eher befristete Arbeitsverträge nicht verlängert werden oder der Arbeitsvertrag einvernehmlich aufgelöst wird.

Der hohe Anteil der "Kündigungen des Betriebes" bei Betrieben mit über 80% qualifizierten Arbeitskräften korrespondiert mit dem hohen Anteil bei den Betrieben mit zurückgegangener Beschäftigtenentwicklung. Zum einen hatte ein deutlich größerer Teil der Betriebe mit einem hohen Qualifikationsanteil Personalabgänge als bei Betrieben mit geringerer Qualifikation ihrer Beschäftigten (vgl. Abbildung 4.5), zum anderen gehören 79% der Betriebe, die Kündigungen ausgesprochen haben, sowohl der Kategorie "zurückgegangene Beschäftigtenentwicklung" als auch in die Kategorie "hoher Anteil qualifizierter Arbeitskräfte" an. Dies korrespondiert für Schleswig-Holstein mit dem Befund, dass die Beschäftigung in den Betrieben mit

einem geringen Anteil qualifizierter Arbeitskräfte (unter 50%) 2001/2002 um 10% zugenommen hat, während sie im mittleren Qualifikationssegment nur leicht angestiegen (plus 1,1%) und in den Betrieben mit über 80% qualifizierten Arbeitskräften sogar um 1,7% gesunken ist. Eine einfache Kausalität zwischen Qualifikation und Beschäftigungsentwicklung ist daraus allerdings nicht ableitbar. Vielmehr korrespondiert ein hoher Anteil qualifizierter Arbeitskräfte, insbesondere ein hoher Facharbeiteranteil, mit Betrieben der oberen Größenklassen bzw. mit Betrieben aus dem gewerblichen Bereich, deren Beschäftigungsentwicklung im Zuge des Strukturwandels ungünstiger verläuft als im Bereich kleiner und mittlerer Dienstleistungsbetriebe, die zum Teil wiederum mit einem höheren Anteil geringer qualifizierter Arbeitskräfte bzw. mit einem hohen Anteil von Teilzeitarbeit operieren.

Abbildung 4.5: Betriebe mit Personalabgängen im 1. Halbjahr 2002 nach der Beschäftigungsentwicklung 2001/2002 und dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte





^{*} Die Beobachtung, dass nur 61% / 56% der Betriebe mit zurückgegangener Beschäftigung Personalabgänge haben, liegt an der schon bei der Personalsuche erläuterten Diskrepanz der betrachteten Zeiträume.

Gründe¹ für Personalabgänge nach Betriebsgrößenklassen, Beschäftigungs-Tabelle 4.8: entwicklung und Anteil qualifizierter Arbeitskräfte, Teil 1

in Prozent der hochgerechneten Betriebe² in Klammern die Werte für das Bundesgebiet West

Betriebsgrößenklasse/ Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	Kündigung des Arbeit- nehmers	Kündigung des Betrie- bes	Ruhestand (Vorruhe- stand), Berufs- oder Erwerbs- unfähigkeit oder Tod	Ablauf befris- teter Arbeits- verträge	Abgänge nach Ab- schluss der betrieblichen Ausbildung
1 bis 9 Beschäftigte	20 (32)	50 (25)	6 (5)	1 (4)	10 (5)
10 bis 49 Beschäftigte	· ·	50 (35)	6 (5)	1 (4) 5 (7)	10 (5)
	34 (41)	28 (27)	13 (7)	5 (7)	8 (4)
50 bis 249 Beschäftigte	29 (35)	26 (27)	14 (9)	18 (13)	5 (4)
ab 250 Beschäftigte	31 (28)	23 (13)	13 (14)	19 (26)	3 (3)
Beschäftigungsentwicklung					
zurückgegangen	33 (29)	41 (29)	10 (9)	4 (12)	8 (5)
gleichgeblieben	27 (38)	23 (18)	13 (11)	19 (13)	7 (5)
gestiegen	39 (41)	24 (22)	13 (8)	15 (15)	5 (3)
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte					
0 bis 50 %	31 (36)	31 (31)	7 (5)	11 (14)	3 (3)
50 bis 80 %	29 (35)	23 (24)	14 (10)	9 (11)	15 (6)
80 bis 100 %	23 (32)	43 (17)	13 (13)	8 (13)	5 (4)
Schleswig-Holstein	28 (34)	33 (25)	11 (9)	9 (13)	7 (4)

¹ Weitere Gründe für Personalabgänge sind in der folgenden Tabelle 4.9 dargestellt. ² Teilgesamtheit: Nur Betriebe mit Personalabgängen

Tabelle 4.9: Gründe für Personalabgänge nach Betriebsgrößenklassen, Beschäftigungsentwicklung und Anteil qualifizierter Arbeitskräfte, Teil 2

Angaben in Prozent (in Klammern die Werte für das Bundesgebiet West)

Betriebsgrößenklasse/ Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	einvernehmliche Aufhebung (auch aufgrund Sozialplan)	Versetzung in einen anderen Betrieb	(Vor-) Ruhstand, Berufs- oder Er- werbsunfähigkeit oder Tod	Sonstiges
1 bis 9 Beschäftigte	4 (6)	2 (3)	6 (5)	7 (9)
10 bis 49 Beschäftigte	5 (4)	1 (3)	13 (7)	5 (7)
50 bis 249 Beschäftigte	3 (7)	1 (3)	14 (9)	4 (3)
ab 250 Beschäftigte	4 (8)	3 (4)	13 (14)	2 (3)
Beschäftigungsentwicklung				
Zurückgegangen	5 (8)	2 (4)	10 (9)	6 (5)
Gleichgeblieben	3 (5)	2 (2)	13 (11)	6 (7)
Gestiegen	3 (5)	1 (3)	13 (8)	1 (3)
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte				
0 bis 50 %	6 (5)	0 (2)	7 (5)	10 (5)
50 bis 80 %	4 (7)	1 (2)	14 (10)	2 (5)
80 bis 100 %	2 (8)	3 (7)	13 (13)	1 (6)
Schleswig-Holstein	4 (6)	2 (3)	11 (9)	5 (5)

4.3 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Nachdem lange Zeit die zukünftige demographische Entwicklung in Deutschland keinen großen Stellenwert in der politischen Diskussion hatte, hat sich dies in den letzten Jahren deutlich verändert, und die Auswirkungen z.B. auf den Arbeitsmarkt und die Personalpolitik sind Gegenstand der politischen und wissenschaftlichen Diskussion. Einerseits erhofft man sich eine kurzfristige Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, andererseits wird ein Fachkräftemangel befürchtet. Dem ist zu entgegnen, dass entsprechend der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bei der Annahme einer mittleren Lebenserwartung und einem mittleren Zuwanderungsüberschuss (Variante 5)¹⁶ bis 2020 aus heutiger Sicht kein Rückgang der Einwohnerzahl zu erwarten ist und dass auch die Erwerbsbevölkerung (20-64 Jahre) bis 2020 nicht abnehmen wird. Gemäß den Angaben des Instituts für Arbeitmarkt- und Berufsforschung¹⁷ wird das Erwerbspersonenpotential bis zum Jahr 2012 sogar zunehmen. Danach geht es zurück, es erreicht dann etwa im Jahr 2019 wieder den heutigen Stand. Somit ist selbst auf mittelfristige Sicht nicht mit einem entstehenden quantitativen Personalmangel oder mit einer deutlichen Entlastung des Arbeitsmarktes aufgrund der demographischen Entwicklung zu rechnen.

Dabei kommt es allerdings zu einer deutlichen Alterung der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotentials. Der Anteil der 50-64Jährigen an der Bevölkerung im Erwerbsalter nimmt von 30% im Jahr 2000 auf 39% im Jahr 2020 zu. Und während der Anteil der jungen Jahrgänge (20-34 Jährige) im gleichen Zeitraum nur leicht von 32% auf 30% abnimmt, schrumpft insbesondere der Anteil der mittleren Jahrgänge (35-49 Jährige) von 38% im Jahr 2000 auf nur noch 31% im Jahr 2020.

Somit liefert das IAB-Betriebspanel 2002 eine Momentaufnahme der betrieblichen Personalpolitik gegenüber älteren Arbeitskräften zu einen Zeitpunkt, da der Wechsel von einer auf
jüngere zu einer auf ältere Arbeitskräfte bezogenen Personalpolitik in den wenigsten Unternehmen vollzogen ist. Insbesondere für den Umgang mit älteren Beschäftigten bei einer insgesamt alternden Belegschaft, sei es in Form von speziellen Weiterbildungsangeboten, Arbeitszeitmodellen u.ä., zeigt das IAB-Betriebspanel den derzeitigen Stand und bietet die Basis für weitere Beobachtungen. Jede Veränderung im Verhalten der Betriebe gegenüber älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann so in den nächsten Jahre mit Hilfe der Basisinformation, die das IAB-Betriebspanel 2002 darstellt, beurteilt werden.

4.3.1 Altersstruktur in den Betrieben Schleswig-Holsteins

In Deutschland sind im Jahr 2002 etwa 24% aller Erwerbstätigen älter als 50 Jahre, in Schleswig-Holstein beträgt dieser Anteil etwa 27% (Ergebnis des Mikrozensus 2002, amtliche Statistik: Erwerbstätige am Wohnort). Bezogen auf das IAB-Betriebspanel beschäftigen in Schleswig-Holstein etwa 63% aller Betriebe Arbeitskräfte ab 50 Jahren. Dieser Anteil ist geringfügig höher als im Bundesgebiet West (60% aller Betriebe). 32% der Betriebe haben

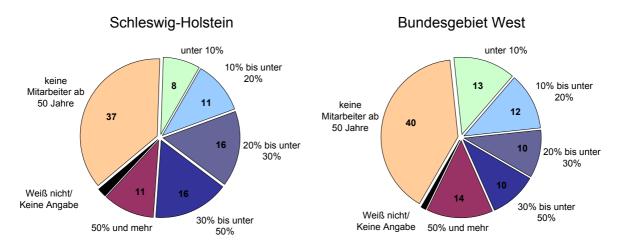
¹⁶ Durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 81(Männern) bzw. 87 (Frauen) Jahren, jährlicher positiver Wanderungssaldo von mindestens 200.000 Personen. Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003.

¹⁷ IAB-Zahlen Fibel, Wanderungssaldo 200 Tsd. p.a. und obere Erwerbsquotenvariante

eine Belegschaft, die zu 20%-50% aus Personen ab 50 Jahren besteht (Bundesgebiet West: 20%). Darüber hinaus besteht bei 11% der Betriebe die Belegschaft zu mehr als der Hälfte aus Personen ab 50 Jahren. Dies zeigt, dass der Umgang mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kein Spezialfall ist, der nur wenige Betriebe betrifft, sondern generell zum Umgang der Betriebe mit ihren Arbeitnehmern gehört. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede nach Wirtschaftsbereich und Betriebsgröße.

Abbildung 4.6: Beschäftigungsanteile älterer Personen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe



In Schleswig-Holstein haben insbesondere Betriebe der Wirtschaftbereiche Handel und Reparatur sowie das Verarbeitende Gewerbe relativ hohe Anteile älterer Arbeitskräfte in ihrer Belegschaft. Der Anteil der Betriebe ohne Arbeitskräfte ab 50 Jahre liegt bei 21% bzw. 24% (Handel und Reparatur bzw. Verarbeitendes Gewerbe). Mehr als die Hälfte der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe hat 20% oder mehr Arbeitskräfte mit über 50 Jahren, im Wirtschaftsbereich Handel u. Reparatur sind dies knapp die Hälfte aller Betriebe. Dem gegenüber stehen die Wirtschaftsbereiche Dienstleistungen und Baugewerbe, in denen 48% bzw. 43% der Betriebe keine Mitarbeiter ab 50 Jahren beschäftigen. Im alten Bundesgebiet sind die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe und Dienstleistungen ebenfalls die Bereiche mit den höchsten Anteilen an Betrieben, die keine Mitarbeiter ab 50 Jahre beschäftigen (48% Baugewerbe und 46% Dienstleistungen). Dagegen sind im Bundesgebiet West die Wirtschaftsbereiche mit dem niedrigsten Anteil an Betrieben ohne Mitarbeiter ab 50 Jahre die Bereiche Öffentlicher Dienst/Organisationen mit 23% und das Verarbeitende Gewerbe mit 27%.

Differenziert man nach Betriebsgröße, so zeigt sich, dass fast alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten Mitarbeiter ab 50 Jahren beschäftigen, während es bei Kleinbetrieben (1-9 Beschäftigte) nur 53% der Betriebe sind. Gegenüber dem Bundesgebiet West zeigen sich bei der Betrachtung nach Betriebsgrößen in der Tendenz die gleichen Aussagen.

Betrachtet man die Anteile nach Beschäftigten (genaue Anteile der Beschäftigten nach Altersgruppen wurde im IAB-Betriebspanel nicht erfragt), so arbeiten 76% der Beschäftigten in Betrieben mit mindestens 10% Beschäftigten im Alter von 50 Jahren und älter, nur 11% der Beschäftigten arbeiten in Betrieben ohne Mitarbeiter in diesem Alter. Somit arbeitet trotz des

hohen Anteils an *Betrieben* ohne ältere Mitarbeiter nur ein geringer Anteil der *Beschäftigten* in diesen Betrieben.

4.3.2 Von den Betrieben geforderte Eigenschaften – junge und ältere Personen

Ist die Alterung der Belegschaft überhaupt als Problem der Betriebe bzw. des Landes anzusehen? Oder weisen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Eigenschaften auf, die sie besonders wertvoll für die Betriebe machen? Die Beantwortung dieser Frage aus Sicht der Betriebe ist mit dem Fragenkatalog des hier dargestellten Themenschwerpunktes des IAB-Betriebespanel 2002 repräsentativ für Schleswig-Holstein und für das Bundesgebiet West möglich. Dazu dienen zwei Fragenkomplexe: Zum einen die allgemeine Frage, welche Eigenschaften den Betrieben bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders wichtig sind, zum anderen, ob sie eher bei jüngeren oder eher bei älteren Arbeitnehmern ausgeprägt sind.

Die Eigenschaften werden von den Betrieben deutlich in ihrer Wertigkeit differenziert. Höchste Priorität haben Arbeitsmoral/Arbeitsdisziplin und Qualitätsbewusstsein. Dies gilt sowohl für Schleswig-Holstein als auch für das Bundesgebiet West. Auch am Ende der Prioritätenliste finden sich mit theoretischem Wissen und Kreativität in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West die gleichen Eigenschaften (vgl. Tabelle 4.10). So ähnlich die Reihenfolge der Eigenschaften in Schleswig-Holstein und Westdeutschland ist, so interessant sind die Unterschiede im einzelnen. So wird von den Betrieben in Schleswig-Holstein die Lernbereitschaft höher bewertet als das Erfahrungswissen, während es im Bundesgebiet West umgekehrt ist. Wichtiger als im alten Bundesgebiet ist den Betrieben in Schleswig-Holstein zudem die körperliche Belastbarkeit, während die Kreativität weniger wichtig ist als im alten Bundesgebiet.

Dabei zeigen die Branchen durchaus unterschiedliche Prioritäten. Generell wird Arbeitsmoral/Arbeitsdisziplin und Qualitätsbewusstsein als sehr wichtig eingeschätzt. Auffällig ist beim Qualitätsbewusstsein, dass diesem im Bereich Öffentlicher Dienst/Organisationen in Schleswig-Holstein eine geringere Wertigkeit zugeordnet wird (Bewertungsziffer 1,8, im Bundesgebiet West 1,6¹⁸). Auch im Baugewerbe gibt es einige deutliche Abweichungen. So wird der Arbeitsmoral/Arbeitsdisziplin überdurchschnittliche Wertigkeit zugeordnet (1,1), danach rangiert die Flexibilität mit einer Wertigkeit von 1,2. Der körperlichen Belastbarkeit wird im wesentlichem im Baugewerbe eine sehr wichtige Rolle zugeschrieben, auch im Verarbeitenden Gewerbe ist diese Eigenschaft wichtig, während es in den anderen Wirtschaftsbereichen eher keine wichtige Rolle spielt.

Die Teamfähigkeit, die insgesamt im Mittelfeld der Wichtigkeit landet, spielt insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und bei Großbetrieben (250 u. mehr Beschäftigte) ein sehr wichtige Rolle. Relativ gering wird die körperliche Belastbarkeit im Bereich Öffentlicher Dienst/Organisationen, bei den Dienstleistungen und auch im Bereich Handel und Reparatur eingeschätzt.

¹⁸ Zu Bewertungsziffer: 1 sehr wichtig, 2 wichtig, 3 weniger wichtig, Durchschnitt der antwortenden Betriebe

Tabelle 4.10: Eigenschaften von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach ihrer Wichtigkeit, Einschätzung der Betriebe

Durchschnittswert über alle hochgerechneten Betriebe, die Reihenfolge der Eigenschaften entspricht der Wertigkeit im Bundesgebiet West

Figureshoft	Wichtigkeit ¹					
Eigenschaft	Bundesgebiet West	Schleswig-Holstein				
Arbeitsmoral, -disziplin	1.3	1.3				
Qualitätsbewusstsein	1.4	1.4				
Erfahrungswissen	1.5	1.6				
Flexibilität	1.5	1.5				
Loyalität	1.5	1.5				
Lernfähigkeit	1.6	1.6				
Teamfähigkeit	1.6	1.6				
Lernbereitschaft	1.6	1.5				
Psychische Belastbarkeit	1.8	1.8				
Körperliche Belastbarkeit	1.9	1.8				
Theoretisches Wissen	1.9	1.9				
Kreativität	2.0	2.1				

¹ 1 sehr wichtig, 2 wichtig, 3 weniger wichtig

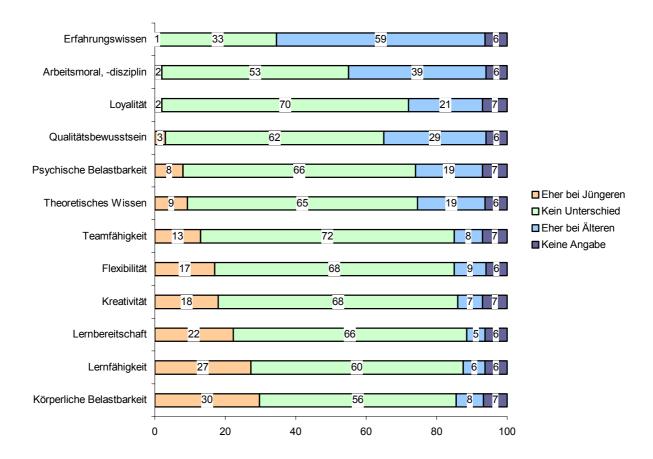
Ob die dargestellten Eigenschaften von den Betrieben eher den jüngeren oder eher den älteren Arbeitskräften zugesprochen werden, zeigt die Abbildung 4.7. Hier wird deutlich, dass nur beim Erfahrungswissen eine Mehrheit der Betriebe (59%) dies einer bestimmten Altersgruppe als Vorteil zuspricht, erwartungsgemäß den Älteren. In der Kategorie Arbeitsmoral/Arbeitsdisziplin, Qualitätsbewusstsein und Loyalität sprechen über 20% der Betriebe diese Eigenschaft eher den Älteren und nur ein kleiner Anteil eher den Jüngeren zu. Umgekehrt sind die Einschätzungen bei den Kategorien Körperliche Belastbarkeit, Lernfähigkeit und Lernbereitschaft: Sie werden eher bei den Jüngeren gesehen.

Die Mehrheit der Betriebe geht bei den meisten Kategorien allerdings davon aus, dass keine Altersgruppe gegenüber der anderen im Vorteil ist. Über 70% sagen dies bei der Teamfähigkeit und genau 70% bei der Loyalität. Mehr als 60% der Betriebe sehen bei der Flexibilität, der Kreativität, der Lernbereitschaft, der psychischen Belastbarkeit, dem theoretischen Wissen, dem Qualitätsbewusstsein und auch der Lernfähigkeit keinen Vorteil bei einer bestimmten Altersgruppe.

Damit liegen bei insgesamt sechs der Eigenschaften die Vorteile eher bei den Älteren, bei fünf Eigenschaften eher bei den Jüngeren. Die als sehr wichtig eingeschätzten Eigenschaften Arbeitsmoral/Arbeitsdisziplin, Qualitätsbewusstsein und Loyalität werden eher den Älteren, die ebenfalls als sehr wichtig eingeschätzten Eigenschaften Flexibilität und Lernbereitschaft dagegen eher den Jüngeren zugesprochen. Obwohl in fast allen Bereichen mehrheitlich keiner der beiden Altersgruppen ein Vorteil zugesprochen wird, kann insgesamt von einem leichten Vorteil älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere bei den als sehr wichtig eingeschätzten Eigenschaften gegenüber den Jüngeren gesprochen werden.

Die Ergebnisse des IAB-Beriebspanels zeigen, dass für die Betriebe eine Mischung von Älteren und Jüngeren vorteilhaft ist, da sie komplementäre Stärken haben.

Abbildung 4.7: Eigenschaften älterer und jüngerer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Prozent aller hochgerechneten Betriebe



4.3.3 Personalpolitische Konsequenzen – Maßnahmen für Ältere und Bereitschaft zur Einstellung älterer Bewerber

Betriebe, die Beschäftige im Alter von über 50 Jahren und mehr aufweisen, wurden gefragt, welche personalpolitischen Maßnahmen in ihrem Betrieb sich speziell auf diese Altersgruppe beziehen (vgl. Tabelle 4.11). Dabei gibt die überwiegende Mehrheit der Betriebe an, dass keine speziellen Maßnahmen für diese Altersgruppe existieren (76% in Schleswig-Holstein, 80% im Bundesgebiet West). Nennenswerte Anteile von Betrieben mit Maßnahmen für ältere Beschäftigte sind nur im Wirtschaftsbereich Öffentlicher Dienst/Organisationen sowie bei größeren Betrieben (ab 50 Beschäftigte) erkennbar. Hauptsächlich handelt es sich dabei um das Angebot der Altersteilzeit. Die anderen in der Befragung vorgestellten Maßnahmen werden im nennenswerten Umfang nur in Betrieben ab 50 Beschäftigte angeboten. Einzig das Verarbeitende Gewerbe und der Wirtschaftsbereich Öffentlicher Dienst/Organisationen (bei der Einbeziehung Älterer in die betriebliche Weiterbildung) weisen bei den einzelnen Maßnahmen Werte von über 10% der Betriebe auf. Inwieweit es sich bei den angesprochenen Maßnahmen in den Betrieben um durchgängig praktizierte, für alle Beschäftigten vorhande-

ne Maßnahmen oder nur um Einzelfälle oder Fälle mit Modellcharakter handelt, lässt sich aus den Daten nicht ermitteln.

Tabelle 4.11: Maßnahmen, die sich auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen

in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹ (Mehrfachnennungen möglich)

Wirtschaftsbereich / Betriebsgrößenklasse	Altersteilzeit	besondere Ausstattung der Arbeitsplätze	Herabsetzung der Leis- tungsanforderungen	altersgemischte Besetzung von Arbeitsgruppen	Einbeziehung Älterer in die betriebl. Weiterbildung	spezielle Weiterbildungs- angebote für Ältere	andere Maßnahmen für Ältere	<u>keine</u> Maßnahmen für Älterre
Verarbeitendes Gewerbe	7	12	13	12	9	1	1	69
Baugewerbe	4	0	0	7	6	-	-	84
Handel und Reparatur	7	1	2	5	5	0	0	86
Dienstleistungen	12	3	4	4	6	1	1	79
Öffentl. Dienst, Organisationen	72	3	3	9	15	-	0	20
1 bis 9 Beschäftigte	6	2	3	5	3	-	-	86
10 bis 49 Beschäftigte	17	5	4	10	9	2	1	66
50 bis 249 Beschäftigte	46	4	7	16	18	3	2	36
ab 250 Beschäftigte	81	19	21	22	32	3	6	15
Schleswig-Holstein	13	3	4	7	6	1	0	76
Bundesgebiet West	12	2	3	6	6	1	1	80

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Beschäftigten im Alter von 50 Jahren und mehr

In Schleswig-Holstein arbeiten nur 44% aller Beschäftigten in Betrieben, die keine Maßnahmen für Ältere anbieten. 46% der Beschäftigten arbeiten hingegen in Betrieben, die zumindest Altersteilzeit anbieten. Bei allen anderen Maßnahmen ist der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit entsprechenden Maßnahmen arbeiten, gering und liegt zwischen 16% (Einbeziehung Älterer in die betriebliche Weiterbildung) und 2% (Spezielle Weiterbildungsangebote für Ältere).

Inwieweit schlägt sich nun die insgesamt positive Beurteilung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (vgl. Abschnitt 4.3.2) in der Einstellungspraxis der Betriebe nieder? Um dies festzustellen, ist das Mittel der Befragung nicht ohne Probleme. Welcher Betrieb gibt schon gerne zu, dass er Bewerber aufgrund ihres Alters diskriminiert. Zudem liegen oft neben dem Alter noch andere Hemmnisse bei einer Einstellung vor. Hier liegt es an den Betrieben zu entscheiden, aus welchem Grund sie hauptsächlich eine Bewerberin oder einen Bewerber ablehnen und ob dabei das Alter die entscheidende Rolle gespielt hat. Insofern ist der Anteil von 12% der Betriebe, die sich offen bekennen ("Wir stellen grundsätzlich keine Bewerber von 50 und mehr Jahren ein"), ein überraschend hoher Wert. Nachvollziehbar ist

der hohe Wert von 28% in Baugewerbe, da hier die Eigenschaft der körperlichen Belastbarkeit hoch eingeschätzt wird. Der hohe Wert im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen (15%) entzieht sich dagegen einer so klaren Begründung.

Tabelle 4.12: Einstellungsbereitschaft der Betriebe gegenüber Bewerberinnen und Bewerbern ab 50 Jahren

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

		(Mehrfa	daru chnenn		möglicl	ר)	
Wirtschaftsbereich / Betriebsgrößenklasse	Betriebe mit der Bereit- schaft ältere Arbeitneh- mer einzu- stellen	vorzugsweise als Teilzeitkräfte	nur mit befristeten Vertrag	nur, wenn keine jün- geren Bewerber	nur mit Lohnkosten- zuschüssen	andere Vorrausset- zungen	keine bestimmten Vorraussetzungen	Betriebe ohne Be- reitschaft
Verarbeitendes Gewerbe	96	17	26	27	29	2	40	4
Baugewerbe	72	13	20	5	14	2	36	28
Handel und Reparatur	94	15	7	8	4	8	55	6
Dienstleistungen	85	10	8	6	10	6	55	15
Öffentl. Dienst, Organisationen	96	6	6	11	10	6	67	4
1 bis 9 Beschäftigte	86	13	11	7	9	6	52	14
10 bis 49 Beschäftigte	95	14	13	15	16	7	50	5
50 bis 249 Beschäftigte	93	5	14	12	9	6	58	7
ab 250 Beschäftigte	97	4	12	16	6	15	62	3
Schleswig-Holstein	88	12	11	9	10	7	51	12
Bundesgebiet West	85	8	6	8	6	8	56	15

Der Anteil der Betriebe, die ohne weiter Vorbedingung ältere Arbeitnehmer einstellen würden, ist je nach Branche unterschiedlich. In Schleswig-Holstein liegt er bei 51% (Bundesgebiet West 56%). Somit zeigt sich, dass die Bereitschaft Ältere einzustellen zwar oft bejaht wird, aber bei der Hälfte der Betriebe weitere Bedingungen damit verknüpft werden. Dabei liegt insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe der Anteil der Betriebe, die ohne Vorbedingungen Ältere einstellen würden, unter dem Wert über alle Bereiche. Als Bedingungen werden im Verarbeitenden Gewerbe hauptsächlich genannt: "Nur mit Lohnkostenzuschüssen", "Nur wenn keine jüngeren Bewerber verfügbar sind" und "Nur mit befristetem Vertrag". Demgegenüber wird über alle Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein "Vorzugsweise als Teilzeitkraft" als häufigste Bedingung angegeben.

Betrachtet man die Betriebsgrößenklassen, so nimmt die Bereitschaft ältere Arbeitnehmer einzustellen tendenziell mit der Betriebsgröße zu, dies gilt auch für den Anteil der Betriebe, die keine besondere Voraussetzung für die Einstellung älterer Bewerber angeben.

Betrachtet man die offenen Stellen und die Bereitschaft der Betriebe, sie mit älteren Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen, ergibt sich folgendes Bild: Nur für 8% der offenen Stellen schließen die Betriebe aus, sie mit älteren Bewerbern zu besetzen ("Wir stellen

grundsätzlich keine Bewerber im Alter von 50 und mehr Jahren ein"). 52% der offenen Stellen sind nicht an Voraussetzungen für ältere Bewerber geknüpft. Die einzelnen Voraussetzungen (Mehrfachnennungen waren möglich) bewegen sich zwischen 15% ("Vorzugsweise als Teilzeitkräfte") und 8% ("Nur, wenn keine jüngeren Bewerber verfügbar sind"). Der Anteil der Stellen, die mit Hilfe von Lohnkostenzuschüssen oder Eingliederungshilfen mit älteren Bewerbern besetzt werden würden, liegt bei 13%. Inwieweit dies tatsächlich der Fall wäre und damit einen Ansatzpunkt für die Arbeitsmarktpolitik darstellt, kann anhand der Daten nicht beurteilt werden. Hierbei ist zu beachten, dass bei den älteren Bewerbern abgesehen vom Alter noch weitere Einstellungshemmnisse vorhanden sein können. Weiterhin sind reine Mitnahmeeffekte und eine Benachteiligung jüngerer Bewerber nicht zu verhindern.

Das IAB-Betriebspanel 2002 zeigt in einer Momentaufnahme, dass eine Mischung von älteren und jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Normalfall in den Betrieben Schleswig-Holsteins ist. Dies entspricht der überwiegenden Einschätzung der Betriebe, dass bei den meisten Eigenschaften weder jüngere noch ältere Arbeitnehmer eine Vorteil haben und sich beide Altergruppen komplementär ergänzen. Dies spiegelt sich nicht ganz in der Bereitschaft nieder, ältere Arbeitnehmer einzustellen, da dies nur 51% der Betriebe in Schleswig-Holstein ohne Vorbedingung tun würden. An dieser Stelle bestehen also Ansatzpunkte, die positive Grundeinstellung gegenüber älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu bestärken und in tatsächliches Handeln der Betriebe umzusetzen.

4.4 Betriebliche Erstausbildung

Im folgenden werden zur Beschreibung der betrieblichen Erstausbildung in Schleswig-Holstein nur Ergebnisse des IAB-Betriebspanels, überwiegend zum Stichtag 30. Juni 2002, verwendet. Dabei wird die für Schleswig-Holstein spezifische Betriebsstruktur, nach der in hohem Maße Kleinbetriebe ausbilden, nur begrenzt berücksichtigt.

4.4.1 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung

Damit ein Betrieb ausbilden kann, müssen gesetzliche Anforderungen, u. a. das Vorhandensein einer geeigneten Ausbildungsstätte sowie fachlich geeigneter Ausbilder erfüllt sein. In Schleswig Holstein erfüllen zum Befragungszeitpunkt 56% der Betriebe entweder selbst oder im Verbund mit anderen Betrieben/Einrichtungen die Ausbildungsvoraussetzungen. Von diesen Betrieben bilden jedoch nur 62% tatsächlich im Berichtszeitraum aus und werden gemäß der Definition im IAB-Betriebspanel¹⁹ als Ausbildungsbetriebe bezeichnet. Die Ausbildungsbetriebsquote, also der Anteil der Ausbildungsbetriebe an *allen* Betrieben, liegt in Schleswig-Holstein bei 34%. In den alten Bundesländern liegt diese Quote bei 31%. Damit gibt es sowohl in Schleswig-Holstein als auch in den alten Bundesländern ein ungenutztes Ausbildungspotential, das im Rahmen der Auswertung zum IAB-Betriebspanel im allgemeinen definiert wird als der Anteil der Betriebe, die trotz Ausbildungsberechtigung nicht ausbilden, an *allen* Betrieben. Dieses ungenutzte Ausbildungspotential liegt in Schleswig-Holstein bei 22% *aller* Betriebe gegenüber 27% in den alten Bundesländern (vgl. auch Abbildung 4.8). Gemessen an der kleineren Basis aller Betriebe mit Ausbildungsberechtigung liegt der Anteil in Schleswig-Holstein bei 39% und in den alten Bundesländern bei 47%.²⁰

Abbildung 4.8: Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in Schleswig-Holstein im Jahr 2002

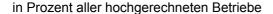
Betriebe insgesamt 100 %						
Betrieb ohne Ausbildungsberechtigung 44%	Ausbildungsberechtigung 56%					
Nicht ausbildende Betrie 66%	be	Ausbildende Betriebe 34%				
	ungenutztes Ausbildungspotential 22%					

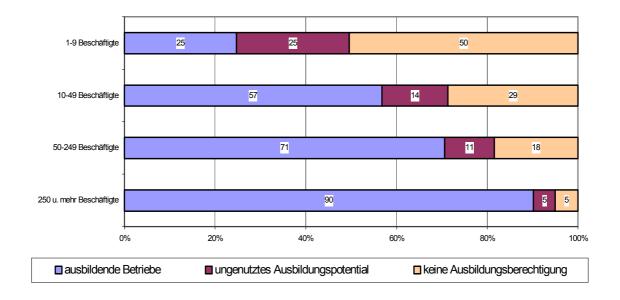
¹⁹ Als Ausbildungsbetriebe werden diejenigen Betriebe definiert, die entweder Auszubildende bzw. Beamtenanwärter in ihrem Personalbestand führen oder im zu Ende gegangenen Ausbildungsjahr (2001/2002) Abgänge verzeichnet haben oder die für das beginnende Ausbildungsjahr (2002/2003) bereits Verträge abgeschlossen haben oder dies noch planen.

²⁰ Grundsätzlich wäre der Anteil der nicht ausbildenden an allen ausbildungsberechtigten Betrieben als Maßstab für das ungenutzte Ausbildungspotential zu präferieren. Im Rahmen der IAB-Betriebspanel-Arbeitsgruppe wird aber sowohl von Infratest als auch von den anderen auswertenden Bundesländern der kleinere Quotient verwendet, der die nicht ausbildenden Betriebe auf eine größere Basis, nämlich auf *alle* Betriebe (auch die ohne Ausbildungsberechtigung) bezieht. Im Interesse einer einheitlichen Vorgehensweise in der Betriebspanel-Arbeitsgruppe wird im folgenden der kleinere Indikator herangezogen.

Bei einer Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen ergibt sich, dass mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der ausbildungsberechtigten und der tatsächlichen ausbildenden Betriebe steigt und das ungenutzte Ausbildungspotential sinkt. Bei Kleinbetrieben sind der Anteil von Betrieben ohne Ausbildungsberechtigung (50%) und das ungenutzte Ausbildungspotential (25%) besonders hoch (vgl. Abbildung 4.9). Allerdings ist zu beachten, dass Kleinbetriebe aufgrund ihres geringen Bedarfs häufig nur in mehrjährigen Abständen ausbilden (vgl.: SÖSTRA Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH, Betriebspanel Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Welle 2001, Berlin 2002) und die Auswertung nach Anzahl der Betriebe erfolgt.

Abbildung 4.9: Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung nach Betriebsgrößenklasse im Jahr 2002





Gemessen am Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten ausbildender Betriebe (Tabelle 4.13) zeigt sich, dass sich kleinere Betriebe mit einer Betriebsgröße bis zu 49 Beschäftigten – wenn sie ausbilden – durch eine hohe Ausbildungsquote (über 10%) auszeichnen. Bei größeren Betrieben fällt die Auszubildendenquote dagegen auf 4 bis 5% stark ab.

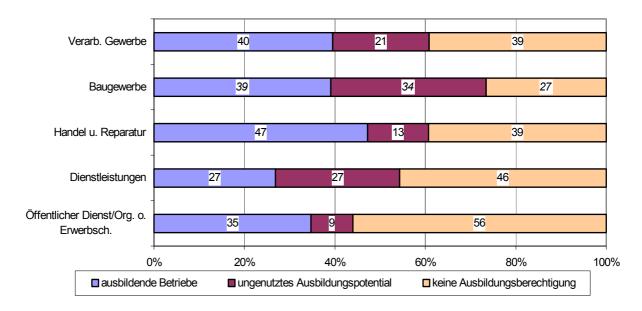
Tabelle 4.13: Auszubildendenquote Mitte 2002 nach Betriebsgrößenklassen

	Auszubildende je 100 Beschäftigte				
	alle Betriebe	alle ausbildenden Betriebe			
1 bis 9 Beschäftigte	5	17			
10 bis 49 Beschäftigte	7	11			
50 bis 249 Beschäftigte	4	5			
ab 250 Beschäftigte	4	4			
Schleswig-Holstein insgesamt	5	7			

Betrachtet man alle Wirtschaftsbereiche, so ist der Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote) in Handel und Reparatur, im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe in Schleswig-Holstein am größten (Abbildung 4.10). Am niedrigsten ist die Ausbildungsbetriebsquote im Dienstleistungsbereich. Sinnvollerweise muss man in diese Betrachtung das ungenutzte Ausbildungspotential einbeziehen. Dabei zeigt sich, dass im Baugewerbe ein hohes ungenutzte Potential vorhanden ist, dies gilt aber auch im Dienstleistungsbereich mit seiner niedrigen Ausbildungsbetriebsquote.

Abbildung 4.10: Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung nach Wirtschaftsbereichen 2002, Anteil der Betriebe an allen Betrieben





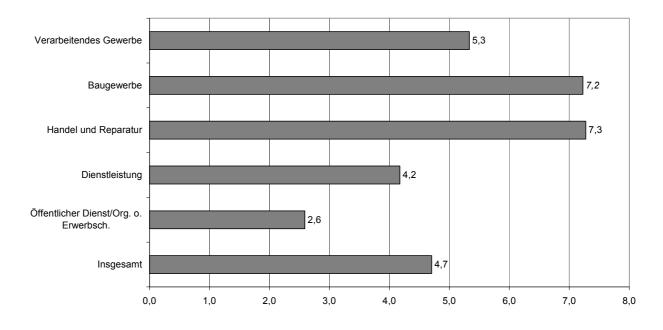
Vergleicht man das ungenutzte Ausbildungspotential der einzelnen Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein und in den alten Bundesländern, wird deutlich, dass es in Schleswig-Holstein insbesondere im Bereich Handel und Reparatur (13% gegenüber 25% in den alten Bundesländern) sowie im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen (9% gegenüber 19%) besser gelingt, die Betriebe zur Ausbildung anzuhalten.

Obwohl der Anteil der ausbildenden Betriebe im Baugewerbe nur leicht über dem Durchschnitt liegt, ist die Auszubildendenquote (Auszubildende je 100 Beschäftigte aller Betriebe) im Baugewerbe deutlich höher als die entsprechende Quote für alle Wirtschaftsbereiche zusammen (7,2 gegenüber 4,7, siehe Abbildung 4.11). Allerdings ist der hohe Wert für das Baugewerbe bei dieser Auswertung vorsichtig zu interpretieren, da die Fallzahlen für eine gesicherte Aussage etwas zu gering sind. Die höchsten Auszubildendenquoten gibt es ansonsten in den Wirtschaftsbereichen Handel und Reparatur (7,3), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (5,3). Zusammen mit dem geringen ungenutzten Ausbildungspotential ist damit der Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur der Hauptträger der beruflichen Erstausbildung in Schleswig-Holstein. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe mit einer in Schleswig-Holstein überdurchschnittlichen Auszubildendenquote und einem niedrigen ungenutzten Ausbildungspotential trägt stark zur Ausbildung bei.

Der Wirtschaftsbereich Dienstleistungen mit einer niedrigen Ausbildungsbetriebsquote und dem großen ungenutzten Ausbildungspotential ist ein Ansatzpunkt die Zahl der Ausbildungsstellen zu steigern, zumal auch die Auszubildendenquote (4,2) etwas unter dem Durchschnitt für alle Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein liegt.

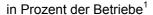
Am unteren Ende der Skala steht der Wirtschaftsbereich Öffentlicher Dienst, Organisationen, bei dem zwar nur ein geringes ungenutztes Ausbildungspotential vorhanden ist, der aber zum einen die zweitniedrigsten Ausbildungsbetriebsquote aufweist und zum anderen die geringste Auszubildendenquote hat (2,6 Auszubildende je 100 Beschäftigte). Dies bedeutet, dass in diesem Wirtschaftsbereich die Betriebe überwiegend zwar Auszubildende aufnehmen, wenn sie über eine Ausbildungsberechtigung verfügen, dies dann aber nur in geringer Zahl bezogen auf die Zahl ihrer Beschäftigten. Auch unter Berücksichtigung der hohen Zahl an Betrieben und Einrichtungen ohne Ausbildungsberechtigung in diesem Wirtschaftsbereich, also beim Bezug der Auszubildendenquote (über alle Betriebe) allein auf die Betriebe mit Ausbildungsberechtigung, verändert sich dieser Sachverhalt nicht. Dabei steht eine Quote von 3,2 Auszubildenden je 100 Beschäftigte in ausbildungsberechtigten Betrieben im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen einer Quote von 6,2 in allen Wirtschaftsbereichen gegenüber. Warum die Diskrepanz zwischen geringem ungenutzten Ausbildungspotential und niedriger Auszubildendenquote gerade in diesem Wirtschaftsbereich augenfällig ist, kann aus den Daten des IAB-Betriebspanels nicht ermittelt werden. Hier besteht noch weiterer Untersuchungsbedarf.

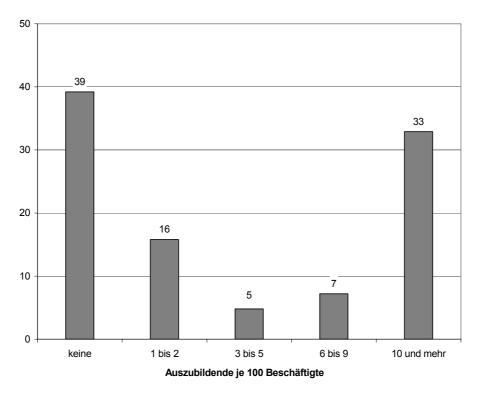
Abbildung 4.11: Auszubildendenquote über alle Betriebe nach Wirtschaftsbereichen 2002 Auszubildende je 100 Beschäftigte



Die Abbildung 4.12 zeigt die Verteilung der schleswig-holsteinischen Betriebe mit Ausbildungsberechtigung nach ihrer Auszubildendenquote. Die Quote liegt in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung aller Betriebe bei 4,7 Auszubildenden pro 100 Beschäftigte und beim Bezug auf alle Betriebe mit Ausbildungsberechtigung bei 6,2%.

Abbildung 4.12: Verteilung der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung in Schleswig-Holstein nach Auszubildendenquote 2002





¹ Teilgesamtheit: Nur ausbildungsberechtigte Betriebe

4.4.2 Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein

Für das im Jahr der Befragung beginnende Ausbildungsjahr 2002/2003 liegen keine vollständigen Information vor, da auch nach dem Zeitpunkt der Befragung (ab Juli 2002) noch Verträge für das Ausbildungsjahr 2002/2003 abgeschlossen werden können. Der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe, die selbst neue Ausbildungsverträge abgeschlossen haben, sowie die durchschnittliche Zahl der neu abgeschlossenen Verträge kann der Tabelle 4.14 entnommen werden.

Der Anteil der weiblichen Auszubildenden an allen Auszubildenden insgesamt beträgt 43% (Stand Juni 2002) und ist damit genauso hoch wie der Frauenanteil an allen Beschäftigten. In den Branchen ist der Anteil der weiblichen Auszubildenden sehr unterschiedlich. Er reicht von 68% bei den Dienstleistungen über 58% im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen bis hin zu 29% im Verarbeitenden Gewerbe und 21% im Baugewerbe.

Der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe in Schleswig-Holstein, die im Jahr 2002 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, ist gegenüber 2001 leicht gestiegen und entspricht in etwa dem Anteil in den alten Bundesländern. Allerdings ist die Zahl der durchschnittlich je ausbildenden Betrieb abgeschlossenen Verträge in Schleswig-Holstein niedriger als in den alten Bundesländern. Nach Wirtschaftsbereichen gilt dies vor allem für den tertiären Sektor, während Schleswig-Holstein im Verarbeitenden Gewerbe über dem Durchschnitt der alten Länder liegt.

Tabelle 4.14: Betriebe mit neuen Ausbildungsverträgen 2001/2002 und 2002/2003 und durchschnittliche Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge je Betrieb

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/		der Betri usbildung			Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je Betrieb ²			
Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter		eswig- stein		sgebiet est		eswig- stein	Bundesgebiet West	
Arbeitskräfte	2001/ 2002	2002/ 2003 ³	2001/ 2002	2002/ 2003 ³	2001/ 2002	2002/ 2003 ³	2001/ 2002	2002/ 2003 ³
Verarbeitendes Gewerbe	18	24	32	29	3,3	3,0	2,6	2,6
Baugewerbe	22	22	26	21	1,5	1,3	1,7	1,4
Handel u. Reparatur	25	26	26	25	1,7	1,5	1,8	1,7
Dienstleistungen	25	23	24	22	1,7	1,6	2,0	2,1
Öffentl. Dienst, Organisationen	45	42	23	22	2,9	3,3	3,8	3,7
1 bis 9 Beschäftigte	10	17	17	15	1,0	1,0	1,1	1,1
10 bis 49 Beschäftigte	50	40	37	35	1,4	1,5	1,5	1,5
50 bis 249 Beschäftigte	64	59	64	60	3,0	3,0	2,9	2,8
ab 250 Beschäftigte	88	84	83	81	10,6	10,0	13,9	12,8
Beschäftigungsentwicklung								
zurückgegangen	32	40	28	28	1,8	1,7	2,2	2,2
gleichgeblieben	13	20	19	18	2,1	1,6	1,9	1,8
gestiegen	36	23	38	30	1,7	2,0	2,1	2,1
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte								
0 bis 50 %	26	20	28	22	1,9	2,1	1,7	1,8
50 bis 80 %	24	28	27	25	1,6	1,5	1,9	1,9
80 bis 100 %	27	29	22	23	2,1	1,9	3,0	2,8
Insgesamt	25	26	26	24	1,8	1,7	2,0	2,0

¹ Nur Betriebe, die ausbildungsberechtigt sind.

Die Tatsache, dass der Anteil der Betriebe mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen mit der Betriebsgröße steigt, entspricht dem in der Abbildung 4.9 sichtbaren Befund, dass Großbetriebe sich regelmäßig an der betrieblichen Ausbildung beteiligen. Bei der Differenzierung nach dem Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte zeigt sich, dass mehr Betriebe mit hohem Anteil an qualifizierten Arbeitskräften neue Verträge abschließen als Betriebe mit geringem Anteil. Zumindest in Schleswig-Holstein scheinen die Betriebe mit hohem Anteil an qualifizierten Arbeitskräften einen Teil ihres Bedarfs selbst auszubilden, während die Betriebe mit geringem Qualifikationsanteil auch nur einen geringeren Bedarf zur eigenen Ausbildung haben.

Der Frauenanteil bei Ausbildungsverträgen, die für das Ausbildungsjahr 2001/2002 abgeschlossen wurden, ist mit 48% deutlich höher als der Frauenanteil bei allen Auszubildenden. Dies lässt sich auch bei den neu abgeschlossenen Verträgen für das Ausbildungsjahr 2002/2003 beobachten, hier liegt der Frauenanteil bei 45%. Dieser kann sich aber noch ge-

² Nur Betriebe, die selbst neue Ausbildungsverträge abgeschlossen haben.

³ Stand Juli 2002, 8% der Betriebe in Schleswig-Holstein (7% im Bundesgebiet West) planen laut Befragung noch weitere Ausbildungsverträge abzuschließen.

ändert haben, da auch nach dem Befragungszeitpunkt noch Verträge für dieses Ausbildungsjahr abgeschlossen wurden.

Inwieweit weitere erkennbaren Unterschiede und Entwicklungen in Schleswig-Holstein bei der Betrachtung der Branchen, der Betriebsgrößenklassen, der Beschäftigtenentwicklung und dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte generelle Trends darstellen und auf strukturelle Besonderheiten im Land zurückzuführen sind, lässt sich anhand des Vergleichs nur zweier Jahre nicht sagen. Hier sind erst bei längeren Zeitreihen gesicherte Aussagen zu treffen, wie sie im Rahmen des landesspezifischen Panels angestrebt werden.

4.4.3 Übernahme in den ersten Arbeitsmarkt

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist neben einem ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt die **Übernahme in den ersten Arbeitsmarkt** von besonderem Interesse: In welchem Umfang werden die Auszubildenden generell und insbesondere vom Ausbildungsbetrieb in eine Erwerbstätigkeit übernommen? Die "Übernahmequote nach Betrieben" misst den Anteil der Betriebe, die ihre *eigenen* Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss übernommen haben, an Betrieben, in denen im Jahr 2002 Auszubildende ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Diese Quote ist in Schleswig-Holstein deutlich niedriger als in den alten Bundesländern (vgl. Abbildungen 4.13 und 4.14). Zwar sind die Fallzahlen in einigen Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen gering, dieser Sachverhalt ist jedoch fast durchgängig zu beobachten. Nur im Baugewerbe und in den Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten sind die Übernahmequoten in Schleswig-Holstein höher als in den alten Bundesländern. Insbesondere die geringen Übernahmequoten bei kleineren und mittleren Betrieben sind zu beachten, da sie einen Großteil der Ausbildung tragen.

Eine im Vergleich zum Bund niedrige Übernahmequote ist in Schleswig-Holstein auch im Dienstleistungsbereich zu beobachten. Dieser Wirtschaftsbereich hat nicht nur eine vergleichsweise geringe Auszubildendenquote, eine niedrige Ausbildungsbetriebsquote und ein großes ungenutztes Ausbildungspotential, sondern nur 38% der Betriebe übernehmen mindestens einen ihrer eigenen Absolventen.

Auffällig ist auch, dass gerade von den Betrieben mit einem 2001/2002 gestiegenen Personalbestand in Schleswig-Holstein deutlich weniger Betriebe ihre eigenen Auszubildenden übernehmen als in den alten Bundesländern.

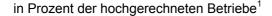
Diese Befunde zur Übernahme der eigenen Auszubildenden deuten darauf hin, dass die Betriebe in Schleswig-Holstein über ihren eigenen Bedarf hinaus ausgebildet haben. Allerdings bedeutet eine Nichtübernahme in ein Arbeitsverhältnis im ausbildenden Betrieb nicht automatisch Arbeitslosigkeit. Der Wechsel nach der erfolgreichen Ausbildung in einen anderen Betrieb, der Verbleib in weiterführenden Bildungseinrichtungen oder die Abwanderung und der Wehr- oder Zivildienst sind weitere Fälle, bei denen Absolventen nicht vom ausbildenden Betrieb übernommen werden. In welchem Maße die nicht übernommenen Absolventen anschließend eine ihrem Beruf entsprechenden Beschäftigung in einem anderen Unternehmen oder in einer anderen Region finden, kann der Panel genau so wenig beantworten wie die Frage, ob ihnen der Abschluss den Einstieg in andere Berufswege erleichtert – hier-

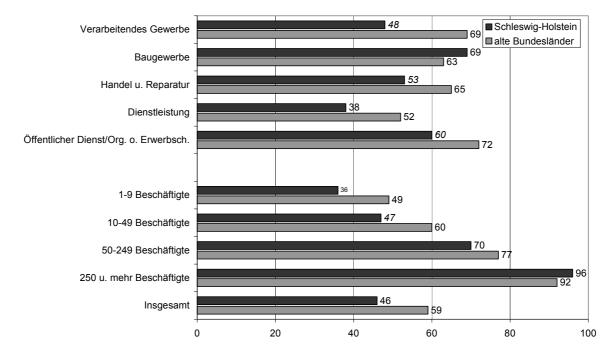
zu besteht noch weiterer Forschungsbedarf. Fest steht allerdings, dass auch die nicht übernommenen Absolventen zur Erhöhung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus im Land beitragen, was sich auf die Standortbedingungen unmittelbar positiv auswirkt.

Bezogen auf weibliche Auszubildende liegt die Übernahmequote nach Betrieben bei 41% in Schleswig-Holstein und bei 37% in den alten Bundesländern. Bezogen auf die Anzahl der vom Ausbildungsbetrieb übernommenen Auszubildenden (personenbezogen) liegt die Zahl der weiblichen Auszubildenden bei 54% und damit deutlich über dem Frauenanteil bei allen Auszubildenden (43%). Insbesondere in der Branche Handel und Reparatur liegt der Frauenanteil bei den übernommenen Auszubildenden mit 59% deutlich über dem Frauenanteil bei allen Auszubildenden mit 34%.

Die Übernahme nach einer erfolgreichen Ausbildung wird für viele Absolventen einer beruflichen Ausbildung zur "zweiten Schwelle" auf dem Weg in ein Arbeitsverhältnis. Diese war in Schleswig-Holstein nach den Befunden des Betriebspanels 2002 deutlich höher als im Bundesgebiet West, sofern es um den Verbleib im Ausbildungsbetrieb geht. Die erfolgreichen Bemühungen zur Integration Jugendlicher in das Ausbildungssystem (vgl.: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein, Kiel 2002) sollten demzufolge durch verstärkte Anstrengungen begleitet werden, um auch einen erfolgreichen Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dabei ist aus der Sicht Schleswig-Holsteins von besonderem Interesse, Absolventen mit einer modernen Ausbildung im Land zu halten.

Abbildung 4.13: Betriebe, die Auszubildende übernommen haben, nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen 2002

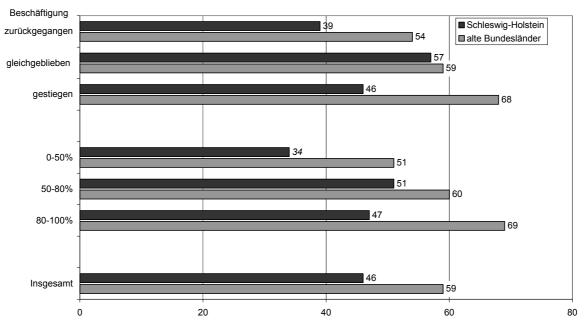




¹ Teilgesamtheit: Betriebe, in denen 2002 Auszubildende ihre Ausbildung abgeschlossen haben

Abbildung 4.14: Betriebe, die Auszubildende übernommen haben, nach Beschäftigungsentwicklung 2001/2002 und dem Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte

in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹



¹ Teilgesamtheit: Betriebe, in denen 2002 Auszubildende ihre Ausbildung abgeschlossen haben

4.5 Arbeitsamt und Betrieb

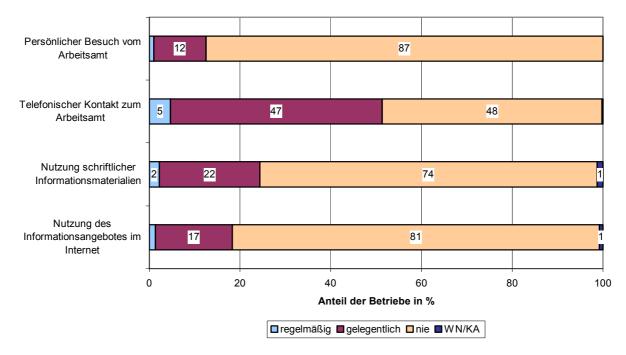
Im IAB-Betriebspanel 2002 wird erstmalig das Verhältnis der Betriebe zum Arbeitsamt untersucht. Insgesamt befassen sich acht Fragen (mit weiteren Unterfragen) mit dem Kontakt der Betriebe zum Arbeitsamt. Dabei werden zunächst die verschiedenen Kontakt- und Informationswege, die Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Angeboten sowie speziell die Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes untersucht²¹. Im Zusammenhang mit den Fragen zu Personalsuche und Neueinstellungen (Abschnitt 4.2) wird zusätzlich der Erfolg des Arbeitsamtes anhand der vom Arbeitsamt vermittelten Neueinstellungen und der dem Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen überprüft.

4.5.1 Kontakte und Informationswege

Die Abbildung 4.15 zeigt die Kontakt- und Informationswege der Betriebe des Landes zu ihrem Arbeitsamt. Der geringe Anteil der Betriebe mit persönlichem Kontakt zum Arbeitsamt wird ausgeglichen durch einen hohen Anteil von Betrieben, die zumindest gelegentlich telefonischen Kontakt zum Arbeitsamt haben. Aber trotzdem haben 47% aller Betriebe in Schleswig-Holstein weder persönlich noch telefonisch Kontakt zum Arbeitsamt. Dies wird auch nicht durch die Nutzung von schriftlichen Informationsmaterialien bzw. dem Internetangebot ausgeglichen. 40% der Betriebe geben an, dass von ihnen keine der erfragten Kontakt- und Informationswege genutzt werden.

Abbildung 4.15: Kontakte und Informationswege der Betriebe Schleswig-Holsteins zum Arbeitsamt



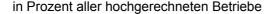


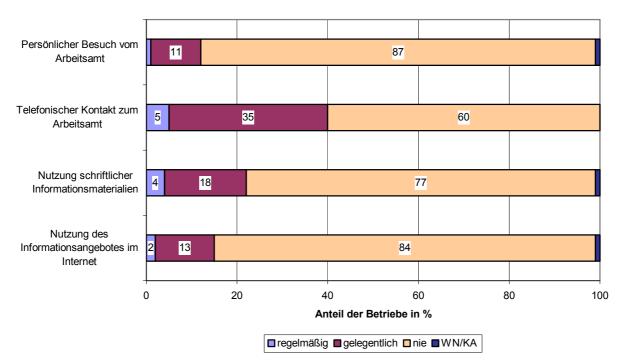
²¹ Eine Übersicht über die Ergebnisse dieser Fragen für Westdeutschland gibt auch ein Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Kurzbericht Nr. 8 vom 23. 6. 2003, S. Kohaut, B. Schwengler, "IAB-Betriebspanel: Kontakte zum Arbeitsamt können maßgeblich verbessert werden".

Insbesondere die geringe Nutzung des Internetangebotes der Arbeitsämter überrascht, da es den Betrieben eigentlich gegenüber dem schriftlichen Informationsmaterial eine wesentlich schnellere, übersichtlichere und aktuellere Möglichkeit bietet sich zu informieren. Inwieweit bei diesen Kategorien Vermischungen entstehen, da man das schriftliche Informationsmaterial des Arbeitsamtes auch als Druckfassung im Internetangebot findet und es dann unter Umständen nicht mehr als Internetinformation eingeschätzt wird, kann aus den vorliegenden Daten nicht ermittelt werden.

Vergleicht man die Angaben aus Schleswig-Holstein mit denen der alten Bundesländer (siehe Abbildung 4.16), so stellt man fest, dass die Zahlen für Schleswig-Holstein durchgängig höher sind als die der alten Bundesländer: Im Bundesgebiet West nutzen teilweise deutlich weniger Betriebe regelmäßig oder gelegentlich die untersuchten Kontakt- und Informationswege zum Arbeitsamt.

Abbildung 4.16: Kontakte und Informationswege der Betriebe im Bundesgebiet West zum Arbeitsamt





Speziell der regelmäßige oder gelegentliche telefonische Kontakt zum Arbeitsamt ist in Schleswig-Holstein deutlich ausgeprägter (52% gegenüber 40% im Bundesgebiet West). Demgegenüber sind die Erfahrungen mit Kontakten und Informationen des Arbeitsamtes in Schleswig-Holstein durchgängig schlechter als im Durchschnitt im Bundesgebiet West. Zwar ist der Anteil der Betriebe, die von eher schlechten Erfahrungen berichten, in etwa gleich, aber der Anteil der Betriebe, die eher von guten Erfahrungen sprechen, ist in Schleswig-Holstein durchgängig niedriger. Insbesondere bei den ohnehin selten stattfindenden persönlichen Kontakten ist die Differenz zum Bund recht groß. Diese Unterschiede erklären sich zum Teil daraus, dass sich kleine Betriebe (bis 9 Beschäftigte) eher kritisch zu den Erfahrungen mit Kontakten und Informationen äußern – dies gilt insbesondere hinsichtlich der Besuche

vom Arbeitsamt. Aufgrund der stärker kleinbetrieblich geprägten Struktur in Schleswig-Holstein schlägt dies dann auch auf die Gesamtbefunde durch. Allerdings bestehen die beobachteten Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West auch für die kleinste Betriebsgrößenklasse (bis 9 Beschäftigte).

Tabelle 4.15: Erfahrungen mit den Kontakten zum Arbeitsamt und den Informationen vom Arbeitsamt in Schleswig-Holstein

in Prozent der hochgerechneten Betriebe

(nur Betriebe mit entsprechenden Kontakten/Informationen zum/vom Arbeitsamt)

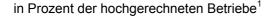
	Anteil der Betriebe in %					
	eher gut	eher schlecht	ganz unter- schiedlich	Summe ¹		
Persönlicher Besuch vom Arbeitsamt	28	12	55	100		
Telefonischer Kontakt zum Arbeitsamt	42	16	42	100		
Nutzung schriftlicher Informationsmaterialien	29	11	59	100		
Nutzung des Informationsangebotes im Internet	36	13	50	100		

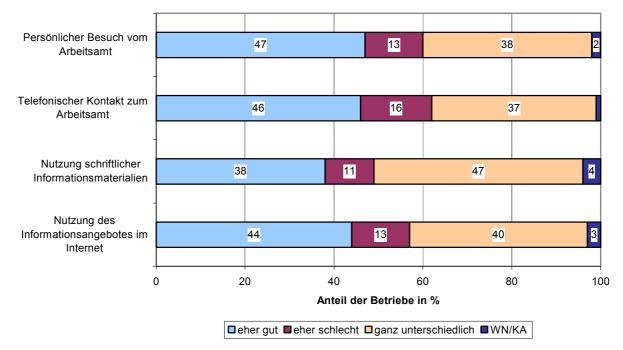
¹ einschließlich "Weiß nicht/ keine Antwort"

Die Unterschiede bei den anderen Kontakt- und Informationswegen sind geringer, aber den noch deutlich. Der Unterschied bei dem nicht regional differenzierten Internetangebot bzw. den nur teilweise regional differenzierten schriftlichen Informationsangeboten überrascht auf den ersten Blick. Diese Antworten scheinen von der allgemeinen Einschätzung beeinflusst zu sein, dass das Angebot der Arbeitsämter in Schleswig-Holstein von ganz unterschiedlicher Qualität ist.

Differenziert man die Antworten nach Wirtschaftsbereichen, den Betriebsgrößenklassen, der Beschäftigungsentwicklung und dem Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte, so sind wie bereits ausgeführt insbesondere bei den Betriebsgrößenklassen deutliche Unterschiede sichtbar (die entsprechenden Tabellen 4.19 bis 4.22 sind am Ende dieses Abschnitts dokumentiert): Sowohl die Nutzung der Angebote als auch die Zufriedenheit mit den Kontakten bzw. Informationswegen nimmt mit der Größe der Betriebe zu. Vor allem bei den persönlichen bzw. telefonischen Kontakten scheinen sich die Bemühungen des Arbeitsamtes eher auf die größeren Betriebe zu richten. Dies ist verständlich, da zum einen in größeren Betrieben mit einem Kontakt mehr Arbeitsplätze angesprochen werden, zum anderen da durch die in größeren Betrieben existierenden Personalabteilungen leichter kompetente Ansprechpartner gefunden werden. Da jedoch relativ viele Beschäftigte in Schleswig-Holstein in Betrieben mit 1-9 Beschäftigten arbeiten, sollte der Kontakt speziell zu kleineren Unternehmen ausgebaut werden. Dies ist umso wichtiger, weil auch die eher passiven Informationsmöglichkeiten (schriftliche Informationsmaterialien und Internetangebot) von dieser Betriebsgrößenklasse wenig genutzt werden und da diese Betriebe durch einen persönlichen oder telefonischen Kontakt zur Nutzung der Angebote angehalten werden können.

Abbildung 4.17: Erfahrungen mit den Kontakten/Informationen zum/vom Arbeitsamt im Bundesgebiet West





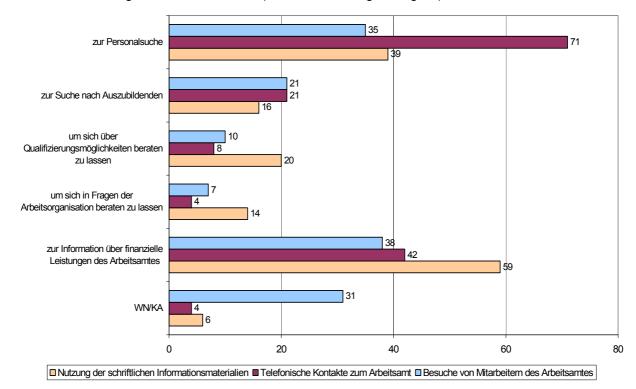
¹Teilgesamtheit: Nur Betriebe mit entsprechenden Kontakten/Informationen zum/vom Arbeitsamt

Wofür die Betriebe ihre Kontakte zum Arbeitsamt bzw. die Informationsangebote des Arbeitsamtes nutzen, zeigen die Abbildungen 4.18 (Schleswig-Holstein) und 4.19 (altes Bundesgebiet) für die persönlichen Kontakte, die telefonischen Kontakte und das schriftliche Informationsangebot. Die Nutzung des Internetangebotes wird aufgrund leicht unterschiedlicher Antwortmöglichkeiten in Abbildung 4.20 dargestellt. Eine Unterscheidung nach Wirtschaftsbereich, Betriebsgrößenklasse, Beschäftigungsentwicklung und dem Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht sinnvoll. Hauptsächlich werden die Kontakte und Informationen des Arbeitsamtes zur Personalsuche benutzt sowie dazu sich über finanzielle Leistungen zu informieren. Dabei lassen sich zwischen den einzelnen Kontakt- und Informationswegen keine großen Unterschiede erkennen, allenfalls folgender: Die Information über finanzielle Leistungen des Arbeitsamtes erfolgt in den alten Bundesländern nicht so stark über schriftliches Informationsmaterial und über telefonische Kontakte als in Schleswig-Holstein, dafür nutzen die Betriebe in den alten Bundesländern für diese Informationen stärker das Internetangebot als die in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe.

Das Internetangebot wird für die Suche nach Arbeitskräften genutzt und erst in zweiter Linie dazu, Stellenangebote auszuschreiben. Der gegenüber den alten Bundesländern geringe Anteil an Betrieben in Schleswig-Holstein, die Ausbildungsstellen ausschreiben, ist erstaunlich, da auch die anderen Kontakt- und Informationswege seltener zur Suche nach Auszubildenden genutzt werden. Die Suche nach Auszubildenden erfolgt somit in Schleswig-Holstein im Vergleich zum alten Bundesgebiet eher über andere Wege als über das Arbeitsamt.

Abbildung 4.18: Nutzung der Kontakte/Informationen zum/vom Arbeitsamt, Schleswig-Holstein

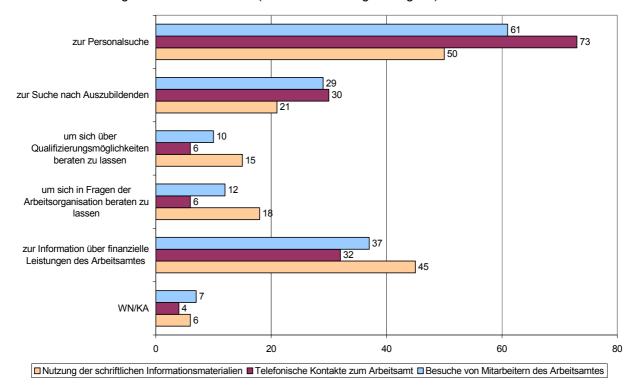
in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹ (Mehrfachnennungen möglich)



¹Teilgesamtheit: Nur Betriebe mit entsprechenden Kontakten/Informationen zum/vom Arbeitsamt

Abbildung 4.19: Nutzung der Kontakte/Informationen zum/vom Arbeitsamt im Bundesgebiet West

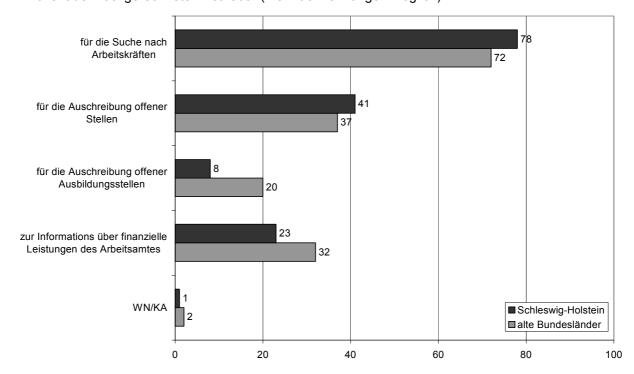
in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹ (Mehrfachnennungen möglich)



¹Teilgesamtheit: Nur Betriebe mit entsprechenden Kontakten/Informationen zum/vom Arbeitsamt

Abbildung 4.20: Motive der Nutzung des Internetangebotes der Arbeitsämter

in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹ (Mehrfachnennungen möglich)



¹Teilgesamtheit: Nur Betriebe die das Informationsangebot des Arbeitsamtes im Internet nutzen

4.5.2 Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes

Während in den vorangegangenen Fragen die Kontakt- und Informationswege zum Arbeitsamt behandelt wurden, wird im IAB-Betriebspanel auch speziell die Arbeitsvermittlung untersucht. Dabei geben nur 23% der Betriebe in Schleswig-Holstein an, dass sie nicht mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiten – dies ist ein deutlich besserer Wert als die ausgewiesenen 37% im Bundesgebiet West: Der Anteil von 23% steht im übrigen im Gegensatz zu den anfangs geschilderten Befunden, dass 40% der Betriebe in Schleswig-Holstein angeben, keinen der Kontakt- und Informationswege zu nutzen. Dieser Wiederspruch lässt sich teilweise aufklären. Von diesen 40% der Betriebe geben wiederum 43% an, dass sie nicht mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiten. Die restlichen 57% geben bei den vorangegangenen Fragen fast nur gelegentliche Nutzungen der Kontakt- und Informationswege an oder haben auf die jeweilige Frage mit "Weiß nicht/Keine Angabe" geantwortet. Daraus lässt sich schließen, das nur gelegentliche Kontakte/Informationen von einem Teil der Betriebe nicht als Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt verstanden und daher diese Zusammenarbeit explizit verneint wird, während ein anderer Teil der Beriebe auch diese gelegentlichen Kontakte/Informationen als Nutzung der Arbeitsvermittlung ansieht.

Tabelle 4.16: Nutzung der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes in Schleswig-Holstein in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

	Das Arbeitsamt					
Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/ Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	Wir arbeiten nicht mit dem Arbeitsamt zusammen	- hat re- gelmäßig Kontakt zu unserem Betrieb	- über- nimmt für uns die Voraus- wahl der Bewerber	- reagiert schnell auf unsere Anliegen	- erspart Kosten bei der Perso- nalsuche	- berät individuell und betriebs- nah
Wirtschaftsbereich						
Verarbeitendes Gewerbe	31	10	8	23	20	17
Baugewerbe	14	4	9	34	15	16
Handel und Reparatur	27	1	4	25	22	7
Dienstleistungen	27	7	9	23	16	6
Öffentl. Dienst, Organisationen	14	11	10	56	35	28
		_	_			_
1 bis 9 Beschäftigte	25	4	7	25	18	8
10 bis 49 Beschäftigte	22	7	13	40	27	14
50 bis 249 Beschäftigte	9	18	20	48	26	18
ab 250 Beschäftigte	5	33	19	60	40	20
Beschäftigungsentwicklung						
zurückgegangen	15	6	10	35	27	13
gleichgeblieben	30	6	9	25	15	7
gestiegen	20	4	7	30	24	10
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte						
0 bis 50%	29	5	9	26	18	7
50 bis 80%	17	6	9	34	21	12
80 bis 100%	25	6	7	25	24	10
Schleswig-Holstein	23	6	9	29	20	9

Tabelle 4.17: Nutzung der Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter im Bundesgebiet West in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

		Das Arbeit	samt			
Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/ Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	Wir arbei- ten nicht mit dem Arbeitsamt zusam- men	- hat re- gelmäßig Kontakt zu uns. Be- trieb	- über- nimmt für uns eine gezielte Voraus- wahl der Bewerber	- reagiert schnell auf unsere Anliegen	- erspart Kosten bei der Per- sonalsu- che	- berät individuell und be- triebsnah
Verarbeitendes Gewerbe	33	9	12	28	17	14
Baugewerbe	34	9	14	26	18	18
Handel und Reparatur	38	7	10	24	16	12
Dienstleistungen	37	9	9	24	16	12
Öffentl. Dienst, Organisationen	40	10	9	23	14	12
1 bis 9 Beschäftigte	42	6	7	18	12	11
10 bis 49 Beschäftigte	24	13	16	39	26	16
50 bis 249 Beschäftigte	15	23	22	53	28	25
ab 250 Beschäftigte	8	33	20	59	34	27
Beschäftigtenentwicklung						
zurückgegangen	34	11	12	28	18	14
gleichgeblieben	41	6	7	18	12	10
gestiegen	28	12	15	26	24	17
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte						
0 bis 50%	39	7	10	22	15	12
50 bis 80%	37	9	10	25	16	13
80 bis 100%	33	11	10	27	17	14
alte Bundesländer	37	9	10	25	16	13

Daher kann die Frage nach der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes nur bedingt im Zusammenhang mit den zuerst behandelten Fragen nach den Kontakt- und Informationswegen betrachtet werden.

Die für Schleswig-Holstein gültige Feststellung, dass größere Betriebe zu größeren Anteilen mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiten, bestätigt sich auch hier. Im Vergleich mit den alten Bundesländern stellt sich die Zusammenarbeit mit kleineren Betrieben in Schleswig-Holstein jedoch erfreulicherweise besser da. Deutlich weniger Betriebe als in den alten Bundesländern geben an, nicht mit dem Arbeitsamt zusammenzuarbeiten (25% gegenüber 42%). Dies ist möglicherweise auf gezielte Sonderaktionen der hiesigen Arbeitsämter zur Verbesserung der Arbeitgeberkontakte zurückzuführen. Betrachtet man die Betriebe nach der Beschäftigungsentwicklung, so arbeiten vor allem Betriebe mit gestiegener und zurückgegangener Beschäftigung mit dem Arbeitsamt zusammen. Warum in den alten Bundesländern die Einrichtungen im Wirtschaftsbereich Öffentlicher Dienst, Organisationen so deutlich weniger mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiten als in Schleswig-Holstein, ist unklar.

Bei den verschiedenen Aussagen über das Arbeitsamt geben die meisten Betriebe an, dass für sie folgendes über das Arbeitsamt zutrifft: "Das Arbeitsamt reagiert schnell auf unsere

Anliegen" und "Das Arbeitsamt erspart Kosten bei der Personalsuche". Dabei gibt es kaum Unterschiede zwischen den Betrieben in Schleswig-Holstein und den alten Bundesländern. Alle anderen Aussagen werden als nicht so zutreffend angesehen, und nur in bestimmten Wirtschaftsbereichen sind sie vereinzelt von Bedeutung.

4.5.3 Erfolg des Arbeitsamtes

Die Erhebung des IAB-Betriebspanels eröffnet auch Möglichkeiten die Reichweite der Arbeitsämter bei ihrer Vermittlungstätigkeit zu beleuchten. Darunter kann man zum einen verstehen, wie viel Prozent der neu eingestellten Beschäftigten vom Arbeitsamt vermittelt wurden, zum anderen aber auch, wie viel Prozent der freien Stellen (gesuchte Arbeitskräfte) überhaupt dem Arbeitsamt gemeldet werden, damit dieses seinen Auftrag der Arbeitsvermittlung wahrnehmen kann. Aufgrund der geringen Zahl von Betrieben, die im 1. Halbjahr 2002 Personal neu eingestellt bzw. zum Befragungszeitpunkt sofort neue Arbeitskräfte gesucht haben, sind die Fallzahlen in vielen Kategorien sehr klein und quantitativ nicht zu interpretieren. Trotzdem werden sie in Tabelle 4.18 dargestellt, da das IAB-Betriebspanel eine gute Möglichkeit liefert, die Aktivitäten des Arbeitsamtes aus Sicht der Betriebe darzustellen.

Tabelle 4.18: Vermittlungserfolge des Arbeitsamtes bei neueingestellten Arbeitskräften bzw. Meldung von offenen Stellen an das Arbeitsamt

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/ Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	Anteil der vom Arbeitsamt ver- mittelten Arbeitskräfte an allen neu eingestellten Arbeitskräften im 1. Halbjahr 2002	Anteil der dem Arbeitsamt ge- meldeten Stellen an allen offenen Stellen ("für sofort")
Verarbeitendes Gewerbe	17 (1)	48 (-)
Baugewerbe	2 (15)	26 (-)
Handel und Reparatur	16 (0)	76 (-)
Dienstleistungen	9 (14)	<i>45 (-)</i>
Öffentl. Dienst, Organisationen	7 (3)	54 (19)
1 bis 9 Beschäftigte	19 (9)	58 (16)
10 bis 49 Beschäftigte	7 (10)	37 (1)
50 bis 249 Beschäftigte	10 (30)	59 (-)
ab 250 Beschäftigte	3 (7)	61 (1)
Beschäftigungsentwicklung		
zurückgegangen	8 (3)	36 (2)
gleichgeblieben	13 (11)	56 (32)
gestiegen	11 (10)	59 (-)
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte		
0 bis 50	13 (8)	54 (18)
50 bis 80	9 (11)	47 (7)
80 bis 100	8 (6)	<i>53 (0)</i>
Schleswig-Holstein	11 (9)	52 (11)

Werte in Klammer geben den Anteil der Betriebe mit der Antwort "Weiß nicht/Keine Angabe" an.

Da diese Fragen einen hohen Anteil an Angaben "Weiß nicht/ Keine Angabe" erbrachten und dies für die Betrachtung der Fragestellung wichtig ist, werden diese Werte ebenfalls angegeben. In Schleswig-Holstein werden etwa 52% der offenen Stellen dem Arbeitsamt gemeldet (gegenüber 46% in den alten Bundesländern), zu einer tatsächlichen Vermittlung von Arbeitskräften kam es im 1. Halbjahr 2002 allerdings nur in 11% der Personaleinstellungen. Während der Anteil der gemeldeten offenen Stellen an allen offenen Stellen in Schleswig-Holstein über dem Anteil in den alten Bundesländern liegt, wurden in den alten Bundesländern 13% der neu eingestellten Arbeitskräfte vom Arbeitsamt vermittelt. Unter Berücksichtigung des hohen Anteils "Weiß nicht/Keine Angabe" kann man hier allerdings nicht von bedeutsamen Unterschieden zwischen der Arbeitsvermittlung in Schleswig-Holstein und den alten Bundesländern sprechen, insbesondere da das IAB-Betriebspanel zum ersten Mal für Schleswig-Holstein erhoben wurde und sich eventuelle Trends erst in den nächsten Jahren erkennen lassen.

Die sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein geringe Vermittlungsquote kann darauf zurückzuführen sein, dass sich die Vermittlung zum Befragungszeitpunkt (Mitte 2002) stark auf Kernsegmente, d. h. auf die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bzw. auf die Vermittlung von Leistungsempfängern konzentriert hat. In dieser Hinsicht wird es interessant sein, inwieweit die Befunde des neuen IAB-Betriebspanels 2003 bereits auf Änderungen der Arbeitsweise der Arbeitsämter bzw. der gesetzlichen Regelungen des Vermittlungsbereichs hindeuten. Zu diesen veränderten Arbeitsweisen gehören – so die Auskunft des Landesarbeitsamtes – z.B. die Stärkung der Kernaufgabe Vermittlung durch zusätzliche Kräfte, die Einrichtung von Teams zur Betreuung von Arbeitgebern in allen Ämtern und der Ausbau des Internetangebots der Bundesanstalt für Arbeit.

Tabelle 4.19: Betriebsbesuche von Mitarbeitern des Arbeitsamtes in Schleswig-Holstein in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/	Besuch von Mitarbeitern des Arbeitsamtes erfolgt ¹			Erfahrungen mit Betriebs- besuchen ¹		
Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	regel- mäßig	gelegent- lich	nie	eher gut	eher schlecht	unter- schied- lich
Verarbeitendes Gewerbe	0	13	86	28	23	45
Baugewerbe	2	17	81	23	4	72
Handel und Reparatur	0	13	87	40	2	57
Dienstleistungen	1	7	92	16	28	41
Öffentl. Dienst, Organisationen	7	14	79	64	-	33
1 bis 9 Beschäftigte	1	7	92	12	19	60
10 bis 49 Beschäftigte	1	23	76	39	5	54
50 bis 249 Beschäftigte	8	19	72	56	5	36
ab 250 Beschäftigte	7	47	51	52	3	45
Beschäftigungsentwicklung						
zurückgegangen	2	12	87	37	7	55
gleichgeblieben	1	6	93	33	31	20
gestiegen	1	20	79	21	3	75
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte						
0 bis 50	0	14	85	19	7	73
50 bis 80	0	7	92	36	31	30
80 bis 100	3	14	83	37	2	46
Schleswig-Holstein	1	12	87	28	12	55

¹ Fehlende zu 100: Weiß nicht/Keine Angabe

 Tabelle 4.20:
 Telefonische Kontakte zum Arbeitsamt in Schleswig-Holstein

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/	Telefonische Kontakte zum Arbeitsamt erfolgen ¹ Erfahrungen mit telefonisch					
Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	regel- mäßig	gelegent- lich	nie	eher gut	eher schlecht	unter- schied- lich
Verarbeitendes Gewerbe	4	45	47	34	14	52
Baugewerbe	1	49	50	46	13	40
Handel und Reparatur	0	58	42	41	19	40
Dienstleistungen	7	37	56	37	20	43
Öffentl. Dienst, Organisationen	11	59	30	60	4	35
1 bis 9 Beschäftigte	4	39	57	42	18	41
10 bis 49 Beschäftigte	4	69	28	42	13	43
50 bis 249 Beschäftigte	18	63	19	47	8	46
ab 250 Beschäftigte	30	64	6	55	4	39
Beschäftigungsentwicklung						
zurückgegangen	3	62	36	46	8	46
gleichgeblieben	6	35	58	48	22	30
gestiegen	4	53	44	31	16	53
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte						
0 bis 50	2	52	45	38	51	36
50 bis 80	5	43	51	19	16	9
80 bis 100	9	43	49	43	33	54
Schleswig-Holstein	5	47	48	42	16	42

¹ Fehlende zu 100: Weiß nicht/Keine Angabe

Tabelle 4.21: Erfahrungen mit schriftlichem Informationsmaterial des Arbeitsamtes in Schleswig-Holstein

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/		liche Inform en werden g			gen mit den formationsn	
Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	regel- mäßig	gelegent- lich	nie	eher gut	eher schlecht	unter- schied- lich
Verarbeitendes Gewerbe	4	22	61	14	20	66
Baugewerbe	7	31	61	11	0	89
Handel und Reparatur	1	22	76	37	2	61
Dienstleistungen	0	19	80	25	22	50
Öffentl. Dienst, Organisationen	10	42	47	71	0	28
1 bis 9 Beschäftigte	1	18	79	17	15	67
10 bis 49 Beschäftigte	3	14	18	48	5	46
50 bis 249 Beschäftigte	14	43	42	40	7	53
ab 250 Beschäftigte	18	54	28	46	4	43
Beschäftigungsentwicklung						
zurückgegangen	2	22	76	28	20	52
gleichgeblieben	2	20	76	26	13	59
gestiegen	3	26	71	33	2	64
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte						
0 bis 50	2	21	75	12	16	72
50 bis 80	2	21	76	42	6	49
80 bis 100	3	27	70	33	11	56
Schleswig-Holstein	2	22	74	29	11	59

¹ Fehlende zu 100: Weiß nicht/Keine Angabe

Tabelle 4.22: Erfahrungen mit dem Internetangebot der Arbeitsämter in Schleswig-Holstein

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/		ationsangeb t werden ge		Erfahrungen mit dem Internetangebot sind ¹			
Beschäftigungsentwicklung/ Anteil qualifizierter Arbeitskräfte	regel- mäßig	gelegent- lich	nie	eher gut	eher schlecht	unter- schied- lich	
Verarbeitendes Gewerbe	1	22	74	55	14	31	
Baugewerbe	0	13	87	9	-	91	
Handel und Reparatur	-	21	78	33	10	56	
Dienstleistungen	2	13	85	33	23	43	
Öffentl. Dienst, Organisationen	6	32	62	63	1	36	
1 bis 9 Beschäftigte	1	12	86	41	12	47	
10 bis 49 Beschäftigte	1	26	70	30	18	52	
50 bis 249 Beschäftigte	8	46	46	28	8	62	
ab 250 Beschäftigte	22	39	38	53	7	39	
Beschäftigungsentwicklung							
zurückgegangen	1	20	78	54	3	43	
gleichgeblieben	1	7	90	36	12	52	
gestiegen	2	30	67	26	20	54	
Anteil qualifizierter Arbeitskräfte							
0 bis 50	0	18	82	31	17	52	
50 bis 80	0	12	86	55	10	35	
80 bis 100	8	25	71	29	11	60	
Schleswig-Holstein	1	17	81	36	13	50	

¹ Fehlende zu 100: Weiß nicht/Keine Angabe

4.6 Chancengleichheit von Frauen und Männern

Die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist ein sei langem bestehendes Leitziel im Land, das u.a. durch den Kabinettsbeschluss vom 18. Juni 2002 zur flächendeckenden Umsetzung des Gender Mainstreaming durch die Landesregierung erneut bekräftigt wurde. Inwieweit die Förderung der Chancengleichheit in den Betrieben des Landes verbreitet und wie erfolgreich die Umsetzung ist, soll mit einigen Fragen innerhalb des IAB-Betriebspanels für das Jahr 2002 beleuchtet werden.

4.6.1 Bedeutung der Frauen in verschiedenen Beschäftigtenkategorien

Einen ersten Überblick über die Situation der Chancengleichheit für Frauen und Männer erhält man bereits, wenn man die mit dem IAB-Betriebspanel erfassten Geschlechteranteile anhand verschiedener einfacher betrieblicher Kennziffern darstellt, ohne dass besonders sensible Fragen wie Einkommen und beruflicher Status überhaupt berührt werden. Die Tabelle 4.23 enthält in einer Übersicht die wichtigsten, teilweise im Bericht schon angesprochenen Kennziffern zu den Geschlechteranteilen, wie sie sich im IAB-Betriebspanel darstellen. Zusätzlich werden die Werte für das Bundesgebiet West und der Vergleich zum Bundesgebiet West hergestellt.

Der Frauenanteil an allen Beschäftigten ist mit 43% in Schleswig-Holstein genauso hoch wie im alten Bundesgebiet. Dieser Befund weicht von dem für die SV Beschäftigten ab (siehe Teil A des Berichtes): Dort wird für Schleswig-Holstein für 2002 ein höherer Frauenanteil ausgewiesen (46,7%) als für Westdeutschland (43,8%). Bei Beschäftigten mit befristeten Verträgen sind Frauen überrepräsentiert (53%), dies gilt für Schleswig-Holstein wie auch für das alte Bundesgebiet. Noch wesentlich höher ist der Frauenanteil bei den Teilzeitbeschäftigten, er ist im Land (74%) allerdings deutlich niedriger als im Bundesgebiet West (83%).

Bei den Einstellungen im 1. Halbjahr 2002 war der Frauenanteil sowohl bei den befristeten als auch bei den unbefristeten Verträgen höher als ihr Anteil bei den Beschäftigten insgesamt. Allerdings waren die Frauen, wenn auch nur in einem geringen Maße, auch bei den Personalabgängen leicht überrepräsentiert. Inwieweit sich dieser Befund eines – gemessen am Beschäftigungsstand – deutlich höheren Frauenanteils bei den Einstellungen in den nächsten Jahren fortsetzt und damit der Frauenanteil insgesamt steigt, ist ein Punkt, der in den Auswertungen des IAB-Betriebspanels in den nächsten Jahren verfolgt wird. Gegenüber dem alten Bundesgebiet ist festzuhalten, dass der Frauenanteil in Schleswig-Holstein bei den Einstellungen höher als im Bundesgebiet West und bei den Entlassungen geringer als im Bund ist. Ob es sich beim IAB-Betreibspanel 2002 für Schleswig-Holstein um eine Momentaufnahme handelt oder um einen stabilen Trend, ist allerdings abzuwarten.

Der Frauenanteil an allen Auszubildenden entspricht dem Anteil an allen Beschäftigten, allerdings ist er im Bundesgebiet West ein wenig höher als in Schleswig-Holstein. Erfreulich hingegen ist die Tatsache, dass insbesondere bei den Verträgen für das Ausbildungsjahr 2001/2002 (vgl. auch Kapitel 4.4.2) der Frauenanteil höher ist als bei allen Auszubildenden. Der gegenüber allen Auszubildenden deutlich höhere Frauenanteil bei den erfolgreichen Ausbildungsabschlüssen zeigt zumindest in dieser Momentaufnahme, dass Frauen ihre Ausbildung häufiger erfolgreich abschließen als Männer. Auch bei den Übernahmen vom Ausbil-

dungsbetrieb schneiden weibliche Auszubildende deutlich besser ab als ihre männlichen Kollegen. So liegt der Frauenanteil bei den Auszubildenden, die vom Ausbildungsbetrieb übernommen werden, bei 54% gegenüber 43% bei den Auszubildenden insgesamt.

Tabelle 4.23: Kennziffern zur Erwerbstätigkeit von Frauen gemäß IAB-Betriebspanel 2002

	Schleswig- Holstein	Bundesge- biet West	Index (BGW = 100)
Frauenanteil an den Beschäftigten, Juni 2002	43	43	100
Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten, Juni 2002	74	83	89
Frauenanteil an den befristeten Beschäftigten, Juni 2002	53	53	100
Frauenanteil an den Einstellungen, 1. Halbjahr 2002	48	46	104
Frauenanteil an den befristeten Einstellungen, 1. Hj. 2002	48	50	96
Frauenanteil an den Personalabgängen, 1. Hj. 2002	44	45	98
Frauenanteil an allen Auszubildenden, Juni 2002	43	44	98
Frauenanteil an Auszubildenden mit Verträgen 2001/2002	48	47	102
Frauenanteil an Auszub. mit neuen Verträgen 2002/2003	45	48	94
Frauenanteil an erfolgr. Ausbildungsabschlüssen 2002	50	50	100

Neben diesem ersten Überblick ist es mit den Daten des IAB-Betriebspanels weiterhin möglich, die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten auf ihrer Geschlechterverteilung hin zu untersuchen. Zudem beschäftigen sich zwei weitere Fragen des IAB-Betriebspanels mit der Chancengleichheit.

Die Tabelle 4.24 zeigt die Beschäftigtenanteile verschiedener Qualifikationen, einmal für alle Beschäftigten und zum anderen für alle beschäftigten Frauen. Schwerpunkt bei den Frauen ist eindeutig die Gruppe der Angestellten/Beamten mit qualifizierter Tätigkeit. Dies gilt sowohl für Schleswig-Holstein als auch für das Bundesgebiet West, dort ist diese Schwerpunktbildung allerdings noch ausgeprägter als in Schleswig-Holstein. Auf der anderen Seite sind Frauen gerade im Facharbeiterbereich nur schwach vertreten. Erfreulich ist, dass der Anteil der kleinen Gruppe der tätigen Inhaber/innen, Vorstände und Geschäftsführer/innen in Schleswig-Holstein bezogen auf alle Frauen fast genauso groß ist wie bei Frauen und Männern zusammen. Dies steht auch im deutlichen Gegensatz zum alten Bundesgebiet, da hier der Anteil der Frauen dieser Kategorie an allen beschäftigten Frauen nur halb so groß ist wie der entsprechende Anteil für Frauen und Männer zusammen.

Tabelle 4.24: Qualifikationsstruktur der Beschäftigten

in Prozent der Beschäftigten / der beschäftigten Frauen

	Schleswig	g-Holstein	Bundesge	ebiet West
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
- un-/angelernte Arbeiter/innen	23	22	20	22
- Facharbeiter/innen	19	9	20	6
- Angestellte/Beamte für einfache Tätigkeiten	7	10	6	10
- Angestellte/Beamte für qualifizierte Tätigkeiten	40	49	43	54
-Tätige Inhaber/innen, Vorstände, Geschäftsführer/innen	6	5	6	3
- Auszubildende	5	5	5	5
- Beamtenanwärter/innen	0	0	0	0
Summe	100	100	100	100

4.6.2 Vereinbarungen und Initiativen zur Chancengleichheit in den Betrieben

Das IAB-Betriebspanel unterscheidet dabei betriebliche Vereinbarungen, tarifliche Vereinbarungen und freiwillige Initiativen zur Förderung der Chancengleichheit. Dabei war es den Betrieben möglich Mehrfachnennungen zu geben. Insgesamt ergibt sich dabei das Bild, dass in den meisten Betrieben (88% aller Betriebe) keinerlei Initiativen und Vereinbarungen zu Chancengleichheit bestehen. Dieser Wert ist nicht wesentlich niedriger als im Bundesgebiet West (93% der Betriebe). Ähnliches gilt auch bezogen auf die Beschäftigten: Insgesamt arbeiten über 70% der Beschäftigten in Betrieben, die keine Initiativen und Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit aufweisen.

Einzige Ausnahme ist der Bereich Öffentlicher Dienst/Organisationen, wo zumindest etwa die Hälfte der Einrichtungen solche Vereinbarungen und Initiativen kennen, deutlich mehr als im Bundesgebiet West, wo nur etwa 24% der Einrichtungen in diesem Bereich dies angeben. Hervorzuheben ist auch der relativ hohe Anteil (11%) der "freiwilligen Initiativen" im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein, diese Maßnahmen sind in den anderen Wirtschaftsbereichen kaum nennenswert vertreten.

Das IAB-Betriebspanel ermöglicht auch die Analyse, ob gerade Betriebe mit einem hohen oder einem niedrigen Frauenanteil die Chancengleichheit fördern oder nicht. Dabei zeigen sich keine besonderen Differenzierungen. Teilt man die Betriebe gemäß ihres Frauenanteils an den Beschäftigten in vier Gruppen ein (bis 25%, 25%-50%, 50%-75% und mehr als 75%), so liegt der Anteil der Betriebe ohne Maßnahmen demnach in allen vier Gruppen über 80%. Einzige Auffälligkeit ist, dass bei Betrieben mit einem sehr niedrigen *und* bei solchen mit einem sehr hohen Frauenanteil der Anteil der Betriebe ohne Maßnahmen sogar bei über 90% liegt. Hier scheint es so, dass Betriebe mit einem relativ ausgewogenen Verhältnis der Ge-

schlechter etwas häufiger Maßnahmen zu Chancengleichheit anbieten als jene, in denen Frauen eindeutig die Minderheit oder die Mehrheit der Beschäftigten stellen.

Tabelle 4.25: Initiativen und Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe (Mehrfachnennungen möglich)

Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse/	betriebliche Vereinbarung	tarifliche Ver- einbarung	freiwillige Initi- ativen	nein, nichts davon
Verarbeitendes Gewerbe	1	4	11	84
Baugewerbe	0	1	2	89
Handel und Reparatur	0	1	2	89
Dienstleistungen	2	2	4	90
Öffentl. Dienst, Organisat.	29	17	5	52
1 bis 9 Beschäftigte	2	1	2	91
10 bis 49 Beschäftigte	4	5	7	82
50 bis 249 Beschäftigte	13	16	11	62
ab 250 Beschäftigte	31	14	10	48
Schleswig-Holstein	3	3	4	88
Bundesgebiet West	3	2	3	93

Fehlende zu 100%: Weiß nicht/Keine Angabe

Festzuhalten ist, dass im nennenswerten Maße nur Betriebe im Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen sowie Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten Initiativen und Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit vorweisen.

Die folgende Frage beschäftigt sich mit Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit im Betrieb. Dies ist unabhängig davon, ob die Betriebe vorher angegeben haben, dass es spezielle betriebliche, tarifliche Vereinbarungen oder freiwillige Initiativen zur Verbesserung der Chancengleichheit gibt oder nicht.

Auch hier geben die meisten Betriebe an, dass keine dieser Maßnahmen im Betrieb umgesetzt werden. Immerhin ist dieser Anteil aber geringer als bei der vorherigen Frage (74% zu 88%). Es gibt also eine Anzahl von Betrieben, die die eine oder andere Maßnahme zu Chancengleichheit praktisch umsetzten, aber keine betriebliche, tarifliche oder freiwillige Vereinbarungen vorweisen. Auch bei dieser Frage sind es vor allem Einrichtungen aus dem Bereich Öffentlichen Dienst, Organisationen, die entsprechende Maßnahmen anbieten (58% bieten solche Maßnahmen an), sowie wiederum Betriebe mit mehr als 50 Mitarbeitern (50-249 Beschäftigte: 62%, ab 250 Beschäftigte: 66%). Die am häufigsten genannte Maßnahme sowohl in Schleswig-Holstein (14%), als auch im Bundesgebiet West (11%) ist dabei die besondere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Eltern bei der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung (z.B. Teilzeit, Gleitzeitmodelle, Telearbeit, Arbeitszeitkonten). Danach folgen Angebote an Beschäftigte, die wegen Elternzeit freigestellt sind, um den Kontakt zum Betrieb bzw. Beruf zu halten (6% in Schleswig-Holstein und 5% im Bundesgebiet West). Eine für Chancen-

gleichheit zuständige Stelle oder Person findet sich eher in größeren Betrieben (50-249 Beschäftigte: 30%, ab 250 Beschäftigte: 37% in Schleswig-Holstein), sowie in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet West wesentlich häufiger im Bereich Öffentlichen Dienst/Organisationen (45% in Schleswig-Holstein, 17% in Bundesgebiet West). Teilt man auch hier die Betriebe nach ihrem Frauenanteil bei den Beschäftigten in vier Gruppen, so zeigt sich, dass mit zunehmendem Frauenanteil auch der Anteil der Betriebe abnimmt, der keinerlei Maßnahmen anbietet. Allerdings steigt dieser Anteil bei Betrieben mit einem hohen Frauenanteil wieder leicht an. Eine genaue Übersicht gibt hierzu Tabelle 4.26.

Tabelle 4.26: Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Prozent aller hochgerechneten Betriebe (Mehrfachnennungen möglich)

Frauenanteil am 30. Juni 2002	betriebliche Kinderbetreu- ungsangebote	Sponsoring von Kinder- betreuung	andere Formen der Hilfe bei der Kinderbetreuung	elterngerechte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung	Angebote zum Halten von Kontakten in der Elternzeit	zuständige Person für Chancengleichheit	Beratung und Informati- onsangebote	gezielte Förderung des weiblichen Nachwuchses	andere Maßnahmen	<u>nichts</u> davon
unter 25%	0	1	0	8	3	5	4	5	0	88
25% bis unter 50%	0	0	2	13	7	6	2	0	0	77
50% bis unter 75%	0	3	2	15	8	6	2	3	10	62
ab 75%	2	0	3	18	7	4	2	2	0	71
Schleswig-Holstein	0	1	2	14	6	5	2	3	3	74
Bundesgebiet West	1	1	1	11	5	3	2	2	1	85

Insgesamt lässt sich für die Chancengleichheit von Männern und Frauen in Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem alten Bundesgebiet folgendes festhalten: Die eingangs dargestellten Kennziffern zeigen, dass die Situation im Land ähnlich ist wie im Bundesgebiet West, allerdings mit teilweise höheren Frauenanteilen in Schleswig-Holstein, zum anderen bietet in Schleswig-Holstein ein deutlich größerer Anteil an Betrieben Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern an.

5. Wirtschaftliche Situation der Betriebe in Schleswig-Holstein

Grundsätzlich hat die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Schleswig-Holstein einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung von Beschäftigung und Realeinkommen in der Region. Im Rahmen der folgenden Analyse werden Indikatoren zur Darstellung der ökonomischen Situation schleswig-holsteinischer Betriebe präsentiert, wobei aufgrund des vorhandenen Datenmaterials der Hauptaugenmerk nicht so sehr auf die Untersuchung spezieller Gegebenheiten sondern überwiegend auf die Erfassung eines breiten Spektrums wirtschaftlicher Faktoren gelegt wurde.

Der Fragenkatalog des IAB-Betriebspanels beschränkt sich nicht nur auf die Ermittlung der objektiv gegebenen und in Zahlen messbaren wirtschaftlichen Situation der Betriebe, sondern versucht – was in Bezug auf die Gewinnung eines schärferen Profils der ökonomischen Lage besonders wichtig ist – auch ihre individuellen Erwartungen hinsichtlich künftiger Entwicklungen sowie ihre Wahrnehmung der eigenen ökonomischen Performance zu erfassen. Damit liefert das Panel neben konkreten Angaben zu wirtschaftlichen Sachverhalten wie:

- Geschäftsvolumen,
- Produktivität,
- Absatzmärkte,
- Investitionsverhalten und
- öffentliche Förderung,

auch sogenannte "weiche" Informationen wie:

- die erwartete Geschäftsentwicklung,
- die Beurteilung des technischen Standes der Anlagen.

Die folgende Analyse ist überwiegend eine Bestandsaufnahme der betrieblichen Situation im Jahr 2001, wobei wenn notwendig das Bundesgebiet West als Vergleichsmaßstab verwendet wird.

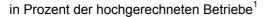
5.1 Ertragslage

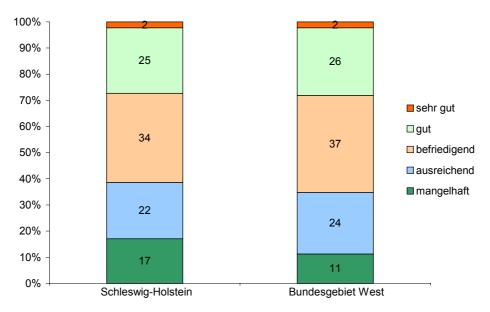
5.1.1 Betriebliche Einschätzung der Ertragslage im Jahr 2001

Im Rahmen des IAB-Betriebspanels wurden die Betriebe aufgefordert, ihre Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr 2001 zu beurteilen. Das Ergebnis zeigt ein recht differenziertes Bild. Während 27% der Betriebe in Schleswig-Holstein ihre Ertragslage als "gut" bis "sehr gut" einschätzen, erachtet sie der größte Teil (34%) als "befriedigend" (vgl. Abbildung 5.1). Eine angespannte Situation signalisieren jedoch diejenigen Betriebe, die ihre Ertragslage als "ausreichend" (22%) bzw. "mangelhaft" (17%) beurteilen. Im allgemeinen zeigt sich also, dass eher die negativen Einschätzungen des Geschäftsjahres 2001 – ausreichend oder mangelhaft – gegenüber den eher positiven – gut und sehr gut – überwogen.

Bei dem Vergleich mit den Einschätzungen der Betriebe in den alten Bundesländern zeigt sich, dass die Beurteilung ihrer Ertragslage im Jahr 2001 durch die schleswig-holsteinischen Betriebe tendenziell etwas schlechter ausgefallen ist. Mit 28% der Betriebe, die die Ertragslage als "gut" und "sehr gut" einschätzen, weicht zwar das Bild in den alten Bundesländern nicht entscheidend von der Situation in Schleswig-Holstein ab. Allerdings stuften im Bund lediglich 11% der Betriebe ihre Ertragslage als "mangelhaft" ein.

Abbildung 5.1: Rückblickende Beurteilung der Ertragslage im Jahr 2001





¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die nicht zum Öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

Betrachtet man jedoch die betriebliche Einschätzung der Ertragslage 2001 differenziert nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen, ergeben sich recht unterschiedliche Bewertungen (vgl. Tabelle 5.1). Insbesondere die schleswig-holsteinischen Dienstleistungsbetriebe schätzen ihre Ertragslage vergleichsweise positiv ein. So bewerten 32% dieser Betriebe ihre Ertragslage 2001 als "gut" bis "sehr gut" – zwei Prozentpunkte mehr als im Bundesgebiet West. Gleich danach folgen mit ihrer Einschätzung die Betriebe aus dem Verarbeiten-

den Gewerbe und dem Bereich Handel und Reparatur: 23% bzw. 17% dieser Betriebe sahen ihre Ertragslage als "gut" und "sehr gut" an. Allerdings war mit 27% bzw. 26% in den alten Bundesländern ein größerer Anteil der Betriebe aus diesen beiden Wirtschaftsbereichen ähnlich zufrieden.

Negativ fällt auf, dass sowohl bei der Aufteilung der Betriebe nach Wirtschaftsbereichen als auch der nach Größenklassen tendenziell mehr schleswig-holsteinische Betriebe ihre Ertragslage als mangelhaft einstufen – auch der aufsummierte Anteil der Betriebe, die ihre Ertragslage als "ausreichend" oder "mangelhaft" bezeichnen, ist im Vergleich zum Bund fast durchgehend höher. Bezogen auf die Betriebsgrößenklassen zeigt jedoch der Vergleich Schleswig-Holstein/Bundesgebiet West in den anderen Bewertungsgruppen relativ geringe Unterschiede.

Tabelle 5.1: Rückblickende Beurteilung der Ertragslage im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen

in Prozent der hochgerechneten Betriebe

Wirtschaftsbereiche /	sehi	r gut	g	ut	befrie	digend	ausre	ichend	mang	jelhaft
Betriebsgrößenklassen	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW
Verarbeitendes Gewerbe	10	3	13	24	31	37	10	22	35	13
Baugewerbe	-	2	29	21	24	34	26	29	22	14
Handel und Reparatur	1	2	16	24	44	35	27	27	12	12
Dienstleistungen	1	3	31	27	31	37	22	22	14	10
1 bis 9 Beschäftigte	2	2	24	25	34	37	23	24	18	12
10 bis 49 Beschäftigte	2	5	30	25	34	36	17	24	17	11
50 bis 249 Beschäftigte	3	4	22	26	37	35	23	23	15	12
ab 250 Beschäftigte	3	4	27	27	34	38	23	20	13	10

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die nicht zum Öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

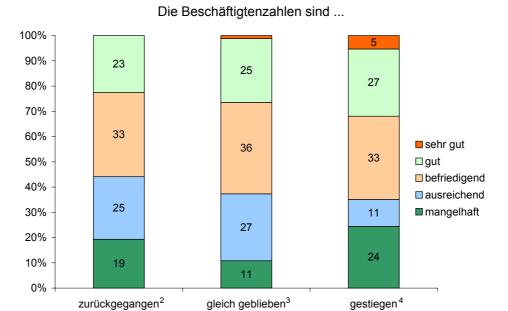
Werden die Betriebe in Schleswig-Holstein nach der Veränderung der Beschäftigtenzahlen zwischen dem 30. Juni 2001 und dem 30. Juni 2002 gruppiert, ist ersichtlich, dass die Einschätzung der Ertragslage des Geschäftsjahres 2001 erwartungsgemäß relativ stark mit der durchgeführten Personalpolitik der Unternehmen korreliert (vgl. Abbildung 5.2). Von denjenigen Betrieben, die in diesem Zeitraum ihre Mitarbeiterzahl erhöht haben, schätzten 32% die Ertragslage 2001 als "gut" und "sehr gut" ein. Von denen, die ihre Beschäftigtenzahlen unverändert gelassen haben, sind hingegen nur 26% ähnlich zufrieden gewesen. Schließlich bewerteten lediglich 23% der Betriebe, die Arbeitsplätze mehrheitlich abgebaut haben, die Ertragslage als "gut" bis "sehr gut".

Spiegelbildlich präsentiert sich die Lage bei dem anderen Extrem. Der Anteil der Betriebe, die ihre Ertragslage als "ausreichend" und "mangelhaft" bezeichneten, ist wesentlich geringer in der Gruppe der Betriebe mit ansteigender Anzahl der Beschäftigten (35%) als in den Unternehmensgruppen mit gleich gebliebenen (38%) oder rückläufigen (44%) Beschäftigtenzahlen.

Schlussfolgernd kann somit gesagt werden: Je positiver die Betriebe ihre Ertragslage einschätzen, um so expansiver wird auch die Gestaltung ihrer laufenden Personalpolitik ausfallen. Wie im nächsten Kapitel allerdings zu sehen sein wird, ist die aktuelle Personalpolitik der Betriebe nicht so sehr von vergangenen wirtschaftlichen Entwicklungen gelenkt sondern basiert hauptsächlich auf den individuellen Erwartungen der Betriebe bezüglich ihrer künftigen Geschäftssituation.

Abbildung 5.2: Rückblickende Beurteilung der Ertragslage in Schleswig-Holstein für das Jahr 2001 nach Veränderung der Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Vorjahr.

in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹



¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die nicht zum Öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

5.1.2 Geschäftsentwicklung und Personalsituation

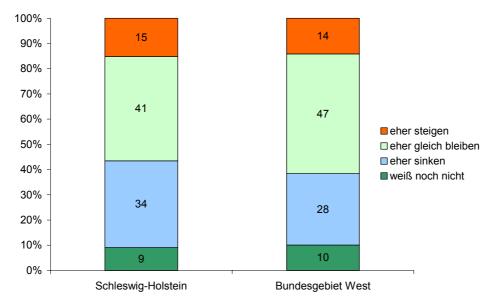
Die Betriebe wurden im Rahmen des IAB-Betriebspanels außerdem gefragt, welche Entwicklung des Geschäftsvolumens sie für das laufende Jahr 2002 gegenüber 2001 erwarten. Auch aus diesen Antworten ist erkennbar, dass die Stimmung in den Betrieben zum Befragungszeitpunkt generell relativ gedrückt war. So kommt neben der im Kapitel 5.1.1 angesprochene eher negativ eingeschätzten Ertragslage im Jahr 2001 hinzu, dass sich die schleswig-holsteinischen Betriebe auch bezüglich der erwarteten Geschäftsentwicklung im Jahr 2002 nicht besonders optimistisch zeigen. Während im Bundesgebiet West 28% der Betriebe von einer Senkung ihres Geschäftsvolumens gegenüber 2001 ausgingen, rechneten in Schleswig-Holstein sogar 34% der Betriebe damit, dass ihr Geschäftsvolumen 2002 eher sinken wird. Gleichzeitig erwarteten lediglich 15% der hiesigen Betriebe (14% in den alten Bundesländern) einen Anstieg des Geschäftsvolumens.

² Unter 98% der Vorjahreszahl.

³ 98% bis unter 102% der Vorjahreszahl.

⁴ Ab 102% der Vorjahreszahl.

Abbildung 5.3: Erwartete Entwicklung des Geschäftsvolumens 2002 gegenüber 2001 in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹



¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, nicht zum Öffentlichen Dienst gehören bzw. keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

Die Tabelle 5.2 gibt uns einen Hinweis darauf, von welchen Betrieben dieses allgemeine negative Erwartungsbild weitgehend geprägt wurde. Es zeigt sich nämlich, dass in Schleswig-Holstein insbesondere diejenigen Unternehmen eine eher pessimistische Einstellung hatten, die auch ihre Ertragslage im Geschäftsjahr 2001 als "mangelhaft" beschrieben haben. So erwarteten 41% dieser Betriebe eine weitere Senkung ihres Geschäftsvolumens im Laufe des Jahres 2002. Weitere 17% dieser Betriebe rechneten mit keinerlei Veränderung im Geschäftsjahr 2002 gegenüber 2001. Bezeichnend ist auch, dass 20% dieser Betriebe nicht wussten, wie sie die künftige Lage einschätzen sollen. Damit gaben gerade die Betriebe mit mangelhafter Ertragslage 2001 ihrer großen Unsicherheit im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung Ausdruck.

Tabelle 5.2: Zusammenhang zwischen der Ertragslage im Jahr 2001 und der erwarteten Entwicklung des Geschäftsvolumens im Jahr 2002

in Prozen	t de	r hoc	hgered	hne	ten	Betriet	oe'
-----------	------	-------	--------	-----	-----	---------	-----

Erwartete Entwicklung des Geschäfts-	Ertragslage im Geschäftsjahr 2001								
volumens im Jahr 2002: Das Geschäftsvolumen wird	sehr gut	gut	befriedigend	ausreichend	mangelhaft				
eher steigen	16	36	45	42	21				
eher gleich bleiben	48	17	17	12	17				
eher sinken	36	42	29	37	41				
weiß noch nicht	0	4	9	8	20				
Insgesamt	100	100	100	100	100				

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die nicht zum Öffentlichen Dienst gehören bzw. keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

Demgegenüber waren diejenigen Betriebe, die das Jahr 2001 vergleichsweise erfolgreich abgeschlossen haben, etwas optimistischer. Von denen, die ihre Ertragslage rückblickend als "sehr gut" und "gut" einschätzten, erwarteten 64% bzw. 53%, dass ihr Geschäftsvolumen 2002 gegenüber 2001 ansteigen oder zumindest unverändert bleiben wird. Außerdem hatten auch Betriebe, die ihre Ertragslage 2001 lediglich als "befriedigend" oder "ausreichend" eingestuft haben, teilweise große Erwartungen für 2002. Von den ersten rechneten 45% mit einer baldigen Erhöhung des Geschäftsvolumens, in der zweiten Gruppe waren es 42%. Weitere 46% der Betriebe mit einer befriedigenden Ertragslage 2001 schätzten jedoch die wirtschaftliche Situation immer noch als bedrückend ein. Diese gingen im allgemeinen davon aus, dass ihr Geschäftsvolumen im Jahr 2002 gegenüber 2001 gleich bleiben oder sogar sinken wird. Unter denjenigen mit einer "ausreichenden" Ertragslage 2001 waren es sogar 49%, die ähnlich negative Erwartungen für 2002 hatten.

Eine entscheidende Frage ist jedoch, wie sich die wirtschaftliche Situation der Betriebe auf deren Personalpolitik auswirkt. Bei einer Betrachtung des Zusammenhangs zwischen der Ertragslage im Geschäftsjahr 2001 und den Personaleinstellungen und -abgängen in der ersten Hälfte des Jahres 2002 bzw. der Suche nach Arbeitskräften (ohne Auszubildenden) "für sofort" ist kein eindeutiger Trend erkennbar (vgl. Tabelle 5.3.).

Tabelle 5.3: Zusammenhang zwischen der Ertragslage im Jahr 2001 und der Personalpolitik im ersten Halbjahr 2002

Ertragslage im Geschäftsjahr 2001	Arbeitskräfte "für sofort" gesucht	Personaleinstellungen 1. Hj. 2002	Personalabgänge 1. Hj. 2002
2001	in Prozent 1	in Prozent der gesamte	en Personalfluktuation ²
sehr gut	6	3	2
gut	20	13	10
befriedigend	40	15	10
ausreichend	12	8	7
mangelhaft	9	7	8
trifft nicht zu; keine Angaben	14	10	6
Insgesamt	100	56	43

¹ Anteil an allen "für sofort" gesuchten Arbeitskräften.

Es zeigt sich allerdings, dass Betriebe, die 2001 eine sehr gute Ertragslage vorweisen konnten, mit 3% der Einstellungen und 2% der Abgänge an der gesamten Personalfluktuation (Summe aus Personalneueinstellungen und Personalabgängen) dazu tendieren, den Personalbestand nicht nennenswert zu verändern und gleichzeitig auch die Personalfluktuation gering zu halten. Auch zum Zeitpunkt der Befragung Mitte 2001 war die Anzahl der von diesen Betrieben gesuchten Arbeitskräfte überdurchschnittlich niedrig. So entfielen auf die Betriebe mit sehr guter Ertragslage lediglich 6% aller "für sofort" gesuchten Arbeitskräfte. Die größte Nachfrage nach neuen Arbeitskräften ging sowohl in der gesamten ersten Hälfte des Jahres 2002 als auch zum Zeitpunkt der Befragung von denjenigen Betrieben aus, die ihrer Ertragslage rückblickend lediglich ein "befriedigend" bescheinigt haben.

Somit wird klar, dass die unmittelbare Personalentwicklung in den Betrieben nicht so sehr von der Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr abhängig ist. Vielmehr spielen Erwar-

² Anteil an der Gesamtanzahl der Beschäftigten, die neu eingestellt wurden oder ausgeschieden sind.

tungen im Hinblick auf die Entwicklung des Geschäftsvolumens eine zentrale Rolle. Aus der Tabelle 5.4 geht hervor, dass mit schlechterer Einschätzung der Entwicklung des Geschäftsvolumens auch weniger Personal eingestellt bzw. weniger Arbeitskräfte "für sofort" gesucht wurden. Demnach gehen auf das Konto von Betrieben, die eher eine Senkung ihres Geschäftsvolumens erwarteten, 19% der Personalabgänge und lediglich 12% der Personaleinstellungen. Betriebe, die mit einem Anstieg ihres Geschäftsvolumens rechneten, führten 21% aller Personaleinstellungen durch und hatten mit 14% der Personalabgänge vergleichsweise weniger Personal abgebaut.

Tabelle 5.4: Zusammenhang zwischen erwarteter Entwicklung des Geschäftsvolumens im Jahr 2002 und Personalpolitik im ersten Halbjahr 2002

Erwartete Entwicklung des Geschäftsvolumens im Jahr 2002: Das Geschäftsvolumen	Arbeitskräfte "für so- fort" gesucht	"	
wird	in Prozent ¹	in Prozent der gesamte	en Personalfluktuation ²
eher steigen	48	21	14
eher gleich bleiben	25	18	8
eher sinken	25	12	19
weiß noch nicht	3	3	3
trifft nicht zu; keine Angaben	0	1	1
Insgesamt	100	55	45

¹ Anteil an allen "für sofort" gesuchten Arbeitskräften.

5.1.3 Geschäftsentwicklung und Tarifpolitik

Aus dem Datensatz des IAB-Betriebspanels kann man auch versuchen zu ermitteln, ob sich die Geschäftslage der Betriebe auf irgendeine Art und Weise in ihrer Tarifpolitik wiederspiegelt. Die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen der Ertragslage und der Tarifbindung bzw. der tariflichen Orientierung lässt jedoch keine eindeutige Beziehung zwischen einer besseren Ertragslage und der tariflichen Ausrichtung der Betriebe erkennen. Ein enger Zusammenhang zeigt sich aber zwischen der Ertragslage und der übertariflichen Entlohnung (vgl. Tabelle 5.5).

Erwartungsgemäß nimmt mit verbesserter Ertragslage auch die Anzahl der Betriebe zu, die Löhne und Gehälter übertariflich zahlen. Von den Betrieben mit einer mangelhaften Ertragslage zahlen lediglich 34% übertarifliche Löhne und Gehälter, von denen mit einer sehr guten Ertragslage 59%.

² Anteil an der Gesamtanzahl der Beschäftigten, die neu eingestellt wurden oder ausgeschieden sind.

Tabelle 5.5: Zusammenhang zwischen der Ertragslage, der Tarifbindung und der übertariflichen Lohnzahlung

In Prozent der hochgerechneten Betriebe¹

Ertragslage im Geschäftsjahr	Gelte	Geltender Tarifvertrag			Orientierung an einem Branchentarifvertrag?		Löhne und Gehälter über Tarif?	
2001	Branchen- tarifvertrag	Haustarif- / Firmen- tarifvertrag	kein Tarif- vertrag	ja	nein	ja	nein	
sehr gut	46	1	53	49	51	59	41	
gut	24	0	76	41	59	54	46	
befriedigend	45	4	51	38	62	46	54	
ausreichend	46	1	53	27	73	36	64	
mangelhaft	58	2	40	54	46	34	66	

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die Angaben gemacht haben und nicht zum Öffentlichen Dienst gehören bzw. keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

Darüber hinaus besteht ein ähnlich enger Zusammenhang auch zwischen der Ertragslage und der Anzahl von Überstunden (vgl. Tabelle 5.6). Hervorzuheben ist, dass gerade in Betrieben mit einer sehr guten Ertragslage überdurchschnittlich häufig Überstunden geleistet werden, wobei diese größtenteils durch Freizeit ausgeglichen werden. Dies deutet auf eine relativ hohe Flexibilisierung der Arbeitszeiten hin.

Bezüglich des Ausgleichs von Überstunden ist im allgemeinen erkennbar, dass ein vergleichsweise geringer Anteil von Betrieben die geleisteten Überstunden ausschließlich durch Vergütung kompensiert.

Tabelle 5.6: Zusammenhang zwischen der Ertragslage, den geleisteten Überstunden sowie deren Entgeltung

in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹

Ertragslage im	Überstund	en in 2001		Ausgleich der Überstunden				
Geschäftsjahr 2001	ja	nein	ausschl. Vergütung	Vergütung und Freizeit- ausgl.	ausschl. Freizeit- ausgl.	weder noch		
sehr gut	89	11	3	45	51	1		
gut	56	44	7	38	45	10		
befriedigend	36	64	14	37	48	0		
ausreichend	30	70	7	30	59	3		
mangelhaft	32	68	3	26	61	10		

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die Angaben gemacht haben und nicht zum Öffentlichen Dienst gehören bzw. keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

5.2 Absatzausrichtung und Absatzmärkte

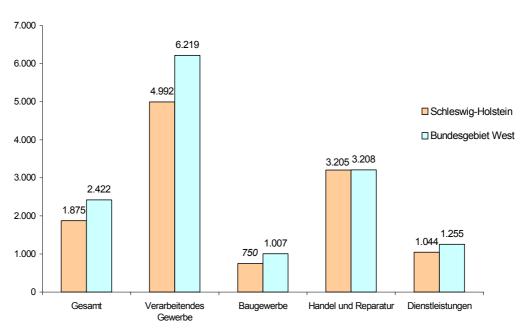
Eine Kennziffer zur Beschreibung der wirtschaftlichen Aktivität von Betrieben ist das Geschäftsvolumen, wobei dieses im IAB-Betriebspanel je nach Art des Betriebes unterschiedlich bestimmt wird. Das Geschäftsvolumen von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft wird als Umsatz ausgewiesen. Im Bankensektor wird unter Geschäftsvolumen die Bilanzsumme verstanden. Versicherungsunternehmen definieren es als Beitragssumme. Bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter entspricht das Geschäftsvolumen ihrem Haushaltsvolumen.

Die meisten der im Rahmen des IAB-Betriebspanels befragten Betriebe richten ihre wirtschaftliche Tätigkeit auf den Umsatz aus. Diese am Umsatz orientierten schleswig-holsteinischen Unternehmen wiesen im Jahr 2001 einen durchschnittlichen Umsatz von knapp 1,9 Mio. € auf. Wie aus der Abbildung 5.4 zu entnehmen ist, lagen sie damit 23% unter dem durchschnittlichen Wert im Bundesgebiet West (2,4 Mio. €).

Diese Abweichung vom Wert für das Bundesgebiet West zeigt sich auch bezüglich der betrieblichen Umsatzsituation in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Ausgenommen den Bereich Handel und Reparatur, wiesen die einzelnen Wirtschaftsbereiche im Vergleich zum Bundesgebiet West einen zum Teil deutlich geringeren Umsatz pro Betrieb aus. Wie auch aus den Beschäftigtenzahlen ersichtlich wird, ist die Struktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Vergleich zum Bund stärker kleinbetrieblich geprägt, was den Umsatzunterschied zum Bundesgebiet West mit erklärt.

Abbildung 5.4: Umsatz pro Betrieb nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2001





¹ Teilgesamtheit: Alle gewerblichen Betriebe, die Angaben gemacht haben. Betriebe aus den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft bzw. Bergbau und Energie wurden aufgrund geringer Fallzahlen außer Betracht gelassen.

Bei der Aufgliederung der Betriebe nach Größenklassen ist jedoch zu beobachten, dass die geringeren Umsätze pro Betrieb in Schleswig-Holstein nicht nur in Bezug auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche sondern auch innerhalb der Betriebsgrößenklassen bestehen (vgl. Tabelle 5.7). Obwohl nun der Unterschied zu den Betrieben in den alten Bundesländern etwas geringer ausfällt, ist ersichtlich, dass sowohl kleine als auch mittlere und große Betriebe in Schleswig-Holstein im Durchschnitt weniger Umsatz pro Betrieb erwirtschaftet haben als im Bundesgebiet West.

Tabelle 5.7: Umsatz pro Betrieb nach Betriebsgrößenklassen im Jahr 2001

in Tsd. €

Betriebsgrößenklassen	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet West
Gesamt	1.875	2.422
1 bis 9 Beschäftigte	474	506
10 bis 49 Beschäftigte	2.607	2.742
50 bis 249 Beschäftigte	17.309	18.645
ab 250 Beschäftigte	128.228	131.854

5.2.1 Strukturelle Besonderheiten der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

Eine aussagefähige Kennziffer zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Betrieben ist der Umsatz pro Beschäftigten – die sogenannte Umsatzproduktivität. Diese betrug im Geschäftsjahr 2001 knapp über 138 Tsd. € und lag damit etwas höher als im Bundesgebiet West (136 Tsd. €, vgl. Tabelle 5.8). Das ist insbesondere auf den Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur zurückzuführen. Hier lag die Umsatzproduktivität mit 238 Tsd. € etwa 9% über dem Wert in den alten Bundesländern (218 Tsd. €). Dementsprechend ist auch der Umsatzanteil, der im Jahr 2001 auf diesen Wirtschaftsbereich entfiel überdurchschnittlich hoch. So haben die Handels- und Reparaturbetriebe im Land 47% des Gesamtumsatzes erwirtschaftet, 13 Prozentpunkte mehr als die entsprechenden Betriebe im Bundesgebiet West. Es wird somit deutlich, dass der Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur in Schleswig-Holstein einen besonderen Stellenwert hat.

Dagegen wiesen die anderen Wirtschaftsbereiche im Vergleich zu den alten Bundesländern durchgängig niedrigere Werte auf. Naturgemäß gibt es zwischen den einzelnen Branchen generell große strukturelle Unterschiede. So ist es auch nicht überraschend, dass in Schleswig-Holstein im Baugewerbe aber auch im besonders arbeitsintensiven Dienstleistungssektor mit 80 Tsd. € bzw. 85 Tsd. € die niedrigsten Umsätze je Beschäftigten erwirtschaftet wurden. Ein ähnlicher Befund ist auch für den Bund zu verzeichnen.

	Sc	hleswig-Holst	ein	Bundesgebiet West			
Wirtschaftsbereiche	Anteil am Umsatz	I Reschaπid- I 3		Anteil am Beschäftigten		Umsatz je Be- schäftig- ten	
	in P	rozent	in Tsd. €	in P	rozent	in Tsd. €	
Verarbeitendes Gewerbe	21	21	141	36	33	148	
Baugewerbe	5	9	80	6	8	91	
Handel und Reparatur	47	27	238	34	21	218	
Dienstleistungen	26	43	85	24	37	89	
Insgesamt	100	100	120	100	100	126	

Tabelle 5.8: Umsatz- und Beschäftigtenanteile sowie Umsatzproduktivität im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen¹

Auch bei der Betrachtung der Größenstrukturen der Betriebe sind bemerkenswerte Unterschiede zu erkennen, wobei beachtet werden muss, dass kleinere Betriebe in der Regel eine geringere Umsatzproduktivität und eine geringere Kapitalintensität als größere haben. Auf die kleineren Betriebe (bis 49 Beschäftigte) entfiel in Schleswig-Holstein ein Umsatzanteil von 49% und damit wesentlich mehr als im Bundesgebiet West (41%, vgl. Tabelle 5.9). Außerdem lag in diesen Betrieben auch die Umsatzproduktivität höher als im Bund. Wie die Kleinbetriebe, erwirtschafteten auch die Großbetriebe (ab 250 Beschäftigte) im Vergleich zu den alten Bundesländern mehr Umsatz pro Beschäftigten, diese waren jedoch mit einem Umsatzanteil von 27% und einem Beschäftigtenantenanteil von 20% vergleichsweise wenig vertreten. Lediglich die schleswig-holsteinischen mittleren Betriebe (50 bis 259 Beschäftigte) lagen sowohl bei der Umsatzproduktivität als auch beim Umsatz- und Beschäftigtenanteil unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Tabelle 5.9: Umsatz- und Beschäftigtenanteile sowie Umsatzproduktivität im Jahr 2001 nach Betriebsgrößenklassen¹

	Sc	hleswig-Holst	ein	Bui	ndesgebiet W	/est
Betriebsgrößenklassen	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftig- ten	Umsatz je Be- schäftig- ten	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftig- ten	Umsatz je Be- schäftig- ten
	in P	in Prozent in Tsd. €		in Prozent		in Tsd. €
1 bis 9 Beschäftigte	19	26	100	16	22	96
10 bis 49 Beschäftigte	30	32	131	25	28	123
50 bis 249 Beschäftigte	24	22	150	28	24	158
ab 250 Beschäftigte	27	20	183	31	26	164
Insgesamt	100	100	138	100	100	136

¹ Teilgesamtheit: Alle gewerblichen Betriebe. Betriebe aus den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft bzw. Bergbau und Energie wurden aufgrund geringer Fallzahlen außer Betrachtung gelassen.

¹ Teilgesamtheit: Alle gewerblichen Betriebe. Betriebe aus den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft bzw. Bergbau und Energie wurden aufgrund geringer Fallzahlen außer Betracht gelassen.

Erwartungsgemäß zeigt die Untersuchung der Umsatzproduktivität nach dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Umsatz je Beschäftigten und dem Anteil des qualifizierten Personals (vgl. Tabelle 5.10). So weisen Betriebe mit einem höheren Anteil qualifizierter Arbeitskräfte eine deutlich höhere Umsatzproduktivität auf als Betriebe mit einem vergleichsweise hohen Anteil unqualifizierten Personals. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die schleswig-holsteinischen Betriebe mit einem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte bis zu 80% im Vergleich zum Bundesgebiet West besonders leistungsfähig waren, d.h. sie erwirtschafteten einen höheren Umsatz pro Beschäftigten als auf Bundesebene.

Tabelle 5.10: Umsatz- und Beschäftigtenanteil im Jahr 2001 nach dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte¹

	Sc	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West			
Der Anteil qualifizierter Arbeits- kräfte beträgt	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftig- ten	Umsatz je Be- schäftig- ten	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftig- ten	Umsatz je Be- schäftig- ten		
	in P	rozent	in Tsd. €	in Prozent		in Tsd. €		
0 bis unter 50%	27	37	101	24	33	99		
50 bis unter 80%	35	33	147	34	36	131		
80 bis 100%	38	31	172	41	31	182		
Insgesamt	100	100	138	100	100	136		

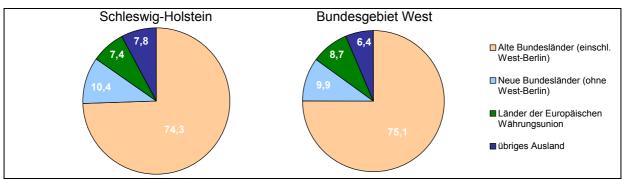
¹ Teilgesamtheit: Alle gewerblichen Betriebe. Betriebe aus den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft bzw. Bergbau und Energie wurden aufgrund geringer Fallzahlen außer Betracht gelassen.

5.2.2 Regionale Verteilung des Umsatzes

In Bezug auf die regionale Umsatzverteilung zeigen die im Rahmen des IAB-Betriebspanels ermittelten Daten, dass die schleswig-holsteinischen Absatzmärkte eine ähnliche Struktur aufweisen wie das Bundesgebiet West. Besonders ausgeprägt war vor allem die Orientierung der Betriebe auf die inländischen Absatzmärkte. Knapp 85% des Umsatzes aller Betriebe – sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesgebiet West – entfielen auf das Inland (vgl. Abbildung 5.5).

Abbildung 5.5: Regionale Verteilung des Umsatzes der Betriebe¹ in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West im Jahr 2001





¹ Teilgesamtheit: Alle gewerblichen Betriebe.

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen setzten 74% in den alten Bundesländern und etwa 10% in den neuen Bundesländern um. Der Auslandsumsatz von knapp 15% betraf etwa zu gleichen Teilen die Länder der Europäischen Währungsunion (7%) und das übrige Ausland (8%).²²

Eine Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt wie erwartet, dass im Dienstleistungssektor, im Baugewerbe und im Bereich Handel und Reparatur ein sehr großer Teil des Umsatzes auf das Inland entfällt. Demgegenüber weist das eher handelbare Güter produzierende Verarbeitende Gewerbe eine vergleichsweise starke Auslandsorientierung auf. So setzten die Betriebe in diesem Wirtschaftsbereich 43% im Ausland um, wobei 22% ihres Umsatzes in Ländern der Europäischen Währungsunion erwirtschaftet wurde. Interessant jedoch ist die große Diskrepanz zu den Werten für das Bundesgebiet West. Laut IAB-Betriebspanel haben im Bund die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 33% ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet; deutlich weniger als die hiesigen Betriebe.

Tabelle 5.11: Regionale Verteilung des Umsatzes der Betriebe¹ in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen

in	Prozent
111	1 102011

Wirtschaftsbereiche	Bund der (e	Bundeslän- der (einschl. desländer europäis (ohne West- Währu		desländer (ohne West-		Länder der europäischen Währungs- union		nen das übrige		Insgesamt	
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	
Verarbeitendes Gewerbe	47	58	11	9	22	19	21	14	100	100	
Baugewerbe	96	93	4	5	0	0	1	2	100	100	
Handel und Reparatur	78	82	11	11	4	4	7	3	100	100	
Dienstleistungen	85	85	10	10	3	3	2	3	100	100	

¹ Teilgesamtheit: Alle gewerblichen Betriebe. Betriebe aus den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft bzw. Bergbau und Energie wurden aufgrund geringer Fallzahlen außer Betrachtung gelassen.

5.2.3 Kapazitätsauslastung und Personalentwicklung

Ein wichtiger Faktor, der die Beschäftigungspolitik der Betriebe determiniert, ist die auf den erschlossenen Absatzmärkten vorherrschende Nachfragesituation. Erst bei einer relativ hohen Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten ist eine expansive Personal- bzw. Investitionspolitik zu erwarten.

Bei der Betrachtung der Kapazitätsauslastung der Betriebe in Schleswig-Holstein zeigt sich für 2001 über alle Wirtschaftsbereiche hinweg ein recht homogenes Bild, das weitgehend dem im Bundesgebiet West entspricht (vgl. Tabelle 5.12). Die überwiegende Mehrheit der

²² Es ist anzumerken, dass dieser Befund dem aus der amtlichen "Statistik des Produzierenden Gewerbes" widerspricht – siehe dazu auch Teil A, Kapitel 1 dieses Berichts –, was an den unterschiedlichen Erhebungsmethoden bzw. den unterschiedlichen im Rahmen der Befragung erfassten Betriebsgruppen liegen mag.

Betriebe gab an, über freie Personal- und Anlagekapazitäten zu verfügen. In Schleswig-Holstein waren 67% der Betriebe der Meinung, dass sie mit dem vorhandenen Personal und den vorhandenen Anlagen – bei entsprechender Nachfrage auf den Absatzmärkten – mehr Umsatz hätten erwirtschaften können. Im Bundesgebiet West meldeten 65% der Betriebe unausgelastete Produktionskapazitäten.

Insbesondere im Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur (85% in Schleswig-Holstein und 74% im Bundesgebiet West, siehe Tabelle 5.12) sowie im Verarbeitenden Gewerbe (70% bzw. 65%) hat die im Jahr 2001 vorherrschende schwache Nachfrage zu einer Unterauslastung der Personal- und Anlagekapazitäten geführt.

Tabelle 5.12: Mögliche Umsatzsteigerungen bei angenommener entsprechender Nachfrage im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen

in Prozent der hochgerechneten Betriebe ¹
--

Wirtschaftsbereiche	Mehr Umsatz wäre mit vorhandenem Personal/ vorh. Anlagen möglich gewesen.		Für mehr U man zusätz sonal b	liches Per-	Für mehr Umsatz hätte man zusätzliche Anla- gen benötigt.		
	SH	BGW	SH	BGW	SH	BGW	
Verarbeitendes Gewerbe	70	65	26	31	14	10	
Baugewerbe	47	57	53	41	4	6	
Handel und Reparatur	85	74	14	21	4	4	
Dienstleistungen	66	63	28	32	9	8	
Insgesamt	67	65	27	30	9	7	

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe, die nicht zum Öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o.ä. sind.

Bei einer schwierigen Absatz- und Ertragslage und einer damit einhergehenden Unterauslastung vorhandener Produktionskapazitäten betreiben die Unternehmen im allgemeinen eine besonders vorsichtige Beschäftigungspolitik. Diese Situation dürfte auch nicht verwundern, bedenkt man, dass eine langfristig anhaltende Nachfrageschwäche die wirtschaftliche Existenz der Betriebe gefährden kann.

Die Tabelle 5.13 verdeutlicht die beschäftigungspolitische Zurückhaltung derjenigen Betriebe, die das Problem unausgelasteter Kapazitäten zu bewältigen haben. Erwartungsgemäß zeigt sich zum einen, dass Überkapazitäten so gut wie keine beschäftigungspolitischen Impulse erzeugen: Betriebe mit freien Personal- und Anlagekapazitäten waren im Jahr 2002 bestrebt, das Beschäftigungsniveau relativ konstant zu halten (6% Personalabgänge und 6% Personaleinstellungen an der Gesamtzahl ihrer Beschäftigten).

Demgegenüber verzeichneten Betriebe, die im Jahr 2001 mit zusätzlichem Personal mehr Umsatz erwirtschaftet hätten, im ersten Halbjahr 2002 mit 11% Neueinstellungen und 7% Personalabgänge nicht nur einen deutlichen Nettopersonalzufluss, sie hatten auch die höchste Personalfluktuation. Das deutet zum einen auf eine Ausweitung, zum anderen aber auch auf eine ausgeprägte Erneuerung des Personalbestandes hin. Bezüglich derjenigen Betriebe, die ihren Anlagenbestand als Umsatzengpass ausgewiesen haben, ist ersichtlich, dass sie Personaleinstellungen in ähnlicher Größenordnung wie Betriebe mit Personaleng-

pässen durchgeführt haben. Die Erneuerung des Personalbestandes steht in diesen Betrieben allerdings nicht im Vordergrund. So haben diese Betriebe mit 5% den geringsten Anteil der Personalabgänge aller drei betrachteten Betriebsgruppen verzeichnet.

Tabelle 5.13: Zusammenhang zwischen der Kapazitätsauslastung und der Personalentwicklung

in Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten¹

Mehr Umsatz wäre im Geschäftsjahr 2001 möglich gewesen	Personaleinstellungen 1. Hj. 2002	Personalabgänge 1. Hj. 2002
mit vorhandenem Personal und vorhandenen Anlagen	6	6
mit zusätzlichem Personal	11	7
mit zusätzlichen Anlagen	12	5

¹ Gesamtzahl der Beschäftigten der Betriebe in der jeweiligen Zeile der Tabelle am 30. Juni 2002

5.3 Betriebliche Investitionen

Im Zusammenhang mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und somit auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze kommt der Investitionstätigkeit eine Schlüsselrolle zu. Nach Angaben des IAB-Betriebspanels betrugen die gesamten Investitionen der schleswig-holsteinischen Betriebe im Jahr 2001 hochgerechnet knapp über 7,6 Mrd. €, wobei allein im Dienstleistungssektor Investitionen in Höhe von rund 3 Mrd. € vorgenommen wurden. Mit relativ großem Abstand folgen die Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und die Organisationen ohne Erwerbscharakter (1,5 Mrd. €), das Verarbeitende Gewerbe (1,1 Mrd. €), der Bereich Handel und Reparatur (1,0 Mrd. €), der Bereich Land-, Forstwirtschaft und Bergbau (0,9 Mrd.) und das Baugewerbe (0,2 Mrd. €).

Die IAB-Befragung ermittelte außerdem, dass Investitionen von 52% aller befragten Betriebe durchgeführt wurden, ein ähnlich großer Anteil wie im Durchschnitt im Bundesgebiet West (53%).

Besonders wichtig für die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen ist die Verbesserung der technischen Ausstattung am Arbeitsplatz. Auf der einen Seite können positive ökonomische Effekte dadurch induziert werden, dass die Produktivität der Betriebe unmittelbar gesteigert wird. Auf der anderen Seite ist mit einer besseren Sachkapitalausstattung auch die Notwendigkeit verbunden, das Qualifikationsniveau des Personals zu erhöhen.²⁴

Im direkten Vergleich zum Bundesgebiet West zeigen die schleswig-holsteinischen Betriebe eine überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität (vgl. Abbildung 5.6). So lagen die durch-

²³ Für den Wirtschaftsbereich Land-, Forstwirtschaft und Bergbau bzw. für das Baugewerbe ist der Befund aufgrund geringer Fallzahlen nur eingeschränkt aussagekräftig.

²⁴ In der wissenschaftlichen Diskussion wird in der Regel davon ausgegangen, dass mit zunehmendem technologischen Fortschritt der Anteil un- und angelernter Beschäftigten rückläufig ist. Damit werden unproduktive Arbeitsplätze durch neue, hochwertige Arbeitsplätze ersetzt. Siehe dazu auch Kapitel 5.3.3.

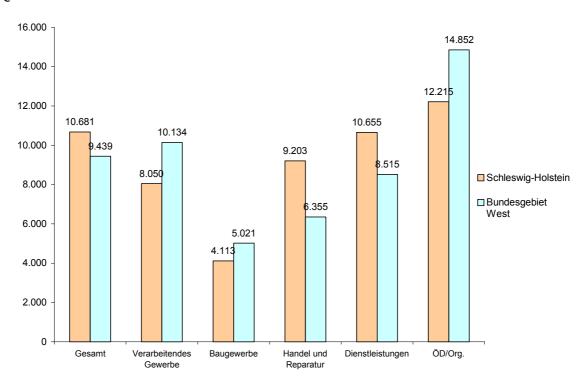
schnittlichen Investitionen pro Beschäftigten in Schleswig-Holstein bei knapp 11 Tsd. €; sie waren damit etwa 13% höher als in den alten Bundesländern (9 Tsd. €). Der Grund dafür waren die hohen Investitionen pro Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren Handel und Reparatur bzw. Dienstleistungen, die etwa 44% bzw. 25% über dem Durchschnitt im Bund lagen.

Somit konnten diese zwei Bereiche, die – verglichen mit dem Bund – unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit pro Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Öffentlicher Dienst, Organisationen mehr als ausgleichen.

Bei einer nach Betriebsgrößen differenzierenden Betrachtung zeigt sich ein besonders positives Bild. Die Investitionssumme je Beschäftigten liegt in Schleswig-Holstein, über alle Betriebsgrößenklassen hinweg, über den Werten für das Bundesgebiet West (vgl. Abbildung 5.7). Unmittelbar ersichtlich ist allerdings ein relativ großes Gefälle zwischen der Investitionsintensität in den kleinen und den großen Betrieben. Während Kleinbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten im Durchschnitt etwa 9 Tsd. € pro Arbeitsplatz investiert haben, waren es in den Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten knapp 13 Tsd. € – d.h. fast 44% mehr.

Abbildung 5.6: Investitionen je Beschäftigten im Jahr 2001, Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West nach Wirtschaftsbereichen¹





¹ Alle Betriebe mit Investitionen.

in € 16.000 14.000 12.782 12.000 11.105 1.076 10.681 9.272_8.902 10.000 9.439 8.899 8.582 7.848 ■ Schleswig-8.000 Holstein ■ Bundesgebiet West 6.000 4.000 2.000 0 Gesamt 1 bis 9 10 bis 49 50 bis 249 250 und mehr

Abbildung 5.7: Investitionen je Beschäftigten im Jahr 2001, Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West nach Betriebsgrößenklassen¹

5.3.1 Investitionsbereiche

Die Angaben aus dem IAB-Betriebspanel lassen erkennen, dass die meisten Betriebe Investitionen auf dem Gebiet der Informations-, Kommunikationstechnologie und im EDV-Bereich durchgeführt haben. Investierten 2001 im Bundesgebiet West 67% der Betriebe in diesen Bereichen, fiel in Schleswig-Holstein ein noch höherer Anteil von 75% aller Investitionen auf die EDV und luK-Technik (vgl. Abbildung 5.8). Investitionen für Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung nahmen in Schleswig-Holstein 55% der investierenden Betriebe vor. In Verkehrsmittel und Transportsysteme investierten 30% der Betriebe, in Grundstücke und Gebäude 23%.

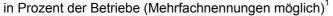
Im allgemeinen zeigt der Vergleich mit dem Bundesgebiet West eine sehr ähnliche Investitionsstruktur. Allerdings sind in Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Bereichs Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung in allen anderen Investitionsbereichen die Anteile investierender Unternehmen höher als im Bundesgebiet West, was auf eine besonders breite Investitionstätigkeit der hiesigen Unternehmen hindeutet.

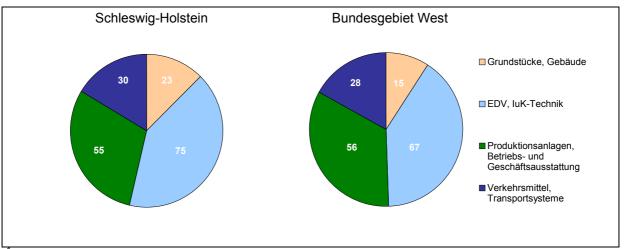
Im Rahmen des IAB-Betriebspanels wurden die Betriebe auch zu dem Anteil der Erweiterungsinvestitionen und der IuK-Investitionen an deren Gesamtinvestitionen befragt.

Erweiterungsinvestitionen sind ein wichtiger Indikator für die Expansionsanstrengungen der Betriebe. Während Ersatzinvestitionen insbesondere auf die Sicherung und Modernisierung des Betriebes ausgerichtet sind, zielen Erweiterungsinvestitionen auf den Ausbau des Kapitalbestandes und erzeugen damit häufig bedeutsame Beschäftigungseffekte.

¹ Alle Betriebe mit Investitionen.

Abbildung 5.8: Investitionsbereiche in Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West im Jahr 2001

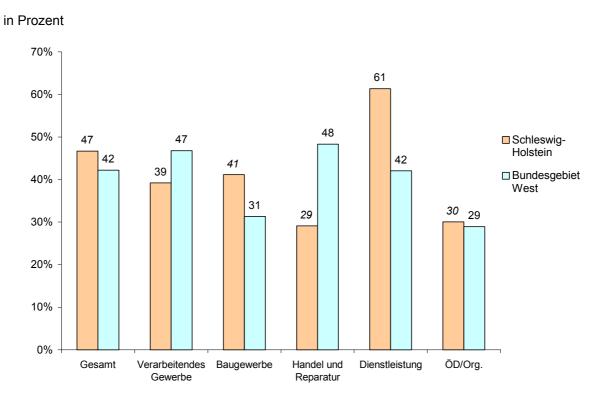




¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Investitionen.

In der Abbildung 5.9 lässt der direkte Vergleich Schleswig-Holstein/Bundesgebiet West erkennen, dass in den investierenden schleswig-holsteinischen Betrieben ein höherer Anteil auf die Erweiterungsinvestitionen entfällt (47%) als im Bundesgebiet West (42%).

Abbildung 5.9: Anteil der Erweiterungsinvestitionen an den Investitionen insgesamt im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen¹



¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Investitionen.

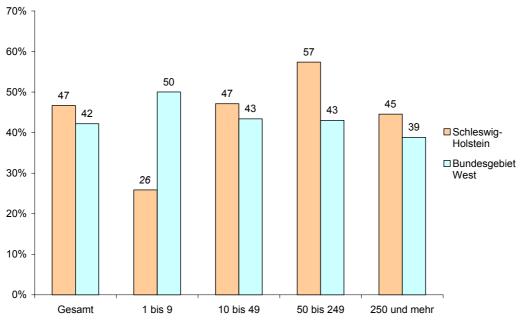
Dies ist auf den besonders hohen Erweiterungsinvestitionsanteil im Dienstleistungssektor (61%) zurückzuführen.²⁵ Besonders vorsichtig zeigten sich die Betriebe im Bereich Handel und Reparatur, die lediglich einen Anteil von 29% ihrer Gesamtinvestitionen als Erweiterungsinvestitionen durchgeführt haben. Aufgrund einer geringen Anzahl der in der IAB-Befragung erfassten Betriebe sind diese Befunde jedoch nur eingeschränkt interpretierbar.

Bezüglich der Größe der Betriebe ist aus der Abbildung 5.10 zu entnehmen, dass sich Kleinbetriebe (1 bis 9 Beschäftigten) mit 26% relativ zurückhaltend bei der Durchführung von Erweiterungsinvestitionen verhalten haben – wobei auch in diesem Fall der Befund aufgrund einer geringen Anzahl von Betrieben an Aussagekraft verliert. Spitzenreiter bei den Erweiterungsinvestitionen sind die mittelgroßen Betriebe (50 bis 249 Beschäftigten), die mit 57% einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil der Erweiterungsinvestitionen aufweisen.

Der Anteil der Investitionen in EDV, Informations- und Kommunikationstechnik an den Gesamtinvestitionen ist in den schleswig-holsteinischen Betrieben mit 8% deutlich unter dem Niveau im Bundesgebiet West (14%) geblieben (vgl. Abbildung 5.11). So ist zwar in Schleswig-Holstein der Anteil der Betriebe, die in diesem Einsatzbereich Investitionen vorgenommen haben, besonders hoch (siehe dazu auch Abbildung 5.8), das Investitionsvolumen blieb allerdings bescheiden. Überraschenderweise zeigten im Jahr 2001 allein die Betriebe aus dem Verarbeitenden Gewerbe einen im Vergleich zum Bund hohen Bedarf an neuer Kommunikationstechnologie und setzten 14% ihrer Gesamtinvestitionen im luK-Bereich ein.

Abbildung 5.10: Anteil der Erweiterungsinvestitionen an den Investitionen insgesamt im Jahr 2001 nach Betriebsgrößenklassen¹





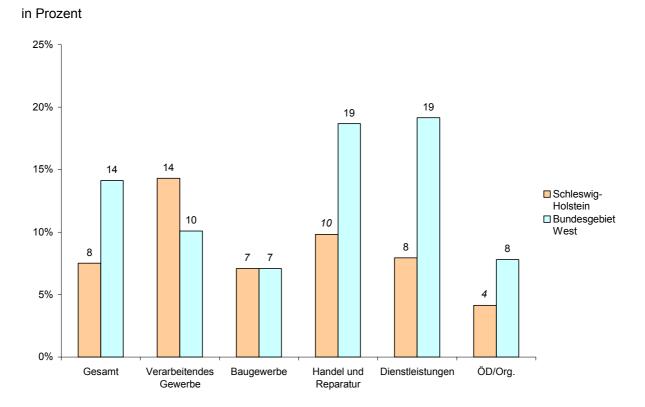
¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Investitionen.

²⁵ Der relativ hohe Erweiterungsinvestitionsanteil im Dienstleistungssektor lässt sich auch mit der hohen Kapazitätsauslastung im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsbereichen erklären. Siehe dazu auch den Befund aus der Tabelle 5.12.

Demgegenüber blieben luK-Investitionen im Dienstleistungssektor mit 8% auf einer durchschnittlichen Position und damit in Schleswig-Holstein weitaus geringer als im Bund.

Der geringe Stellenwert, den die Betriebe in Schleswig-Holstein – mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes – dem Ausbau ihrer luK-Infrastruktur im Jahr 2001 beigemessen haben, ist auch bei der Betrachtung der luK-Investitionen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen deutlich erkennbar. Durchgängig über alle Größenklassen hinweg haben die schleswigholsteinischen Betriebe in diesem Einsatzfeld einen geringeren luK-Investitionsanteil vorzuweisen als die Betriebe im Bundesgebiet West (vgl. Abbildung 5.12). Das Schlusslicht bilden dabei die mittelgroßen Betriebe (50 bis 249 Beschäftigten), die mit einem 8%-igen Anteil der luK-Investitionen nicht einmal halb so viel wie die Betriebe gleicher Größe im Bundesgebiet West investiert haben.

Abbildung 5.11: Anteil der luK-Investitionen an den Investitionen insgesamt im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen¹



¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Investitionen.

in Prozent 25% 20% 16 15% 13 13 ■ Schleswig-12 Holstein □Bundesgebiet West 10% 9 8 8 8 6 5% 0% Gesamt 1 bis 9 10 bis 49 50 bis 249 250 und mehr

Abbildung 5.12: Anteil der luK-Investitionen an den Investitionen insgesamt im Jahr 2001 nach Betriebsgrößenklassen¹

5.3.2 Geplante Investitionen

Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und einer gedämpften Nachfrage auf den Absatzmärkten im Jahr 2001 zeigten sich die Betriebe zum Zeitpunkt der Befragung relativ verhalten bezüglich der Planung von Investitionen für das Jahr 2002. 52% aller in Schleswig-Holstein und 47% aller im Bundesgebiet West befragten Betriebe gaben an, für das Geschäftsjahr 2002 keine Investitionen vorgesehen zu haben (vgl. Tabelle 5.14). Weitere 18% in Schleswig-Holstein und 15% im Bundesgebiet West konnten zu dem Zeitpunkt noch nicht mit Sicherheit sagen, ob sie in den verbleibenden sechs Monaten des Jahres 2002 noch investieren werden.

Die Aufteilung der Betriebe nach Wirtschaftsbereichen macht deutlich, dass diese Einstellung in sämtlichen privatwirtschaftlichen Bereichen stark vertreten war. Lediglich die Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes und die Organisationen ohne Erwerbscharakter zeigten eine höhere Investitionsbereitschaft für 2002 (44%). Besonders interessant ist die Tatsache, dass im Öffentlichen Dienst eine weitaus geringere Unsicherheit im Bezug auf das Investitionsverhalten bestanden hat als in der Privatwirtschaft. Lediglich 5% dieser Einrichtungen gaben an noch nicht zu wissen, ob 2002 investiert wird oder nicht.

Das Bild lässt sich durch die Betrachtung der Investitionspläne in den einzelnen Betriebsgrößenklassen ergänzen. Hier zeigt es sich, dass die Investitionsbereitschaft mit zunehmender Betriebsgröße ansteigt. Während die überwiegende Mehrheit (60%) der Kleinbetriebe (1 bis

¹ für alle Betriebe mit Investitionen

9 Beschäftigte) keine Investitionen für 2002 geplant hatten, gaben 82% der Großbetriebe (250 Beschäftigte und mehr) an, Investitionen vornehmen zu wollen.

Tabelle 5.14: Betriebe mit vorgesehenen Investitionen im Jahr 2002 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe

Wirtschaftsbereiche /	Investitionen für 2002 vorgesehen				
Betriebsgrößenklassen	ja	weiß noch nicht			
Verarbeitendes Gewerbe	24	44	32		
Baugewerbe	41	44	14		
Handel und Reparatur	20	64	15		
Dienstleistungen	27	52	21		
Öffentlicher Dienst, Organisationen	44	50	5		
1 bis 9 Beschäftigte	22	60	18		
10 bis 49 Beschäftigte	51	33	16		
50 bis 249 Beschäftigte	62	21	16		
ab 250 Beschäftigte	82	10	5		
Schleswig-Holstein insgesamt	30	52	18		
Bundesgebiet West	37	47	15		

Maßgeblich bei der betrieblichen Aufstellung von Investitionsplänen ist die wirtschaftliche Situation der Betriebe sowie insbesondere die erwartete zukünftige Entwicklung. Positive Geschäftsergebnisse in der Vergangenheit und optimistische Erwartungen bezüglich der ökonomischen Situation in der näheren Zukunft spielen im Entscheidungsprozeß der Unternehmen über eine betriebliche Modernisierung oder Expansion eine besonders gewichtige Rolle.

Bei der Betrachtung der Tabelle 5.15 lässt sich bezüglich der Absicht zu investieren erwartungsgemäß eine deutliche Diskrepanz zwischen der Gruppe von Betrieben ablesen, die eine positive Entwicklung des Geschäftsvolumens im Jahr 2002 erwartet haben und derjenigen Betriebsgruppe, die eher von einer Senkung des Geschäftsvolumens ausging: Während 57% der Betriebe aus der ersten Gruppe Investitionen eingeplant hatten, waren es in der zweiten Gruppe lediglich 23%. Hervorzuheben ist jedoch, dass sich die Unsicherheit bezüglich der künftigen Geschäftsentwicklung als besonders investitionshemmend erweist. Von den Betrieben, die zum Zeitpunkt der Befragung die künftige Entwicklung ihrer Ertragslage noch nicht einschätzen konnten, gaben 73% an, für das Jahr 2002 auf die Durchführung von Investitionen verzichten zu wollen.

Ähnlich negativ auf die Investitionsbereitschaft scheint sich auch eine schlechte Ertragslage der Betriebe auszuwirken. Hier zeigt sich: Je negativer die Ertragslage im Jahr 2001 eingeschätzt wurde, desto geringer war auch der Anteil der Betriebe, die Investitionen konkret geplant haben (vgl. Tabelle 5.15).

Tabelle 5.15: Zusammenhang zwischen erwarteter Geschäftsentwicklung, der Ertragslage und der Absicht Investitionen vorzunehmen

in Prozent der hochgerechneten Betriebe¹

		Sind Investitionen für 2002 vorgeseher		
		ja	nein	weiß noch nicht
Erwartete Entwick-	eher steigen	57	26	16
lung des Geschäfts- volumens im Jahr	eher gleich bleiben	32	50	18
2002:	eher sinken	23	60	17
Das Geschäfts- volumen wird	weiß noch nicht	5	73	22
	sehr gut	59	13	28
	gut	39	41	20
Die Ertragslage im	befriedigend	31	45	23
Jahr 2001 war	ausreichend	24	63	13
	mangelhaft	17	71	12
	trifft nicht zu; Öff. Dienst; u.ä.	42	47	11
Schleswig-Holstein insgesamt		30	52	18
Bundesgebiet West		37	47	15

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Investitionen.

5.3.3 Technischer Stand der Anlagen

Das IAB-Betriebspanel fragt gezielt nach dem technischen Stand der Anlagen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Jahr 2002. Die Betriebe beurteilen den Modernitätsgrad anhand einer Skala von 1 (auf dem neuesten Stand) bis 5 (völlig veraltet).

In Schleswig-Holstein waren 11% der Betriebe der Meinung, ihr Sachkapitalbestand entspräche dem neuesten Stand der Technik, als "völlig veraltet" schätzte ihn lediglich 1% aller Betriebe ein. Jeweils 41%, und damit die überwiegende Mehrheit der Betriebe, bewertete den Modernitätsgrad mit der Note 2 bzw. 3. Weitere 4% beurteilten ihn mit der Note 4.

Insgesamt bescheinigten die schleswig-holsteinischen Betriebe ihrem Kapitalbestand mit einer Durchschnittsnote von 2,4 einen guten Zustand, wobei die Betriebe im Bundesgebiet West mit 2,2 eine etwas bessere Beurteilung abgeben haben (vgl. Tabelle 5.16). Den modernsten Stand der Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung haben in Schleswig-Holstein nach eigenem Bekunden die Dienstleistungsbetriebe (2,2). Von diesen waren besonders viele (19%) sogar der Auffassung, ihr Anlagenbestand befände sich auf dem neuesten Stand der Technik. Mit einem Wert von 2,4 befinden sich das Verarbeitende Gewerbe und der Bereich Handel und Reparatur im guten Durchschnitt. Unterhalb des Durchschnitts liegen die Bewertungen der Einrichtungen des Bereichs Öffentlicher Dienst, Organisationen (2,7) und der Betriebe des Baugewerbes (2,6). In diesen beiden Wirtschaftsbereichen bewertete ein Großteil der Betriebe (56% bzw. 61%) den Modernitätsgrad mit der Note 3, während nur 5% bzw. 6% der Betrieb Anlagen und Geschäftsausstattung auf dem neuesten technischen Stand vorzuweisen hatten.

Hinsichtlich der Betriebsgrößenklassen gilt tendenziell, dass kleinere Betriebe den Modernitätsgrad ihrer Sachkapitalausstattung schlechter beurteilen als Großbetriebe. Im allgemeinen zeigt sich allerdings, dass sowohl im Branchen- als auch im Betriebsgrößenquerschnitt die Schwankungsbreite der Antworten recht gering ist.

Tabelle 5.16: Technischer Stand der Anlagen am 30. Juni 2002 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen

	Technischer Stand					
Wirtschaftsbereiche / Betriebsgrößenklassen	1	2	3	4	5	Durchschnitt
Detriebogrober Masseri	in P	rozent aller	hochgerech	nneten Betri	iebe	aus Wert 1 bis 5
Verarbeitendes Gewerbe	8	51	36	6	0	2,4
Baugewerbe	6	33	61	0	0	2,6
Handel und Reparatur	5	49	46	0	0	2,4
Dienstleistungen	19	43	36	2	1	2,2
Öffentlicher Dienst, Organis.	5	31	56	8	0	2,7
1 bis 9 Beschäftigte	10	40	43	5	2	2,5
10 bis 49 Beschäftigte	17	45	36	2	0	2,2
50 bis 249 Beschäftigte	15	47	33	4	0	2,3
ab 250 Beschäftigte	22	46	28	4	0	2,1
Schleswig-Holstein insgesamt	11	42	41	4	1	2,4
Bundesgebiet West	18	45	32	3	1	2,2

Eine moderne Sachkapitalausstattung in den Betrieben erfordert eine besser ausgebildete Belegschaft, die über das notwendige Wissen verfügt um diese Anlagen zu bedienen. Die bereits zu Beginn des Kapitels 5.3 geäußerte Vermutung, dass Investitionen in die technische Ausstattung in einem starken positiven Zusammenhang mit dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten steht, scheint sich in der Tabelle 5.17 zu bestätigen.

Hier zeigt sich recht deutlich – sowohl für Schleswig-Holstein als auch für das Bundesgebiet West –, dass in Betrieben mit einem hohen Anteil qualifizierter Arbeitskräfte auch der technische Stand der Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung hochwertig ist.

Tabelle 5.17: Zusammenhang zwischen dem technischen Stand der Anlagen und dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte am 30. Juni 2002

Beurteilung des technischen	Anteil qualifizierter Arbeitskräfte					
Standes der Anlagen	0 bis unter 50%	50 bis unter 80%	80 bis 100%			
1 = auf dem neuesten Stand	8	13	14			
2	35	45	46			
3	48	36	37			
4	5	5	1			
5 = völlig veraltet	3	-	1			
Insgesamt ¹	100	100	100			
Schleswig-Holstein, Durchschnitt aus den Werten 1 bis 5	2,6	2,3	2,3			
Bundesgebiet West, Durch- schnitt aus den Werten 1 bis 5	2,4	2,2	2,1			

¹ Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/Keine Angaben

5.4 Öffentliche Förderung

Im Interesse wichtiger wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Ziele und insbesondere zum Abbau interregionaler wirtschaftlicher Disparitäten kommt der öffentlichen Förderung – in Form von Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung – eine besondere Bedeutung zu. Das doppelte Ziel förderungspolitischer Anstrengungen ist somit auf der einen Seite die Stärkung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit durch die finanzielle Unterstützung unternehmerischer Investitionsvorhaben. Auf der anderen Seite können öffentliche Zuschüsse zu den Lohn- und Gehaltskosten einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Arbeitskosten und damit der Arbeitslosigkeit leisten.

Das Betriebspanel 2003 erfasst gezielt die Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel bzw. die Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten und damit die öffentlichen Finanzströme, die einzelnen Betrieben unmittelbar – als unternehmensbezogene Förderung – zugeflossen sind. Damit bleibt der zweite große Block der Wirtschaftsförderungspolitik, nämlich die Infrastrukturförderung als indirekte Wirtschaftsförderung, der bei einer Unternehmensbefragung nicht akkurat ermittelt werden kann, unberücksichtigt .

5.4.1 Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel

Im Rahmen des IAB-Befragung gaben 7% der Betriebe in Schleswig-Holstein an, öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel erhalten zu haben. Die Abbildung 5.13 zeigt, dass im Bundesgebiet West lediglich ein Anteil von 4% aller Betriebe in den Genuss solcher Zuschüsse gekommen ist.²⁶

Darüber hinaus zeigt der Vergleich mit dem Bundesgebiet West einen in Schleswig-Holstein höheren Anteil der geförderten Betriebe in allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Baugewerbes. Allerdings erweist sich die Struktur der öffentlichen Investitionsförderung nach Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West als sehr ähnlich.

Einen überdurchschnittlich hohen Anteil geförderter Betriebe verzeichnete ausschließlich der Dienstleistungssektor (8%), während das Baugewerbe mit einem Anteil von 1% der Betriebe das Schlusslicht bildet.²⁷

Die Betrachtung der einzelnen Betriebsgrößenklassen lässt eine zunehmende Inanspruchnahme von Zuschüssen für Investitionen und Sachmittel mit ansteigender Betriebsgröße erkennen. Während nur 6% der Betriebe mit bis zu 9 Beschäftigten auf diese Art von Fördermitteln zurückgreifen konnten, waren es 16% aller Großbetriebe (250 und mehr Beschäftigte, vgl. Abbildung 5.14).

²⁶ Aufgrund sehr geringer Fallzahlen ist eine Auswertung der Daten für den Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen nicht möglich. Dementsprechend wurde dieser Wirtschaftsbereich aus der folgenden Analyse vollständig ausgeklammert.

²⁷ Der Befund für das Baugewerbe ist aufgrund der kleinen Betriebsstichprobe nur eingeschränkt aussagefähig.

Abbildung 5.13: Öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel in Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West nach Wirtschaftsbereichen

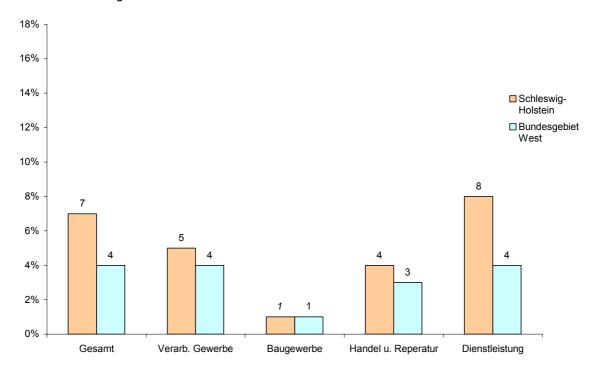
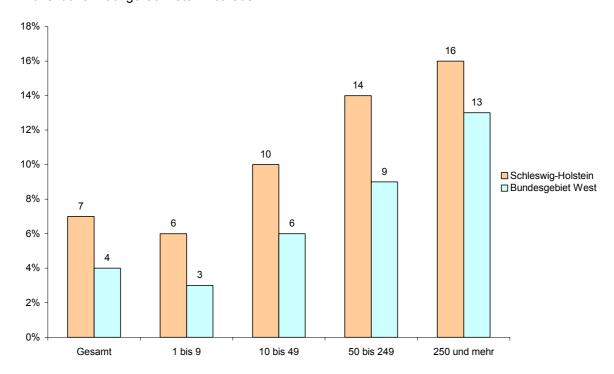


Abbildung 5.14: Öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel in Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West nach Betriebsgrößenklassen



Bezüglich der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bzw. Betriebsgrößenklassen gebundenen Volumina an Fördermitteln gibt die Tabelle 5.18 Auskunft. Da die Anzahl der im Rahmen des IAB-Betriebspanels erfassten Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen für Investitionen und Sachmittel äußerst gering ist (die nicht hochgerechnete schleswig-holsteinische Gesamtstichprobe umfasst lediglich 81 Betriebe), sind allerdings die in dieser Tabelle präsentierten Ergebnisse mir einer sehr hohen Fehlertoleranz behaftet und dementsprechend auch nur eingeschränkt interpretierbar.

Es zeigt sich im allgemeinen, dass die Anteile der finanziell unterstützten Betriebe in den einzelnen Wirtschaftsbereichen mit den Anteilen der jeweils gebundenen Fördermittelvolumina durchaus korrespondieren. So scheint das Dienstleistungsgewerbe – dieser Wirtschaftssektor hat auch betriebsanteilig überdurchschnittlich auf diese Mitteln zurückgegriffen –, das meiste Fördervolumen (in Absolutzahlen) gebunden zu haben.

Tabelle 5.18: Öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen¹

Wirtschaftsbereiche /	Absolut	Anteil an den Investitionen
Betriebsgrößenklassen	in Mio. €	in %
Verarbeitendes Gewerbe	52	5
Baugewerbe	0,2	0
Handel und Reparatur	70	7
Dienstleistungen	148	5
1 bis 9 Beschäftigte	204	20
10 bis 49 Beschäftigte	232	13
50 bis 249 Beschäftigte	84	4
ab 250 Beschäftigte	103	4
Schleswig-Holstein insgesamt	624	8

¹ Teilgesamtheit: Alle Betriebe mit Investitionen.

Bei den Betrieben mit bis zu 49 Beschäftigten schaut die Situation jedoch anders aus. Obwohl eine verhältnismäßig geringe Anzahl dieser kleinen Betriebe Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel bekommen haben, scheinen sie auf den größten Anteil des Fördervolumens zurück zu greifen. Sollten die Zahlen die tatsächliche Größenordnung korrekt wiedergeben, zeigt sich – angesichts der relativ eingeschränkten Finanzkraft kleinerer Betriebe – bei einem Gesamtinvestitionsanteil von 20% (Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten) bzw. 13% (Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten) eine besonders hohe Abhängigkeit dieser Betriebe von der öffentlichen Unterstützung.

In Bezug auf die einzelnen Förderinstrumente geben die meisten geförderten Betriebe in Schleswig-Holstein an, unter dem Begriff "andere Hilfen" nicht näher erläuterte Zuschüsse in Anspruch genommen zu haben (vgl. Tabelle 5.19). An zweiter Stelle kommen die "Mittel aus Bundesprogrammen". Aus der Tabelle ist außerdem ersichtlich, dass der Dienstleistungssektor, der betriebsanteilig am häufigsten öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel in Anspruch genommen hat, auf diese Fördermittel besonders breit gefächert zurückgreift.

Interessant ist jedoch auch die Beobachtung, dass die "Sachmittelzuschüsse für Ausstattung und Einrichtung der betrieblichen Ausbildung" für die schleswig-holsteinischen Betriebe fast überhaupt nicht von Bedeutung sind.

Tabelle 5.19: Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen für Investitionen und Sachmittel im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen¹

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe (Mehrfachnennungen möglich)

	SH darunter				BGW	
Art der Zuschüsse	insge- samt	Verarb. Gewerbe	Bau- gewerbe	Handel und Re- paratur	Dienst- leistun- gen	insge- samt
Mittel der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	0	0	-	-	1	0
Mittel aus Bundesprogrammen	2	2	0	2	1	1
Mittel aus Landesprogrammen	1	0	-	-	1	1
Mittel aus Europäischen Förder- programmen / Strukturfonds	0	0	-	-	1	0
Steuerliche Hilfen (z.B. Investiti- onszulagen oder Sonderab- schreibungen)	1	0	-	-	2	0
Sachmittelzuschüsse für Ausstattung und Einrichtung der betrieblichen Ausbildung	0	-	-	-	1	0
andere Hilfen	3	-	-	1	3	1
keine Zuschüsse	93	95	99	96	92	96

5.4.2 Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten

Angesichts einer angespannten Arbeitsmarktsituation stellen die öffentlichen Zuschüsse zu den Lohn und Gehaltskosten ein wichtiges Instrumentarium dar, mit dem die Vermittlung und (Re)-Integration auf dem Arbeitsmarkt benachteiligter Personen in neue Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden soll.

Besonders anzumerken ist, dass die im Rahmen des IAB-Betriebspanels gestellten Fragen gänzlich auf die strukturelle Aufteilung verschiedener Instrumente der Arbeitsmarktförderung zielten, ohne auf eine Beurteilung der einzelnen Finanzierungsströme näher einzugehen. Die folgende Analyse kann somit lediglich einen Eindruck über den Grad der Inanspruchnahme unterschiedlicher Fördermittel in ausgewählten Betriebsgruppen vermitteln. Eine Quantifizierung der Zuschüsse ist allerdings nicht möglich.

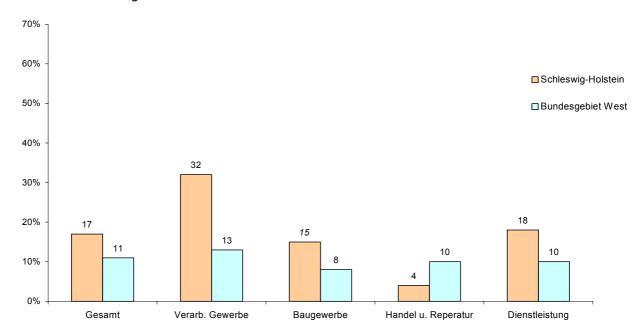
Von den in Schleswig-Holstein befragten Unternehmen gaben 17% an, im Jahr 2001 arbeitsmarktpolitische Förderhilfen genutzt zu haben; sechs Prozentpunkte mehr als im Bundesgebiet West (vgl. Abbildung 5.15). Die große Bedeutung dieser Art öffentlicher Zuschüsse für die hiesigen Betriebe zeigt sich auch bei der Betrachtung der Situation in den einzelnen Wirtschaftsbereiche. Mit Ausnahme des Bereichs Handel und Reparatur haben die Betriebe aller anderen in der Analyse einbezogenen Sektoren in Schleswig-Holstein häufiger Lohn-

und Gehaltszuschüsse in Anspruch genommen als im Bundesgebiet West. An Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes gehen besonders häufig arbeitsmarktpolitische Förderhilfen. So verzeichnet dieser Wirtschaftsbereich nicht nur landesweit den höchsten Anteil von Betrieben mit dieser Art öffentlicher Unterstützung, vielmehr zeigt der Vergleich mit den alten Bundesländern, dass im Land etwa zweieinhalb mal so viele dieser Betriebe auf Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten zurückgreifen.

Demgegenüber findet sich der geringste Anteil der Betriebe mit öffentlichen Beschäftigungsförderhilfen im Bereich Handel und Reparatur. Lediglich 4% dieser Betriebe gaben an, mit öffentlichen Zuschüssen zu wirtschaften.

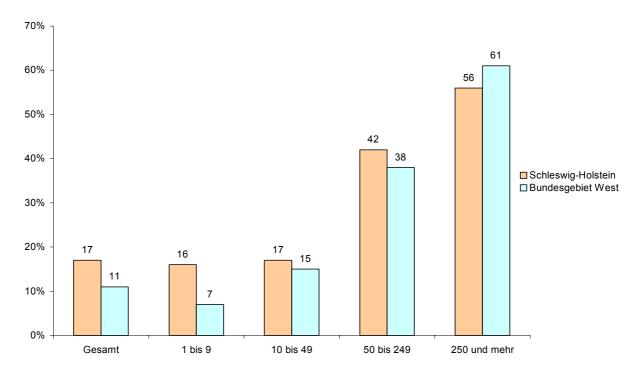
Abbildung 5.15: Öffentliche Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten in Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West nach Wirtschaftsbereichen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe



Die Abbildung 5.16 zeigt erwartungsgemäß, dass die unteren Betriebsgrößenklassen weniger häufig auf öffentliche Mittel zur Beschäftigungsförderung zurückgreifen als die oberen. Hervorzuheben ist, dass die schleswig-holsteinischen Betriebe wie schon im Falle der Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel (vgl. Abbildung 5.14) überdurchschnittlich häufig staatliche Zuwendungen bekommen. Im direkten Vergleich Schleswig-Holstein/Bundesgebiet West ist erkennbar, dass der Anteil der geförderten Betriebe im Land in allen Betriebsgrößenklassen mit Ausnahme der Großbetriebe (250 und mehr Beschäftigte) im Land über den Vergleichswerten in den alten Bundesländern liegt.

Abbildung 5.16: Öffentliche Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West nach Betriebsgrößenklassen



Ein Blick auf die einzelnen Förderinstrumente zeigt eine besonders häufige Inanspruchnahme von Eingliederungszuschüssen im Jahr 2001 sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesgebiet West (8% im Land, 3% im Bund, vgl. Tabelle 5.20). Darüber hinaus sind in Schleswig-Holstein auch die Zuschüsse für ABM-Beschäftigte, die Zuschüsse aus dem Jugend-Sofortprogramm, die Einstellungszuschüsse bei Neugründungen und die sonstigen Lohnkostenzuschüsse mit jeweils 2% aller Betriebe von gewisser Bedeutung.

Obwohl die Eingliederungszuschüsse mit Ausnahme des Baugewerbes in allen betrachteten Wirtschaftsbereichen das wichtigste Förderinstrument sind, haben das Verarbeitende Gewerbe (15%) und der Dienstleistungssektor (8%) weit überdurchschnittlich häufig darauf zurückgegriffen. Als zweitwichtigstes Förderinstrument erweisen sich für das Verarbeitende Gewerbe mit jeweils 6% die "Mittel zur Unterstützung der betrieblichen Ausbildung" und die "Einstellungszuschüsse bei Neugründungen". Demgegenüber spielen für die Betriebe des Dienstleistungssektors die "Zuschüsse für ABM-Beschäftigte" die zweitwichtigste Rolle (3%).

Tabelle 5.20: Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zu Lohn- und Gehaltskosten im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe (Mehrfachnennungen möglich)

	SH darunter			darunter		SH		BGW
Art der Zuschüsse	insge- samt	insge- Verarb. Bau-		Handel und Re- paratur	Dienst- leistun- gen	insae-		
Zuschüsse für ABM-Beschäftigte	2	1	-	0	3	1		
Strukturanpassungsmaßnahmen (ohne SAM OfW)	1	-	-	-	1	0		
Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW)	0	-	-	-	0	0		
Lohnkostenzuschüsse oder Zuschüsse für Qualifizierungs-ABM aus dem Jugend-Sofortprogramm	2	3	1	0	2	1		
Mittel zur Unterstützung der betriebli- chen Ausbildung	1	6	2	1	1	1		
Eingliederungszuschuss (Einarbeitung, erschwerte Vermittlung, ältere Arbeitnehmer)	8	15	2	3	8	3		
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	2	6	7	-	2	0		
Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	1	1	1	0	2	1		
Leistungen für berufliche Rehabilitationen	0	0	-	0	0	0		
Arbeit statt Sozialhilfe (BSHG)	0	0	-	0	0	1		
Altersteilzeitzuschuss	1	1	0	1	0	1		
sonstige Lohnkostenzuschüsse	2	1	2	-	1	2		
keine Zuschüsse	83	68	85	96	82	89		

Der besondere Stellenwert von Eingliederungszuschüssen in den schleswig-holsteinischen Betrieben ist auch bei der Betrachtung der einzelnen Größenklassen ersichtlich. Abgesehen von den Großbetrieben (250 und mehr Beschäftigte) ist dieses Förderinstrument in allen Betriebsgrößenklassen die mit Abstand wichtigste Unterstützungsleistung (vgl. Tabelle 5.21). In den Großbetrieben allerdings spielten im Jahr 2001 die Altersteilzeitzuschüsse die weitaus größte Rolle. 32% aller Großbetriebe und damit mehr als die Hälfte derjenigen Großbetriebe, die Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten in Anspruch genommen haben, griffen auf dieses Förderinstrument zurück.

Tabelle 5.21: Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zu Lohn- und Gehaltskosten im Jahr 2001 nach Betriebsgrößenklassen

in Prozent aller hochgerechneten Betriebe (Mehrfachnennungen möglich)

Art der Zuschüsse		Besch	äftigte		SH
		10 bis 49	50 bis 249	250 u. mehr	insge- samt
Zuschüsse für ABM-Beschäftigte	1	2	8	12	2
Strukturanpassungsmaßnahmen (ohne SAM OfW)	0	1	7	6	1
Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW)	-	0	-	2	0
Lohnkostenzuschüsse oder Zuschüsse für Qualifizierungs-ABM aus dem Jugend-Sofortprogramm	1	2	3	8	2
Mittel zur Unterstützung der betrieblichen Ausbildung	1	2	1	3	1
Eingliederungszuschuss (Einarbeitung, erschwerte Vermittlung, ältere Arbeitnehmer)	7	9	17	17	8
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	3	1	0	2	2
Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	1	3	2	5	1
Leistungen für berufliche Rehabilitationen	-	0	2	4	0
Arbeit statt Sozialhilfe (BSHG)	-	0	7	4	0
Altersteilzeitzuschuss	-	2	12	32	1
sonstige Lohnkostenzuschüsse	2	1	2	5	2
keine Zuschüsse	84	83	58	44	83

Um die konkreten Auswirkungen der aktiven Beschäftigungsförderung auf den Arbeitsmarkt besser einschätzen zu können, ist eine Betrachtung der beschäftigtenabhängigen Aufteilung öffentlicher Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse angebracht. Während betriebsanteilig in Schleswig-Holstein öfter als im Bundesgebiet West auf Instrumente der öffentlichen Arbeitsmarktförderung zurückgegriffen wurde, zeigt sich, dass in den hiesigen Betrieben durchschnittlich weniger Beschäftigte gefördert wurden (vgl. Abbildung 5.17). Diese Relation besteht bis auf den Öffentlichen Dienst in allen Wirtschaftsbereichen. Die Einrichtungen des Bereiches Öffentlicher Dienst, Organisationen förderten mit 7,1 Beschäftigten pro Betrieb mehr als zweieinhalb Mal so viele Personen als im Landesdurchschnitt.

Abbildung 5.17: Mit Lohnkostenzuschüssen geförderte Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnittliche Anzahl der Personen pro gefördertem Betrieb

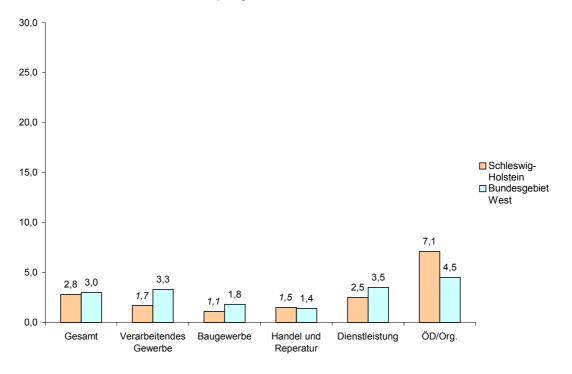
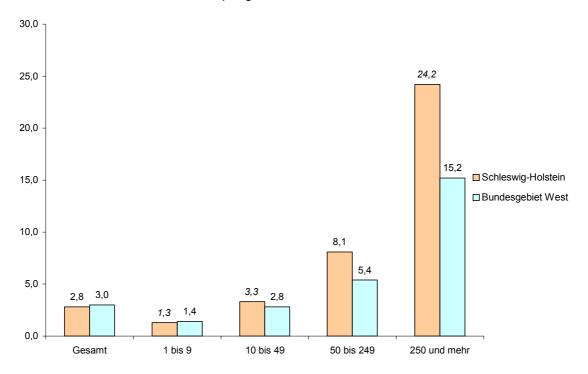


Abbildung 5.18: Mit Lohnkostenzuschüssen geförderte Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen

Durchschnittliche Anzahl der Personen pro gefördertem Betrieb



Bei der Aufteilung nach Betriebsgrößenklassen ist ersichtlich, dass Betriebe mit über 250 Beschäftigten sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesgebiet West die weitaus höchste Anzahl geförderter Beschäftigte pro Betrieb aufweisen (vgl. Abbildung 5.18). Aufgrund einer sehr geringen Anzahl erfasster Betriebe sollte jedoch die schleswig-holsteinische Relation mit größter Vorsicht interpretiert werden.

5.4.3 Zuschüsse zur betrieblichen Ausbildung

Einen besonders hohen Stellenwert in der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte nimmt die Frage nach der Gestaltung einer zukunftsorientierten Bildungspolitik ein, welche die allgemeine Schwächephase des dualen Berufsbildungssystems zu überwinden verhilft. Um die Ausbildungskosten zu senken und damit die bestehenden Ausbildungsplatzdefizite abzubauen, kommt der staatlich gelenkten Durchführung gezielter Fördermaßnahmen im Bereich der beruflichen Ausbildung nach wie vor eine zentrale Rolle zu.

Im Rahmen des IAB-Betriebspanels 2002 wurde die Frage nach der Ausbildungsförderung lediglich im Zusammenhang mit der Aufteilung einzelner Arbeitsmarktförderungsinstrumente kurz angeschnitten. Dementsprechend sind die Analyse- und Bewertungsmöglichkeiten besonders eingeschränkt.²⁸

Untersucht man die Inanspruchnahme von Fördermittel zur beruflichen Ausbildung in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen, ist ersichtlich, dass die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes weit überdurchschnittlich häufig die Zuschüsse in Anspruch genommen haben (vgl. Tabelle 5.22)..

Tabelle 5.22: Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zur betrieblichen Ausbildung im Jahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen

in	Prozent	der	Betriebe ¹
1111	1 102011	uci	DCIIICDC

Wirtschaftsbereiche / Betriebsgrößenklassen	Anteil der geförderten Betriebe
Verarbeitendes Gewerbe	10
Baugewerbe	3
Handel und Reparatur	1
Dienstleistungen	1
Öffentlicher Dienst, Organisationen	3
1 bis 9 Beschäftigte	2
10 bis 49 Beschäftigte	3
50 bis 249 Beschäftigte	3
ab 250 Beschäftigte	1
Schleswig-Holstein insgesamt	2

¹ Teilgesamtheit: Alle ausbildenden Betriebe

2

²⁸ Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) plant für die Befragung in der zwölften Welle im Jahre 2004 das Problem der betrieblichen Ausbildung als einen der Schwerpunkte einzubauen.

Mit jeweils 3% aller Betriebe machten außerdem auch das Baugewerbe²⁹ und der Bereich Öffentlicher Dienst, Organisationen überdurchschnittlich häufig Gebrauch von Zuschüssen zur betrieblichen Ausbildung

Demgegenüber sind in den einzelnen Größenklassen keine größere Divergenzen festzustellen. Hauptsächlich konzentrieren sich die finanziell geförderten Betriebe auf die Größenklasse von 10 bis 49 Beschäftigte und 50 bis 249 Beschäftigte (jeweils 3%). Vergleichsweise wenig nutzten insbesondere die Großbetriebe (250 und mehr Beschäftigte) die arbeitsmarktpolitischen Förderhilfen.

 $^{^{29}}$ Der Befund ist jedoch wegen einer zu kleinen Stichprobe nur eingeschränkt interpretierbar.